



Beteiligungsbericht 2011



Kreis Offenbach

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Kreises Offenbach
Fachdienst Finanzen
20.3 Bereich Beteiligungsmanagement
Werner-Hilpert-Strasse 1
63128 Dietzenbach

Ansprechpartner:

Herr Horst Kreher	Telefon	06074/8180-5240
Leitung	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	h.kreher@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de
Herr Rainer Bauer	Telefon	06074/8180-5408
	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	r.bauer@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Stand: 31.12.2011

Redaktionsschluss: 15.09.2012

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der vorliegende Bericht setzt die kontinuierliche Information über alle Beteiligungen des Kreises Offenbach fort. Er ermöglicht eine detaillierte Übersicht auf die Vielfalt und die wirtschaftliche Entwicklung der Eigengesellschaften, auf die Beteiligungen an Unternehmen, auf die Mitgliedschaften in Zweckverbänden sowie auf den Eigenbetrieb des Kreises Offenbach und seine Anstalt öffentlichen Rechts.



Der Beteiligungsbericht 2011 dient dem Zweck einer einheitlichen und aktuellen Darstellung aller Beteiligungen. Bei seiner Erstellung wurde auf eine möglichst aktuelle Information Wert gelegt. Grundsätzlich wurden daher alle Veränderungen berücksichtigt, soweit die Daten bis Redaktionsschluss vorlagen. Eine wichtige inhaltliche Veränderung ist der Abschluss des Verschmelzungsprozesses zwischen den beiden Eigengesellschaften KVBG mbH und Kommserve gGmbH.. Auch an der Darstellung haben wir gearbeitet: So bieten künftig Diagramme die Möglichkeit, die wichtigsten Geschäftszahlen auf einen Blick bis zu fünf Jahre zu vergleichen. Dies ist ein Service für die Leserinnen und Leser, der sicherlich positiv aufgenommen wird!

Den politischen Gremien des Kreises Offenbach ist es ein besonderes Anliegen, regionale Wirtschaftsförderung zu betreiben. Zudem möchte der Kreis seine Leistungen bürgernäher, besser und flexibler machen. Dank unserer hervorragenden Infrastruktur wird es zudem weiterhin möglich sein, als Partner der Wirtschaft Impulse für Wachstum und Wohlstand zu setzen.

Der Kreis erfüllt einen nicht unwesentlichen Teil seiner Aufgaben außerhalb der „Kernverwaltung“ in wirtschaftlich geführten Unternehmen. Dieser Prozess wird durch veränderte Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Verringerung des kommunalen Handlungsspielraumes im Bereich der Investitionstätigkeit und die Belastung der kommunalen Haushalte aufgrund zusätzlich übertragener Aufgaben, noch verstärkt. Insbesondere in Zeiten knapper Finanzressourcen gewinnt die Frage an Bedeutung, durch wen und in welcher Form die vielfältigen kommunalen Aufgaben optimal erfüllt werden können. Der Betätigung in privatwirtschaftlich organisierten Beteiligungen kommt so weiterhin eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Auf der anderen Seite muss der Einfluss der politischen Gremien des Kreises immer gewahrt sein.

Vorwort

Der vorliegende Beteiligungsbericht veranschaulicht das wirtschaftliche Handeln des Kreises, schafft Transparenz und ist so eine solide Grundlage für den Diskurs von Öffentlichkeit und Politik und hat sich als Informationsgrundlage für die politischen Gremien sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger etabliert. Der Beteiligungsbericht 2011 steht Ihnen deshalb auch wieder in elektronischer Form im Internet unter www.Kreis-Offenbach.de/Beteiligungen zur Verfügung.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich auf diesem Wege interessante und aufschlussreiche Einblicke in das „Unternehmen Kreis Offenbach“. Abschließend möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die an der Erstellung des Beteiligungsberichtes mitgearbeitet haben.



Carsten Müller

Kreisbeigeordneter

Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht

Gemäß § 123a Abs. 1 HGO „hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.“

Im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes sind über diese gesetzliche Mindestanforderung hinausgehend alle Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Kreis Offenbach beteiligt ist, aufgeführt, auch solche unterhalb von 20 Prozent.

Wie bereits auch in den Berichten der zurückliegenden Jahre, sind wiederum die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und der einzige Eigenbetrieb des Kreises sowie die Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR)“ bzw. deren wirtschaftliche Daten im Beteiligungsbericht wiedergegeben.

Der Begriff „Redaktionsschluss“ ist im Beteiligungsbericht so zu verstehen, dass alle in den Beteiligungsbericht eingehenden Angaben zu einer Beteiligung, einem Zweckverband bzw. Eigenbetrieb oder der AöR, die per Stand 31.12.2011 bis zum 15.09.2012 dem Bereich Beteiligungsmanagement vorlagen, in den Bericht eingearbeitet sind.

Im Beteiligungsbericht findet sich zu Beginn der Darstellung jeder „Beteiligung“ ein Hinweis auf das entsprechende Berichtsjahr.

Grundsätzlich ergibt sich so die Systematik, dass im diesjährigen Bericht - 2011 - im Wesentlichen die jeweiligen „Unternehmensdaten“ des Jahres 2010 wiedergegeben werden. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die entsprechenden Daten in aller Regel den testierten Berichten über den Jahresabschluss entnommen und diese zunächst von den Organen der Gesellschaft – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlung – zu beschließen sind, ehe sie rechtsverbindlich werden.

Bei den nachfolgend aufgeführten Beteiligungen, des Zweckverbandes, des Eigenbetriebes sowie der AöR sind die von den jeweils zuständigen Gremien festgestellten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2011 und somit Angaben zum Geschäftsjahr 2011 in den vorliegenden Beteiligungsbericht aufgenommen:

- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main
- Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main
- kvgOF - Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Kreis Offenbach
Beteiligungsbericht 2011

- KVBG - Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach
- Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Frankfurt am Main
- Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR), Dietzenbach
- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main
- Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen
- Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main

Im Falle der kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 14.06.12 den Jahresabschluss 2011 festgestellt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung hierzu steht zum Redaktionsschluss noch aus.

Generell ist zum Aufbau des Beteiligungsberichtes zu sagen, dass die Unternehmensdaten der jeweils letzten drei Jahre dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Abweichungen des laufenden Jahres zum Vorjahr in den Zahlen der Bilanz in der Spalte Veränderung aufgezeigt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Entwicklung der Beteiligungen im Jahre 2011	3
Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes	4
Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht	5
➤ Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	5
➤ Der Begriff der Beteiligung	6
➤ Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach	7
Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach	
➤ KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	21
➤ kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft mbH, Dietzenbach (KVG)	41
➤ Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark	65
➤ Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	81
➤ Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	97
➤ SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	111
➤ Sonnengarten Glienicke, GbR's, Berlin Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30	123
➤ Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin	153
➤ Wirtschaft und Wirtschaftsförderung	
➤ Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	175

Inhaltsverzeichnis

Seite

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach (Fortsetzung)

➤	Verkehr und Infrastruktur	
➤	RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	197
➤	Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main	209
➤	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus (RMV)	225
➤	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main	257
➤	Ver- und Entsorgung	
➤	Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main (ZWO)	295
➤	Rhein-Main-Abfall GmbH, Offenbach am Main (RMA)	309
➤	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Heppenheim	329
➤	Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit	
➤	Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach	341
➤	Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR), Dietzenbach	355
➤	Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	393
➤	Mitgliedschaften	411

Entwicklung der Beteiligungen im Jahr 2011

Am Ende des Jahres 2011 war der Kreis Offenbach an insgesamt 19 Unternehmen im Sinne der Berichterstattung des Beteiligungsberichts beteiligt; hierbei handelt es sich um insgesamt 12 unmittelbare sowie 7 mittelbare Beteiligungen (zur Begrifflichkeit der Beteiligung im Sinne des Beteiligungsberichts siehe auch „Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht“).

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um 14 Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH bzw. GmbH & Co. KG), zwei Beteiligungen an Zweckverbänden sowie je einer Beteiligung an einem Eigenbetrieb, einer Anstalt öffentlichen Rechts und der GbR (siehe auch Schaubild Gesamtübersicht Beteiligungen Seite 13).

Wesentliche Änderungen im Berichtsjahr 2011

Abschluss des Verschmelzungsprozesses zwischen den beiden Eigengesellschaften KVBG mbH und Kommserve gGmbH

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 08. Dezember 2010 den Grundsatzbeschluss zur Verschmelzung der KVBG mbH und der Kommserve gGmbH gefasst.

Nachdem zwischenzeitlich entsprechende Gremienbeschlüsse in beiden Gesellschaften gefasst wurden, fand am 11. Mai 2011 ein Notartermin statt, bei dem die Verschmelzung protokolliert wurde.

Die KVBG mbH bleibt nach der Verschmelzung unverändert bestehen.

Veräußerung der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2011 den Verkauf des Gesellschaftsanteils des Kreises Offenbach am Stammkapital an der Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main, einstimmig beschlossen.

Am 26. August 2011 fand ein Notartermin statt, bei dem der Kaufvertrag unterzeichnet wurde.

Der Kreis hat für die Rückzahlung des Geschäftsanteiles am Stammkapital an der Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main, den vertraglich vereinbarten Kaufpreis in Höhe von € 4.100,-- erlöst und im Wirtschaftsjahr 2011 vereinnahmt.

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Zielsetzung

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes ist es, den Gremien des Kreises sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über das Beteiligungsvermögen des Kreises Offenbach zu ermöglichen.

Der Beteiligungsbericht soll ein Nachschlagewerk sein, dem die wirtschaftliche Situation der Unternehmensbeteiligungen des Kreises Offenbach zu entnehmen ist.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen.

Neben einem Teil mit allgemeinen Informationen zum Bericht wie

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung
- Definition des Begriffes „Beteiligung“
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach

besteht der Beteiligungsbericht aus einer Gesamtübersicht aller Beteiligungen, die wiederum in insgesamt fünf Einzelübersichten gegliedert ist.

Innerhalb des Beteiligungsberichtes nimmt die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH - eine Sonderstellung ein. Als unmittelbare Beteiligung des Kreises Offenbach hält die KVBG ihrerseits Anteile an Unternehmen unterschiedlicher Sparten entsprechend der Gliederung des Beteiligungsberichtes.

Im Anschluss an die graphische Übersicht der einzelnen Aufgabenbereiche sind die Beteiligungen in der Einzeldarstellung grundsätzlich wie folgt gegliedert:

- Rechtliche und wirtschaftliche Daten
- Gesellschaftszweck, Verbandszweck bzw. Gegenstand des Eigenbetriebes
- Organe der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- Angaben zu Gesellschaftern, Verbandsmitgliedern
- Beteiligungen
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises
- Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis
- Verbindlichkeiten der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)
- Lagebericht bzw. Auszüge aus dem Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Angaben zum Haushalt / Wirtschaftsplan
- bis zu 5-jähriger Vergleich wichtiger Geschäftszahlen in Diagrammform, z.B. Bilanzsumme, Jahresüberschuss bzw. –fehlbetrag, Eigenkapital etc.

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht

1. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden in Artikel 28 Abs. 2 das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personal-, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit ein. Kommunen haben das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgen soll.

Mit In-Kraft-treten des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze (GVBl I, Seite 54ff, vom 09. Februar 2005) wurde der Dritte Abschnitt des sechsten Teiles der HGO „Wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde“ maßgeblich geändert.

Gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 122 HGO, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Nach § 122 muss

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsgremium, erhalten
- gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Diese Voraussetzungen für eine Beteiligung gelten auch dann, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

2. Der Begriff der Beteiligung

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob der Anteil in Wertpapieren verbrieft ist oder nicht“. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Im Gegensatz dazu liegt den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. § 122 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) befasst sich mit „Beteiligungen an Gesellschaften“. Die Formulierungen des § 122 Abs. 6 lassen den Schluss zu, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft als Beteiligung ansieht. Zudem formuliert § 126 HGO „Beteiligungen an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein.

Insofern setzt die Verwendung des Begriffes der Beteiligung nicht zwingend voraus, dass es sich bei der Beteiligung um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB bzw. des § 121 HGO handelt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht ist der Begriff der Beteiligung deshalb auch weit gefasst. In den Beteiligungsbericht sind alle

- privatrechtliche Gesellschaften

sowie

- (Kommunale) Anstalten öffentlichen Rechts
- Eigenbetriebe
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vereine und Genossenschaften

aufgenommen, an denen der Landkreis Offenbach beteiligt ist.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die jeweiligen Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile aufgeteilte Stammkapital beteiligt. Eine persönliche Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt nicht.

Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organe der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates für Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist fakultativ. Die Kommune muss jedoch mit der Bildung eines entsprechenden Überwachungsorgans einen angemessenen Einfluss sicherstellen (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO).

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die gesetzliche Definition der GbR beschreibt § 705 BGB. Durch den Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter gegenseitig, die Erreichung eines gemeinsamen Zweckes in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern, insbesondere die vereinbarten Beiträge zu leisten (wobei der Beitrag auch in der Leistung von Diensten bestehen kann - § 706 Abs. 3 BGB -).

Grundsätzlich erfolgt eine gemeinsame Vertretung/Geschäftsführung durch alle Gesellschafter. Hiervon abweichend kann aber die Geschäftsführung im Gesellschaftsvertrag auf einen oder mehrere Gesellschafter übertragen werden.

Für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts gelten keine Formvorschriften bzw. Eintragungserfordernisse. Der Gründungsaufwand einer GbR ist gegenüber anderen Gesellschaftsformen gering.

Grundsätzlich haften alle Gesellschafter unbegrenzt und persönlich für Gesellschaftsverbindlichkeiten, im Innenverhältnis der Gesellschafter besteht jedoch ein Ausgleichsanspruch gegen Mitgesellschafter, so dass der einzelne Gesellschafter nur entsprechend seiner Beteiligung (quotale) haftet.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Kommanditgesellschaft

Das Recht dieser Gesellschaftsform ist den §§ 161 – 177 des Handelsgesetzbuches (HGB) geregelt.

Namens gebend für die Gesellschaft sind die "Kommanditisten": Sie sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für die Gesellschaft gerade stehen.

Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens einstehen.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Eine besondere Form der Personengesellschaft KG stellt die GmbH & Co. KG dar. Hier übernimmt die Rechtspersönlichkeit einer Kapitalgesellschaft den Part des Komplementärs, als dessen "Privatvermögen" das Gesellschaftsvermögen der GmbH betrachtet wird. Diese Konstruktion kombiniert also Merkmale der Personengesellschaft mit denen einer Kapitalgesellschaft.

Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Grundkapital ist in Aktien aufgeteilt. Die Aktionäre sind mit einem Teil des Grundkapitales der AG beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Formvorschriften und Direktionen vor.

Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbstständigkeit, eigene Wirtschaftsführung und eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten Eigenbetriebe als Sondervermögen. Im Falle der Landkreise entscheidet der Kreistag über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geführt werden soll.

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Zweckverband

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung. Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung.

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Gemäß § 1 des Hessischen Offensiv-Gesetzes (HessOffensivG) vom 20. Dezember 2004, GVBl. I S. 491 sind die kreisfreien Städte und Landkreise kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; sie führen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.

Gemäß § 2b HessOffensivG können die kommunalen Träger nach § 1 sowie nach § 2a Abs. zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts errichten.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Eingetragener Verein

Der eingetragene Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, dabei ist der Zweck unabhängig vom jeweiligen Mitgliederbestand. Die Rechtsfähigkeit erlangt ein Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht.

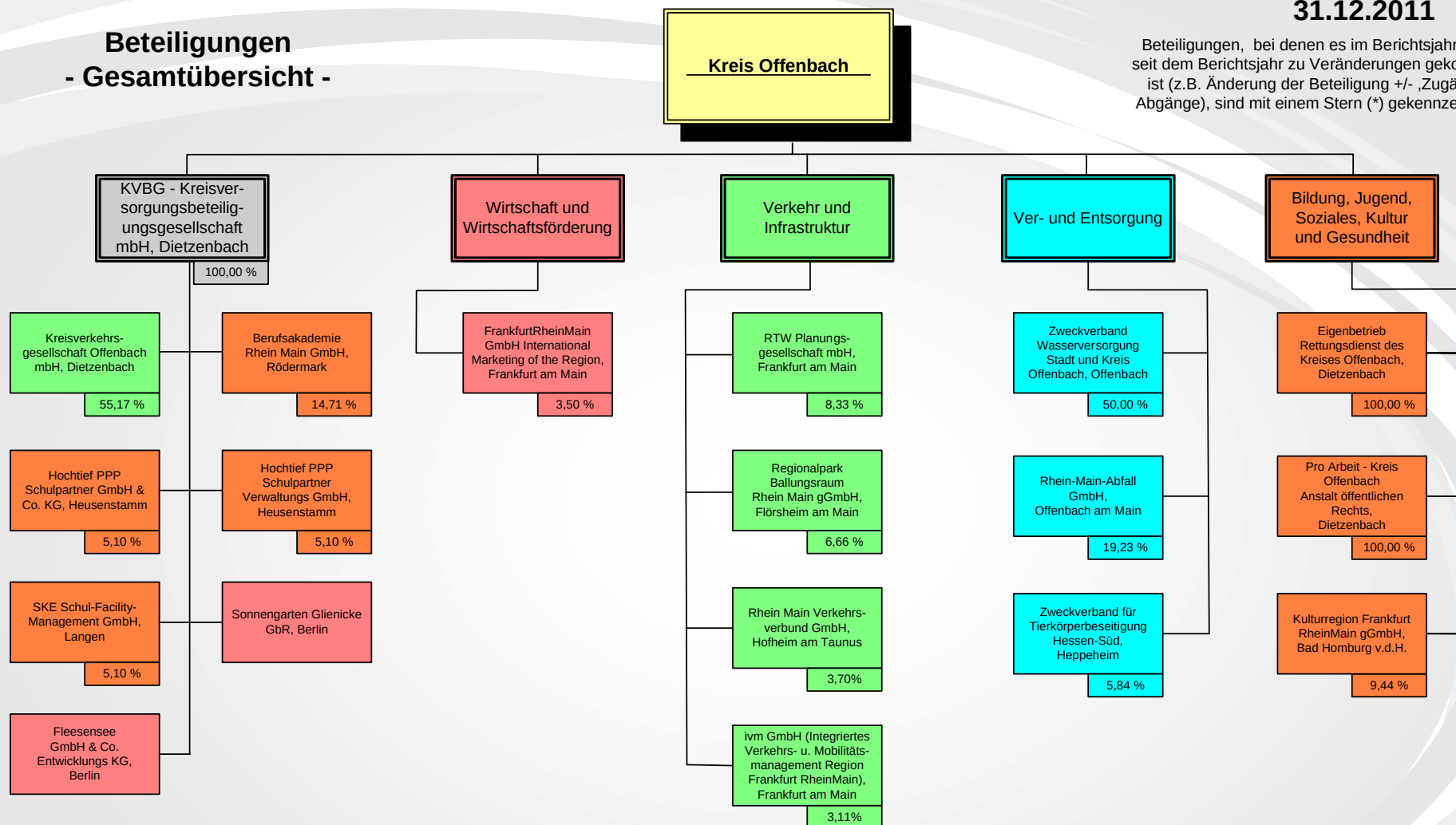
Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Gesamtübersicht

Beteiligungen - Gesamtübersicht -

**Redaktionsschluss:
31.12.2011**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Legende

KVBG

Wirtschaft und
Wirtschaftsförderung

Verkehr und Infrastruktur

Ver- und Entsorgung

Bildung, Jugend, Soziales
Kultur und Gesundheit

KVBG

Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach

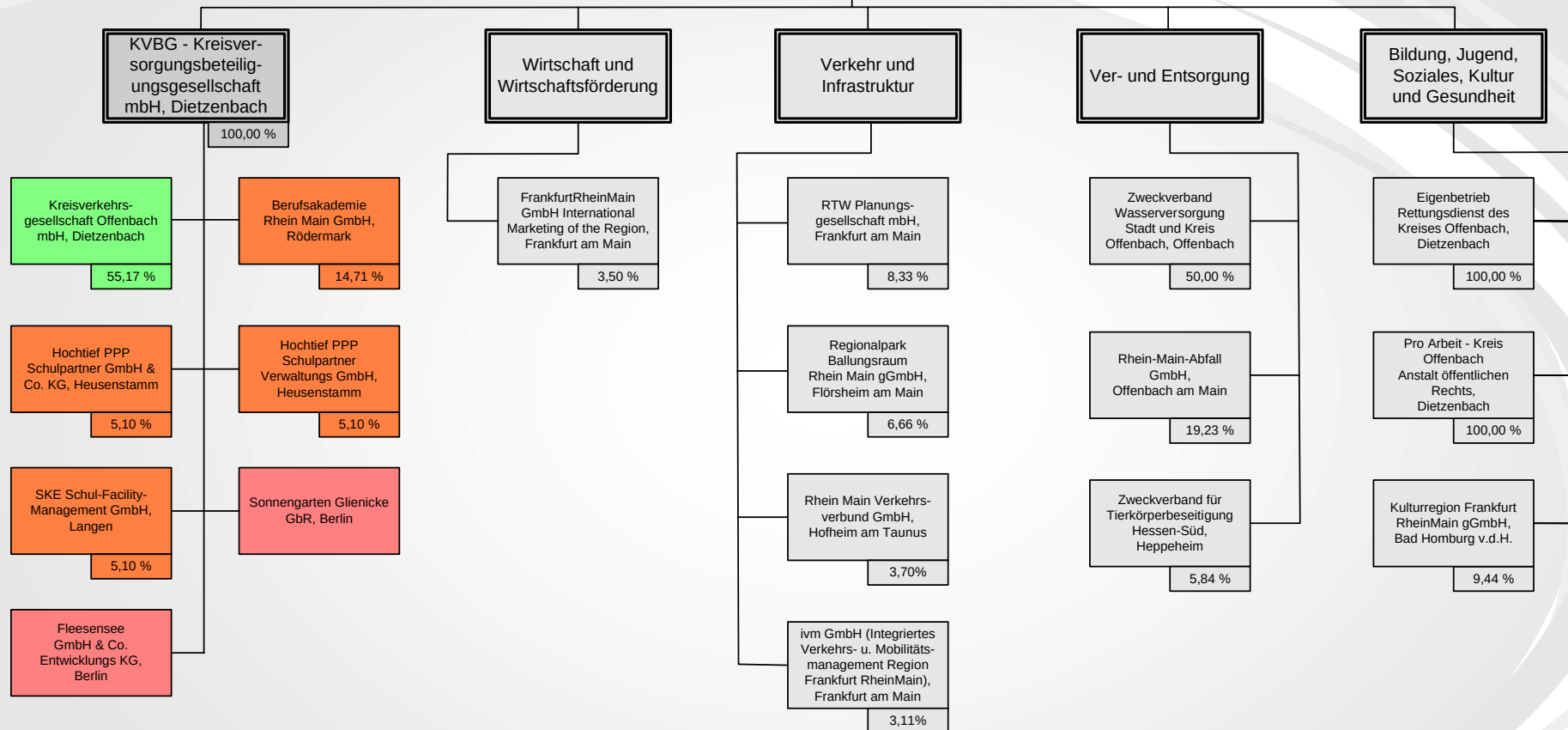
Redaktionsschluss:

31.12.2011

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - KVBG mbH -

Kreis Offenbach



Legende

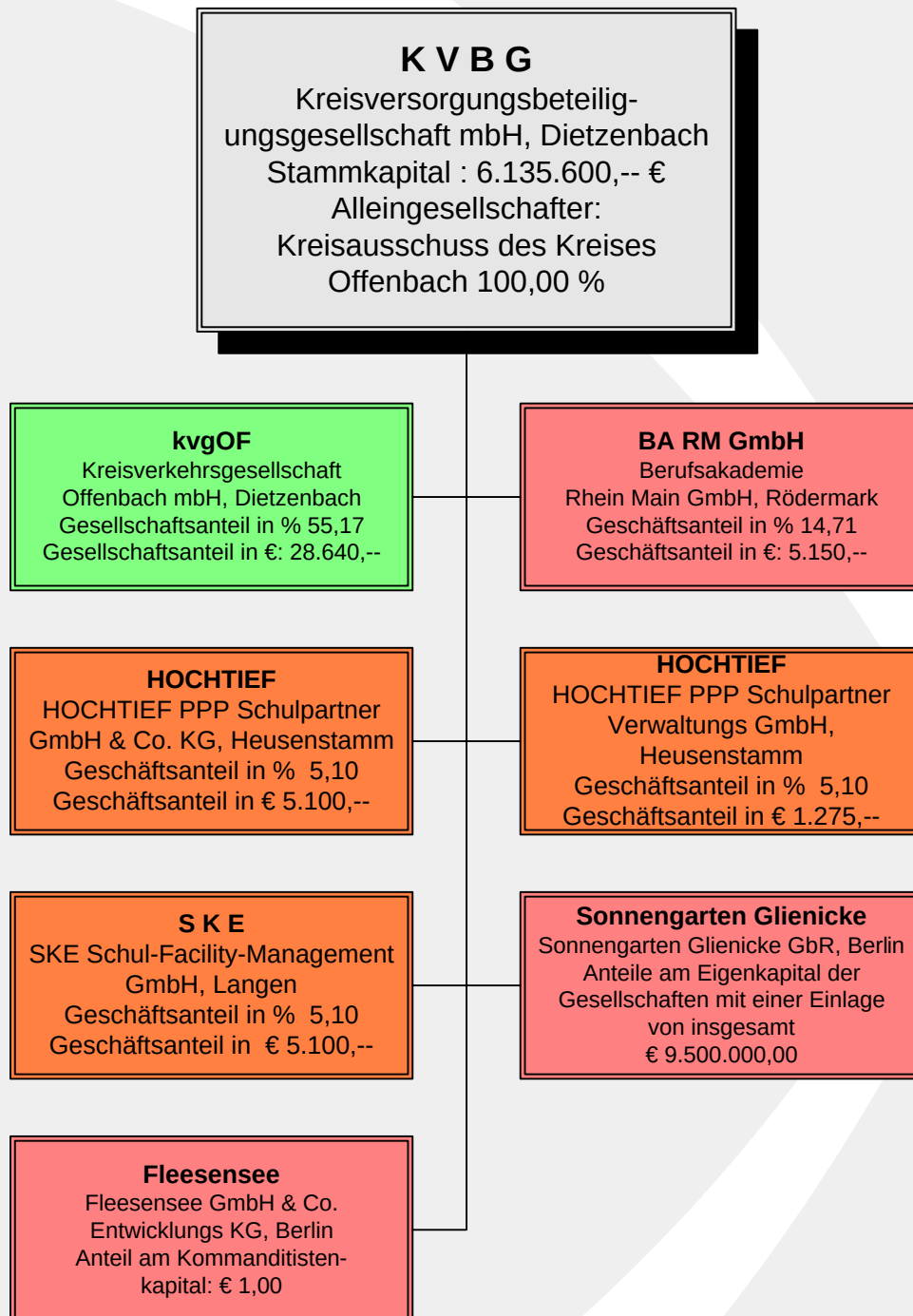
KVBG

Wirtschaft und
Wirtschaftsförderung

Verkehr und Infrastruktur

Ver- und Entsorgung

Bildung, Jugend, Soziales
Kultur und Gesundheit



KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

Am 23. September 1980 wurde die Energieversorgung Offenbach Kreis-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Firmensitz in Offenbach und einer Stammeinlage in Höhe von DM 12.000.000,-- vom Kreis Offenbach (Stammeinlage DM 11.900.000,--) und der Stadtwerke Offenbach GmbH (Stammeinlage DM 100.000,--) als Gesellschafter gegründet. Ursprünglicher Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung an der Energieversorgung Offenbach Aktiengesellschaft (EVO AG). Am 15. Dezember 1980 hat dann der Gesellschafter Stadtwerke Offenbach GmbH seine Geschäftsanteile an den Kreis Offenbach abgetreten, seither war der Kreis Offenbach alleiniger Gesellschafter.

Am 12. November 1990 wurde dann die Firma der Gesellschaft in KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH und der Unternehmensgegenstand dahingehend geändert bzw. erweitert, dass Gegenstand des Unternehmens „der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen“ ist.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios des Kreises Offenbach nimmt die KVBG eine herausgehobene Position ein.

Nach dem im Jahre 2000 vollzogenen Verkauf des an der Energieversorgung Offenbach AG gehaltenen Aktienpaketes an die MVV Energie AG, Mannheim, standen insgesamt drei Anlagealternativen der Wiederanlage des Veräußerungserlöses zur Disposition

1. Gesamte Ausschüttung des Veräußerungserlöses an den Kreis mit entsprechenden steuerlichen Verpflichtungen
2. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Wiederanlage ausschließlich in Festgeld
3. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Investition in Beteiligungen in Form von Immobilien- und Geldfonds und in die Errichtung einer Stiftung.

Aufgrund von Gremienentscheidungen der Gesellschafterversammlung wurde der Anlagealternative 3 der Vorzug eingeräumt und so auch die Errichtung der Stiftung „Miteinander Leben“ beschlossen und diese gegründet.

Bei der Wiederanlage des Veräußerungserlöses war unter anderem von Bedeutung, dass diese noch im Jahre 2000, dem Jahr des Ertrages, erfolgen musste, um entsprechende Steuervorteile hieraus ziehen zu können. Die Steuerersparnis betrug insgesamt ca. 7,5 Mio. €, die sich zusammensetzen aus steuerlichen Verlustzuweisungen für

- | | |
|--|------------|
| - Sonnengarten Glienicke Fonds in Höhe von | 4,9 Mio. € |
| - Fleesensee | 1,2 Mio. € |
| - durch Gründung der Stiftung | 1,4 Mio. € |

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

Zum Zeitpunkt der Re-Investition gab es für Geldanlagen keinen ministeriellen Erlass, der Richtlinien für kommunale Anlagegeschäfte vorgab. Die Anlagen erfolgten nach den Grundsätzen des Gemeindewirtschaftsrechts und somit in analoger Anwendung der Grundsätze für die Versicherungswirtschaft.

Gegen die Investition in die Immobilienfonds Glienicke und Fleesensee gab und gibt es Vorbehalte hinsichtlich des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen bei den angesprochenen Beteiligungen unter der Rubrik „F. Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ hingewiesen.

Gegenüber dem Zeitpunkt der Anlage im Jahre 2000 und der heutigen Situation hat sich die Rechtslage geändert. Mit dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 18.02.2009 „Richtlinien zu kommunalen Anlagegeschäften und derivativen Finanzierungsinstrumenten“ sowie des im Zuge der Erlassbereinigung mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft getretenen Erlass des HMdIS vom 21.03.2003 sind u.a. der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen zur Geldanlage nicht zulässig. Gemäß den Bestimmungen des Erlasses liegt eine Geldanlage vor, wenn die Gemeinde (der Kreis) über die Rendite hinaus keine eigenen kommunalpolitischen Ziele verfolgt.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind. Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

Zwischenzeitlich wurde seitens der Geschäftsführung insbesondere hinsichtlich der Abwicklung der beiden Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ein Umstrukturierungsprozess in Gang gesetzt, der über das Jahr 2012 hinaus zu grundlegenden Veränderungen führen wird.

Ein aktueller Sachstand zur Gesellschaft ergibt sich auf den nachfolgenden Seiten.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	23. September 1980
Stammkapital	6.135.600,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 25. Oktober 2011
Handelsregistereintrag	HRB 4930 beim Amtsgericht Offenbach am Main

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Verwalten und Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen aller Art, insbesondere an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder diesem unmittelbar oder mittelbar nützlich erscheinen, insbesondere auch zum Abschluss von Unternehmensverträgen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Verträgen.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten und andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Stiftungen zu gründen und sich an solchen zu beteiligen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss ist die Gesellschafterversammlung.

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)

Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----„-----	Herr Carsten Müller
-----„-----	Frau Sonja Arnold
-----„-----	Herr Heinz Eyßen
-----„-----	Frau Heide Heß
-----„-----	Herr Gerd Hibbeler
-----„-----	Herr Frank Lortz

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011) (Fortsetzung)

-----„-----	Frau Natascha Maldener-Kowolik
-----„-----	Frau Margot Süß
-----„-----	Herr Axel Vogt
-----„-----	Herr Walter Winter
-----„-----	Frau Heide Wolf

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 Stand (31.12.2011)

Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----„-----	Herr Carsten Müller
-----„-----	Herr Bernd Abeln
-----„-----	Frau Maria Becht
-----„-----	Frau Ingeborg Fischer
-----„-----	Frau Lucie Gerhardt
-----„-----	Herr Frank Lortz
-----„-----	Herr Werner Müller
-----„-----	Frau Maria Sator-Marx
-----„-----	Herr Stefan Schmitt
-----„-----	Herr Helmut Weigert
-----„-----	Herr Rolf Wenzel

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Horst Kreher	bis 30.06.2011
-----,-----	Herr Herbert Tragesser	ab 01.07.2011

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge für das erste Halbjahr wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) zulässigerweise verzichtet. Die Bezüge des ab 01.07.2011 tätigen Alleingeschäftsführers betragen € 25.750,20.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat betragen für das Geschäftsjahr 2011 € 7.376,20.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	6.135.600,00

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen (Stand: 31.12.2011)	Anteil in %	Anteil in €
kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach	55,17	28.640,00
Berufsakademie Rhein-Main GmbH, Rödermark	14,71	5.150,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	5,10	5.100,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	5,10	1.275,00
SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	5,10	5.100,00
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin *		1,00
Sonnengarten Glienicke Fonds, Glienicke **		9.500.000,00

* = Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 auf € 1,00 vorgenommen.

** = Beim Kauf der Gesellschaftsanteile Sonnengarten Glienicke Fonds wurden Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Gliencke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250030

	2012	2011	2010
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	7.249.000	6.874.260	6.877.806

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	32.191.433	26.282.115	26.843.872

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	26.282.115
Zunahmen	5.909.318
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	32.191.433

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

Berichtsjahr 2011	in €
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 12.06.2002 in Höhe von	4.500.000,00
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 03.07.1996 in Höhe von	2.351.942,65
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 22.05.1997 in Höhe von	1.687.263,21
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von	1.823.455,51
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von	1.548.624,10

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu sieben Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte 13 Sitzungen durch. Die Sitzungen wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz von Herrn Landrat Quilling durchgeführt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung der Finanzanlagen

Bei den Finanzanlagen ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr keine weiteren Wertberichtigungen, nachdem im Vorjahr massive Abwertungen zu buchen waren.

Bei den Fonds Sonnengarten Glienicke GbR wurde hinsichtlich der jährlich zu leistenden Nachschüsse eine nachhaltige Absenkung auf rd. 192 T€ im Jahr 2012 (Vorjahr 233 T€) p.a. durch eine Umfinanzierung der Fonds 1 und 15 erzielt. Dazu hat die Gesellschaft an die Fonds 1 und 15 Darlehen i.H.v. insgesamt 6.888 T€ ausgereicht, auf die im Geschäftsjahr 2011 bereits 45 T€ getilgt wurden.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ist unverändert durch eine latente Insolvenzgefahr bedroht. Eine Entscheidung der Gläubiger über das Sanierungskonzept steht noch aus. Die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. KG ist bei der KVBG auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Die Rückstellung für die Rückforderung von in der Vergangenheit vereinnahmten Liquiditätsausschüttungen besteht unverändert in maximaler Höhe von 965 T€.

Bei den Spezial- und Investmentfondsanteilen hat sich die Wertentwicklung leicht entspannt, sodass auch bei diesen Investments keine weiteren Abwertungen vorgenommen werden mussten. Es wurde damit begonnen, die Investmentfonds sukzessive zu veräußern. Die Veräußerungserlöse wurden im Wesentlichen zur Ausreichung von Darlehen an Sonnengarten Glienicke GbR, Fonds 1 und 15, sowie zur Tilgung von Darlehen der KVBG verwendet.

2. Verschmelzung der KommServe gGmbH

Zum 01.01.2011 wurde die KommServe gGmbH auf die Gesellschaft verschmolzen. Aufgrund der Buchwertfortführung trat ein Verschmelzungsverlust von 2.479 T€ auf, der erfolgsneutral mit dem Gewinnvortrag verrechnet wurde.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufs (Fortsetzung)

2. Verschmelzung der KommServe gGmbH (Fortsetzung)

Im Zuge der Verschmelzung wurden zwei Klinik-Grundstücke in Langen und Seligenstadt mit Wertansätzen von 530 T€ übernommen, die langfristig verpachtet sind. Weiterhin wurden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und dem Kreis Offenbach von 11.044 T€ übernommen, wobei hinsichtlich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie beim Kassenkredit unter den sonstigen Vermögensgegenständen erfasste, unwiderrufliche Erfüllungsübernahmen des Kreises Offenbach in Höhe von 7.872 T€ sowie weitere Ansprüche gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von 414 T€ bestehen. Des Weiteren wurden Nettoschulden von per Saldo 251 T€ übernommen, die im Wesentlichen mit 239 T€ einen Krankenhausspezifischen Sonderposten (Korrekturposten zu übernommenen Sachanlagen) betreffen.

3. Verlustübernahme

Die Höhe des gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der KVG zu übernehmenden Verlustes ist im Vergleich zum Vorjahr von 4.641 T€ auf 4.415 T€ gesunken.

Ein Risikofrüherkennungssystem in instrumentalisierter Form liegt aufgrund der Unternehmensgröße nicht vor. Stattdessen werden die Risiken der Gesellschaft, insbesondere die Liquidität und die Entwicklung der Finanzanlagen in angemessener und ausreichender Art und Weise von der Geschäftsführung kontinuierlich überwacht.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Vermögenslage

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Aktivseite						
Sachanlagen	530	1,2%	0	0,0%	530	1,2%
Finanzanlagen	33.363	75,7%	36.061	91,7%	-2.698	-16,0%
Langfristiges gebundenes Vermögen	33.893	76,9%	36.061	91,7%	-2.168	-14,8%
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>10.182</u>	<u>23,1%</u>	<u>3.262</u>	<u>8,3%</u>	<u>6.920</u>	<u>14,8%</u>
	<u>44.075</u>	<u>100,0%</u>	<u>39.323</u>	<u>100,0%</u>	<u>4.752</u>	<u>0,0%</u>
Passivseite						
Eigenkapital	<u>10.331</u>	<u>23,5%</u>	<u>11.496</u>	<u>29,2%</u>	<u>-1.165</u>	<u>-5,8%</u>
Sonderposten	<u>239</u>	<u>0,5%</u>	<u>0</u>	<u>0,0%</u>	<u>239</u>	<u>0,5%</u>
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	<u>10.172</u>	<u>23,1%</u>	<u>4.039</u>	<u>10,3%</u>	<u>6.133</u>	<u>12,8%</u>
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	<u>9.430</u>	<u>21,4%</u>	<u>14.450</u>	<u>36,7%</u>	<u>-5.020</u>	<u>-15,3%</u>
Langfristige Mittel	<u>30.172</u>	<u>68,5%</u>	<u>29.985</u>	<u>76,3%</u>	<u>187</u>	<u>-7,8%</u>
Kurzfristige Mittel	<u>13.903</u>	<u>31,5%</u>	<u>9.938</u>	<u>23,7%</u>	<u>4.565</u>	<u>7,8%</u>
	<u>44.075</u>	<u>100,0%</u>	<u>39.323</u>	<u>100,0%</u>	<u>4.752</u>	<u>0,0%</u>

Die Veränderung der Sachanlagen stammt aus dem Zugang der Klinik-Grundstücke in Langen und Seligenstadt aufgrund der Verschmelzung mit der KommServe gGmbH. Der Rückgang bei den Finanzanlagen resultiert im Wesentlichen aus der Veräußerung der Spezial- und Investmentfondsanteile und der daraus erfolgten Vermögensumschichtung bzw. Darlehenstilgung.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Vermögenslage (Fortsetzung)

Der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände ist insbesondere durch den Zugang des unwiderruflichen Anspruchs auf Erfüllungsübernahme der Kreises Offenbach als Gegenposten für die unter den Darlehensverbindlichkeiten erfassten Alt-Verbindlichkeiten der ehemaligen KommServe gGmbH begründet.

Die Veränderung des Eigenkapitals beruht auf dem Jahresüberschuss 2011 und der erfolgsneutralen Erfassung des Verschmelzungsverlustes der KommServe gGmbH.

Die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich insbesondere durch Umschuldungen aus dem kurzfristigen Bereich und durch die Übernahme der Alt-Verbindlichkeiten der KommServe gGmbH erhöht., wobei Letztgenannten entsprechende, unter den sonstigen Vermögensgegenständen erfasste Ausgleichsansprüche an den Kreis Offenbach gegenüber stehen. Gegenläufig hat sich die Tilgung von Altdarlehen ausgewirkt. Die Entwicklung bei den kurzfristigen Mitteln resultiert aus Umschuldungen in den langfristigen Bereich.

Finanzlage

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelfonds:

	2011	2010	Verände- rung
	in T€	in T€	in T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.576	1.337	2.239
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	3.255	16	3.239
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-4.962	-2.557	-2.405
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.869	-1.204	3.073
Finanzmittelfonds am Ende der Periode (flüssige Mittel und kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	-1.939	-3.808	1.869

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Finanzlage (Fortsetzung)

Die im Geschäftsjahr durchgeführten finanziellen Umschichtungsmaßnahmen sowie die Anhebung des Kreiszuschusses haben den Mittelabfluss des Vorjahres (negativer Cash-Flow) nahezu vollständig stoppen können. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war insbesondere durch die vom Gesellschafter gewährten Kassenkredite als auch durch den Kreditrahmen bei der Commerzbank AG jederzeit gewährleistet.

Ertragslage

	2011	2010	Veränderung
	in T€	in T€	in T€
Finanzerträge	199	108	91
Finanzaufwendungen	1.041	982	59
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.415	4.641	-226
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-5.257	-5.515	258
Betriebserträge	128	70	58
Betriebsaufwendungen	327	162	165
Betriebsergebnis	<u>-199</u>	<u>-92</u>	<u>-107</u>
Vergleichbares Ergebnis	<u>-5.456</u>	<u>-5.607</u>	<u>151</u>
Neutrale Erträge			
- nicht rückzahlbarer Zuschuss des Kreises	6.710	6.550	150
Neutrale Aufwendungen			
- Wertberichtigung Finanzanlagevermögen	0	15.660	-15.660
Zuführung zu den Rückstellungen für Fleesensee	0	965	-965
Rückzahlung Zuschuss KVG	0	555	-555
Nachschüsse Glienicke	233	353	-120
- Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	83	0	83
Neutrales Ergebnis	6.394	-10.983	17.377
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-376	-2.278	1.902
Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (./.)	1.314	-14.312	-15.626

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Während im Vorjahr das Jahresergebnis durch außerplanmäßige Abschreibungsnotwendigkeiten geprägt war, konnte im laufenden Geschäftsjahr ein Ergebnis erzielt werden, das in seiner Zusammensetzung in etwa dem planmäßigen Überschuss des Kreiszuschusses über die im laufenden Jahr angefallenen zuschussfähigen Aufwendungen (Förderung des Kapitaldienstes von Altdarlehen und Verlustübernahme KVG) entspricht. Mit dieser Überdeckung sollen entsprechende Unterfinanzierungen früherer Jahre schrittweise kompensiert werden.

Die Zunahme der Finanzerträge resultiert im Wesentlichen aus den vereinnahmten Zinserträgen für die an die Sonnengarten Glienicke GbR, Fonds 1 und 15, ausgereichten Darlehen. Der Anstieg der Finanzaufwendungen hängt mit der verschmelzungsbedingten Übernahme des Kapitaldienstes der ehemaligen KommServe gGmbH zusammen.

Die Veränderungen der Betriebserträge und –aufwendungen resultieren – mit Ausnahme des Personalaufwands – aus der Verschmelzung mit der KommServe gGmbH.

Die Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens betreffen die Veräußerung von Sachanlagevermögen und der Spezial- und Investmentfondsanteile.

In den Steuern vom Einkommen und Ertrag sind Erträge aus der Auflösung von passiven latenten Steuern i.H.v. 300 T€ enthalten.

Über die Abweichungen vom Wirtschaftsplan 2011 wurde im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 19. April 2012 durch die Geschäftsführung informiert.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Chancen und Risiken bestehen im Wesentlichen in der künftigen Entwicklung der Finanzanlagen. Hierbei sind im Hinblick auf die Risiken hauptsächlich die Beteiligungen an der Sonnengarten Glienicke GbR und Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG zu nennen. Weiterhin bestehen Anlagen in einem Spezialfonds sowie in einem Investmentfonds. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der Kreis-Verkehrsgesellschaft Offenbach mbH ist die Gesellschaft ferner von der Ertragssituation der Tochtergesellschaft abhängig.

Bei der Sonnengarten Glienicke GbR handelt es sich um mehrere geschlossene Fonds für Wohnimmobilien. Durch die weitere Umfinanzierung der Fonds soll der Kapitaldienst so strukturiert werden, dass künftig Nachschüsse vermieden werden.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Derzeit reichen die Mieterträge nicht aus, um den Kapitaldienst zu decken. Die in 2011 begonnene Umfinanzierung soll im Jahr 2012 fortgesetzt werden.

Die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ist weiterhin mit hohen Risiken behaftet. Es ist nach wie vor unsicher, ob bei der Beteiligung von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen werden kann. Es handelt sich hierbei um eine Spezial-Hotelimmobilie (sog. „Freizeit- und Erlebnishotel“), die hauptsächlich vom Urlaubs- und Konsumverhalten von Privatpersonen abhängig ist. Weitere innewohnende Risiken bestehen in der Provinzlage sowie der Wetterabhängigkeit. Zwar wurden ausreichende Rückstellungen für die mögliche Rückforderung von Liquiditätsausschüttungen bzw. das Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung gebildet. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer möglichen Insolvenz weitere, bislang unbekannte Ansprüche gegenüber den Kommanditisten geltend gemacht werden.

Hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) – hier: Finanzierung der Gesellschaft durch den Gesellschafter (Kreis Offenbach) und Weiterleitung von Mitteln an die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF) – kann bisher keine abschließende und verbindliche Aussage getroffen werden, da eine Prüfung dieser Verfahrensweise auf ihre beihilferechtliche Zulässigkeit für beide Gesellschaften noch nicht abschließend erfolgt ist.

Die Frage der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der KOMMSERVE gGmbH (vgl. hierzu den Lagebericht für die KOMMSERVE gGmbH vom 28. Februar 2011) hat nach den aktuell vorliegenden Steuerbescheiden für die Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2009 bisher nicht zu Steuerbelastungen geführt. Die Steuerbescheide für den Veranlagungszeitraum 2009 stehen noch unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. Für den Veranlagungszeitraum 2010 liegen die Steuerbescheide noch nicht vor. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass Steuerbelastungen bzw. –verbindlichkeiten in Zusammenhang mit dem Wegfall der Gemeinnützigkeit dieser Gesellschaft, die im Rahmen der Verschmelzung auf die KVBG übergegangen wären, nicht entstehen.

Vorgänge nach Abschluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2011	2010	Verände- rung-	2009
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten	529.583	0	529.583	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	77	2	75	2
Sachanlagen	529.660	2	529.658	2
- Anteile an verbundenen Unternehmen	9.528.640	9.528.640	0	16.381.139
- Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.843.085	0	6.843.085	0
- Beteiligungen	206.488	206.488	0	6.779.334
- Wertpapiere des Anlagevermögens	16.785.190	26.325.453	-9.540.264	28.575.324
Finanzanlagen	33.363.403	36.060.581	-2.697.179	51.735.797
Anlagevermögen	33.893.062	36.060.583	-2.167.521	51.735.799
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	46.497	0	46.497	555.345
- Sonstige Vermögensgegenstände	9.982.370	3.015.122	6.967.248	3.036.603
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.028.867	3.015.122	7.013.745	3.591.948
- Guthaben bei Kreditinstituten	153.136	247.183	-94.047	80.937
Umlaufvermögen	10.182.003	3.262.305	6.919.698	3.672.885
Rechnungsabgrenzungsposten	0	345	-345	360
	44.075.066	39.323.233	4.751.832	55.409.044

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verände- rung-	2009
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	6.135.600	6.135.600	0	6.135.600
- Gewinnvortrag	2.881.468	19.671.952	-16.790.484	20.808.194
- Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	1.313.990	-14.311.899	15.625.889	1.588.378
Eigenkapital	10.331.058	11.495.653	-1.164.595	28.532.172
Sonderposten mit Rücklageanteil	238.571	0	238.571	0
- Sonstige Rückstellungen	1.082.504	1.014.000	68.504	33.000
Rückstellungen	1.082.504	1.014.000	68.504	33.000
- Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	11.958.027	7.600.099	4.357.928	9.280.789
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.787	0	46.787	0
- Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen	0	712.268	-712.268	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	20.186.619	17.969.748	2.216.871	17.563.083
Verbindlichkeiten	32.191.433	26.282.115	5.909.317	26.843.872
Passive latente Steuern	231.500	531.465	-299.965	0
	44.075.066	39.323.233	4.751.832	55.409.044

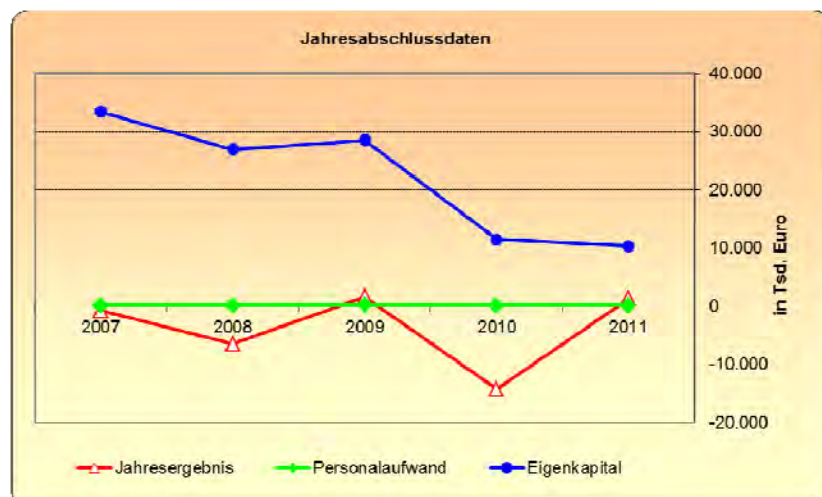
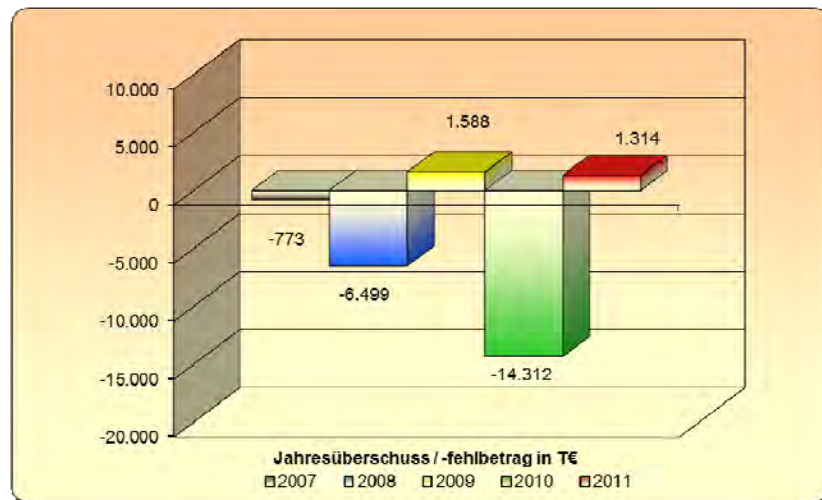
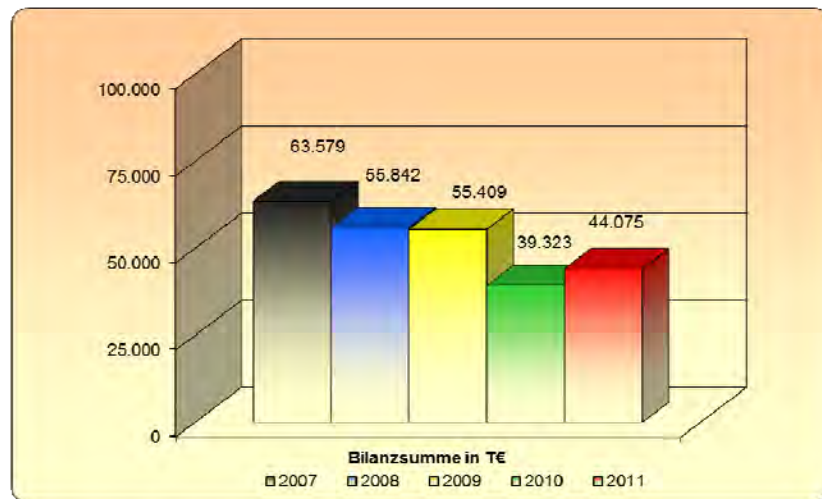
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.850.530	6.619.902	6.493.564
Personalaufwand	84.241	70.446	162.471
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	77	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	574.464	1.963.492	261.538
Erträge aus Beteiligungen	255	0	258.132
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	107.549	449	324.574
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	91.381	107.291	119.574
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	15.660.176	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.040.971	981.663	1.070.416
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.414.735	4.641.438	4.073.251
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	935.227	-16.589.574	1.628.169
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-375.608	-2.278.103	-589
Sonstige Steuern	-3.155	428	40.379
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag(-)	1.313.990	-14.311.899	1.588.378

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Am 30. September im Jahre 1992 wurde die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH als lokale Nahverkehrsgesellschaft vom Kreis Offenbach und den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Umlandverband Frankfurt zu einem Zeitpunkt gegründet, als der Rhein-Main-Verkehrsverbund (seit 1995 bestehend) noch nicht existierte.

Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde seitens der Gesellschafter es als wichtig und notwendig angesehen, öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsplanung generell einheitlich zu fördern, örtliche Planung von Verkehrslinien etc. über die eigene Gebietskörperschaft hinausgehend, abzustimmen und auch zu betreiben.

Es setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eigene Verkehrsmaßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn entsprechende Abstimmungen mit benachbarten Kommunen getroffen werden konnten. Letztlich konnten so durch Maßnahmenbündelungen Ergebnisse auch wirtschaftlich effizienter umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit des Kreises Offenbach mit den Kreiskommunen und dem Umlandverband Frankfurt (Rechtsnachfolger Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bzw. jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) trug so dann schon früh Früchte. Zu nennen sind das Projekt Anruf-Sammel-Taxi sowie die Inbetriebnahme der Buslinie 969 Kreisquerverbindung Langen – Seligenstadt.

Traditionell war im Kreis Offenbach der Schienenverkehr gegenüber dem Regionalbusverkehr bzw. der Bedeutung für den gesamten Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs stark unterrepräsentiert, dies insbesondere im Vergleich zum gesamten Geschäftsgebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Diese Situation hat sich jedoch mit Inbetriebnahme der beiden S-Bahn-Strecken Dietzenbach und Rodgau am Jahresende 2003 grundlegend geändert; es kam so zu weitreichenden strukturellen Veränderungen im ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes und der Schienenverkehr hat an Bedeutung gewonnen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Anschrift	Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/69669-00
Telefax	06074/69669-09
E-Mail	info@kvgof.de
Internet	www.kvgof.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	30. September 1992
Stammkapital:	51.910,-- €
Gesellschaftsvertrag:	Der zurzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 30.09.1992, zuletzt geändert am 25. November 2010
Handelsregistereintrag:	HRB 8669 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind:

- die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach sowie in angrenzenden Verkehrsräumen und die Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs und ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach nach einheitlichen Gesichtspunkten und Planungen;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs;
- die sofortige oder spätere Übertragung einzelner oder aller Verkehrsleistungen von den Gesellschaftern unter Weitergabe der damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Zuwendungen auf die Gesellschaft;
- die gegenseitige Unterrichtung der Gesellschafter über alle wesentlichen Verkehrsmaßnahmen und –vorhaben innerhalb ihrer Gebietskörperschaft und die zugrunde liegenden Überlegungen und Planungen;

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren;
- die Einrichtung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen;
- die Beteiligung an Unternehmen, die die oben genannten Zwecke fördern

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellvertretender Vorsitzender, für die Gemeinde Hainburg	Herr Bernhard Bessel
Stellvertretende Vorsitzende, für die Gemeinde Mainhausen	Frau Ruth Disser
Mitglied für die KVBG	Herr Bernd Abeln
-----„-----	Frau Claudia Bicherl
-----„-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----„-----	Herr Arne Göhler
-----„-----	Herr Clemens Jäger
-----„-----	Frau Margrit Jansen
-----„-----	Herr Jürgen Kaiser
-----„-----	Herr René Rock
-----„-----	Frau Gisela Schmalenbach
-----„-----	Herr Stefan Schmitt

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand 31.12.2011) (Fortsetzung)	
Mitglied für die KVBG	Herr Norbert Schultheis
-----„-----	Herr Karl-Heinz Stier
-----„-----	Herr Alexander Sturm
-----„-----	Herr Boris Wilfert
Mitglied für die Stadt Dietzenbach	Herr Jürgen Rogg
-----„----- für die Stadt Dreieich	Herr Martin Burlon
-----„----- für die Gemeinde Egelsbach	Herr Rudi Moritz
-----„----- für die Stadt Heusenstamm	Herr Uwe Michael Hajdu
-----„----- für die Stadt Langen	Herr Frieder Gebhardt
-----„----- für die Stadt Mühlheim	Herr Daniel Tybussek
-----„----- für die Stadt Neu-Isenburg	Herr Herbert Hunkel
-----„----- für die Stadt Obertshausen	Herr Hubert Gerhards
-----„----- für die Stadt Rodgau	Herr Michael Schüßler
-----„----- für die Stadt Rödermark	Herr Roland Kern
-----„----- für die Stadt Seligenstadt	Herr Dieter Burkard

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Andreas Maatz
------------------------	--------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Jahre 2011 nicht an.

Die GesamtbruttoBezüge des Geschäftsführers betrugen im Geschäftsjahr 2011 € 90.000,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH	55,176	28.640,00
Stadt Dreieich	3,448	1,790,00
Stadt Dietzenbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Egelsbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Hainburg	3,448	1,790,00
Stadt Heusenstamm	3,448	1,790,00
Stadt Langen	3,448	1,790,00
Gemeinde Mainhausen	3,448	1,790,00
Stadt Mühlheim	3,448	1,790,00
Stadt Neu-Isenburg	3,448	1,790,00
Stadt Obertshausen	3,448	1,790,00
Stadt Rodgau	3,448	1,790,00
Stadt Rödermark	3,448	1,790,00
Stadt Seligenstadt	3,448	1,790,00
	100,00	51.910,00

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

	Anteil in %	Anteil in €
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	2,5 %	6.250,00

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) sind die Landkreise auf ihrem Gebiet zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie sind Aufgabenträger im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes und zuständige Stelle im Sinne des § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395). Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs obliegt den Verkehrsunternehmen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

k e i n e

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Rahmenbedingung

Der Kreis Offenbach und seine Kommunen investieren erhebliche finanzielle Mittel für Ihre Bürgerinnen und Bürger, um ein adäquates Angebot im ÖPNV anzubieten. Gleichzeitig muss verstärkt um den Kunden geworben werden, um zukünftig diese Angebote mit möglichst hohen Fahrgeldeinnahmen zu refinanzieren.

Zur nachhaltigen und öffentlich wirksamen Positionierung als Spezialist für die Nahmobilität wird die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH ihr Profil als ‚Marke‘ für den Kunden schärfen. Hierzu wurde ein vollständiges ‚Corporate Design‘ erstellt, das sich auf das gesamte Erscheinungsbild der Gesellschaft erstreckt.

Das offizielle Logo inklusive der neuen Schreibweise inklusive Kürzel (kvgOF) sieht aus wie folgt:



Der Name der Gesellschaft wurde lediglich grammatikalisch angepasst, so dass keine Änderungen im Gesellschaftervertrag vorgenommen werden mussten.

Im Geschäftsjahr 2011 hatte Herr Andreas Maatz die alleinige Geschäftsführung der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kurz: kvgOF) inne.

Sowohl die im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen vier Sitzungen des Aufsichtsrats als auch die jährliche Gesellschafterversammlung wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz der Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, durchgeführt.

Der zeitlich vorgeschaltete Beirat mit Vertretern von sechs Stadtwerken/Verkehrsbetrieben im Kreis Offenbach traf sich ebenfalls turnusgemäß, um Themen des Aufsichtsrats vorzubereiten und Belange der Kooperationsunternehmen zu behandeln.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Gesellschafterversammlung am 1. Dezember 2011 wurden keine Änderungen im Gesellschaftervertrag beschlossen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH kann weiterhin als grundsätzlich positiv bezeichnet werden. Im Verbundgebiet stiegen die Fahrgastzahlen im Jahr 2011 wiederum auf mittlerweile 705 Millionen Fahrten. Diese Zahl basiert auf einer aktuellen verbundweiten Fahrgasterhebung aus dem Jahr 2010.

Einnahmenaufteilung und Umlagen

Die Ergebnisse der Verbunderhebung 2004 wurden auch der Einnahmenaufteilung 2010 (EAV) zugrunde gelegt. Damit wurden die mit dem Betriebsstart der Rodgau-S-Bahn einhergehenden Verlagerungen der Verkehre wiederholt deutlich. Es standen für die kvgOF einschließlich der Kooperationsunternehmen nach der EAV 2009 unter Berücksichtigung von kassentechnischen Einnahmen von T€ 7.598 und einem Fremdnutzerausgleich von T€ 3.591 noch T€ 4.007 für die Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung.

Die kassentechnischen Einnahmen 2010 stiegen auf T€ 8.177 (+6,2%) und der abzuführende Fremdnutzerausgleich auf T€ 3.986,7 (+ 11,0%). Das daraus resultierende, zur Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung stehende Delta, erhöhte sich auf T€ 4.190,3 (+ 4,57%).

Der im Jahr 1998 unterzeichnete Einnahmenaufteilungsvertrag ist auch für die Abrechnung des Jahres 2010 EAV/ABR 2010 angewandt worden. Die Integration der Anruf-Sammel-Taxi-Systeme in das Einnahmenaufteilungsverfahren ist weiterhin nicht vollständig befriedigend gelungen. Die Einnahmen werden unverändert im Rahmen einer Vorabzuscheidung auf die EAV zugeschieden. Die Kooperationsunternehmen und die kvgOF erarbeiteten gemeinsam ein akzeptables Modell zur Einnahmenaufteilung, das auch bei der EAV 2010 Anwendung gefunden hat. In Zusammenarbeit mit dem RMV wird eine Harmonisierung der AST-Tarife angestrebt, die jedoch auch im Jahr 2011 nicht erreicht werden konnte. Im März 2011 hat der RMV eine verbundweite Abfrage der aktuellen AST-Tarife in jeder LNO durchgeführt, die o.g. Harmonisierung zum Ziel haben sollen.

Das Ergebnis der Einnahmenezuscheidung 2010 ohne Kooperationsfördermittel für die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH veränderte sich gegenüber dem Vorjahr wie dargestellt um 4,57%.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen (Fortsetzung)

Die Strukturhilfe sowie die Zuschuldung aus Durchtarifierungsverlusten beträgt T€ 325,2 und liegt damit 2,6% unter der des Jahres 2009 (T€ 334).

Negativ entwickelte sich das Regionalbusdefizit, und zwar von T€ 604 in 2009 auf T€ 639,7 (+ 35,7) in 2010 bei einem Umlagensatz von 11,12 % gegenüber 11,10% in 2009.

Die SPNV-Umlage (Schiene) verbleibt weiterhin auf dem Wert € 0.

Die Regionalbusumlage wurde zu 59,8% von den Gesellschaftern und zu 40,2% von der kvgOF getragen. Grundlage ist das im lokalen Nahverkehrsplan 2011- 2015 festgelegte Defizit-Aufteilungsmodell. Der im Februar 2011 vom Kreistag beschlossene Lokale Nahverkehrsplan 2011-2015 wurde bislang nur marginal umgesetzt, nicht zuletzt aufgrund der angespannten Finanzlage beim Kreis und den Kommunen.

Die Aufwendungen für die Partnerschaftsfinanzierung ‚Schiene‘ betragen im Jahr 2011 T€ 3.057 gegenüber einem Ergebnis von T€ 2.954 in 2010. Sie resultieren aus der jährlich mit 1,5% fortgeschriebenen Basis des Jahres 2004 zuzüglich der Zusatzbestellung für den Betrieb der Odenwaldbahn von T€ 275.

Die Höhe der Verlustübernahme der KVBG verringert sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 226 von T€ 4.641 auf T€ 4.415 und fällt um T€ 60 geringer aus als in der vierten Wirtschaftsplan-Fortschreibung des Geschäftsjahres 2011 erwartet.

Hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) – hier: Finanzierung der Gesellschaft einerseits durch den mittelbaren Gesellschafter (Kreis Offenbach) und ggf. andererseits durch die unmittelbaren Gesellschafter (Kommunen des Kreises Offenbach) – kann bisher keine abschließende und verbindliche Aussage getroffen werden, da eine Prüfung dieser Verfahrensweise auf ihre beihilferechtliche Zulässigkeit für diese Gesellschaft noch nicht abschließend erfolgt ist.

Die Zuwendungen/der Verlustausgleich durch die KVBG gleicht im Wesentlichen die Aufwendungen/Verpflichtungen aus, die durch den Kreis Offenbach gegenüber dem RMV aufgrund der vertraglichen Verpflichtung zwischen dem Kreis Offenbach und dem RMV auch dann zu leisten wären, wenn diese Aufgaben nicht an die kvgOF übertragen worden wären.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Interne Entwicklungen

Die Mobilitätszentrale der kvgOF sowie der telefonische Service in der Geschäftsstelle wurden noch stärker auf den Kundenbedarf und eine zügige Bedienung der Kunden ausgerichtet.

Mit Anfang September 2011 wurde die vom Aufsichtsrat genehmigte Personalregelung umgesetzt. Zwei Mitarbeiterinnen, die bislang als 400,- €-Kräfte für die kvgOF tätig waren, werden nun als feste Mitarbeiter im Rahmen einer Halbtagsstelle als Mobilitätsberaterinnen die Kunden bedienen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Mobilitätszentrale werden zukünftig auch über ein einheitliches ‚Outfit‘ zu erkennen sein.

Erfahrungsgemäß benötigen einige Kunden oftmals nur eine schnelle Fahrplanauskunft oder eine Fahrkarte, oder Sie möchten einen Antrag zur Schülerbeförderung bzw. für eine CleverCard ausfüllen. Dabei kommt es zwischenzeitlich immer wieder zu längeren Wartezeiten für Kunden, weil ein anderer Kunde eine etwas zeitintensivere Betreuung benötigt. Deshalb wurde ein Selbstbedienungsterminal aufgestellt, an dem der Kunde schnell und eigenständig Fahrplanauskünfte einholen und ausdrucken oder Anträge bearbeiten kann. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen zur Kundeninformation und –bewerbung vorgenommen (Info-Bildschirm mit aktuellen Neuigkeiten über den ÖPNV im Kreisgebiet, die neue Kreiskarte ÖPNV‘ etc.).

Die im Januar 2011 eingestellte Halbtagskraft zur Verstärkung unserer Aktivitäten im Bereich ‚Marketing & Kommunikation‘ ist seit Mitte März 2012 im Mutterschutz. Als Vertretung haben wir – zunächst bis Ende 2012 befristet – einen neuen Mitarbeiter mit zwei Arbeitstagen pro Woche angestellt.

Vermögenslage

Bei einer um T€ 655 gesunkenen Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von 2,5% zum Vorjahresstichtag auf 3,4 % zum 31.12.2011 erhöht.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 24,8 %, gegenüber 10,7 % zum Vorjahresstichtag. Die kurzfristigen Fremdmittel betragen zum 31.12.2011 T€ 1.572 gegenüber T€ 2.227 im Vorjahr, wobei die Zunahme im Wesentlichen auf die Reduzierung der Rückstellungen zurückzuführen ist. Die Forderungen belaufen sich auf insgesamt T€ 377 gegenüber T€ 1.126 zum Vorjahresstichtag. Die Stichtagsliquidität von T€ 850 liegt um T€ 63 unter dem Wert des Vorjahres.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die Entwicklung des Bestands an liquiden Mitteln zeigen die Kapitalflussrechnungen für 2011 und 2010:

	2011	2010	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Periodenergebnis vor Verlustübernahme	-4.415	-4.641	226
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	60	62	-2
./. / + Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-452	898	-1.350
./. / +Zunahme/ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	748	-636	1.384
./. / + Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-203	-231 1)	28
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-4.262	-4.548	286
./. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-52	-121	69
./. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-165	-54	-111
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-217	-175	-42
+ Zahlungen zum Verlustausgleich	4.415	4.340 2)	75
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.415	4.340	75
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-64	-383	319
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	914	1.297	-383
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	850	914	-64

1) (2010: Einschließlich Veränderung des Eigenkapitals wegen BilMoG-Anpassungen)

2) (2010: Erträge aus der Verlustübernahme T€ 4.641 abzüglich T€ 301 Überzahlung auf den Ausgleich des Jahresergebnisses)

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte

Der Prozess zur Erstellung der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Offenbach für die Jahre 2011 bis 2015 wurde am 09. Februar 2011 mit dem Beschluss des Kreistages abgeschlossen.

Schienenverkehr

S-Bahnen

Ab 13. Juni 2010 wurden die Züge der S2, die in der Hauptverkehrszeit das Angebot von einem 30-Minuten-Takt auf einen 15-Minuten-Takt verdichten, auch in den Frankfurter S-Bahn-Tunnel als durchgehende Verbindungen in der Regel nach Niedernhausen geführt; die Bedienung von Offenbach Hbf durch die S2 entfiel. Damit erhielten auch Dietzenbach und Heusenstamm in der Hauptverkehrszeit einen umsteigefreien 15-Minuten-Takt nach Frankfurt. Diese Bedienung hat sich in 2011 bewährt, die befürchtete größere Anzahl von verspäteten und ausgefallenen Zügen ist nicht eingetreten. Hingegen werden die neuen umsteigefreien Verbindungen nach Frankfurt wesentlich besser in Anspruch genommen als zuvor die in Offenbach Ost endenden Züge.

Im RMV-Aufsichtsrat wurde am 16. November 2011 die Neuvergabe der S-Bahnleistungen ab Mitte Dezember 2014 in drei Teilnetzen beschlossen. Danach sollen im Teilnetz „Kleyer“ (u.a. S1, S7, S8 und S9) Neufahrzeuge zum Einsatz kommen und die Leistungen für 22 Jahre vergeben werden.

Regionalbahnen

Odenwaldbahn (RB 64)

Auf der Odenwaldbahn kamen ab April 2010 zur Kapazitätsverstärkung vier neue Triebwagen des Typs ITINO zum Einsatz, die von der lokalen Ebene anteilig mitfinanziert werden. Der Einsatz dieser Fahrzeuge war notwendig, um ausreichende Kapazitäten bereit zu stellen. Vereinzelt treten auch mit dem erweiterten Fahrzeugpark in der Hauptverkehrszeit bereits wieder Engpässe wegen erhöhter Fahrgastnachfrage auf.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehr

Die Pünktlichkeit der Busse ist zu den morgendlichen Spitzenstunden aufgrund der Verkehrsbelastungen im Straßennetz häufiger nicht mehr gewährleistet; Verspätungen führen zu vermehrten Kundenbeschwerden. Im August 2011 wurde deshalb eine „Bestandsaufnahme und Machbarkeitsstudie zur Bevorrechtigung des ÖPNV an den Lichtsignalanlagen im Landkreis Offenbach“ in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in 2012 vorliegen werden.

Regionalbusverkehre

Die Buslinie OF-96 wurde ab August 2011 an Samstagen und Sonntagen im 2-Stunden-Takt von 9 bis 19 Uhr nach Messel und zum Besucherzentrum Grube Messel verlängert.

Lokale Busverkehre

Die vom RMV beabsichtigte Lokalisierung bislang regionaler Linien im Rahmen der Neustrukturierung der Finanzierungsinstrumente wird von Seiten der kvgOF weiterhin sowohl kritisch als auch als Chance betrachtet. Kritisch im Hinblick darauf, dass nur unzureichendes Zahlenmaterial zu Aufwand und Erlös über die zu lokalisierenden Linien vorliegt. Eine Chance liegt jedoch in der Möglichkeit, künftig direkt Einfluss auf die Durchführung von Linien und damit über gezielte Maßnahmen auf Aufwand und Ertrag einer Linie nehmen zu können.

Entscheidend ist jedoch, dass der RMV gemeinsam mit dem Land Hessen mittelfristig durch entsprechende Zusagen die Gewähr bietet, dass der ÖPNV im seitherigen Umfang finanziell unterstützt wird. Diesbezügliche Gespräche führten jedoch im Jahr 2011 noch nicht zu konkreten Ergebnissen, da der RMV seine Lokalisierungsabsichten noch immer nicht konkretisiert hat.

Stadtbusverkehre

In Zusammenarbeit mit der Stadt Rödermark wurde eine Planung zum möglichen Stadtbusverkehr in Rödermark in Auftrag gegeben. Dabei soll der zurzeit noch bestehende Schülerverkehr nach § 43 Abs. 2 PBefG in Rödermark in diese öffentliche Linie mit Anwendung des RMV-Tarifs kostensparend integriert werden. Eine Beschlussfassung zum Thema konnte bis März 2012 noch nicht erreicht werden.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehr (Fortsetzung)

Stadtbusverkehre (Fortsetzung)

Eine dauerhafte Fortführung des Schülerverkehrs außerhalb des RMV über den Sommer 2012 hinaus ist wegen der Veränderung der Auszahlungsbedingungen der Zuschüsse für diesen Verkehr aber nicht möglich, die Risiken der Bezuschussung müssen bis maximal zu den Sommerferien 2012 von der kvgOF getragen werden.

Flexible Angebote (Anruf-Sammeltaxi-AST)

Die kvgOF ist für die Planung und Organisation der meisten AST-Verkehre im östlichen Kreisgebiet zuständig. In Verbindung mit der zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2011 vorgenommenen Übernahme des AST 35 (Mühlheim/Obertshausen, bisher Stadtwerke Mühlheim) und dem Anliegen der Stadt Seligenstadt, den sogenannten ‚Citybus‘ in den regulären RMV-Tarif zu überführen, haben wir in 2012 eine vollständige Überprüfung des AST-Systems im Ostkreis vorgesehen.

Im Ergebnis soll eine Entscheidungsgrundlage geschaffen werden, wie die kvgOF den unterschiedlichen Wünschen heutiger als auch potentieller Kunden in den kommenden Jahren nachhaltig gerecht werden können. Hierbei sollen auch die wirtschaftlichen Faktoren (Kosten/Nutzen) berücksichtigt werden.

RBL-light

Im Jahr 2011 konnten keine neuen Kunden hinzugewonnen werden. Dennoch entwickelte sich das Geschäft mit der Eigenentwicklung des RBL-light (ICTS) positiv und trug zur Ertragsverbesserung bei. Für das Jahr 2012 werden die in 2011 angebahnten neuen Vertragsabschlüsse voraussichtlich realisiert werden können.

Kundeninformation und –service

Dynamische Fahrgastinformationen (DFI)

Im Jahr 2006 wurde das Projekt der Errichtung Dynamischer Fahrgastinformationstafeln in seiner ersten Ausbaustufe fertig gestellt. Für 2008 und 2009 war eine Weiterführung im Westteil des Kreises Offenbach vorgesehen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Kundeninformation und –service (Fortsetzung)

Dynamische Fahrgastinformationen (DFI) (Fortsetzung)

Am 17.12.2010 ging der GVFG-Förderungsbescheid bei der kvgOF ein, so dass das Projekt in 2011 weitergeführt werden konnte. Die entsprechenden Angebote potentieller Anbieter sind nach einer Ausschreibung im März 2011 eingegangen, die Vergabe erfolgte am 18.05.2011. In der zweiten Jahreshälfte 2011 wurden die Vorarbeiten zur Installation der DFI-Anzeiger durchgeführt. Seit Januar 2012 erfolgt die Montage der DFI-Anzeiger vor Ort. Mit einem Abschluss der Bauarbeiten wird bis Ostern 2012 gerechnet. Nach einem dreimonatigen Probetrieb ist die endgültige Inbetriebnahme bis Juni 2012 vorgesehen.

Entlang der modernisierten Odenwaldbahn beteiligt sich die kvgOF an einem Gemeinschaftsprojekt der Anliegergebietskörperschaften zum Aufbau entsprechender DFI. Hier ist zum Jahresende 2010 ein entsprechender Förderbescheid des Landes Hessen eingegangen. Die notwendige Ausschreibung wurde gemeinsam für alle DFI-Anzeiger durch das Unternehmen HEAG-Mobilo durchgeführt. Mit einer Vergabeentscheidung wird im April 2012 gerechnet, im Sommer 2012 soll sodann der Aufbau der Anlagen erfolgen.

Internet

Die vollständig neue Internetpräsenz der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (www.kvgOF.de) wurde wie geplant mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Wir konnten einerseits den ursprünglichen Terminplan halten und mussten gleichzeitig nahezu keine ‚Kinderkrankheiten‘ nach dem ‚Launch‘ ausbessern. Mit einem Auswerte-Tool können wir jederzeit eine Analyse der Seitenzugriffe vornehmen und somit auf die Kundenbedürfnisse reagieren.

Schülerkarten

Der Vertrieb von CleverCards als Jahreskarten für Schüler und die Kostenübernahme durch den Schulträger stellt das stärkste Kundensegment der kvgOF dar. Zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit und der Effizienzsteigerung wurde im Jahr 2010 der Auftrag an den Dienstleister der kvgOF vergeben, das Antragsverfahren sowohl für das Erstattungsverfahren nach § 161 HSchG als auch die Beantragung der CleverCard auf internetbasierte Erhebungsbögen zu erweitern. Dies ist inzwischen mit Erfolg umgesetzt.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Ausbildung ‚Bus- und Bahnbegleiter‘

In diesem Projekt wurden bis Ende 2011 mittlerweile über 500 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Projektbeteiligte sind der Kreis Offenbach, die 13 Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach, die im Rahmen einer Umlagefinanzierung sich an den Kosten beteiligen, sowie der RMV, das Polizeipräsidium Südosthessen und die 23 weiterführenden Schulen im Kreis Offenbach.

Weitere Projekte

- Konzept „Zukunftsfähiger ÖPNV in der Schülerbeförderung im Kreis Offenbach“ mit ivm GmbH und Kreis Offenbach, seit 2010 auch für das gesamte Kreisgebiet ausgedehnt und in 2011 vorläufig abgeschlossen.
- Zur Einführung des eTicketing beteiligt sich die kvgOF an der Ausgestaltung des gemeinsamen Hintergrundsystems des RMV. Mit diesem Hintergrundsystem werden zukünftig nicht nur die eTickets verwaltet, sondern wird auch ein Beitrag zur Effizienzsteigerung des Vertriebs entwickelt. Mit Einführung der Jahreskarte als eTicket übernahm die kvgOF gegen Zahlung einer Provision das Handling der Kartenausgabe und –verwaltung der eTickets für die Stadtbusunternehmen.
- Datendrehscheibe: Gemeinsam mit den lokalen Nahverkehrsorganisationen „DaDiNa und Oreg“ und dem RMV beteiligt sich die kvgOF am Aufbau einer verbundweiten Datendrehscheibe. Ziel der Datendrehscheibe ist die Onlineverfügbarkeit aller relevanten Echtzeit- und Fahrplandaten für die verschiedenen Auskunftssysteme und zur Verbesserung der Anschlusssicherheit sowie der Verkaufsdaten.
- Für die Kontrolle der eTickets ist dort, wo noch keine modernen Drucker mit eTicket-Funktionalität eingesetzt sind, der Einsatz von autarken bzw. mobilen Kontrollgeräten notwendig. Die kvgOF hat sich entschlossen, verbundweit allen interessierten Verkehrsunternehmen das Hosting dieser durch den RMV bereitgestellten Geräte anzubieten. Der hierbei erzielte Umsatz trägt zur Ertragsverbesserung der kvgOF bei.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Weitere Projekte (Fortsetzung)

- Gemeinsam mit den Stadtbusunternehmen Rodgau, Mühlheim, Dietzenbach, Neu-Isenburg und Dreieich beschafft die kvgOF neue Verkaufsgeräte für Vorverkaufsstellen, Busdrucker und mobile Verkaufsgeräte. Bei der Beschaffung werden die Kooperationspartner und die kvgOF durch das Ingenieurbüro IGDB betreut. Ziel ist der Betrieb einer gemeinsamen Hintergrundsoftware. Diese wird den Anforderungen des eTicketings und des zukünftigen elektronischen Fahrgeldmanagement erfüllen. Für eine Übergangszeit ist der Weiterbetrieb der seitherigen, auf MS-Dos- Basis funktionierenden, Hintergrundsoftware vorgesehen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Planungssicherheit

Mit der Aufstellung und anschließender Genehmigung des neuen lokalen Nahverkehrsplans (NVP) für den Kreis Offenbach mit Gültigkeit von 2011 – 2015 durch den Aufsichtsrat der kvgOF im November 2010 wurden die Weichen für eine gesicherte Fortentwicklung des Nahverkehrsangebot gestellt. Die politischen Gremien (Kreisausschuss und Kreistag) haben im Januar bzw. Februar 2011 ebenfalls die Umsetzung des NVP 2011 – 2015 beschlossen, so dass für die kommenden Jahre eine Planungssicherheit besteht.

Finanzierung

Zum November 2011 sollte dem Aufsichtsrat des RMV ein neues Modell zur Neuordnung der Finanzmittelströme im ÖPNV zur Beratung und Genehmigung vorliegen. Da eine einvernehmliche Beschlussvorlage zu diesem Punkt nicht möglich war, wurde die Neuordnung erneut vertagt und soll nunmehr in eine Beschlussvorlage im Jahr 2012 münden. Diese Neustrukturierung der Verbundfinanzierung wird sich erheblich auf die Möglichkeiten und Grenzen der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Offenbach auswirken.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Finanzierung (Fortsetzung)

Die bisherige Diskussion hatte u.a. die Neudefinition des Status quo von Grundleistungen im Schienenverkehr zur Entlastung der Partnerschaftsfinanzierung zum Ziel, die im Ergebnis eine finanzielle Entlastung der kvgOF bewirken könnte. Andererseits wären bei anderen Verbundpartnern die finanziellen Risiken eines neuen Modells zur Partnerschaftsfinanzierung deutlich höher, so dass zur einvernehmlichen Einigung auf ein neues Finanzierungsmodell ein aufwendiger und schwieriger Prozess bevorsteht. Für die kvgOF ist eine Neudefinition des Status Quo für den SPNV, der das seitherige Partnerschaftsfinanzierungsmodell ablöst, unverzichtbarer Teil einer gemeinschaftlichen Lösung zur Neuordnung der Finanzmittelströme.

Die aktuelle Finanzlage der beteiligten Gebietskörperschaften (Kommunen, Kreis und Land) und die damit verbundenen Zwänge zur Einsparung freiwilliger Leistungen lässt bereits eine Reduzierung des ÖPNV-Angebots in der zeitlichen Ausdehnung und Intensität erkennen. Falls sich diese Situation kurz- und mittelfristig nicht nachhaltig ändert, wird die Finanzierung des ÖPNV im Kreis Offenbach in seiner bisherigen Dimension – trotz gültigem Nahverkehrsplan - voraussichtlich nicht aufrecht zu erhalten sein und ggf. zu Reduzierungen im heutigen und geplanten Leistungsangebot führen.

Das elektronische Fahrgeldmanagement soll ab Ende 2011 bis zum Jahr 2015 sukzessive realisiert werden. Das so genannte ‚eTicketing‘ wird in der Vorbereitungs- und Einführungsphase erhebliche personelle Kapazitäten in der kvgOF binden, gleichzeitig ist perspektivisch die Erschließung neuer Kundengruppen sowie ein effizienterer Vertrieb möglich. Zudem wird es sich auch auf die Höhe und die Verteilung der Fahrgeldeinnahmen auf die einzelnen Nahverkehrsorganisationen auswirken; eine belastbare Einschätzung der Chancen und Risiken ist derzeit noch nicht möglich.

Qualitätsoffensive

Mit der Bewerbung alter und neuer Kunden muss gleichzeitig die Qualität des Angebots entsprechend optimiert werden. Mit der heutigen Qualität der eingesetzten Fahrzeuge und insbesondere des Fahrpersonals lassen sich die Anforderungen bestehender und potentieller Nutzer zukünftig nicht in Einklang bringen.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Qualitätsoffensive (Fortsetzung)

Deshalb hat die kvgOF eine mehrtägige Serviceschulung für Busfahrer mit einem externen Dienstleister ausgearbeitet und wird in 2012 eine ‚Probeschulung‘ durchführen lassen. Für den Fall, dass die Erfahrungen mit dieser Art der Schulung positiv sind, soll diese Serviceschulung zu einem Standardangebot werden und der RMV zur Finanzierung gewonnen werden.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-	2009
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	85.074	49.754	35.320	16.039
Betriebs- und Geschäftsausstattung	143.287	163.216	-19.929	108.041
Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	166.231	25.064	141.167	596
Sachanlagen	309.518	188.280	121.238	108.637
Finanzanlagen	6.250	6.250	0	6.250
Anlagevermögen	400.841	244.284	156.557	130.926
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	283.615	321.790	-38.174	387.751
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	712.267	-712.267	0
Forderungen gegen Gesellschafter	56.697	57.367	-670	44.105
Sonstige Vermögensgegenstände	17.953	19.816	-1.863	35.383
	358.265	1.111.240	-752.974	467.239
Guthaben bei Kreditinstituten	850.040	912.652	-62.612	1.297.448
Umlaufvermögen	1.208.305	2.023.891	-815.586	1.764.687
Rechnungsabgrenzungsposten	18.420	14.420	4.000	20.800
	1.627.566	2.282.595	-655.028	1.916.413
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	51.910	51.910	0	51.910
Gewinnrücklagen	3.629	3.629	0	0
Eigenkapital	55.539	55.539	0	51.910
Sonstige Rückstellungen	1.233.688	1.685.813	-452.125	787.985
Rückstellungen	1.233.688	1.685.813	-452.125	787.985
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	243.333	437.054	-193.720	209.144
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	46.498	0	46.498	555.345
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	8.882	8.429	453	19.431
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	176	145	32	122
Sonstige Verbindlichkeiten	15.075	12.741	2.335	151.100
Verbindlichkeiten	313.965	458.368	-144.403	935.143
Rechnungsabgrenzungsposten	24.375	82.875	-58.500	141.375
	1.627.566	2.282.595	-655.028	1.916.413

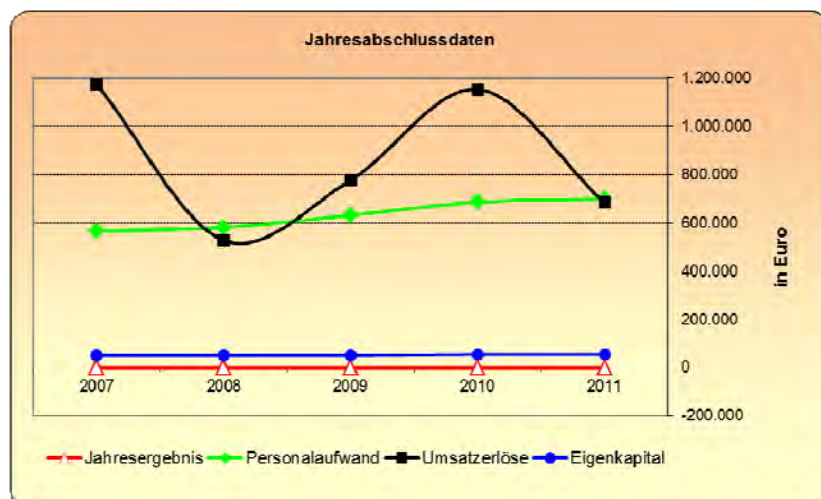
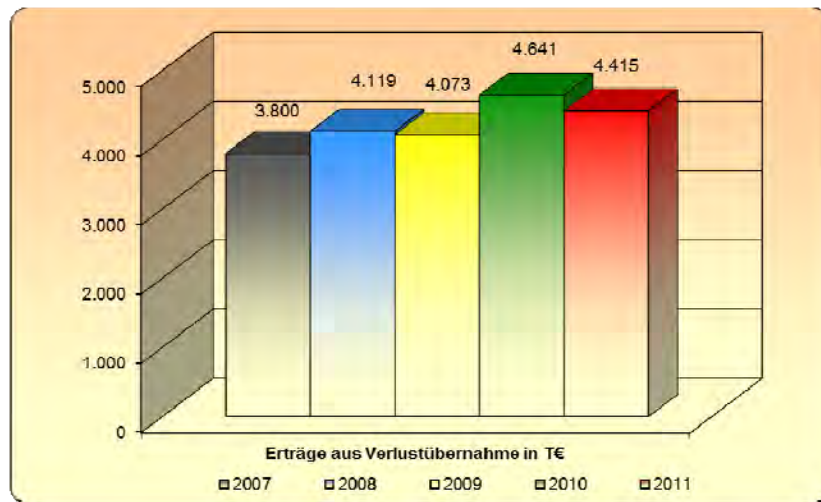
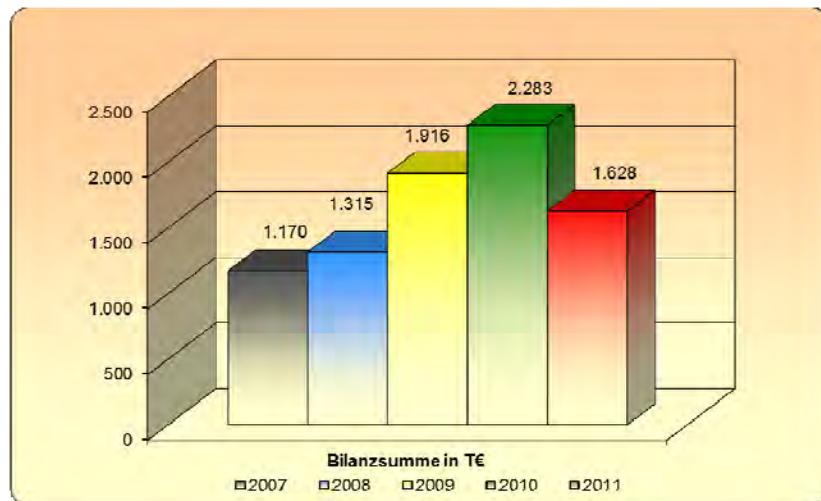
**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 in €	2010 in €	2009 in €
Umsatzerlöse	683.530	1.153.835	777.195
Sonstige betriebliche Erträge	3.319.979	2.484.517	2.658.101
	4.003.510	3.638.352	3.435.296
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	2.992	834	3.910
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.077.780	2.064.515	1.771.058
Materialaufwand	2.080.772	2.065.350	1.774.968
Gehälter	543.085	552.462	492.976
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	156.002	133.348	138.802
Personalaufwand	699.088	685.810	631.778
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	60.468	61.488	40.499
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.603.592	5.465.319	5.067.698
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.750	16.414	6.402
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.076	18.237	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.414.735	-4.641.438	-4.073.251
Erträge aus Verlustübernahme	4.414.735	4.641.438	4.073.251
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gesellschafter der Berufsakademie Rhein Main GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Die entsprechenden Gremienbeschlüsse seitens der Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH wurden von der Gesellschafterversammlung am 28. Juli 2008 bzw. vom Kreistag des Kreises Offenbach am 01. Oktober 2008 gefasst.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Anschrift	Am Schwimmbad 3, 63322 Rödermark
Telefon	06074/3101120
Telefax	06074/3101121
E-Mail	info@ba-rm.de
Internet	www.ba-rm.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27. Oktober 2008
Stammkapital	35.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27.10.2008.
Handelsregister	HRB 43780 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Abgabenordnung. Dieser Zweck wird verwirklicht durch die Entwicklung sowie den Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark und in Städten des Kreises Offenbach.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind oder das

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

B. Gegenstand der Gesellschaft (Fortsetzung)

Unternehmen zu fördern geeignet erscheinen, insbesondere sich unmittelbar oder mittelbar an anderen Unternehmen zu beteiligen, die ebenfalls ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Alexander Sturm	
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler	
-----,,-----	Herr Werner Popp	ab 26.05.2011
-----,,-----	Herr Franz Schrod	bis 25.05.2011
-----,,-----	Frau Margot Süß	
-----,,-----	Herr Sven Sulzmann	ab 26.05.2011
-----,,-----	Herr Michael Uhe-Wilhelm	
-----,,-----	Herr Gerhard Weber	bis 25.05.2011

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2011 Vergütungen von insgesamt € 420.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Albrecht
------------------------	---------------------

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung verzichtet unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB auf die Angabe der Bezüge.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Rödermark	85,29	29.850,00
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach	14,71	5.150,00

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	3.003.488	115.790	46.000

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	115.790
Zunahmen	2.887.698
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	3.003.488

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gegenstand der Berufsakademie Rhein-Main GmbH ist der Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark.

Gesellschafter der GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden folgende Studiengänge, jeweils mit der Regelstudiendauer von sechs Semestern, angeboten:

- Studiengang Wirtschaft, mit den Spezialisierungen Handel, Bank, Spedition, Hotel/Gastronomie, Industrie
- Studiengang Wirtschaftsinformatik
- Studiengang Außenwirtschaft

Die vertrieblichen Aktivitäten verliefen in 2011 erfolgreich. Mit 107 Studienbeginnern wurde ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Der Studiengang Außenwirtschaft wurde im August 2011 akkreditiert. Er konnte aufgrund der späten Akkreditierung im Wintersemester 2011 noch nicht angeboten werden. Generell lässt sich beobachten, dass es genügend Studieninteressenten, aber zu wenig interessierte Partnerunternehmen gibt. Ziel ist es, diesen Studiengang in den nächsten beiden Jahren aufzubauen.

Das Neubauprojekt für die BA verlief insgesamt positiv. Das Grundstück wurde im Rahmen eines Erbbaupachtvertrages von der Stadt Rödermark erworben. Im Dezember 2011 erfolgte die Sichtabnahme des Neubaus. Der Umzug fand im Januar 2012 statt.

Das Kostenbudget wurde eingehalten. Die Finanzierung erfolgte über Bankdarlehen und Eigenmittel der BA. Eine Bürgschaft der Stadt Rödermark in Höhe von zwei Millionen Euro bot die Grundlage für günstigere Zinskonditionen. Erbpachtzinsen und Avalprovision für die Bürgschaft werden an die Stadt Rödermark gezahlt.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Rahmenbedingungen

Das Jahr 2011 verlief für die BA erfolgreich. Die offenen Studienplätze wurden nahezu alle besetzt. 22 neue Partnerunternehmen konnten für die BA gewonnen werden.

Die Studenten unterliegen seit Januar 2012 wieder der Sozialversicherungspflicht. Die Ankündigung im Jahre 2011 führte zu Irritationen bei den Studenten und den Partnerunternehmen, zumal die Befreiung von der Sozialversicherungspflicht erst im Jahre 2010 eingeführt wurde. Für die Unternehmen und die Studenten bedeutet die Änderung eine höhere Kostenbelastung und einen höheren organisatorischen Aufwand. Tendenziell ist zu beobachten, dass immer mehr Studenten den Bachelor Abschluss als Zwischenschritt innerhalb der akademischen Laufbahn ansehen. Vermehrt fragen die Studierenden nach Masterstudiengängen nach, die die BA, auf Grund des fehlenden Status einer Hochschule, nicht anbieten darf.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von T€ 369. Die Erlöse betreffen im Wesentlichen Studiengebühren in Höhe von T€ 1.012 und öffentliche Zuschüsse in Höhe von T€ 268.

Personal

Im Geschäftsjahr waren der Geschäftsführer und sieben Mitarbeiter in der Gesellschaft beschäftigt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögensstruktur

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um T€ 3.352 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Bilanz ist geprägt durch Investitionen im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Akademiegebäudes, woraus sich folgende wesentliche Veränderungen ergeben:

- Anstieg des Anlagevermögens um T€ 2.684
- Anstieg der Darlehensverbindlichkeiten um T€ 2.580
- Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um T€ 297, insbesondere aufgrund von Baurechnungen

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Vermögensstruktur (Fortsetzung)

Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 154) ist wie bereits im Vorjahr durch die geänderte Rechnungsstellung ab 2009 verursacht. Jahresübergreifende Rechnungen werden nicht mehr gestellt, so dass die Forderungen lediglich das Berichtsjahr und zurückliegende Jahre betreffen.

Unter der Annahme einer vorläufigen Gewinnverwendung wurde der Jahresüberschuss den Gewinnrücklagen zugeführt.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum 31.12.11 über liquide Mittel in Höhe von T€ 2.260 (Vorjahr 1.328 T€).

Sie erzielte einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 844.

Die Zahlungsbereitschaft war stets gegeben.

Ertragslage

Im Studienbetrieb waren im Jahre 2011 durchschnittlich 280 Studierende immatrikuliert. Das Jahresergebnis beträgt T€ 369. Der Anteil der Zuwendungen beträgt T€ 269. Demnach wurden durch das Kerngeschäft der BA T€ 100 erwirtschaftet. Dieses Ergebnis übertrifft das im Wirtschaftsplan 2011 ausgewiesene Ergebnis von T€ -119 um T€ 488. In den Planzahlen waren die staatlichen Zuwendungen nicht enthalten. Weiterhin wurden vor allem die erwarteten Umsatzerlöse um T€ 95 übertroffen. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen eine staatliche Zuwendung gemäß Berufsakademiegesetz in Höhe von T€ 269. Weitere Zuwendungen von T€ 252 wurden periodengerecht abgegrenzt und stehen für das Folgejahr zur Verfügung. Diese Abgrenzung wurde auf Grund der teilweise periodenfremden Auszahlung der Zuwendungen durch das Ministerium notwendig.

Die Voraussetzungen für die Zuwendungen wurden mit der Akkreditierung und der Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung im Jahre 2008 gelegt.

Die Umsatzrentabilität beträgt 33,4 %.

Aus Sicht der Geschäftsführung ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens insgesamt als positiv zu betrachten.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung

Die Planbarkeit der Studierendenzahlen ist weiterhin schwierig. Die konjunkturelle Situation der jeweiligen Branche wirkt sich in der Regel kurzfristig auf die betreffenden Studierendenzahlen aus. Das neue Gebäude sowie neue Studienangebote sollen helfen, die BA weiter auf Wachstumskurs zu halten.

Duale Studiengänge etablieren sich immer stärker. Die Initiative des Landes, duale Studienzentren zu errichten, zeigt, dass die Politik dem dualen Studium einen bedeutenden Stellenwert einräumt. Neue Studiengänge, neue berufsbegleitende Zeitmodelle und ein bedarfsgerechtes Seminarprogramm werden die Entwicklung der BA die nächsten Jahre prägen. Enorme vertriebliche und organisatorische Anstrengungen werden diese Entwicklung begleiten.

Hochschulen sind hierbei weiterhin ernst zu nehmende Konkurrenten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sie Bachelor und Masterstudiengänge „in einer Hand“ anbieten können. Sollte die Landesregierung das Angebot von dualen Studiengängen an Hochschulen subventionieren, würde die Konkurrenzsituation erheblich verstärkt. Dieser Trend ist jedoch nicht zu beobachten.

Die BA wird alle Anstrengungen unternehmen, die Planzahlen für 2012 zu erreichen. Eine zuverlässige Aussage zu den Studierendenzahlen für das Wintersemester 2012 ist zum jetzigen Zeitpunkt auf Grund der Planungsunsicherheit und der oftmals späten Anmeldungen durch die Unternehmen, nicht möglich. Es zeigt sich jedoch, dass die Studentenzahlen im Bankensektor leicht rückläufig sind. In der Wirtschaftsinformatik fällt es den Unternehmen teilweise sehr schwer, qualifizierte Abiturienten zu rekrutieren. Die BA unterstützt die Partnerunternehmen im Rahmen der Rekrutierung. Werbespots im Rundfunk, Anzeigen, Messeauftritte, Schulpräsentationen und Online-Stellenanzeigen werden u.a. von der BA initiiert. Die Präsenz der BA auf Messen und Schulveranstaltungen ist weiterhin sehr hoch.

Die Wirtschaftspläne 2012 und 2013 weisen Jahresüberschüsse von T€ 112 und T€ 328 inklusive der staatlichen Zuwendungen von jährlich T€ 270 aus.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Erfolg der Berufsakademie Rhein-Main hängt auch weiterhin im Wesentlichen von folgenden zentralen Faktoren ab

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

- wirtschaftliche Entwicklung
- Konkurrenzsituation
- Politische Rahmenbedingungen

Das kostenlose und zum Teil identische Studienangebot der öffentlich-rechtlichen Hochschulen sowie die Konkurrenz durch andere Berufsakademien, erschweren auch weiterhin das Geschäft. Das fehlende Angebot von Masterstudiengängen erschwert die Neukundenakquise.

Eine hohe Qualität des Studiums, Flexibilität und Kundennähe werden sich jedoch auch weiterhin positiv auf unsere Akademie auswirken.

Die Performance und die Studentenzahlen der Berufsakademien, die Stärke der Hochschullobby (Land und Bund) und die Parteistrukturen der jeweiligen Landesregierungen werden über die langfristige politische Verankerung der Berufsakademien im tertiären Sektor entscheiden. Tendenziell ist jedoch davon auszugehen, dass Berufsakademien in Hessen weiterhin gern gesehen und gefördert werden. Die Grundlage hat sich jedoch teilweise verändert. So wurden zwischenzeitlich eine Musikschule und eine Zeichenakademie in eine BA um gegründet. Die strategische Positionierung der BA ist in den nächsten Jahren mehr denn je gefordert, aber auch nur zum Teil durch die BA beeinflussbar. Die Landespolitik gibt die Rahmenbedingungen für die künftige Strategie der BA vor. Die Gleichwertigkeit mit Hochschulen muss weiterhin gefördert und gestärkt werden.

Die Berufsakademie Rhein-Main hat weiterhin die Chance, eine wichtige Bildungsgröße im dualen Studiensystem in Hessen zu repräsentieren.

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Berufsakademie werden auch weiterhin alle Kraft in die Weiterentwicklung der Berufsakademie lenken. Eine weiterhin kostenbewusste, kundenorientierte und bedarfsgerechte strategische Vorgehensweise, unter dem Blickwinkel des Wachstums und der Profitabilität wird auch weiterhin die Maxime sein.

Der Risikofrüherkennung wird durch eine ständige Markt- und Konkurrenzbeobachtung Rechnung getragen. Unsere Controllinginstrumentarien ermöglichen eine systematische und zeitnahe Kostenkontrolle und Kostenabweichungsanalyse.

Das neue Gebäude, attraktive Studienangebote und die sehr gute Qualität der Einrichtung werden auch künftig helfen, die positive Entwicklung der BA Rhein-Main zu festigen und weiter auszubauen.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz

	2011	2010	Verände- rung in €	2009
	in €	in €		in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	0	4
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	17.012	0	17.012	0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.469	17.513	-4.044	18.977
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.766.688	95.492	2.671.196	0
Sachanlagen	2.797.169	113.005	2.684.164	18.977
Anlagevermögen	2.797.173	113.009	2.684.164	18.981
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.205	167.537	-153.332	659.206
Sonstige Vermögensgegenstände	96.819	5.055	91.765	3.591
	111.024	172.592	-61.568	662.797
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.060.294	1.328.314	731.980	870.516
Umlaufvermögen	2.171.318	1.500.906	670.412	1.533.313
Rechnungsabgrenzungsposten	751	3.242	-2.491	2.172
	4.969.242	1.617.157	3.352.085	1.554.466

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verände-	2009
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	35.000	35.000	0	35.000
Kapitalrücklage	247.868	247.868	0	247.868
Gewinnrücklage	1.427.671	1.058.390	369.281	550.145
Eigenkapital	1.710.539	1.341.258	369.281	833.013
Sonstige Rückstellungen	31.714	31.859	-145	38.133
Rückstellungen	31.714	31.859	-145	38.133
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.580.000	0	2.580.000	30.040
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	27.900	0	27.900	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	367.235	97.844	269.391	0
Sonstige Verbindlichkeiten	28.353	17.946	10.407	15.961
Verbindlichkeiten	3.003.488	115.790	2.887.699	46.000
Rechnungsabgrenzungsposten	223.500	128.250	95.250	637.320
	4.969.242	1.617.157	3.352.085	1.554.466

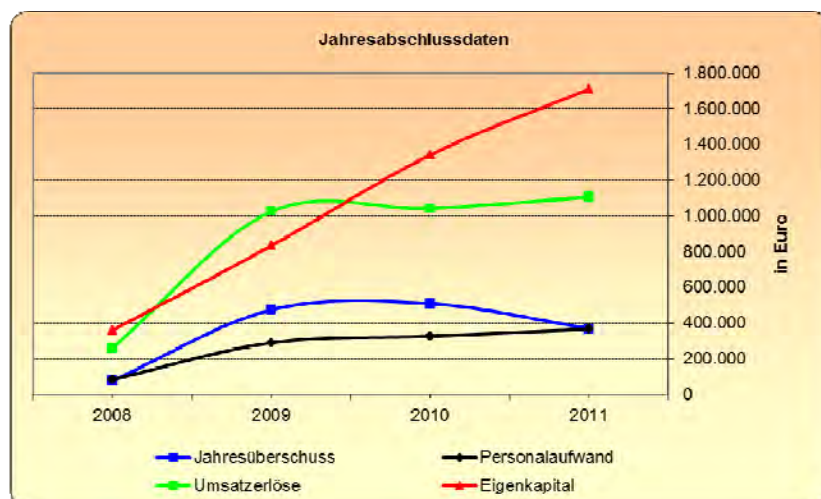
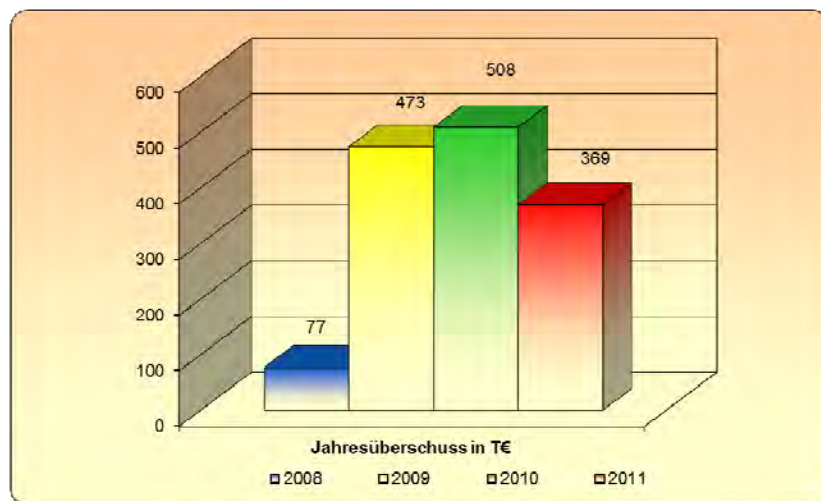
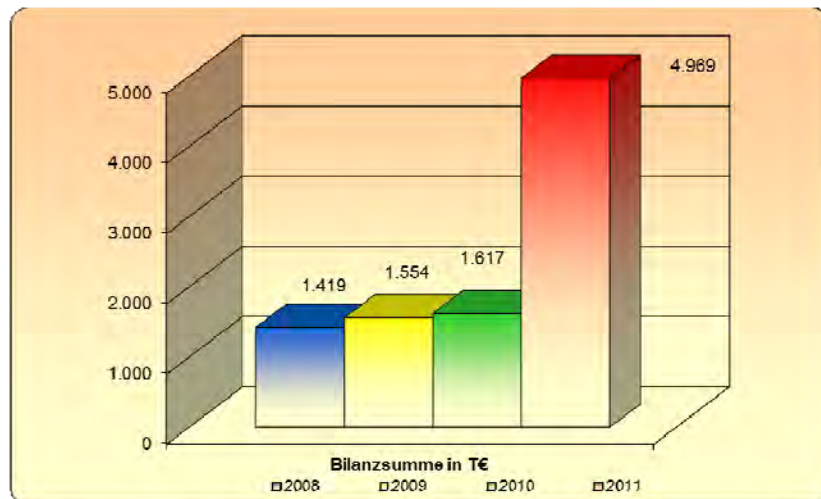
**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.105.131	1.042.382	1.024.646
Sonstige betriebliche Erträge	284.202	322.868	218.654
Löhne und Gehälter	313.542	282.510	252.754
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	51.308	43.581	36.573
Personalaufwand	364.850	326.090	289.327
Abschreibungen auf Sachanlagen	8.056	17.850	7.827
Sonstige betriebliche Aufwendungen	595.665	519.138	480.944
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.549	6.074	8.396
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63.029	0	218
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	369.281	508.245	473.381
Jahresüberschuss	369.281	508.245	473.381
Gewinnvortrag	0	0	76.764
Zuführung Rücklagen	369.281	508.245	550.145
Bilanzgewinn	0	0	0

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsdatum	13. Oktober 2004
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 18.08.2009.
Handelsregistereintrag	HRA 41335 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm zu dienen geeignet sind und die seine Erfüllung nicht gefährden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

B. Gegenstand des Unternehmens (Fortsetzung)

Die Gesellschaft darf insbesondere Dritte mit der Betreuung und Durchführung der baulichen Instandhaltung und Instandsetzung sowie der Bewirtschaftung der Schulimmobilien beauftragen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Bernward Kulle	bis 17.11.2011
-----„-----	Herr Wilfried Rammler	ab 17.11.2011
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied	Frau Sandra Arendt	
-----„-----	Herr Peter Buchta	
-----„-----	Frau Claudia Jäger	
-----„-----	Herr Dr. Roland Mörmel	
-----„-----	Herr Bernd Romanski	

Im Berichtsjahr wurden Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von € 800,-- geleistet.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Raik Kratz
------------------------	-----------------

Auf die Angaben der Gesamtbezüge der gesetzlichen Vertreter ist in zulässiger Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet worden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

	2012	2011	2010
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen - Buchungsstelle 40.01.11.54870010	107.320	117.565	158.990

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2012	2011	2010
Leistungsentgelt Facility-Management - Buchungsstelle 65.01.01.61670050	28.600.000	22.680.250	20.746.745

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

**Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattungen und geleistete Anzahlungen**

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2012	2011	2010
Leistungsentgelt Sanierung Schulen Los Ost - Buchungsstelle 65.01.01/0111.84182130	0	0	803.868
Investiver FM-Anteil PPP – Lost Ost - Buchungsstelle 65.01.01/0203.84182130	0	4.227.641	4.031.823

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	2.946.990	3.090.638	3.913.360

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	3.090.638
Zunahmen	0
Abnahmen	143.648
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.946.990

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2011

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, nachfolgend HTSP genannt, wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 13. Oktober 2004 gegründet. Mit Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 hat die Gesellschafterversammlung die Umwandlung der Gesellschaft von einer GmbH in eine GmbH & Co. KG gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) beschlossen. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam. Gesellschafter sind mit Stichtag 31.12.2011 HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, (Kapitaleinlage 0 €) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeister-services, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach, (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Das Geschäftsfeld der HTSP fällt in den Bereich der Public Private Partnership und unterliegt aufgrund des Pilotprojektcharakters und seiner Größe einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung.

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie im Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche (Fortsetzung)

Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklencosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kommunen auf Unternehmen wie HOCHTIEF konzentrieren, die über ein hohes Maß an Erfahrung in der erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten national wie international verfügen. HOCHTIEF deckt die komplette Wertschöpfungskette und den Entstehungs- und Lebenszyklus eines Projektes ab. HOCHTIEF ist schon heute führend als Baudienstleister in Deutschland.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betriebsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach.

Im Hinblick auf eine effektive und effiziente Leistungsausführung hat HTSP grundlegende Auftragsinhalte wie die Modernisierungs- und Sanierungsleistungen sowie die laufenden baulichen Instandhaltungsmaßnahmen an die HOCHTIEF Solutions AG (früher HOCHTIEF Construction AG) vergeben. Dies gilt entsprechend für die Instandsetzungsleistungen, Pflege der Außenanlagen sowie die Entsorgungsleistungen, die in Teilen an die HOCHTIEF Solutions AG, auf die die frühere Facility Management GmbH zum 1. Januar 2011 verschmolzen wurde, vergeben wurden. Dadurch wurden für die HTSP über die Vertragslaufzeit gesicherte Preisgrundlagen geschaffen. Die weiteren Facility-Management-Dienstleistungen werden vornehmlich mit eigenen Mitarbeitern in enger Kooperation mit der HOCHTIEF Solutions AG ausgeführt.

Alle bisher geschuldeten vertraglichen Leistungen wurde termingerecht bzw. vorzeitig erfüllt.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Kreis Offenbach zahlt für Sanierungsleistungen und für Facility-Management-Leistungen jeweils eine feste monatliche Pauschale. Über eine Wertsicherungsklausel werden Änderungen bestimmter Indizes berücksichtigt. Die Vergütungsanpassung hat aufgrund von neun Erfüllungstatbeständen stattgefunden. Diese gliedern sich in zwei Anpassungen im Jahr 2005, eine im Jahr 2007, zwei in 2008, eine in 2009, eine in 2010 und zwei im Jahr 2011.

Für die operative Abarbeitung des Auftrages wurde vor Ort eine auftrags- und vertragsorientierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der HTSP implementiert, welche durch ein implementiertes und zertifiziertes Qualitätsmanagement (QMS) überwacht wird. Mit Ende der Sanierungsaufgaben trat mit Wirkung zum 1. Januar 2010 eine Neuorganisation in der Aufbauorganisation der HTSP in Kraft, welche der ausschließlichen FM-Fokussierung Rechnung trägt. Auch diese Organisation ist Bestandteil der QMS der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist weiterhin über die HOCHTIEF Solutions AG im Finanz- und Rechnungswesen der HOCHTIEF-Services eingebunden. Für die Bereiche Personal, Steuern, Recht sowie Finanzen wird über Verträge mit HOCHTIEF Concessions AG auf Ressourcen von Zentralabteilungen der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG zugegriffen.

Durch das Controllingsystem, basierend auf der Auftragszergliederung der Urkalkulation (Financial Model), werden Planabweichungen erfasst und die Ergebnisentwicklung sowie Zielerreichung fortlaufend analysiert (Bestandsmodell).

Das in 2005 eingerichtete Qualitätsmanagementsystem wurde Ende 2006 mittels externem Audit durch die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) zertifiziert. In den Geschäftsjahren 2007, 2008 wurde dies bestätigt sowie in 2009 für drei weitere Jahre verlängert und im Oktober 2010 sowie November 2011 erneut durch DQS positiv bestätigt.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen planmäßigen Umsatz von T€ 22.489. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultierte aus dem planmäßigen Abschluss der Sanierungsleistungen im Vorjahr.

Der Auftragseingang im Geschäftsjahr 2011 in Höhe von T€ 1.921 beruhte im Wesentlichen auf der Beschaffung von Schulmöbeln.

Der Auftragsbestand beläuft sich zum 31. Dezember 2011 auf T€ 168.010.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31. Dezember 2011 70 Mitarbeiter (Vorjahr 70), diese gliedern sich in 68 Mitarbeiter mit HTSP-Verträgen, einen Kreis-Beigestellten, 1 Kreis-Dienstüberlassenen Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von T€ 31 entfallen mehrheitlich auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Nachlaufkosten in Höhe von T€ 1.229.

Die Eigenkapitalquote beträgt 61,1 % (Vj. 50,0 %).

Aus dem Jahresüberschuss 2010 wurde ein Betrag in Höhe von T€ 179 den Rücklagen zugeführt.

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden monatlichen Zahlungen des Auftraggebers sichergestellt. Diese Feststellung wird durch das vertraglich vereinbarte Financial Model sowie durch die Liquiditätsplanung unterlegt. Des Weiteren ist HTSP über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Die Stichtagsliquidität der HTSP weist zum 31.12.2011 ein Guthaben im Cash-Pooling der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH von T€ 11.230 (Vorjahr T€ 12.890) auf.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2011 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) in Höhe von T€ 7.668 (Vorjahr T€ 6.148) aus.

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€ 22.489 setzen sich aus der Facility-Management-Leistung (T€ 17.430) und der baulichen Instandhaltung (T€ 5.059) zusammen.

Die langfristig abgeschlossenen Kunden- und Lieferantenverträge führen im Zeitablauf zu konstanten positiven Rohgewinnmargen, die stichtagsbedingt variieren können.

Die Umsatzrendite (Jahresergebnis vor Steuern/Umsatz) ist um 14%-Punkte auf 34,1% im Geschäftsjahr angestiegen.

Der Rückgang der Löhne und Gehälter ist durch den Rückgang der Gesamtbelegschaft zu erklären.

Der Steueraufwand ist aufgrund der Feststellungen der Betriebsprüfung von T€ 969 auf T€ 2.108 angestiegen.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht zwischen den zwei Vertragsparteien Unstimmigkeit. Diesbezüglich lassen sich die Parteien juristisch unterstützen, eine einvernehmliche Einigung im Kalenderjahr 2011 konnte aber nicht erzielt werden. Im Jahr 2012 soll die angestrebte Einigung mittels eines Schlichters weiter verfolgt werden.

Risiken liegen grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. HTSP strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der auch in diesem Bericht benannten langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt HTSP Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt der Gesellschaft und dem hohen Anteil an schwerbeschädigter/gleichgestellter Belegschaft zurückzuführen. Im Berichtsjahr 2011 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. In Folge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar. Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren. In 2011 wurden hierzu sämtliche existierende Einzelverträge in einem Rahmenvertrag bei einem Dienstleister zusammengeführt.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

In den Jahren 2010/2011 hat eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt Essen stattgefunden. Im Rahmen dieser Prüfung sind acht Prüfungsfeststellungen schriftlich niedergelegt worden. Die entsprechenden Bescheide sind Mitte 2011 eingegangen und die offenen Beträge wurden zur Zahlung angewiesen. Gegen die Bescheide wurde beim Finanzamt Essen Einspruch eingelegt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

IV. Sonstige Angaben

Mit Wirkung zum 1. Februar 2012 sollen die derzeit zu 100% von der HOCHTIEF Concessions AG, Essen, gehaltenen Gesellschaftsanteile an der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, auf die HOCHTIEF Solutions AG, Essen, übertragen werden.

Der bestehende Gasbelieferungsvertrag mit der MVV Energie AG, Mannheim, wurde dieses Jahr für die Jahre 2012 und 2013 verlängert.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz

	2011	2010	Verände- rung	2009
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.288	108.052	-765	121.756
Anlagevermögen	107.288	108.052	-765	121.756
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	0	0	3.516.932
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0	-2.167.190
	0	0	0	1.349.741
Forderungen aus Lieferung und Leistung	17.984	610.925	-592.941	6.311.290
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.385.881	12.335.714	-949.833	4.044.940
Sonstige Vermögensgegenstände	93.225	4.434	88.790	35.472
	11.497.090	12.951.073	-1.453.983	10.391.701
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.253	2.987	-1.734	602.402
Umlaufvermögen	11.498.342	12.954.060	-1.455.718	12.343.844
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	2.486
	11.605.630	13.062.112	-1.456.482	12.468.086

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Veränderung	2009
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Rücklagen	1.426.146	1.246.809	179.337	4.701.155
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0	698.804
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.560.376	5.178.828	381.547	0
Eigenkapital	7.086.521	6.525.637	560.884	5.499.959
Rückstellungen für Pensionen	73.487	73.322	165	29.262
Steuerrückstellungen	797.743	2.481.543	-1.683.800	2.227.006
Sonstige Rückstellungen	700.889	890.973	-190.084	798.500
Rückstellungen	1.572.119	3.445.838	-1.873.719	3.054.767
Erhaltene Anzahlungen	0	510.082	-510.082	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.294.276	1.490.518	-196.242	906.227
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	306.571	563.139	-256.568	2.428.688
Sonstige Verbindlichkeiten	1.346.143	526.899	819.244	578.445
Verbindlichkeiten	2.946.990	3.090.638	-143.648	3.913.360
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	11.605.630	13.062.112	-1.456.482	12.468.086

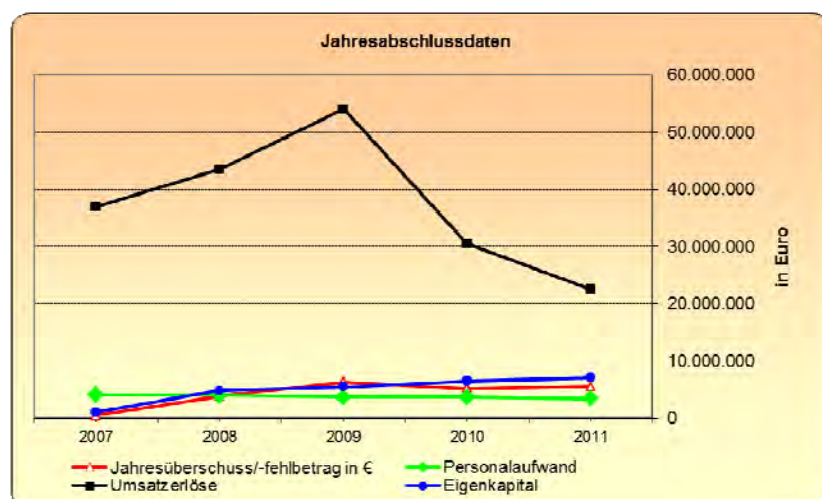
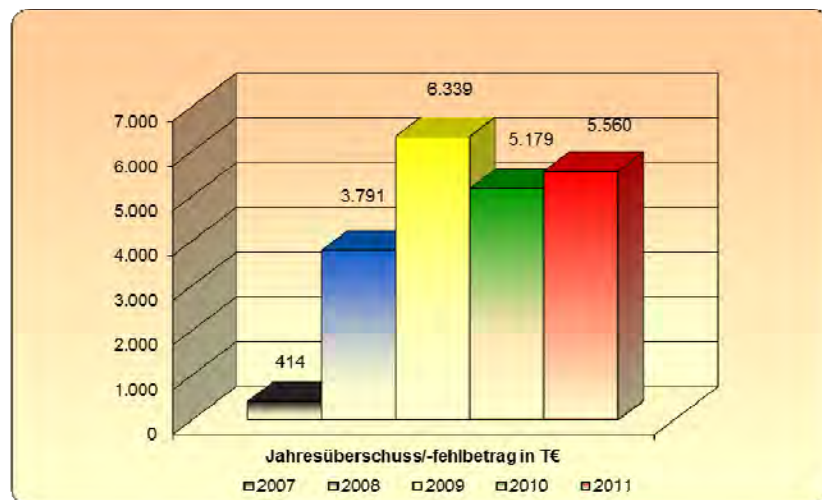
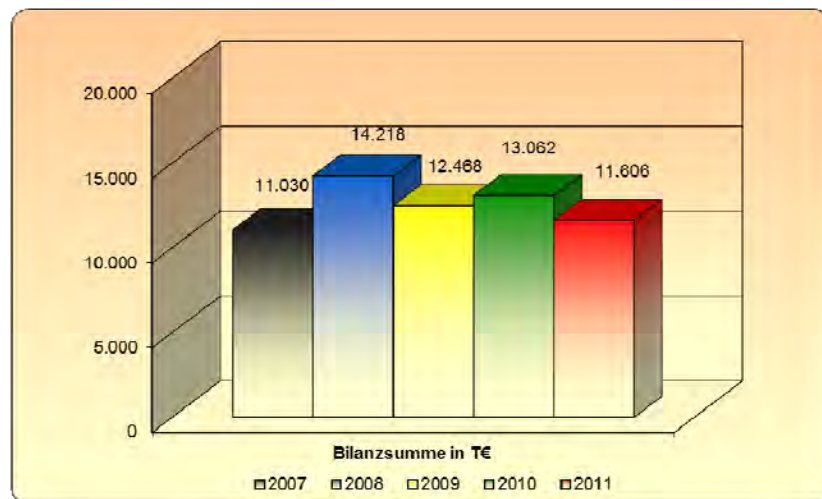
**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	22.488.534	30.522.910	54.005.325
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0	-3.516.932	-7.168.046
Sonstige betriebliche Erträge	1.920.672	2.457.740	1.521.717
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.883.234	3.275.330	3.684.448
Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.763.112	14.979.236	32.411.702
Materialaufwand	11.646.346	18.254.567	36.096.150
Löhne und Gehälter	2.664.308	2.905.482	2.926.860
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	747.924	777.987	754.173
Personalaufwand	3.412.232	3.683.470	3.681.034
Abschreibungen	33.443	32.680	32.336
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.161.051	901.876	902.157
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	471.797	388.021	370.875
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	959.759	831.699	780.903
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.668.172	6.147.448	7.237.290
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.107.796	968.620	898.441
Jahresüberschuss	5.560.376	5.178.828	6.338.849

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	14. August 2009
Stammkapital	25.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 01.09.2009.
Handelsregistereintrag	HRB 44319 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Raik Kratz

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	23.725,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	1.275,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	8.121	5.464	59

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	5.464
Zunahmen	2.657
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	8.121

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2011

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (HTSP VG) existiert seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH, Heusenstamm, zur HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG (HTSP KG) als Komplementärin dieser KG.

Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Gegenstand dieser KG ist nach neuester Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Gesellschafter der HTSP KG sind mit Stichtag 31. Dezember 2011 HTSP VG, (Kapitaleinlage: € 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gesellschafter der HTSP VG sind mit Stichtag 31. Dezember 2011 HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapitalanteil: € 23.725,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach, (Kapitalanteil € 1.275,--, 5,10%).

Bis zum Umwandlungsbeschluss wurde das Projekt Schulen Kreis Offenbach/Los Ost durch die HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH geführt und verantwortet. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam.

Bedingt durch die Bedeutung dieses Projektes und der Historie der Gesellschaft – zunächst geführt über eine GmbH und später durch Umwandlungsbeschluss zur KG und einer Komplementär-GmbH – gelten für beide Gesellschaften gemäß Gesellschaftsvertrag die Regeln für große Kapitalgesellschaften und die Prüfungserfordernisse nach § 53 HGrG.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

1. Allgemeine Vorbemerkungen (Fortsetzung)

Die Aufgaben und der Gesellschaftszweck der Komplementär-GmbH würden dies bei isolierter Betrachtung mit Sicherheit nicht erfordern. Maßgeblich bleibt aber der Gesellschaftsvertrag. In ihrer Sitzung vom 18. November 2010 haben die Gesellschafter beschlossen, einen Antrag über den Kreis Offenbach an das Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen, mit dem Ziel, die Prüfungserfordernisse für die HTSP VG zu reduzieren. Der Antrag wurde seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt abgelehnt.

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kommunen auf Unternehmen wie HOCHTIEF konzentrieren, die über ein hohes Maß an Erfahrung in der erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten national wie international verfügen. HOCHTIEF deckt die komplette Wertschöpfungskette und den Entstehungs- und Lebenszyklus eines Projektes ab. HOCHTIEF ist schon heute führend als Baudienstleister in Deutschland.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach. Seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 wird die operative Projektführung vollständig durch die HTSP KG wahrgenommen. Als Geschäftsführerin und als persönlich haftende Gesellschafterin dieser KG tritt die HTSP VG auf.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP VG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr planmäßig keinen Umsatz.

Sämtliche operativen Verträge für die Umsetzung des Projektes und zur Leistungserbringung werden durch die HTSP KG abgeschlossen. Als Ausnahme gelten hier die folgenden Punkte:

- Abschluss von Geschäfts- und Dienstleistungsverträgen mit den Corporate Services der HOCHTIEF AG, HOCHTIEF Solutions AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Personal, Steuern, Recht und Financial Services durch die HTSP VG.
- Abschluss des Geschäftsführervertrages mit dem Geschäftsführer Raik Kratz durch die HTSP VG, legitimiert durch beide Gesellschafter.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2011 einen Mitarbeiter (Geschäftsführer).

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von € 7.556,50 (Vorjahr € 6.064,39) betreffen die HTSP KG und resultieren aus Erstattungen für die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses und der anteiligen Haftungsvergütung lt. Gesellschaftsvertrag.

Die liquiden Mittel bestehen aus dem Guthaben auf dem Girokonto der Commerzbank AG und betragen zum 31. Dezember 2011 € 25.000,00.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (€ 8.106,00) betreffen im Wesentlichen Cash-Pool-Verbindlichkeiten gegenüber HOCHTIEF PPP Solutions (€ 6.917,45).

Die Eigenkapitalquote beträgt 59,4 % (Vorjahr 66,3%).

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden Aufwandserstattungen der HTSP KG sichergestellt. Die HTSP VG ist seit September 2010 über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2011 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von € -1.264,65 (Vorjahr: Jahresüberschuss von € 2.378,05) aus. Die Erträge aus der Haftungsvergütung und die Kostenerstattung des Jahres konnten die Geschäftskosten, im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosten, nicht vollständig ausgleichen. Die Kostenerstattung soll in 2012 neu geregelt werden, so dass sämtliche Geschäftskosten erstattet werden.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die KG und die Gesellschafter haben mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht zwischen den zwei Vertragsparteien Unstimmigkeit. Diesbezüglich lassen sich die Parteien juristisch unterstützen, eine einvernehmliche Einigung im Kalenderjahr 2011 konnte aber nicht erzielt werden. Im Jahr 2012 soll die angestrebte Einigung mittels eines Schlichters weiter verfolgt werden.

Risiken liegen grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. HTSP KG strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der auch in diesem Bericht benannten langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt HTSP KG Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt zu vermuten. Im Berichtsjahr 2011 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Infolge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren. In 2011 wurden hierzu sämtliche existierende Einzelverträge in einem Rahmenvertrag bei einem Dienstleister zusammengeführt.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP KG auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren. In 2011 wurden hierzu sämtliche existierende Einzelverträge in einem Rahmenvertrag bei einem Dienstleister zusammengeführt.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

In den Jahren 2010/2011 hat eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt Essen stattgefunden. Im Rahmen dieser Prüfung sind acht Prüfungsfeststellungen schriftlich niedergelegt worden. Die entsprechenden Bescheide sind Mitte 2011 eingegangen und die offenen Beträge wurden zur Zahlung angewiesen. Gegen die Bescheide wurde beim Finanzamt Essen Einspruch eingelegt.

Die HTSP KG hat in 2011 wiederholt ein deutlich positives Jahresergebnis erzielen können.

Für HTSP VG ist somit festzuhalten, dass bedingt durch die hohe Sicherheit des Geschäfts der KG keine signifikanten Risiken zu erkennen sind. Sämtliche Verpflichtungen sind vertraglich abgedeckt und die Finanzausstattung (bedingt durch die Kostenüberwälzung auf die HTSP KG) sichergestellt.

IV. Sonstige Angaben

Mit Wirkung zum 1. Februar 2012 sollen die derzeit zu 100% von der HOCHTIEF Cocessions AG, Essen, gehaltenen Gesellschaftsanteile an der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, auf die HOCHTIEF Solutions AG, Essen, übertragen werden.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

L. Bilanz

	2011	2010	Veränderung	2009 *
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.557	6.064	1.492	372
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.000	25.000	0	24.910
Umlaufvermögen	32.557	31.064	1.492	25.281
	32.557	31.064	1.492	25.281
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0	25.000
Verlustvortrag	-4.400	-6.778	2.378	0
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-1.265	2.378	-3.643	-6.778
Eigenkapital	19.336	20.600	-1.265	18.222
Sonstige Rückstellungen	5.100	5.000	100	7.000
Rückstellungen	5.100	5.000	100	7.000
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15	15	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.106	5.449	2.657	59
Verbindlichkeiten	8.121	5.464	2.657	59
	32.557	31.064	1.492	25.281

* = 2009 war ein Rumpfgeschäftsjahr (14.08. – 31.12.09).

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

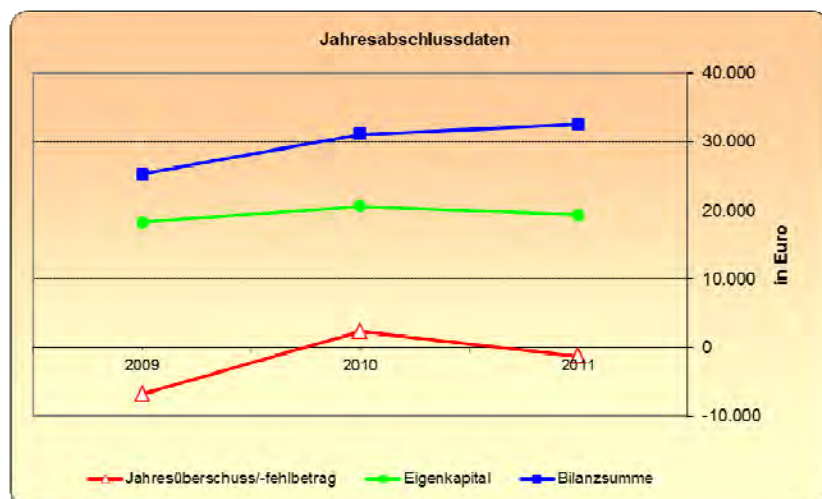
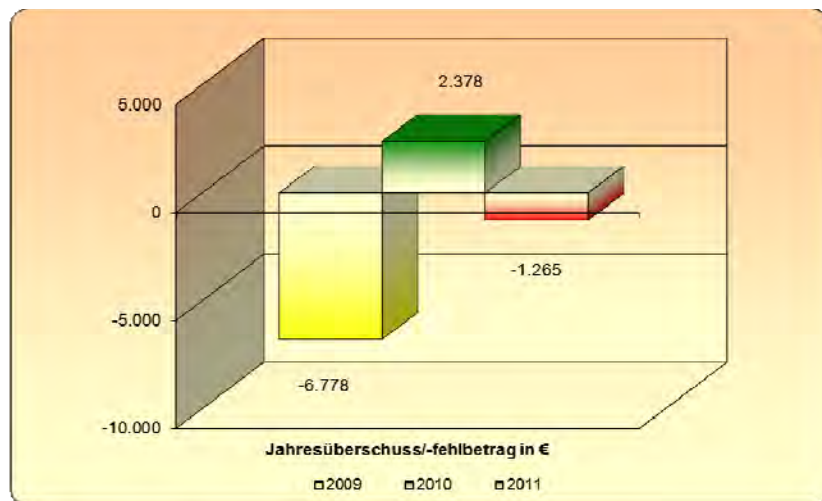
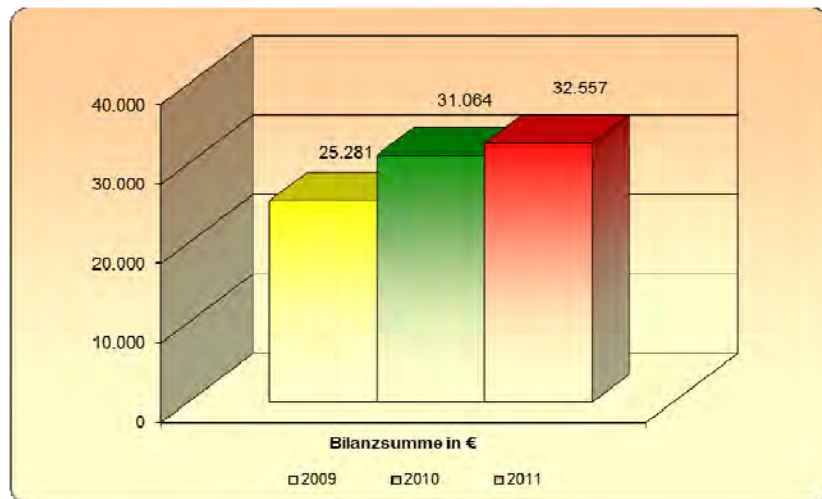
M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009 *
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	6.350	8.261	313
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.539	5.816	7.090
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	67	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.265	2.378	-6.778
Jahresüberschuss	-1.265	2.378	-6.778

* = 2009 war ein Rumpfgeschäftsjahr (14.08. – 31.12.09).

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

Anschrift	Paul-Ehrlich-Straße 9 -13, 63225 Langen
Telefon	06103/83320-100
Telefax	06103/83320-111
E-Mail	ske@sfm-online.de
Internet	www.sfm-online.de/ppp/offenbach/ske_ppp_projekt.php

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	Am 10. Oktober 2003 wurde der Gesellschaftsvertrag der Granat 41. V V GmbH, Berlin, geschlossen und am 28. Oktober 2003 beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nr. HRB 90604 eingetragen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2003 ist die Firma von Granat 41. V V GmbH in SKE Schul-Facility-Management GmbH geändert und das Stammkapital von € 25.000,-- um € 75.000,-- auf € 100.000,-- erhöht worden.
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 02. Juni 2004
Handelsregistereintrag	HRB 41313 beim Amtsgericht Langen

B. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Gemäß § 10 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen aus sechs natürlichen Personen bestehenden Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Gesellschafter KVBG entsandt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand 31.12.2011)

Vorsitzender	Herr Joachim Nolden
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied	Herr Rainer Beisel
-----„-----	Herr Mario Dorn
-----„-----	Herr Jochen Hauptmann
-----„-----	Herr Oliver Quilling

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann
-----„-----	Herr Dipl.-Ing. Rainer Langer

Keiner der beiden Geschäftsführer erhält Bezüge von der Gesellschaft.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
SKE Service GmbH, Mannheim	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der SKE Schul-Facility Management GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen unberührt.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2012	2011	2010
Leistungsentgelt Facility-Management Los West - Buchungsstelle 65.01.01.61670040	24.100.000	19.085.495	20.434.986

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

**Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattungen und geleistete Anzahlungen**

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2012	2011	2010
Leistungsentgelt Sanierung Schulen Los West - Buchungsstelle 65.01.01/0111.84182120	0	0	231.243
Investiver FM-Anteil PPP – Lost West - Buchungsstelle 65.01.01/0202.84182120	0	3.324.730	3.196.032

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	1.677.534	2.297.466	3.051.064

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	2.297.466
Zunahmen	0
Abnahmen	619.932
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	1.677.534

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand unseres Unternehmens ist die Bewirtschaftung sowie die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulgebäuden des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten. Zu den Tätigkeiten gehören neben der Ausführung von Bau- und Baudienstleistungen zum Beispiel auch die Durchführung von Hausmeister-Serviceleistungen sowie andere allgemeine auftragsbezogene Verwaltungsleistungen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Langen.

2. Tätigkeitsbeschreibung

Mit dem Kreis Offenbach (Auftraggeber und über eine Beteiligungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter) wurde am 02.06.2004 ein Vertrag geschlossen, die kreiseigenen Schulen im „Los West“ (die Städte Dietzenbach, Neu-Isenburg, Dreieich und Langen sowie die Gemeinde Egelsbach) für 15 Jahre bis zum 30.09.2019 zu bewirtschaften. Der Vertrag ist in einen Sanierungs- und einen Bewirtschaftungsvertrag aufgeteilt:

- Über den Sanierungsvertrag sind alle beauftragten Bauleistungen innerhalb der ersten fünf Jahre erbracht worden. Die einzelnen Teilleistungen waren festgelegt und mit Preisen versehen. Vertraglich geschuldet war im Zeitraum vom 01.10.2004 bis 30.09.2009 die Herstellung eines definierten Sollzustandes für alle Schulen des „Los West“.
- Über den Bewirtschaftungsvertrag werden alle Dienstleistungen definiert, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaft anfallen. Zu nennen sind beispielsweise Energielieferungen, Müllentsorgung, Unterhaltsreinigung, jede Art von Reparaturen innerhalb und außerhalb der Gebäude, Pflege der Außenanlagen, ein Wartungsprogramm für alle wartungsfähigen Einbauten sowie Übernahme von kreiseigenem Personal. Die Leistungen werden durch ein pauschales monatliches Entgelt vergütet.

Die SKE-SFM versteht sich als Projektgesellschaft, da sich die betriebliche Tätigkeit ausschließlich auf die Abwicklung der vom Kreis Offenbach beauftragten Leistungen beschränkt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Tätigkeitsbeschreibung (Fortsetzung)

Mit Vertrag vom 17./20. November 2006 ist die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim (kurz „SKE FMG“), mit Wirkung zum 01.01.2007 an Stelle der Bauunternehmung Ehrenfels GmbH (kurz „Ehrenfels“) in den zwischen der SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen (kurz „SKE-SFM“), und der Ehrenfels geschlossenen Generalunternehmervertrag vom 30.09.2004/18.02.2005 zur Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen eingetreten.

3. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Für den oben genannten Sanierungs- und Bewirtschaftungsvertrag besteht mit Wirkung zum 01.01.2007 ein Generalunternehmervertrag mit der SKE FMG, wodurch nahezu sämtliche Chancen und Risiken auf die SKE FMG übergegangen sind.

Auf Grund des Generalunternehmervertrages zwischen der SKE-SFM und der SKE FMG ist ein annähernd gleichbleibendes Betriebsergebnis zu erwarten. Die Gesellschaft führte im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis von T€ 455 (im Vj. T€ 573) an die SKE Service GmbH ab.

4. Personalbestand

Der Personalbestand zum Bilanzstichtag 2011 hat sich gegenüber dem Vorjahr um vier Personen von 38 auf 34 Angestellte reduziert.

Durch die Zertifizierung der gesamten SKE-Gruppe nach der Qualitätsmanagementnorm ISO EN 9000 (Grundlagen und Begriffe) sowie die aktive Einbeziehung der zuständigen Behörden (Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaft, Bauaufsicht u.a.), Nutzer (Schulgemeinden) und Kunden ist der zentrale Leitgedanke unseres Handelns, die Erreichung einer hohen Kundenzufriedenheit erneut in die betrieblichen Prozesse eingebunden worden. Die der Zertifizierung zu Grunde liegende Qualitätssicherung wird flankiert durch die aktive Förderung und Investition in die kontinuierliche Weiterbildung unserer gesamten Belegschaft. Jeweils zum Jahresanfang werden in einem Schulungsplan die Fortbildungsmaßnahmen festgelegt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

5. Auftragsbestand

01.01.2011	Auftragszugang	Auftragsabgang (Leistung)	31.12.2011
189,8	8,3	22,2	175,9

Über den Auftragsbestand für das Projekt „Los West“ einschließlich des Nachtrags „Haus des lebenslangen Lernens“ ist die Beschäftigung bis 2019 gesichert. Der im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Auftragseingang ist im Wesentlichen auf die deutliche Indexierungsanpassung im Vorjahr zurückzuführen.

6. Vermögens- und Kapitalstruktur/Finanzierung/Liquidität

Durch die Verminderung des Gesamtkapitals um T€ 496 auf T€ 2.284 ist die langfristige Eigenkapitalquote (im „wirtschaftlichen Sinne“) um 4,3 % auf 56,9 % gesunken.

Die laufende Finanzierung der Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln sowie über die Muttergesellschaft SKE Service GmbH gesichert.

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die SKE-Gruppe wurde in 2006 grundlegend umstrukturiert. Teil dieser Maßnahmen war es, das gesamte Facility-Management-Geschäft der SKE mit deutschen Kunden auf die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim, zu übertragen, um dort das kundenspezifische Know-how zu bündeln. Da das Geschäft mit deutschen Kunden auch im Rahmen der Projektgesellschaft ausgeführt wird, sind von der SKE-SFM im Zuge weitergehender Maßnahmen mit der SKE Facility-Management GmbH Vereinbarungen getroffen worden, wonach die SKE Facility-Management GmbH von uns zum 1. Januar 2007 Mitarbeiter übernahm und alle Auftragsleistungen der SKE-Schul-Facility-Management zu festen Preisen über ihren Geschäftsbetrieb steuert und ausführt.

Der Vertrag mit dem Landkreis Offenbach sah für die ersten drei Jahre der Vertragslaufzeit einen Leistungsstand von 60% der beauftragten Sanierungsarbeiten vor. Dies entspricht bei einem Vertragsvolumen von rd. € 83,6 Mio. einem geforderten Leistungsfortschritt von € 50,2 Mio. Dieser Leistungsfortschritt war zum 31.12.2006 erreicht. In den Folgejahren wurden die Sanierungsarbeiten kontinuierlich fortgeführt und im Jahre 2009 der vereinbarte Endfertigstellungstermin zum 30. September 2009 vertragskonform eingehalten.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Aus dem Facility-Management-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, der noch eine Laufzeit bis zum 30. September 2019 hat, ist die SKE-SFM zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die gemäß Generalunternehmervertrag seit dem 01.01.2007 von der SKE FMG zu erbringen sind.

Durch den Generalunternehmervertrag mit der SKE Facility-Management GmbH und den damit nach Preis und Qualität garantierten Fremdleistungen sind die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Vertragspartner übergegangen.

Am Ende der Vertragslaufzeit hat der Kreis Offenbach die Option, die Gesellschaft selbst oder über eine andere ihm gehörende Gesellschaft zu übernehmen; er kann sie aber auch im Beteiligungsbesitz der SKE belassen und mit einem Folgeauftrag ausstatten. Für die Projektgesellschaft fallen aus heutiger Sicht keine Schließungskosten an, die im Rahmen der Bilanzierung zu berücksichtigen wären.

Das Risikomanagementsystem ist der Komplexität der Gesellschaft angemessen. Die Gesellschaft hat ein Risikomanagementhandbuch erstellt, das die Grundlagen des Risikomanagements festlegt. In 2006 wurde eine Risikoinventur durchgeführt und die Mitarbeiter geschult. An der weiteren Aktualisierung wird kontinuierlich gearbeitet.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft erwartet für die folgenden beiden Geschäftsjahre 2012 und 2013 ein gleichbleibendes Jahresergebnis auf der Basis von 2011.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-	2009
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	129	0	129	139.815
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.865.995	2.778.147	-912.152	3.655.824
Sonstige Vermögensgegenstände	5.121	0	5.121	19.253
	1.871.246	2.778.147	-906.901	3.814.892
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	169	1.621	-1.452	5.606
Umlaufvermögen	1.871.415	2.779.768	-908.353	3.820.498
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.871.415	2.779.768	-908.353	3.820.498
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	100.000	100.000	0	100.000
Sonstige Rückstellungen	93.881	382.302	-288.422	669.434
Rückstellungen	93.881	382.302	-288.422	669.434
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	255	107.817	-107.562	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.200.000	1.600.000	-400.000	1.727.399
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	454.841	573.030	-118.189	1.307.547
Sonstige Verbindlichkeiten	22.438	16.619	5.819	16.118
Verbindlichkeiten	1.677.534	2.297.466	-619.932	3.051.064
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.871.415	2.779.768	-908.353	3.820.498

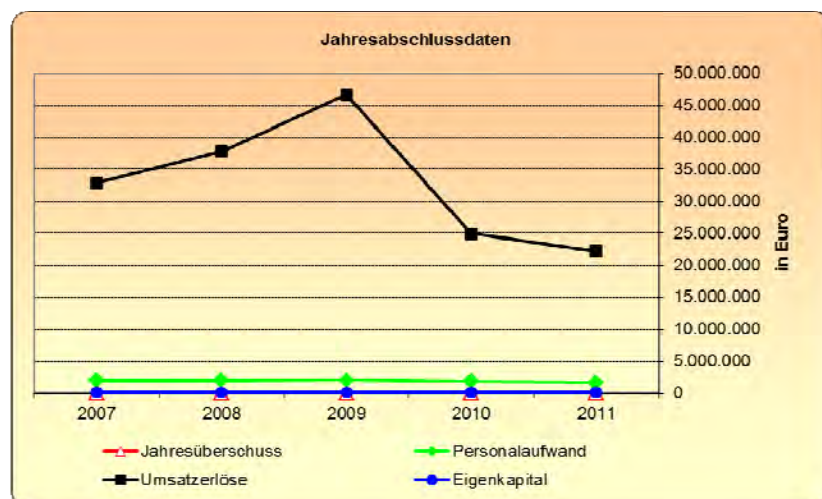
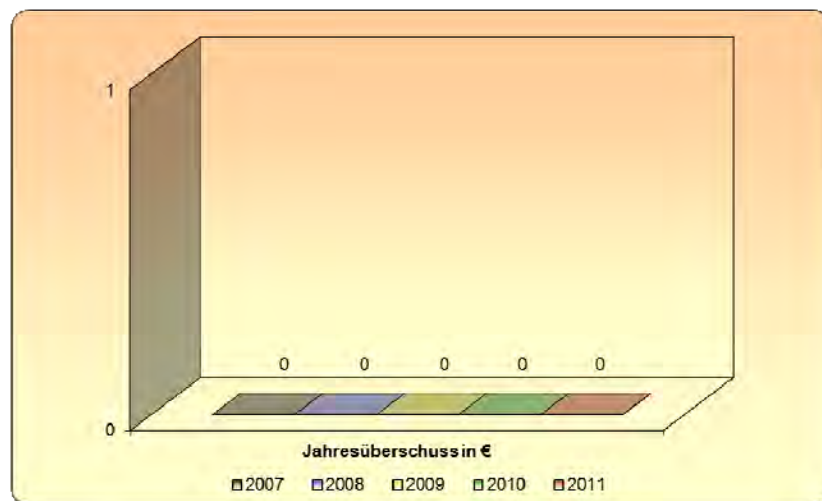
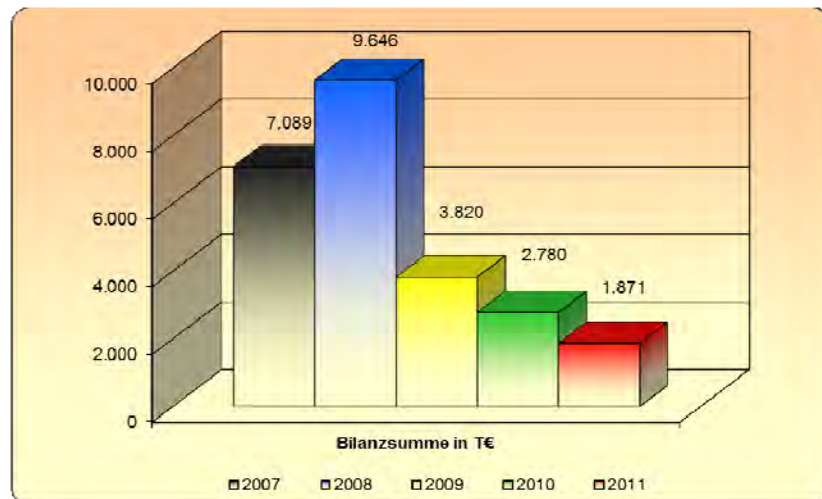
SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	22.220.617	24.956.392	46.591.759
Erhöhung (im Vj. Verminderung) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	-6.611.630
Sonstige betriebliche Erträge	1.687.285	167.953	1.166.155
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	2.269.580	4.196.116
Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.553.908	20.286.527	33.359.671
Materialaufwand	21.553.908	22.556.107	37.555.787
Löhne und Gehälter	1.255.281	1.378.390	1.548.993
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	389.553	443.270	432.128
Personalaufwand	1.644.834	1.821.660	1.981.121
Sonstige betriebliche Aufwendungen	164.972	71.345	401.088
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.743	8.251	247.272
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	104.000	110.453	147.918
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	454.931	573.030	1.307.641
Steuern vom Einkommen	90	0	90
	454.841	573.030	1.307.552
Gewinnabführung	454.841	573.030	1.307.552
Jahresüberschuss	0	0	0

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

Die Angaben zu den Gesellschaften beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaften

Rechtsform Gesellschaften bürgerlichen Rechts

Fonds	Gesellschafts- kapital in €	Gesellschafts- kapital inkl. Agio in €	Gründungsdatum	Gesellschafts- vertrag i.d.F. vom /letzte Änderung
01	3.328.510,15	3.494.935,65	04.09.1998	04.09.1998/ 28.12.2000
15	1.809.973,26	1.900.471,92	17.12.1998	17.12.1998/ 28.12.2000
23	2.101.409,63	2.206.480,11	17.12.1998	17.12.1998
24	2.121.861,31	2.227.954,37	17.12.1998	17.12.1998
26	997.019,17	1.046.870,13	17.12.1998	17.12.1998/ 21.12.2000
27	2.142.312,98	2.249.428,63	17.12.1998	17.12.1998
29	1.283.342,62	1.347.509,75	17.12.1998	17.12.1998
30	1.316.576,59	1.382.405,42	17.12.1998	17.12.1998

Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

B. Zweck der Gesellschaften

Gegenstand der Gesellschaften ist die Verwaltung eigenen Grundvermögens.

Fonds	Grundstücks- größe in m²	Gesamtwohn- fläche in m²	Anzahl Wohnungen	Stellplätze im Aussenbereich (A)/in Tiefgaragen(TG)
01	3.484	2.732,80	37	37 A
15	1.531	1.200.30	16	16 TG
23	1.552	1.216.10	16	16 TG
24	1.606	1.236,70	16	16 TG
26	1.233	781,80	6	12 A
27	1.330	1.314,20	18	10 TG / 8 A
29	1.042	834,80	11	3 TG / 8 A
30	967	834,80	11	3 TG / 8 A

C. Organe der Gesellschaften

Gesellschafterversammlungen

Geschäftsführungen

Angaben zur Geschäftsbesorgerin

Name	AL-BAN Immobilienfonds- Verwaltungsgesellschaft mbH
Anschrift	Berliner Straße 27, 13507 Berlin

Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

D. Gesellschafter

Fonds	Gesellschafts- anteil KVBG in %	Gesellschafts- anteil in €
01	73,83	2.397.937,21
15	81,91	1.429.363,94
23	99,99	2.201.118,36
24	99,99	2.222.585,00
26	16,66	174.481,84
27	99,99	2.244.052,50
29	99,99	1.342.146,66
30	99,99	1.377.041,69
		13.388.721,61

Die Berechnung der Anteile in € beinhaltet ein Agio in Höhe von 5 %.

Beim Kauf der Sonnengarten Glienicke Fonds wurden seitens der KVBG mbH Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert.

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Gesamtbeteiligung an den insgesamt acht Fonds der Sonnengarten Glienicke GbR's eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der KVBG mbH eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

E. Beteiligungen der Gesellschaften

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde ist die Beteiligung im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligung wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaften, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

Fonds	2010 in €	2009 in €	2008 in €
01	4.842.990	4.867.149	4.914.090
15	2.073.102	2.101.499	2.127.609
23	1.949.404	1.984.623	2.008.020
24	1.984.197	2.019.448	2.045.750
26	1.159.548	1.168.077	1.180.813
27	2.123.267	2.145.947	2.176.151
29	1.363.934	1.386.952	1.406.938
30	1.332.087	1.356.962	1.378.069

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 01

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	4.510.847	4.600.213	-89.366	4.697.178
Finanzanlagen	1.171.054	1.128.366	42.688	1.087.948
Anlagevermögen	5.681.901	5.728.579	-46.678	5.785.126
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62.608	61.726	881	63.565
Guthaben bei Kreditinstituten	21.785	6.471	15.315	30.057
Umlaufvermögen	84.393	68.197	16.196	93.622
Rechnungsabgrenzungsposten	20.860	70.915	-50.055	120.970
	5.787.154	5.867.691	-80.537	5.999.718
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	3.328.510	3.328.510	0	3.328.510
Rücklagen	1.985.097	1.896.027	89.069	1.794.748
Entnahmen	-9.304	-9.304	0	-9.304
Verlustvortrag	-4.214.691	-4.028.326	-186.365	-3.833.925
Jahresergebnis	-145.447	-186.365	40.918	-194.401
Kapitalanteile	944.164	1.000.542	-56.378	1.085.628
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	4.823.407	4.845.968	-22.562	4.892.872
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.870	2.390	480	1.303
Sonstige Verbindlichkeiten	16.713	18.791	-2.078	19.916
Verbindlichkeiten	4.842.990	4.867.149	-24.159	4.914.090
	5.787.154	5.867.691	-80.537	5.999.718

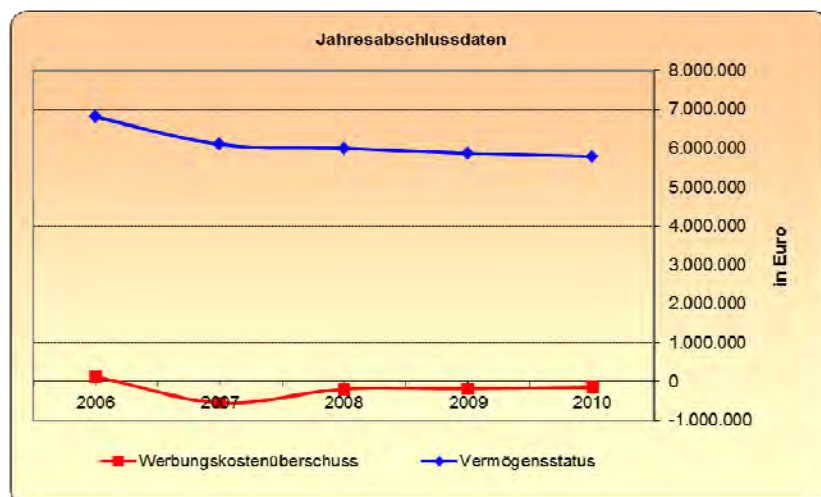
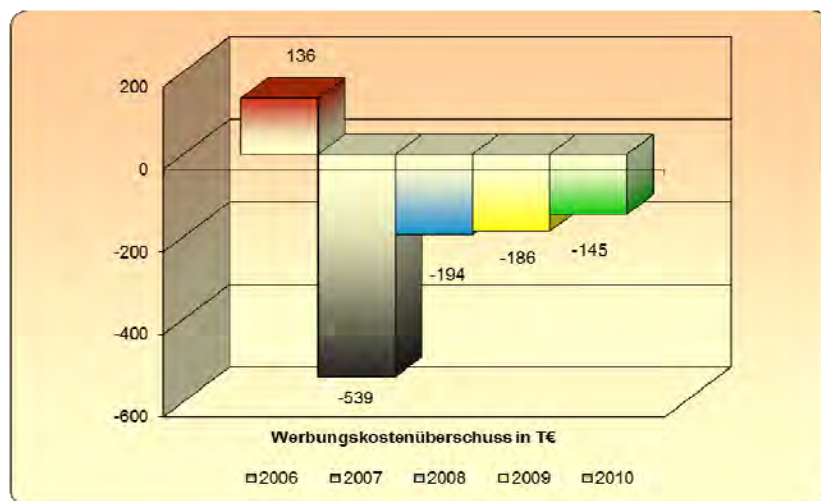
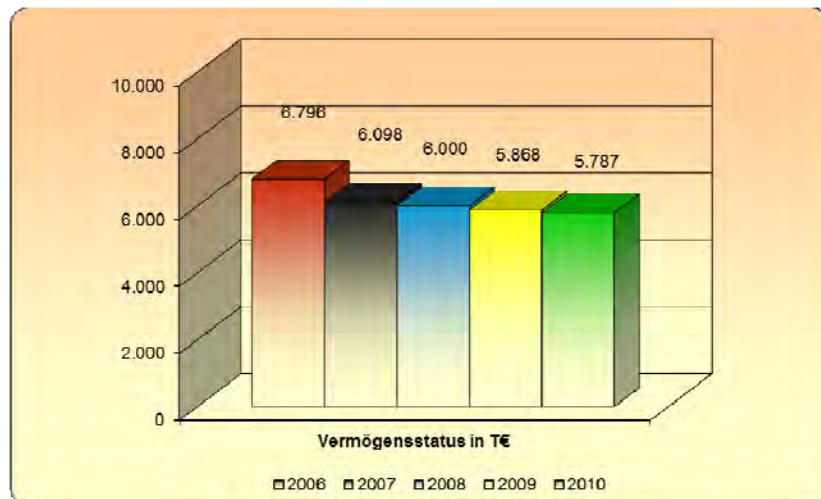
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 01

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	267.287	242.648	228.946
neutrale Einnahmen	43.991	42.677	39.975
	311.277	285.326	268.921
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	45.817	50.357	40.749
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	27.391	24.619	16.723
Abschreibungen auf Sachanlagen	89.366	96.965	102.396
Sonstige Kosten	15.255	19.482	22.108
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	228.818	229.897	230.926
Damna	50.055	50.055	50.055
Zinsen	22	317	364
Summe Werbungskosten	456.725	471.691	463.321
Werbungskostenüberschuss	-145.447	-186.365	-194.401

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 15

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Ausstehende Einlagen	0	0	0	511
Sachanlagen	2.223.052	2.266.598	-43.546	2.315.765
Finanzanlagen	540.255	513.252	27.003	494.286
Anlagevermögen	2.763.307	2.779.850	-16.543	2.810.051
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.904	23.612	-10.708	21.746
Guthaben bei Kreditinstituten	22.533	12.911	9.622	6.560
Umlaufvermögen	35.437	36.523	-1.086	28.306
Rechnungsabgrenzungsposten	3.575	25.033	-21.458	46.491
	2.802.319	2.841.406	-39.087	2.885.359
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.809.973	1.809.973	0	1.809.973
Ausstehende Einlagen	-511	-511	0	0
Rücklagen	812.763	762.881	49.882	700.324
Entnahmen	-29	-11	-18	0
Verlustvortrag	-1.832.424	-1.752.547	-79.877	-1.652.737
Jahresergebnis	-60.554	-79.877	19.323	-99.810
Kapitalanteile	729.217	739.907	-10.690	757.750
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.047.241	2.080.146	-32.905	2.090.910
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	512	-512	0
Sonstige Verbindlichkeiten	25.861	20.841	5.019	36.698
Verbindlichkeiten	2.073.102	2.101.499	-28.397	2.127.609
	2.802.319	2.841.406	-39.087	2.885.359

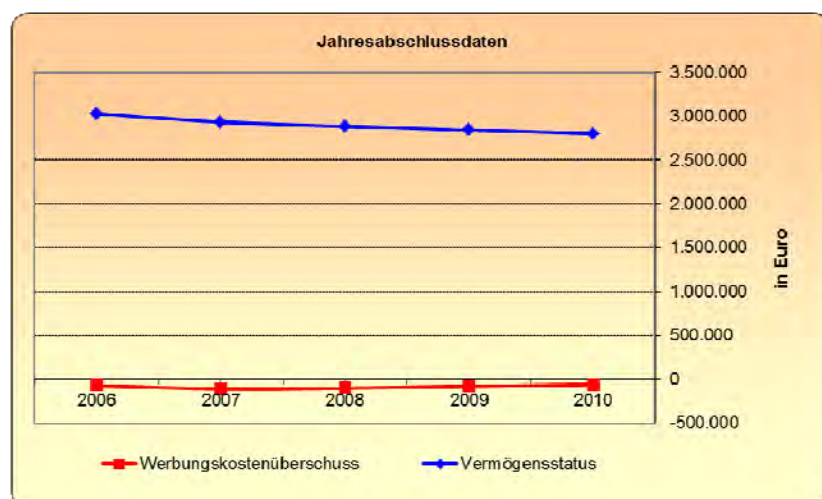
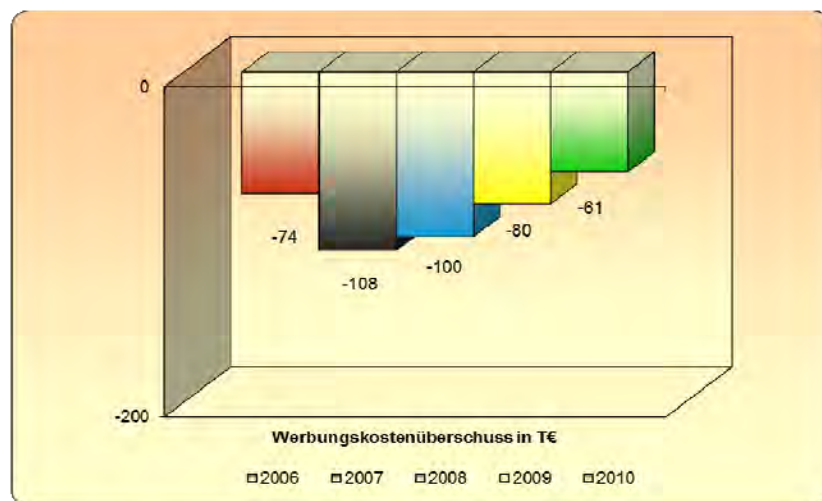
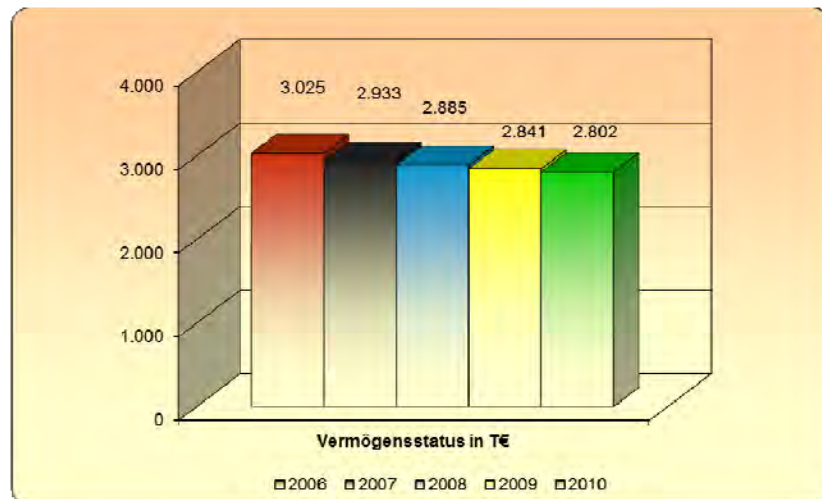
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 15

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	122.672	128.208	113.054
neutrale Einnahmen	27.077	24.949	9.839
	149.749	153.157	122.894
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	17.231	25.162	17.871
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	16.540	13.620	19.415
Abschreibungen auf Sachanlagen	43.546	49.167	49.677
Sonstige Kosten	9.267	20.374	10.624
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	102.261	102.815	103.345
Damna	21.458	21.458	21.458
Zinsen für kurzfristiges Darlehen	0	438	314
Summe Werbungskosten	210.303	233.034	222.704
Werbungskostenüberschuss	-60.554	-79.877	-99.810

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 23

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	2.136.381	2.178.653	-42.272	2.224.452
Finanzanlagen	494.545	479.656	14.889	465.244
Anlagevermögen	2.630.926	2.658.309	-27.383	2.689.696
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.051	33.705	-3.654	42.054
Guthaben bei Kreditinstituten	7.587	3.685	3.901	1.651
Umlaufvermögen	37.638	37.391	247	43.705
	2.668.564	2.695.700	-27.136	2.733.402
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.096.399	2.101.410	-5.011	2.101.410
Rücklagen	754.121	694.319	59.801	639.483
Entnahmen	-6.740	-6.756	16	-6.756
Verlustvortrag	-2.072.942	-2.008.755	-64.186	-1.948.095
Jahresergebnis	-52.396	-69.141	16.745	-60.660
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	718	0	718	0
Kapitalanteile	719.161	711.077	8.084	725.381
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.938.551	1.970.866	-32.316	1.996.873
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	464	-464	0
Sonstige Verbindlichkeiten	10.853	13.292	-2.439	11.147
Verbindlichkeiten	1.949.404	1.984.623	-35.220	2.008.020
	2.668.564	2.695.700	-27.136	2.733.402

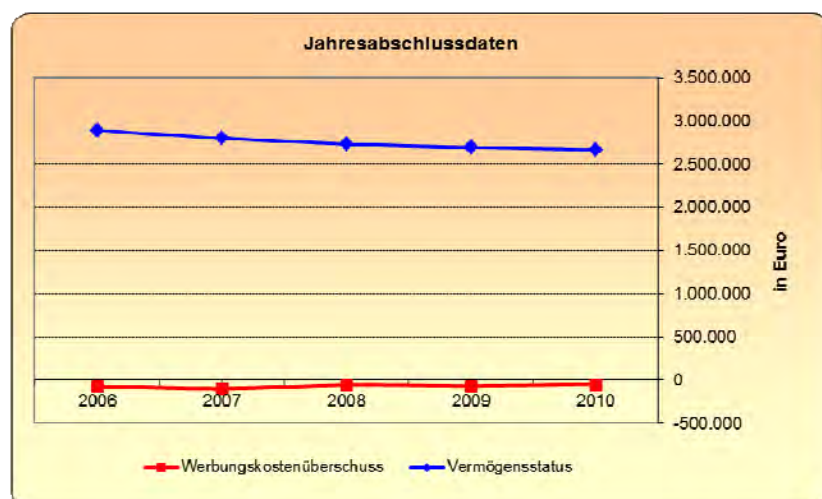
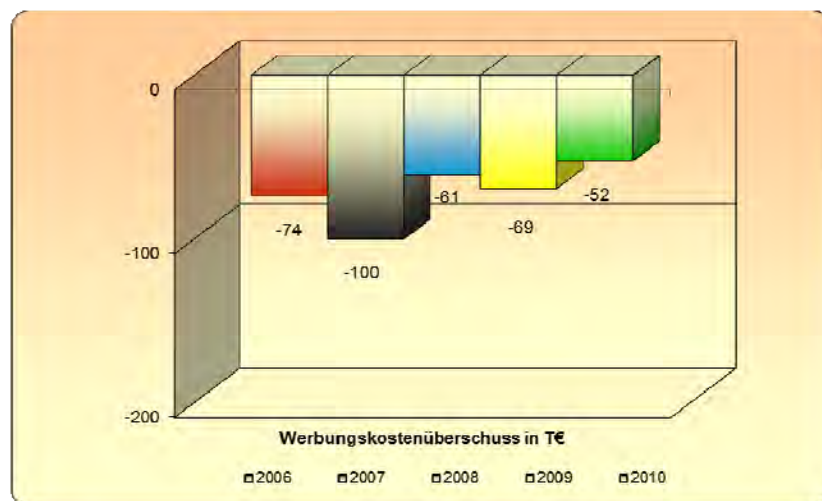
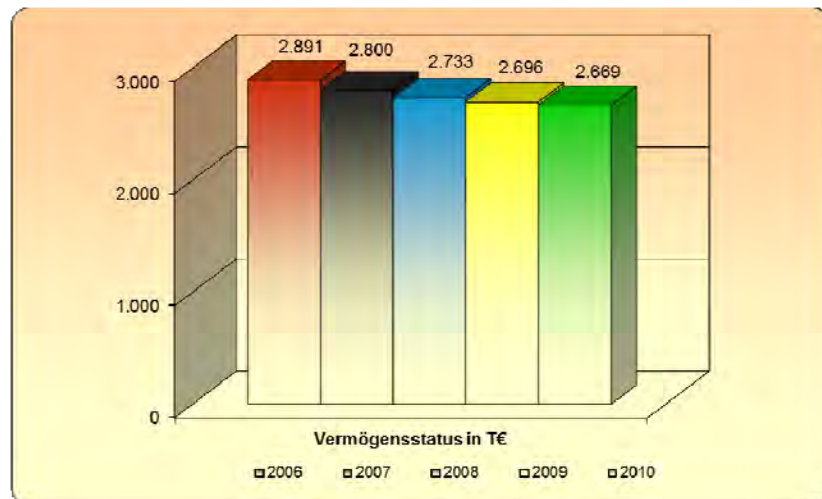
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 23

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	118.925	110.600	114.582
neutrale Einnahmen	14.889	14.412	13.951
	133.814	125.012	128.533
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	18.368	25.011	17.830
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	16.164	12.719	14.612
Abschreibungen auf Sachanlagen	42.272	45.799	47.561
Sonstige Kosten	11.728	11.632	9.107
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	97.545	98.992	75.947
Damnum	0	0	24.136
Summe Werbungskosten	186.077	194.153	189.193
Werbungskostenüberschuss	-52.262	-69.141	-60.660

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Gliencke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

K. Vermögensstatus Fonds 24

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	2.190.412	2.230.755	-40.343	2.274.748
Finanzanlagen	542.211	525.887	16.324	510.086
Anlagevermögen	2.732.623	2.756.642	-24.019	2.784.834
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.075	18.901	-2.826	31.291
Guthaben bei Kreditinstituten	2.370	7.368	-4.998	5.735
Umlaufvermögen	18.446	26.270	-7.824	37.026
	2.751.069	2.782.912	-31.843	2.821.860
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.116.851	2.121.861	-5.011	2.121.861
Rücklagen	755.891	704.932	50.959	656.349
Entnahmen	-6.812	-6.828	16	-6.828
Verlustvortrag	-2.051.645	-1.995.272	-56.373	-1.954.328
Jahresergebnis	-48.498	-61.229	12.731	-40.945
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	1.086	0	1.086	0
Kapitalanteile	766.872	763.463	3.409	776.110
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.973.668	2.003.496	-29.828	2.032.470
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	710	-710	0
Sonstige Verbindlichkeiten	10.529	15.243	-4.714	13.281
Verbindlichkeiten	1.984.197	2.019.448	-35.252	2.045.750
	2.751.069	2.782.912	-31.843	2.821.860

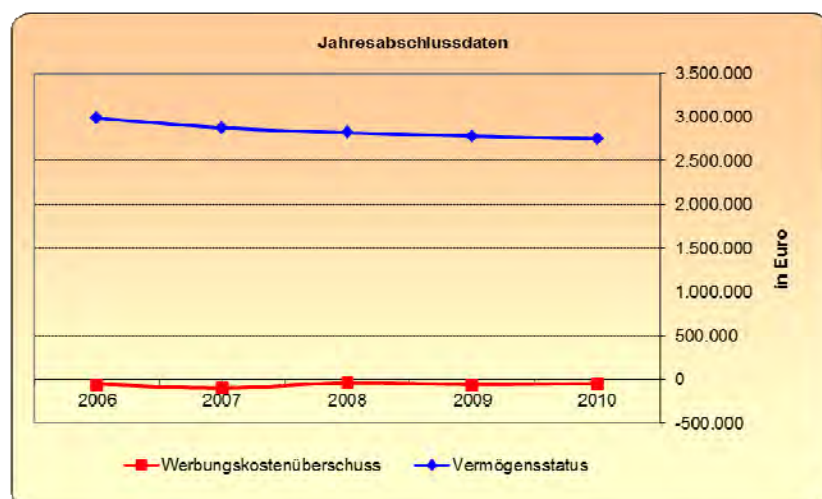
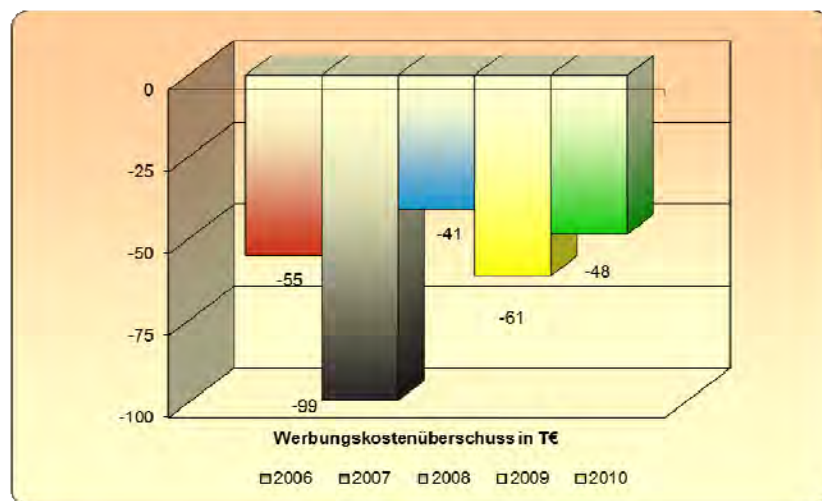
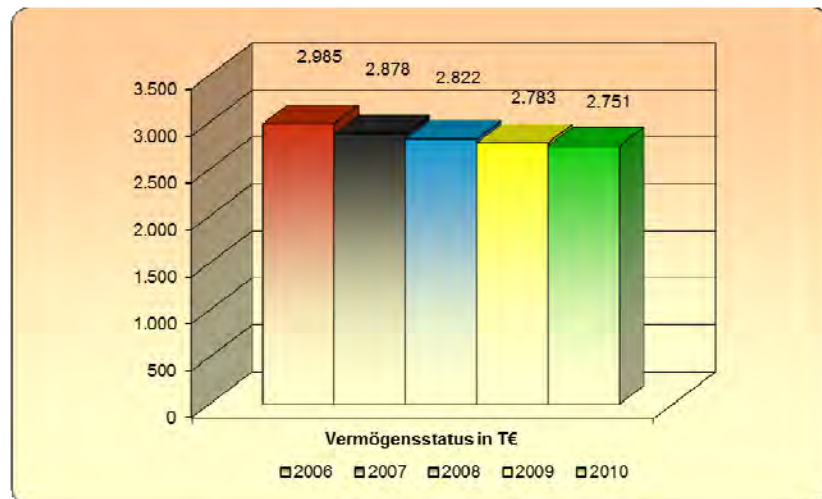
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 24

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	123.633	122.716	130.337
neutrale Einnahmen	17.554	15.801	15.296
	141.187	138.517	145.633
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	21.294	29.396	20.085
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	19.320	15.596	9.787
Abschreibungen auf Sachanlagen	40.343	43.993	45.823
Sonstige Kosten	9.440	10.002	9.017
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	99.289	100.759	77.303
Damnum	0	0	24.563
Summe Werbungskosten	189.685	199.746	186.577
Werbungskostenüberschuss	-48.498	-61.229	-40.945

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 26

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	1.265.968	1.289.586	-23.618	1.316.619
Finanzanlagen	394.229	363.914	30.315	339.032
Anlagevermögen	1.660.197	1.653.500	6.697	1.655.651
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.941	22.442	-3.502	17.119
Guthaben bei Kreditinstituten	15.165	1.073	14.092	2.821
Umlaufvermögen	34.106	23.515	10.591	19.940
	1.694.302	1.677.015	17.288	1.675.591
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	997.019	997.019	0	997.019
Rücklagen	461.751	430.865	30.887	410.077
Entnahmen	-4.147	-4.147	0	-4.147
Verlustvortrag	-914.799	-908.172	-6.627	-874.469
Jahresergebnis	-5.070	-6.627	1.557	-33.702
Kapitalanteile	534.754	508.938	25.816	494.777
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.144.498	1.165.736	-21.238	1.179.910
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	90	199	-108	0
Sonstige Verbindlichkeiten	14.960	2.142	12.817	904
Verbindlichkeiten	1.159.548	1.168.077	-8.529	1.180.813
	1.694.302	1.677.015	17.288	1.675.591

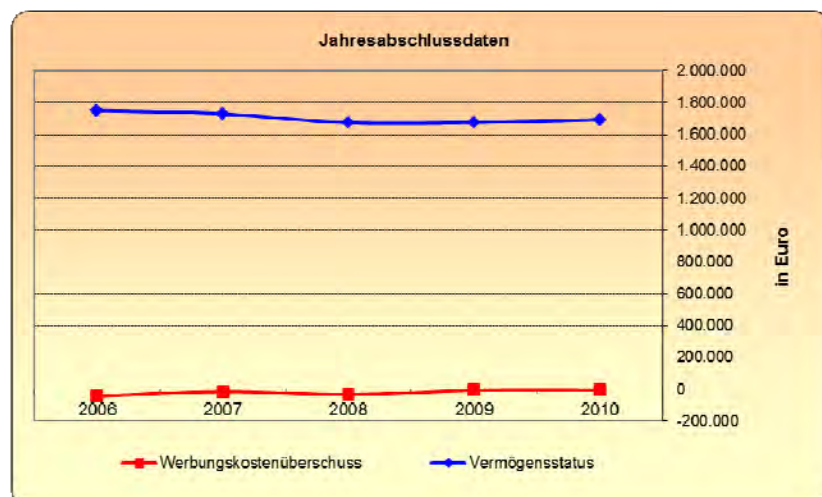
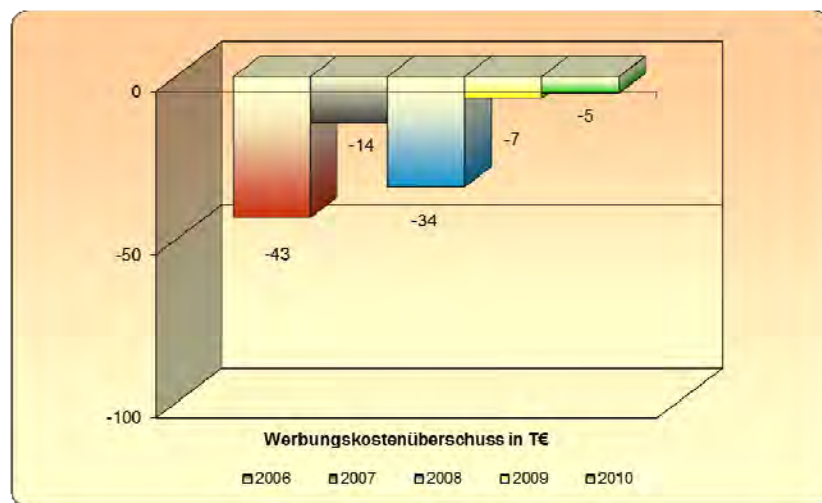
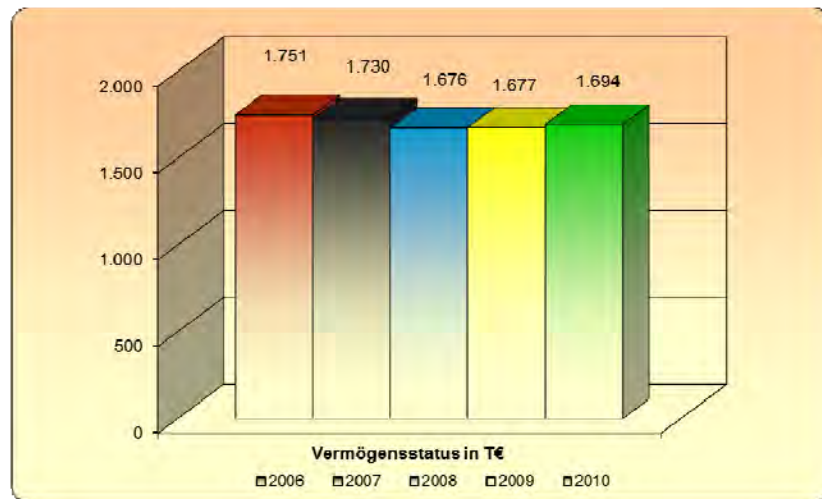
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 26

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	65.130	91.229	69.799
Neutrale Einnahmen	30.315	0	0
	95.445	91.229	69.799
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	3.316	4.401	3.529
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	9.641	2.703	3.234
Abschreibungen auf Sachanlagen	23.618	27.033	28.176
Sonstige Kosten	6.335	5.233	10.657
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	57.605	58.486	44.932
Damnum	0	0	12.974
Summe Werbungskosten	100.515	97.856	103.501
Werbungskostenüberschuss	-5.070	-6.627	-33.702

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 27

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	2.226.508	2.270.750	-44.242	2.318.949
Finanzanlagen	538.902	522.768	16.134	507.082
Anlagevermögen	2.765.410	2.793.518	-28.108	2.826.031
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	59.177	45.644	13.534	56.398
Guthaben bei Kreditinstituten	3.063	5.833	-2.769	4.514
Umlaufvermögen	62.241	51.476	10.765	60.912
	2.827.651	2.844.994	-17.343	2.886.944
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.137.302	2.142.313	-5.011	2.142.313
Rücklagen	792.199	734.391	57.808	681.873
Entnahmen	-7.341	-7.358	17	-7.358
Verlustvortrag	-2.165.775	-2.106.035	-59.740	-2.044.736
Jahresergebnis	-52.629	-64.817	12.189	-61.300
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	628	0	628	0
Kapitalanteile	703.757	698.494	5.263	710.793
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.096.245	2.116.930	-20.684	2.147.564
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	498	554	-56	0
Sonstige Verbindlichkeiten	26.523	29.017	-2.494	28.587
Verbindlichkeiten	2.123.267	2.146.501	-23.234	2.176.151
	2.827.023	2.844.994	-17.971	2.886.944

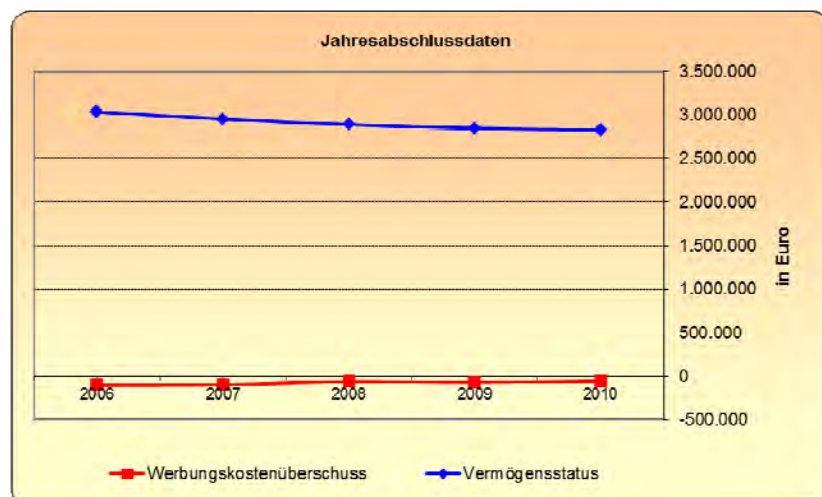
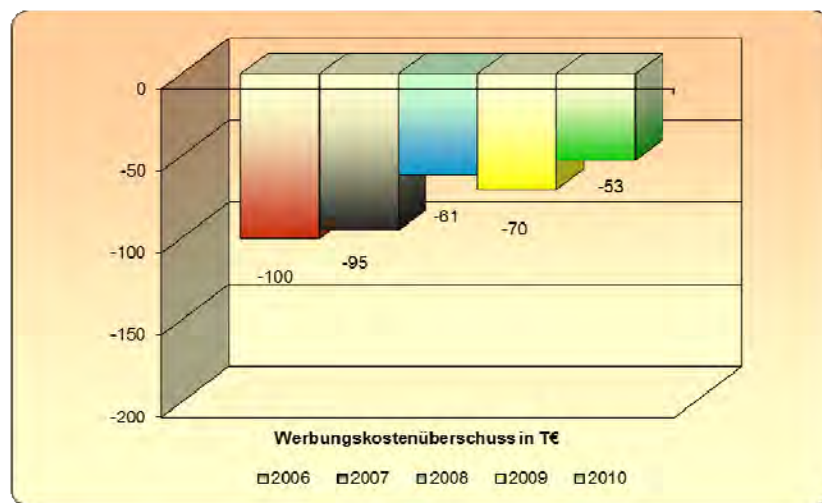
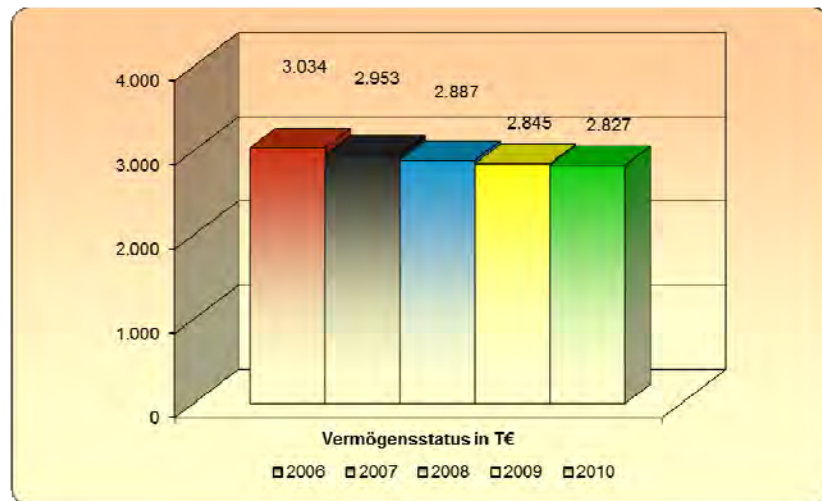
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 27

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	128.394	134.378	126.479
neutrale Einnahmen	16.134	15.686	14.963
	144.528	150.064	141.442
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	20.120	25.656	19.424
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	18.756	21.516	15.354
Abschreibungen auf Sachanlagen	44.242	48.199	48.989
Sonstige Kosten	9.132	18.614	11.336
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	104.908	106.466	81.680
Damnum	0	0	25.959
Summe Werbungskosten	197.157	220.451	202.742
Werbungskostenüberschuss	-52.629	-70.387	-61.300

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 29

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	1.387.336	1.414.289	-26.953	1.443.672
Finanzanlagen	345.375	335.035	10.340	325.046
Anlagevermögen	1.732.711	1.749.324	-16.613	1.768.718
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.986	21.992	1.994	25.903
Guthaben bei Kreditinstituten	11.043	1.027	10.015	6.818
Umlaufvermögen	35.029	23.020	12.010	32.721
	1.767.740	1.772.343	-4.603	1.801.439
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.278.332	1.283.343	-5.011	1.283.343
Rücklagen	500.804	463.818	36.986	436.664
Entnahmen	-4.407	-4.424	17	-4.424
Verlustvortrag	-1.352.046	-1.321.082	-30.964	-1.292.429
Jahresergebnis	-19.344	-36.263	16.919	-28.653
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	466	0	466	0
Kapitalanteile	403.805	385.391	18.414	394.501
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.310.324	1.330.349	-20.025	1.348.779
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	338	340	-2	0
Sonstige Verbindlichkeiten	53.272	56.264	-2.991	58.159
Verbindlichkeiten	1.363.934	1.386.952	-23.018	1.406.938
	1.767.740	1.772.343	-4.603	1.801.439

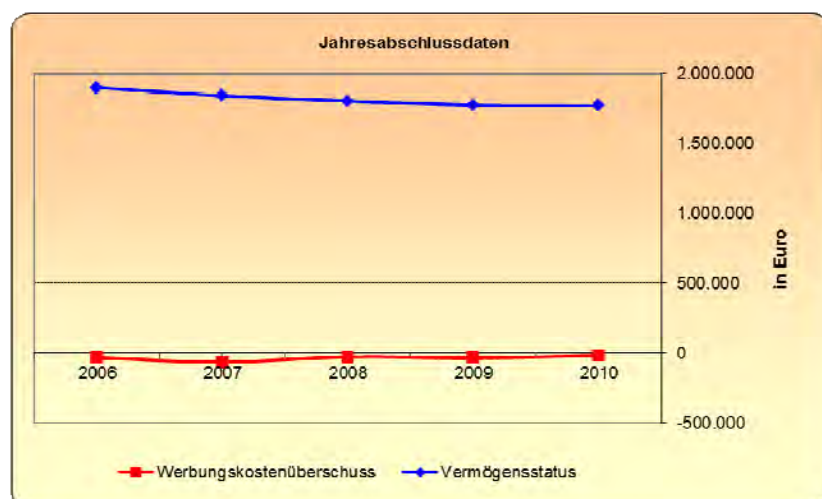
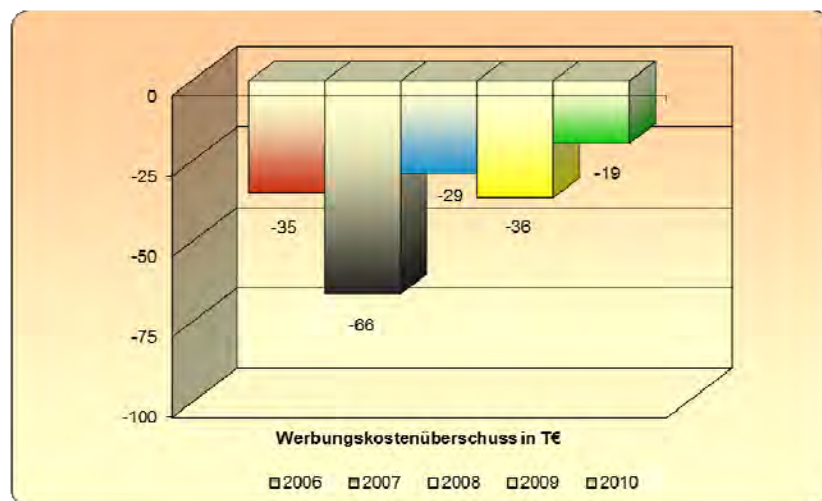
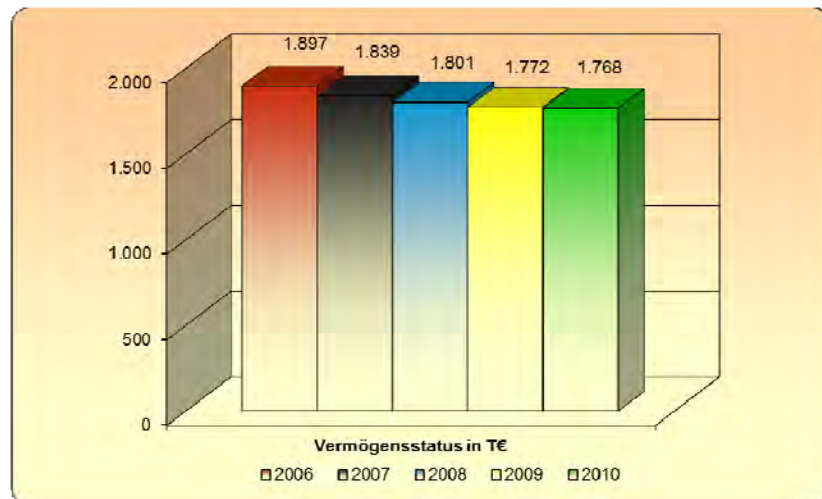
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 29

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	85.065	82.546	81.794
neutrale Einnahmen	12.861	15.210	9.846
	97.926	97.756	91.640
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	12.722	17.921	11.332
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	5.629	6.206	3.890
Abschreibungen auf Sachanlagen	26.953	29.383	30.598
Sonstige Kosten	6.043	13.631	6.877
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	65.922	66.879	51.318
Damnum	0	0	16.278
Summe Werbungskosten	117.270	134.020	120.293
Werbungskostenüberschuss	-19.344	-36.263	-28.653

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 30

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	1.382.929	1.410.274	-27.345	1.439.876
Finanzanlagen	345.407	335.058	10.349	325.059
Anlagevermögen	1.728.336	1.745.332	-16.996	1.764.935
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.863	27.808	55	34.129
Guthaben bei Kreditinstituten	843	7.299	-6.456	2.904
Umlaufvermögen	28.706	35.108	-6.402	37.033
	1.757.042	1.780.440	-23.398	1.801.968
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.311.566	1.316.577	-5.011	1.316.577
Rücklagen	470.853	440.731	30.121	411.068
Entnahmen	-4.410	-4.427	17	-4.427
Verlustvortrag	-1.324.344	-1.299.319	-25.025	-1.267.128
Jahresergebnis	-29.376	-30.084	709	-32.191
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	666	0	666	0
Kapitalanteile	424.956	423.478	1.478	423.899
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.310.705	1.330.030	-19.325	1.348.813
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	337	333	4	0
Sonstige Verbindlichkeiten	21.045	26.599	-5.554	29.256
Verbindlichkeiten	1.332.087	1.356.962	-24.876	1.378.069
	1.757.042	1.780.440	-23.398	1.801.968

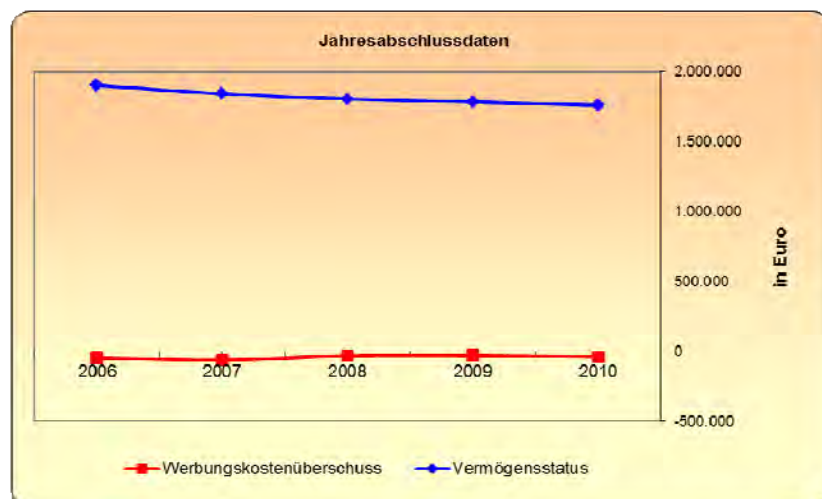
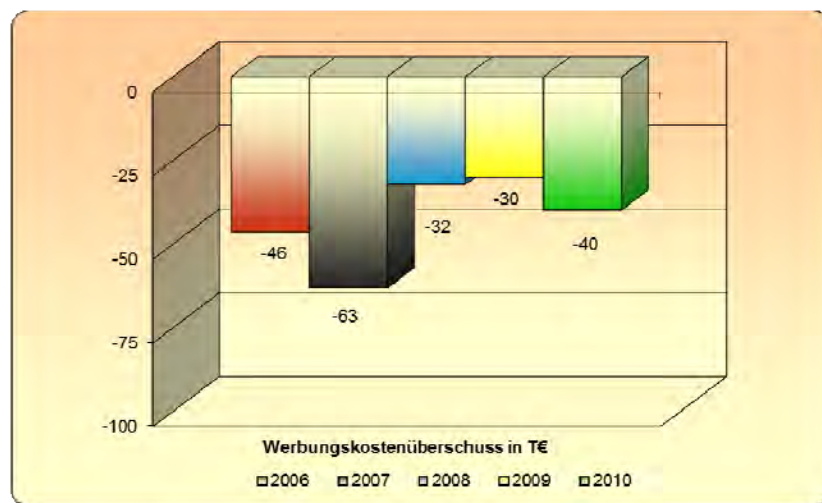
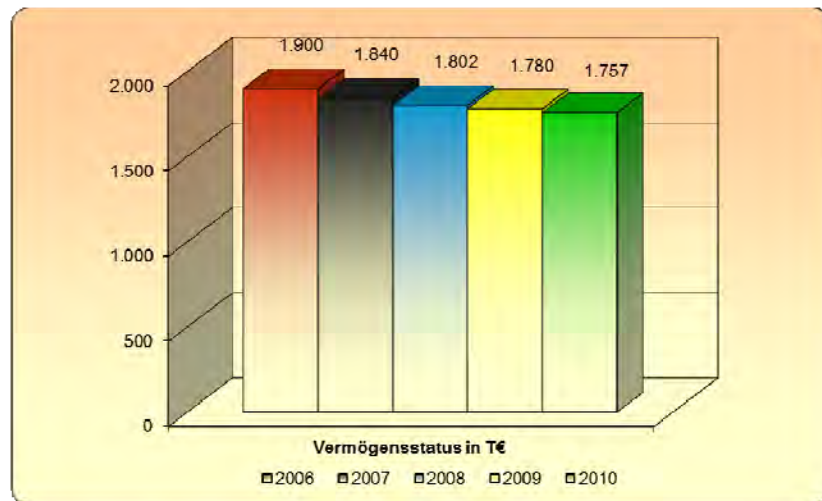
Sonnengarten Glienicke GbR's
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 30

	2010	2009	2008
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	84.707	96.386	92.683
neutrale Einnahmen	2.544	0	0
	87.252	96.386	92.683
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	13.019	17.786	11.779
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	14.881	4.121	8.204
Abschreibungen auf Sachanlagen	27.345	29.602	30.732
Sonstige Kosten	5.810	8.082	6.563
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	65.922	66.879	51.318
Damnum	0	0	16.278
Summe Werbungskosten	126.976	126.471	124.874
Werbungskostenüberschuss	-39.725	-30.084	-32.191

Sonnengarten Gliencke GbR's Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Gliencke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin
--

Aus dem Erlös des Verkaufes der EVO-Anteile hat sich die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH im Zuge der Gesamtkonzeption der Wiederanlage als Kommanditist an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin, beteiligt.

Bei der vorliegenden steuerbegünstigten Kapitalanlage handelt es sich um eine Beteiligung in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Im Vordergrund dieser Beteiligung standen bzw. stehen Ausschüttungen/Entnahmen aus prospektierten Liquiditätsüberschüssen bezogen auf die Nominalbeteiligung.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG betreibt in Göhren-Lebbin an der Müritzseenplatte in Mecklenburg-Vorpommern das Freizeit- und Urlaubsresort „Land Fleesensee“.

„Land Fleesensee“, als eine der größten Resortanlagen in Nordeuropa, besteht aus insgesamt drei Hotelbetrieben, dem RadissonSAS Resort Schloßhotel, dem Robinson Club und dem Dorfhof. Zu dem Gesamtkomplex gehören darüber hinaus noch eine moderne Wasserwelt mit angegliedertem Sauna- und Wellnessbereich sowie großzügige Sportanlagen. Hierbei seien insbesondere die insgesamt sechs Golfplätze genannt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Anschrift	Thyssenstraße 7 -17, 13407 Berlin
Telefon	030/85613494-0
Telefax	030/85613494-9
Internet	www.fleesensee.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2009 ist aufgestellt und seitens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem Testat versehen.

Ein Beschluss des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 durch die Gesellschafterversammlung steht noch aus.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG
Gründungstag/-jahr	24. September 1994
Persönlich haftende Gesellschafterin	Fleesensee Verwaltungs GmbH, Berlin
Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin
Stammkapital	30.677,51 €
Kommanditkapital laut Handelsregister	96.634.165,56 €

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist neben der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb (auch durch Managementgesellschaften) von Hotels, sowie gastronomischen und anderen touristischen Einrichtungen im Bereich des „Freizeit- und Urlaubsresort Land Fleesensee“ in Göhren-Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern, die Koordination, die finanzielle Führung sowie die Übernahme aller sonstigen übergeordneten Aufgaben im Zusammenhang mit dem vorgenannten Projekt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer der Komplementärin

Detlev U. Fricke, Berlin

D. Kommanditisten

Kommanditisten	Anteil in %	Anteil in €
Gesamtkapital der Kommanditisten	100,00	96.634.165,56

Kommanditisten	Anzahl
Anzahl der Kommanditisten zum 31.12.2010	1.823

Die Beteiligung der KVBG mbH als Kommanditist beträgt € 8.052.847,13

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals € 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der KVBG mbH eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 = € 1,00 vorgenommen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

E. Anteilsbesitz

Konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH, Göhren-Lebbin (vormals: Fleesensee Hotels & Sports Marketing und Service GmbH, Berlin)	100,00	31.12.2008

Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Schloss Blücher Dorf- und Tagungszentrum Betriebs GmbH i. L., Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Reitanlagen Management GmbH i. L., Berlin	100,00	---

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei dieser Beteiligung um eine reine Kapitalanlage handelt und diese deshalb unzulässig ist.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	48.145.317	50.012.468	47.845.031

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	50.012.468
Zunahmen	1.867.151
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	48.145.317

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns

Entwicklung des Markts und des Konzerns

Das Konzernunternehmen – bestehend aus dem Mutterunternehmen und den für den Betrieb der touristischen Einrichtungen im Resort Land Fleesensee verantwortlichen Tochterunternehmen sowie der Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH – stand auch im Geschäftsjahr 2009 ganz im Zeichen der seit Herbst 2008 auch im Tourismus spürbaren Wirtschafts- und Finanzkrise und konnte die budgetierten Erwartungen oder das Vorjahresergebnis nicht erreichen bzw. verbessern. Das hat sich im deutschen Fremdenverkehr insgesamt ausgewirkt, wobei von den deutschen Urlaubsreisenden bei reduziertem Ausgabeverhalten auf der Suche nach Alternativen zu südlichen Stränden sicherlich die Küstenregionen gegenüber Binnenlandzielen deutlich bevorzugt wurden. Deshalb konnte die Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommern dann auch ein deutlich besseres Jahresergebnis als das Binnenland verzeichnen.

Das Gruppengeschäft (Business und Incentive) war aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise im gesamten Bundegebiet rückläufig. Ebenso die Belegungsraten durch Individualreisende, so dass sich bei allgemein sinkenden Zimmerpreisen der Ertrag pro Zimmer verminderte.

Aktuellen Trendumfragen nach, gehen die meisten Hotelbetreiber und Gutachter von einer langsamen Erholung aus, so dass sich vorsichtiger Optimismus in der Branche entwickelt. Im Fokus steht eine Aufholung der Rückgänge in den Zimmerraten, die jedoch in dem jetzigen Marktumfeld nicht ohne Schwierigkeiten durchsetzbar sein dürfte.

Der Konzern erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von T€ 965 (2008: T€ 13.731).

Mit zusammen 276.593 Übernachtungen (Vorjahr: 296.141) konnten die drei Hotelbetriebe RadissonBLU, Robinson Club und Dorfhotel bei einer durchschnittlichen Zimmerauslastung von rd. 59% (Vorjahr 63%) im Geschäftsjahr 2009 nicht an die Belegung des Vorjahres anknüpfen. Sie erzielten einen Jahresumsatz in Höhe von € 21,1 Mio. und verfehlten damit das Vorjahresergebnis um 7,5%. Das operative Betriebsergebnis (GOP) der Hotels insgesamt lag mit rd. € 4,2 Mio. rd. 14% unter den Erwartungen der Manager und 10,4% unter dem Vorjahresniveau. Das Betriebsergebnis (GOP) fiel damit auf 19,7% der Umsatzerlöse (Vorjahr noch 20,7%). Beim Vorjahresvergleich darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass die Großveranstaltung EURO JEEP CAMP im Juli 2008 das Jahresergebnis überdurchschnittlich beeinflusst hatte.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Entwicklung des Markts und des Konzerns (Fortsetzung)

Die Golf- und Sporthotel KG verfehlte mit € 6,6 Mio. den budgetierten Gesamthotelumsatz um 10% und lag damit auch um 12% unter dem Vorjahresergebnis. Die durchschnittliche Zimmerbelegung lag mit 58,84% rund 5%-Punkte unter dem Budget.

Den Hauptgrund des Rückgangs gegenüber dem Vorjahr sehen unsere Betreiber in der weltweiten Wirtschaftskrise, die vor allem das Veranstaltungs- und Gruppengeschäft einbrechen ließ. In diesem Marktsegment ist allein ein Verlust von 3.300 Übernachtungen zu verzeichnen. Um noch attraktiver für Individualreisende zu werden, hat das Management eine Vielzahl von neuen Aktivitäten gestartet. So wurde das innovative Konzertereignis „Golf & Classics“ im September und im November „Flanierball“ ins Leben gerufen und auf Anhieb erfolgreich gestartet.

Auch die Clubanlage KG konnte sich der allgemein rückläufigen Entwicklung nicht entziehen und 2009 mit 97.492 Übernachtungen das Vorjahresergebnis (104.548) nicht erreichen. Die mit € 10,04 Mio. um 6,1% im Vorjahresvergleich geringeren Umsatzerlöse lagen auch 10% unter den budgetierten Erwartungen. Das budgetierte Betriebsergebnis (GOP) wurde um 6,6% verfehlt, im Vorjahresvergleich war ein Minus von 4,3%. Der GOP-Anteil am Umsatz belief sich damit auf 20,9% wie im Vorjahr. Die durchschnittliche Zimmerauslastung lag bei 66% (Vorjahr 70,5%). Die Übernachtungszahlen im Gruppengeschäft (Business und Incentive) waren 2009 mit 13.174 um rd. 7,7% unter Vorjahresniveau. Der Umsatz aus dem Gruppengeschäft 2009 ist um knapp 4% vor allem im zweiten Halbjahr 2009 leicht gesunken.

Für die Feriendorf KG war das Jahr 2009 geprägt von Krisenstimmung und dadurch verändertem Buchungsverhalten gegenüber den Vorjahren. Der Start in das Jahr 2009 war entgegen ersten Befürchtungen zunächst gut.

In den ersten sechs Monaten 2009 konnte die Auslastung um 3,4% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, ebenso lag der Gesamtumsatz um knapp 4% über dem des Vorjahres. Das zweite Halbjahr verlief jedoch schwach, speziell die Monate August und September blieben sehr deutlich hinter den Erwartungen zurück. So sank die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Juli 2009 außerordentlich von 8,3 Tagen in 2008 auf nur noch 5,7 Tage in 2009. Gleichzeitig waren alle Zusatzumsätze speziell in der Gastronomie rückläufig und der Anteil der Selbstversorger stieg gegenüber den Vorjahren an. Der Familienurlaub war nach wie vor das dominante Segment. Die ungünstige Verteilung der Sommerferien in den Hauptquellmärkten des Dorfhôtels führte allerdings dazu, dass die beiden letzten Augustwochen in Belegung und Umsatz sehr deutlich hinter den Vorjahren

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Entwicklung des Markts und des Konzerns (Fortsetzung)

blieben. Insgesamt blieb das Jahr 2009 im Gesamtumsatz 1,7% unter dem des Jahres 2008 und 7% unter Budget, der GOP lag bei 18,7% vom Umsatz gegenüber 23% in 2008. Die Apartments waren im Jahresdurchschnitt zu 54% belegt (Vorjahr 55%).

Die Kur- und Thermen KG hat im ersten vollen Betriebsjahr nach Beendigung des Managementvertrages mit den bisherigen Betreibern dank eines straffen Kostenmanagements und Steigerung der Produktivität bei geringeren Umsatzerlösen ein um rd. T&€ 40 besseres Betriebsergebnis (GOP) als 2008 erreichen können. Insgesamt wurden Umsatzerlöse von € 1,84 Mio. erzielt. Im Hinblick der direkten Auswirkung der Hotelbelegung auf die Nutzung des SPA ist beachtlich, dass es trotz deutlich schwächerer Auslastung der Hotels (6,6% weniger Übernachtungen und 7,5% geringerer Umsatz) gelang, im Vorjahresvergleich mit lediglich 4,5% verringertem Umsatz ein besseres Ergebnis als die Hotels zu erreichen. Da auch auf der Kostenseite geschickt reagiert wurde, konnten gegenüber dem Vorjahr noch einmal rd. T€ 102 eingespart werden, ohne dass die Angebots- und Servicequalität darunter litt.

Das Umsatzvolumen der Sportanlagen KG betrug in 2009 insgesamt rd. € 4,2 Mio. Dies entspricht einer Umsatzsteigerung von 4% gegenüber dem Vorjahr. Das Betriebsergebnis (GOP) betrug rd. € 1 Mio. und war damit mehr als doppelt so hoch wie das Ergebnis im vergangenen Jahr, das auch durch Sondereinflüsse im Zuge des Managementwechsels belastet war. Die Ertragslage verbesserte sich insbesondere durch Einsparung im Personalbereich und dem Wegfall der Managementfee. Die Zahl der gespielten Golfunden betrug rd. 70.000 (Vorjahr 60.000). Im Pro Shop konnte der Umsatz von T€ 365 auf T€ 478 gesteigert werden. Dazu hat insbesondere die Eröffnung des separaten Schläger-Shops in einer der Abschlaghütten der Golf-Arena beigetragen.

Nachdem seit 2008 die Tochtergesellschaften Kur und Thermen KG sowie Sportanlagen KG nicht mehr über Managementverträge betrieben werden, fließen deren Ergebnisse ohne Garantien, aber auch ohne Abzug von Managementgebühren direkt dem Fonds zu. Erfreulicherweise konnte nach dem durch den Managementwechsel in 2008 verursachten Einbruch der Ergebnisbeiträge der Sportanlagen KG im Jahre 2009 wieder in etwa das Niveau des Jahresdurchschnitts der bisherigen Betriebsjahre angehoben werden, wobei ein Teilbetrag zur Attraktivitätssteigerung reinvestiert wurde. Das Auslaufen des Kapitaldienstes für die von der NordLB bewilligte Nachfinanzierung der Zusatzinvestitionen beeinflusste die Liquiditätssituation ebenfalls positiv.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Ertragslage

Der Konzern erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 965.

Die Ertragslage des Unternehmens wird bestimmt von den Ergebnissen der fünf touristischen Einzelbetriebe. Die operativen Tochtergesellschaften konnten das Geschäftsjahr 2009 wesentlich besser abschließen als das Vorjahr, was zum einen in nur geringfügigen Wechselkursverlusten zum Schweizer Franken und zum anderen in einem verbesserten Kostenmanagement begründet ist. Während die Sportanlagen KG (./. T€ 235) und die Dorfhotel KG (./. T€ 120) leichte Jahresfehlbeträge ausweisen, konnten die Sporthotel KG (T€ 505), die Clubanlage KG (T€ 194) und die Kur- und Thermen KG (T€ 116) Jahresüberschüsse darstellen. Einschränkend muss hier angemerkt werden, dass der Jahresüberschuss bei der Kur- und Thermen KG nur durch umfangreiche Stützungsmaßnahmen der Muttergesellschaft in Höhe von T€ 684 ermöglicht wurde.

Aufgrund der Verlustvorträge der Tochtergesellschaften aus den Vorjahren konnten noch keine Beteiligungserträge bei der Muttergesellschaft vereinnahmt werden werden.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse des Konzerns zu bewerten. Der Konzern-Jahresumsatz lag mit 27,6 Mio. 2% unter dem des Vorjahres. Das Bruttobetriebsergebnis (GOP) des Vorjahres wurde um 2,2% gesteigert.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr setzt sich der Cash Flow wie folgt zusammen:

Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	T €	2.800,1
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	T €	-759,7
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	T €	<u>-1.892,5</u>
Cash Flow gesamt	T €	<u>147,9</u>

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 2.800,1) wurde im Berichtsjahr überwiegend für die Tilgung von Finanzkrediten (T€ 1.997,2) und für betriebsoptimierende Investitionen (T€ 759,7) verwendet.

Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote sank – bedingt durch den Konzernjahresfehlbetrag von 22,8% in 2008 auf 21,7% in 2009.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Rechtsverfahren

Vor dem Landgericht Berlin und in der Berufungsinstanz vor dem Kammergericht waren und sind gegen die Gesellschaft einige Zivilrechtsverfahren anhängig, in den Widerrufs nach dem HaustWG erklärt wurden. In der Mehrzahl der Fälle haben die Gerichte eine „Haustürsituation“ bei der Einwerbung des Beteiligungskapitals verneint, so dass die Klagen abgewiesen wurden. In einem Fall, der das Jahr 2005 betraf, und in fünf Fällen, die das Jahr 2006 betrafen, haben die Gerichte jedoch eine „Haustürsituation“ bejaht und den Widerruf durchwirken lassen. Die Folgen für die Gesellschaft sind jedoch überschaubar, die „obsiegenden“ Gesellschafter sind gegenüber den anderen Gesellschaftern nicht besser gestellt. Denn auch bei Vorliegen eines Widerrufsrechts nach dem HaustWG erhält der betreffende Gesellschafter nicht seine Einlage zurück, sondern er kann lediglich die Erstellung einer Auseinandersetzungsbilanz und die Ermittlung eines Abfindungsguthabens für den Zeitpunkt des Widerrufs, in diesem Fall zum Zeitpunkt der Klageerhebung verlangen. Dies ist die gleiche Rechtsfolge, die jeder Gesellschafter seit dem 31. Dezember 2009 auch durch die nach dem Gesellschaftsvertrag mögliche ordentliche Kündigung der Gesellschaft erreichen kann. Weil derartige Klagen, selbst wenn sie juristisch betrachtet „erfolgreich“ sind, dem Gesellschafter keine Vorteile mehr bringen, hat sich die Prozesslage deutlich entspannt; es sind keine neuen Klagen auf Haustürwiderruf mehr eingereicht worden. Bezüglich der anderen Klagen, die in der Vergangenheit gegen die Gesellschaft oder einzelne beteiligte Personen oder Unternehmen eingereicht wurden, nämlich Klagen aus behaupteter Prospekthaftung – ist es dabei geblieben, dass keine dieser Klagen erfolgreich war.

Nach dem Verzicht der Bundeswehr auf die Wiederinbetriebnahme des Luft-Bodenschießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide (sog. Bombodrom) mit regelmäßigen Tiefflügen von Kampfflugzeugen über der Region ist nunmehr generell die militärische Nutzung dieses Geländes aufgegeben worden, so dass bezüglich einer zivilen Nutzung endgültig Rechtssicherheit besteht.

Nachdem die TUI auch für das Dorfhôtel ihre Option auf Sonderkündigung des Managementvertrages zum 31. Dezember 2010 nicht ausgeübt hatte, wurden vereinbarungsgemäß gemeinsam betriebsoptimierende Investitionen in die Restaurant- und Küchenkapazitäten des Dorfhôtels vorgenommen. Die für diese Investitionen erforderliche Liquidität wurde seitens der Banken durch Tilgungsaussetzungen im Rahmen der Bedienung des CHF-Fremdwährungsdarlehens jeweils zu den Fälligkeitsterminen 31. Dezember 2010 und 31. März 2011 ermöglicht.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Chancen- und Risikobericht

Für das Gesamtressort stimmen nach dem ersten Halbjahr 2011 die Betriebsergebnisse und die Buchungszahlen für das restliche Jahr in den Hotels sowie auch die Erwartungen an die beiden Strukturbetriebe SPA und Sportanlagen zuversichtlich, dass die Tochterunternehmen in diesem Jahr ein stabiles Umsatz- und Ertragsniveau erreichen können. Der Umsatz im Gesamtresort konnte um 4,1% gesteigert werden, das operative Betriebsergebnis (GOP) verbessertes sich um 7,9%. Dabei wurden die budgetierten Erwartungen für das operative Betriebsergebnis bei leicht verringerten Umsätzen um 8,9% übertroffen.

Auf der 11. Ordentlichen Gesellschafterversammlung Ende November 2010 wurden die Ergebnisse des am Jahresanfang 2010 erarbeiteten umfangreichen Restrukturierungsgutachtens sowie das darauf aufbauende unternehmerische Strategiekonzept für Land Fleesensee vorgestellt und mit den Gesellschaftern diskutiert, ohne dass dazu Beschlüsse gefasst wurden. Geschäftsführung und Beirat hatten in Abstimmung mit den Konsortialbanken eine vertiefte Bearbeitung des Strategiekonzepts angekündigt, um es sodann der Gesellschafterversammlung vorzustellen und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Die aus dem Kreis der interessierten Gesellschafter vom Beirat berufene Strategiekommission bringt sich intensiv und sachkundig in diese Arbeit ein. Sie unterstützt die Geschäftsführung kompetent bei der Entwicklung der strategischen Ziele für das Unternehmen. Der dabei erkannte Umstrukturierungsbedarf hat sich umfangreicher dargestellt, als aufgrund der Beratungsergebnisse im letzten Jahr vermutet. Die Komplexität einer inhaltlich und strategisch ausgerichteten Neuaufstellung des innovativen Konzeptes für Land Fleesensee bedarf gründlicher Analyse und Ausschöpfung eines möglichst umfassenden Sachverstandes.

Als Schwerpunkt soll die strategische Neuausrichtung des Unternehmens in den Kernbereichen Golfgeschäft und Tagungsgeschäft (MICE) deutlich verstärkt werden. Nach derzeitigen Erkenntnissen besteht darüber hinaus ein mittelfristiger Investitionsbedarf von etwa € 4 Mio. Gleichwohl wird es mit diesen durchgreifenden Maßnahmen möglich sein, das mittelfristige Unternehmensziel einer jahresdurchschnittlichen Zimmerauslastung der Hotelbetriebe von 65 bis 70% zu erreichen, die durchschnittlichen Zimmerpreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau anzuheben sowie im Rahmen realistischer Prognosen eine nachhaltige Steigerung der Ergebnisbeiträge aus den Strukturbetrieben SPA und Sportanlagen zu erzielen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Mit Vorlage des unternehmerischen Strategiekonzepts wird auf der nächsten Gesellschafterversammlung von Bankenseite auch ein Beitrag der Anteilseigner an dem Zukunftskonzept erwartet. Ein denkbarer Beitrag wäre ein zeitlich befristeter Verzicht der Gesellschafter auf das ihnen nach dem Gesellschaftsvertrag zustehende Recht zur Kündigung der Gesellschaft. Daneben wird darüber zu beraten sein, ob zusätzliche Finanzierungsmittel durch Rückzahlung der bisher erhaltenen Ausschüttungen aufgebracht werden können.

Zum Jahresende 2010 hatten 16 Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von insgesamt T€ 476 die Kündigung der Gesellschaft erklärt. Im Rahmen der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2010 wird eine Auseinandersetzungsbilanz erstellt, aus der sich das Abfindungsguthaben für die ausgeschiedenen Gesellschafter ergibt. Zum 31. Dezember 2011 sind insgesamt 17 Kündigungen mit einem Beteiligungskapital von insgesamt rd. T€ 1.835 eingegangen. Zum 31. Dezember 2012 haben bisher 22 Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von rd. T€ 573 gekündigt.

Für das CHF-Fremdwährungsdarlehen erfolgten nach erstmaligem Auslauf der Zinsbindung zum 30. Dezember 2008 aufgrund der seit dieser Zeit laufenden Gesprächen mit der NordLB über die geplanten Investitionen jeweils halbjährliche bzw. quartalsweise Prolongationen mit angepassten Zinskonditionen. Derzeit ist eine Zinsfestschreibung vom 30. September 2011 vereinbart. Eine weiterführende Entscheidung wird vom Bankenkonsortium im Zusammenhang mit den laufenden Arbeiten am unternehmerischen Strategiekonzept gesehen. Aufgrund der unverändert ungünstigen Kursentwicklung des CHF zum Euro wird die Kapitalstruktur voraussichtlich zum 31. Dezember 2011 durch erhebliche Kursverluste belastet. Unter Berücksichtigung der bereits zum 31. Dezember 2010 angefallenen Kursverluste in Höhe von T€ 8.246 besteht die Möglichkeit, dass das handelsbilanzielle Eigenkapital des Konzerns zum 31. Dezember 2011 einen negativen Saldo aufweist.

Zu Risiken aus der Liquiditätsplanung wird auf den unten stehenden Nachtragsbericht verwiesen.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Gesellschaft weiterhin in einem schwierigen Marktumfeld behaupten muss. Die mit den beabsichtigten Investitionen erzielten Angebotsverbesserungen sind langfristig geeignet bei einer stabilen Auslastung von 60 bis 70% einen Zimmerdurchschnittspreis durchsetzen zu können, der die Wirtschaftlichkeit des Resort nachhaltig verbessern kann.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Auszug aus dem Konzernlagebericht 2009 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Die leichte Erholung auf dem Veranstaltungsmarkt (Business und Incentive) sollte in der Nebensaison zur Stabilisierung der Ertragssituation beitragen.

Nachtragsbericht

Die Geschäftsführung stellt den Konzernabschluss weiterhin unter der Annahme der Unternehmensfortführung auf, ungeachtet der Tatsache, dass die Finanzierung des Konzerns innerhalb der kommenden Monate neu strukturiert werden muss. Die Geschäftsführung vertritt die Meinung, dass der Konzern noch für mindestens weitere zwölf Monate geschäftsfähig bleibt.

Die Geschäftsführung weist jedoch darauf hin, dass die Unternehmensfortführung insoweit auf die Kooperation und das positive Zusammenwirken der Kapitalgeber angewiesen ist.

Die aktuelle Liquiditätsplanung der Gesellschaft geht zum 31. Dezember 2011 von einem Bestand in Höhe von T€ 165 aus.

Sollte trotz der vorsichtigen Liquiditätsplanung eine Situation entstehen, in der die Liquidität nicht ausreichen sollte, um alle fälligen Verbindlichkeiten zu befriedigen, hätte die Gesellschaft gleichwohl Möglichkeiten, um diese Lücken zu schließen.

In diesem Fall könnte von den Gesellschaftern ein Teil der in der Vergangenheit erfolgten Ausschüttungen zurückgefordert werden. Der Gesellschaftsvertrag schließt diese Rückforderung nicht aus. Eine solche Rückforderung steht auch nicht im Widerspruch zu der im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossenen Nachschusspflicht.

Da diese Ausschüttungen mindestens teilweise dazu geführt haben, dass die persönliche Haftung der Gesellschafter wieder auflebt, liegt eine eventuelle Rückzahlung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschafter, um eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. In diesem Fall wären die Gesellschafter einer vollständigen Rückforderung dieser Ausschüttungen ausgesetzt.

Damit diese Situation nicht eintritt, besteht für die Gesellschaft zudem die Möglichkeit, die wegen der Ausschüttung bestehenden Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger aus § 172 HGB nach entsprechender Ermächtigung durch die Gläubiger einzuziehen. Dies betrifft insbesondere die Ansprüche der Banken wegen der regelmäßigen Tilgungsleistungen, die auf diese Weise befriedigt werden könnten. Ein solches Vorgehen läge im Interesse der Gesellschaft und wäre geeignet, eine Liquiditätsstockung zu überwinden.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz

	2009	2008	Verände-	2007
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Lizenzen und ähnliche Rechte	2.766.806	3.188.812	-422.006	3.605.568
Geschäftswert aus der Kapitalkonsolidierung	363.400	436.080	-72.680	508.760
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.130.206	3.624.892	-494.686	4.114.328
Grundstücke	15.651.811	15.651.811	0	19.780.451
Gebäude	35.927.884	38.223.598	-2.295.714	45.115.492
Außenanlagen	274.151	581.972	-307.821	930.064
Golf- und Tennisanlagen	1.820.215	1.995.688	-175.474	2.246.186
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.200.925	1.296.997	-96.072	981.175
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	269.014	95.542	173.472	8.650
Sachanlagen	55.144.001	57.845.608	-2.701.608	69.062.018
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.000	18.000	0	43.565
Anlagevermögen	58.292.207	61.488.501	-3.196.294	73.219.911
Lebensmittel, Getränke und sonstige Vorräte	545.513	452.684	92.830	401.629
Geleistete Anzahlungen	4.995	770	4.225	0
Vorräte	550.508	453.454	97.054	401.629
Forderungen aus Lieferungen + Leistungen	1.559.822	1.747.620	-187.799	1.473.020
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	327	504	-177	100.265
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	37.058	43.621	-6.563	0
Forderungen gegen Gesellschafter	2.548	7.150	-4.602	7.150
Sonstige Vermögensgegenstände	398.903	488.876	-89.973	227.626
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.998.658	2.287.772	-289.114	1.808.062

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Verände-	2007
Aktiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.446.141	1.298.249	147.892	1.856.482
Umlaufvermögen	3.995.307	4.039.474	-44.168	4.066.173
Rechnungsabgrenzungsp.	350.249	400.852	-50.603	451.211
	62.637.763	65.928.827	-3.291.064	77.737.295
Passiva				
Pflichteinlage	93.193.174	96.634.168	-3.440.994	96.634.168
Sonstige Einlagen	4.576.064	4.576.064	0	4.576.064
Entnahmen	-10.984.906	-11.373.129	388.224	-10.953.225
Verlustvortrag	-72.251.291	-61.094.584	-11.156.707	-60.278.946
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-964.989	-13.730.917	12.765.928	-815.639
Eigenkapital	13.568.052	15.011.602	-1.443.550	29.162.423
Ausgleichsposten Kommanditisten	212.574	0	212.574	0
Sonstige Rückstellungen	684.139	885.218	-201.079	710.039
Rückstellungen	684.139	885.218	-201.079	710.039
Erhaltene Anzahlungen	493.522	510.625	-17.102	565.848
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45.472.973	47.341.099	-1.868.127	45.657.741
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	1.714.678	1.991.529	-276.852	1.462.486
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.493	10.417	7.077	0
Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	1.715	1.715	0	1.655
Sonstige Verbindlichkeiten	444.936	157.083	287.853	157.300
Verbindlichkeiten	48.145.317	50.012.468	-1.867.151	47.845.031
Rechnungsabgrenzungsp.	27.682	19.540	8.142	19.802
	62.637.763	65.928.827	-3.291.064	77.737.295

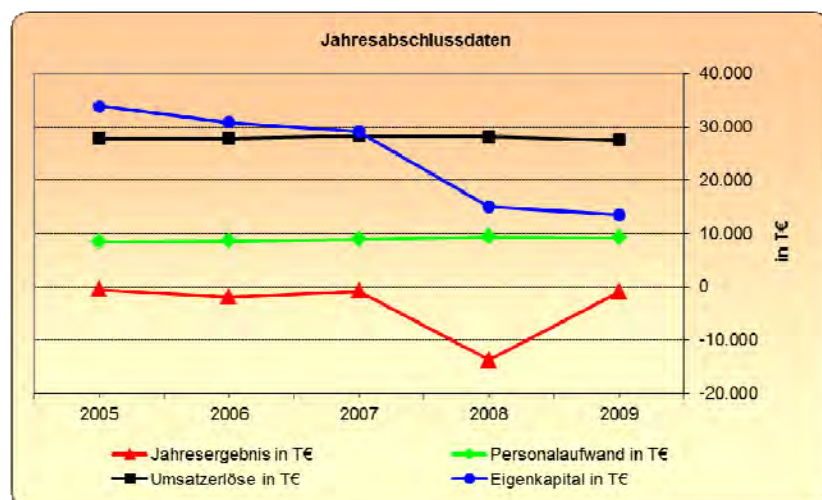
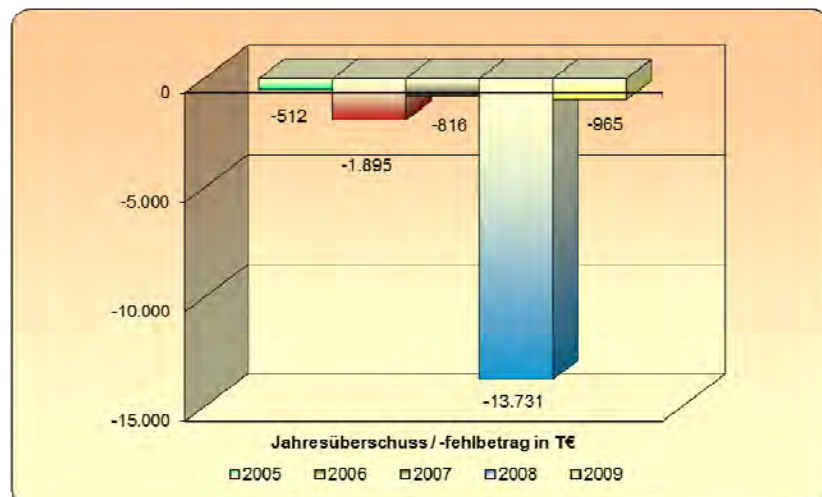
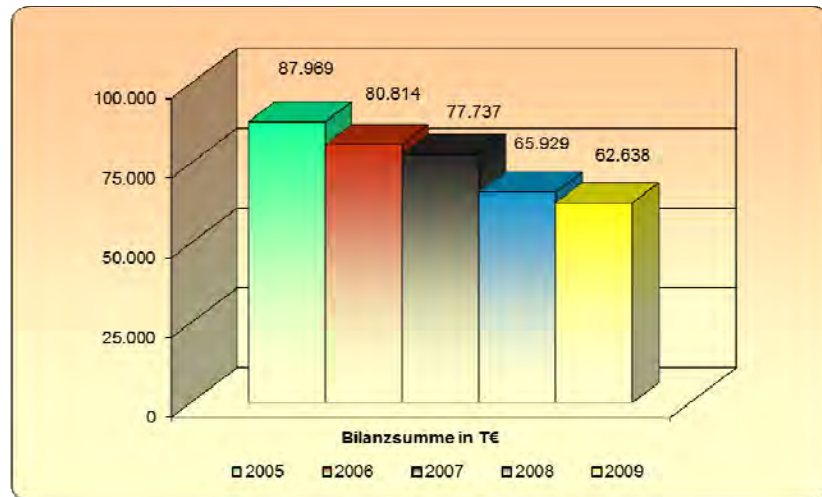
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	27.558.694	28.114.489	28.369.702
Sonstige betriebliche Erträge	3.106.161	2.845.274	4.325.953
	30.664.856	30.959.763	32.695.655
Aufwendungen für Lebensmittel, Getränke und Sonstiges	8.246.871	7.480.359	7.328.505
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.114.258	962.765	965.349
Materialaufwand	9.361.129	8.443.124	8.293.854
Löhne und Gehälter	7.589.522	7.732.611	7.336.084
Soziale Abgaben	1.607.508	1.658.629	1.600.482
Personalaufwand	9.197.030	9.391.241	8.936.566
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	3.943.504	12.525.626	4.398.515
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Konzern üblichen Abschreibungen überschreiten	0	35.790	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.491.251	12.289.078	9.971.325
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.387	65.062	48.944
Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	98.539	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.535.427	1.854.254	1.843.245
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-848.098	-13.612.827	-698.906
Sonstige Steuern	-116.891	-118.090	-116.733
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-964.989	-13.730.917	-815.639

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

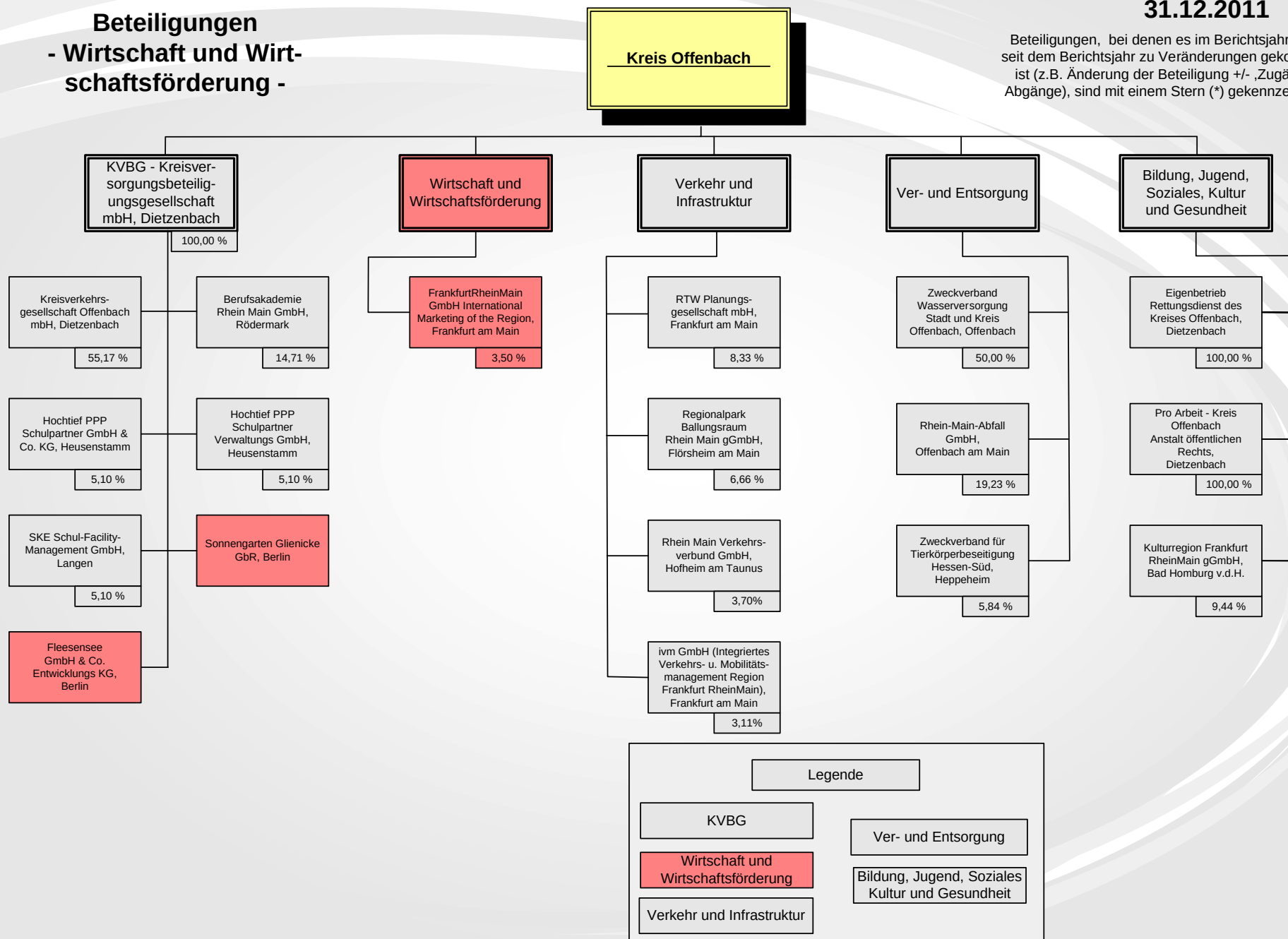


Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

**Redaktionsschluss:
31.12.2011**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

Anschrift	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt
Telefon	069/686038-0
Telefax	069/686038-11
E-Mail	info@frm-undited.com
Internet	www.frm-undited.com

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	24. März 2005
Stammkapital	250.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19.12.2008.
Handelsregistereintrag	HRB 75141 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an einem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist ermächtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Zweck des Unternehmens zusammenhängen oder ihm dienlich oder förderlich sind. Sie kann dazu im Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts beteiligen sowie Kooperationen eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: April 2012)		
Vorsitzender	Herr Markus Frank	
Stellv. Vorsitzender	Herr Joachim Arnold	bis 31.12.2011
Mitglied	Herr Oliver Quilling	
-----„-----	Herr Dr. Hans-Peter Bach	
-----„-----	Herr Detlev Bendel	
-----„-----	Herr Patrick Burghardt	ab 24.01.2012
-----„-----	Frau Birgit Collin-Langen	
-----„-----	Herr Michael Cyriax	ab 05.10.2011
-----„-----	Herr Klaus Herzog	
-----„-----	Herr Ulrich Krebs	
-----„-----	Herr Karl-Heinz Krug	ab 17.02.2012
-----„-----	Herr Ulrich Marzin	
-----„-----	Herr Dr. Mathias Müller	

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: April 2012)	
-----,,-----	Herr Jochen Partsch ab 26.08.2011
-----,,-----	Herr Uwe Paulsen
-----,,-----	Herr Dr. Ralf-Rainer Piesold
-----,,-----	Herr Erich Pipa
-----,,-----	Herr Dr. Christof Riess
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch
-----,,-----	Herr Klaus Peter Schellhaas
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Ludger Stüve ab 01.03.2012
-----,,-----	Herr Matthias Wilkes
-----,,-----	Herr Thomas Will

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Hartmut Schwesinger
------------------------	------------------------------

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB
(Handelsgesetzbuch) verzichtet.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: April 2012)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Frankfurt am Main	37,50	93.750,00
HA Hessen Agentur GmbH	10,00	25.000,00
IHK Forum Rhein Main	7,50	18.750,00
Stadt Offenbach am Main	4,00	10.000,00
Stadt Wiesbaden (Austritt 31.12.2012)	4,00	10.000,00
Kreis Offenbach	3,50	8.750,00
Hochtaunuskreis	3,50	8.750,00
Main-Taunus-Kreis	3,50	8.750,00
Main-Kinzig-Kreis	3,50	8.750,00
Wetteraukreis (Austritt 31.12.2012)	3,50	8.750,00
Kreis Groß-Gerau	2,50	6.250,00
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	2,50	6.250,00
Stadt Darmstadt	2,00	5.000,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1,50	3.750,00
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	1,00	2.500,00
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	1,00	2.500,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,00	2.500,00
Stadt Rüsselsheim	1,00	2.500,00
Stadt Hanau	1,00	2.500,00
Kreis Darmstadt-Dieburg	1,00	2.500,00
Kreis Bergstraße	1,00	2.500,00
Handwerkskammer Rhein-Main	0,50	1.250,00
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	3,50	8.750,00

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen Produkt Wirtschaftsförderung 10.50.01.68610080

Buchungsstelle 10.50.01.68610080

	2012	2011	2010
Standortmarketing	140.000	140.000	140.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	202.407	322.261	429.659

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	322.261
Zunahmen	0
Abnahmen	119.854
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	202.407

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 75141 eingetragen.

Die Gründung der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region fand am 24. März 2005 statt. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte am 01. August 2005 mit einem Budget von T€ 2.250 für das Geschäftsjahr 2005. Für das Geschäftsjahr 2006 betrug das Budget T€ 3.000. Von 2007 bis 2010 betrug das Budget T€ 4.000. Für das Geschäftsjahr 2011 T€ 3.900. Sitz der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist Frankfurt am Main.

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zu dem Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Der hessische Gesetzgeber hat mit seinem Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vom 18. Februar 2011 seine Aufforderung zur freiwilligen Bildung eines Zusammenschlusses mit der Aufgabe des gemeinsamen Standortmarketings der Region bekräftigt.

Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wieder:

- Standortwerbung im Ausland und Unterstützung der regionalen Institutionen bei der Ansiedlung ausländischer Unternehmen
- Unterstützung lokaler Wirtschaftsförderungen bei der Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen
- Betreuung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in der Region in Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungen

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die Unternehmensziele sind wie folgt definiert:

- Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- Entwicklung von Marketinginstrumenten und –strategien
- Entwicklung der gemeinsamen Marke „FrankfurtRheinMain“
- Vernetzung und Bündelung der Stärken des Wirtschaftsraumes FrankfurtRheinMain

Die wesentlichen Zielgebiete der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region sind folgende Länder:

- China
- USA
- Indien
- Korea
- Japan
- EU + MOE
- Russland / GUS

Darüber hinaus werden die Potentiale in folgenden Märkten projektweise bearbeitet:

- Israel
- Taiwan
- Vietnam
- Asien-Pazifik
- Afrika
- Naher Osten

Insgesamt werden die Länder durch drei Projektleiter und jeweils einen entsandten Mitarbeiter in China und USA der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Der Landkreis Limburg-Weilburg (1,0%-Anteil) hat Ende 2010 fristgerecht seinen Austritt aus der Gesellschaft zum 31.12.2011 erklärt. Der Rheingau-Taunus-Kreis (2,5%-Anteil) hat mit notarieller Urkunde vom 14.03.2011 seine Anteile an die Gesellschaft übertragen. Die Stadt Wiesbaden und der Landkreis Wetterau haben zum 31.12.2011 mit Wirkung 31.12.2012 ihren Austritt aus der Gesellschaft fristgerecht erklärt.

National sind vor allem München, sowie Hamburg und Düsseldorf als Konkurrenten zu sehen, international die Regionen London, Paris und Amsterdam.

Im Jahr 2011 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region über sechs Millionen zielgruppenrelevante Medienkontakte. 1,14 Millionen Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. Daraus ergaben sich 332 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsmöglichkeiten in der Region und 34 konkrete Ansiedlungsprojekte. Insgesamt konnten im Jahr 2011 dann 29 Firmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden.

Gemeinsam mit der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen wurde der ADC Gipfel, die führende Jahresveranstaltung der Kreativwirtschaft mit über 10.000 Besuchern, erfolgreich durchgeführt.

Das im Vorjahr erstmalig betrachtete Zielland Australien wurde erneut bearbeitet und lieferte bereits die ersten Projektanfragen.

Am 22. September 2011 führte der Aufsichtsrat der Gesellschaft einen Workshop zur Entwicklung der weiteren Strategie der Gesellschaft durch.

Im Kern sind folgende Ergebnisse festzuhalten:

- Konzentration auf das Kerngeschäft, das Standortmarketing im Ausland
- Entlastung des Budgets durch Konsolidierung der Sonderprojekte
- Öffnung des Gesellschafterkreises für kreisabhängige Kommunen aus der Region FrankfurtRheinMain
- Verstärkte Einbeziehung von Unternehmen aus der Region bei Delegationsreisen ins Ausland

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist ein Unternehmen, das sog. Leistungserstellungszwecken dient. Die Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von T€ 241. Finanzielle Grundlage der Gesellschaft sind Zuzahlungen, die die Gesellschafter nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages jährlich an die Gesellschaft leisten. In dem Geschäftsjahr 2011 betrug die Gesamtsumme, der von den Gesellschaftern zu leistenden Zuzahlungen – bedingt durch den Austritt des Rheingau-Taunus-Kreises -, T€ 3.900. Zusätzlich wurden Umsatzerlöse von rd. T€ 128 generiert. Die Verfügbarkeit der Finanzmittel der Gesellschafter ist in dem Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft festgeschrieben.

Die Zuzahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2011 sind zum 01. November 2011 in voller Höhe geleistet worden.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, dem Aufsichtsrat bis zum 31. Mai jeden Jahres den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung genehmigt den Wirtschaftsplan auf Empfehlung des Aufsichtsrates. Dieser Wirtschaftsplan umfasst neben dem Erfolgs- und Finanzplan auch eine fünfjährige Finanz- und Personalplanung. Über den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 wurde dem Aufsichtsrat fristgerecht vorgelegt, die Beratung aber bis auf nach der geplanten Strategiesitzung im September vertagt. Am 01. Dezember 2011 hat der Aufsichtsrat den Wirtschaftsplan dann beraten und der Gesellschafterversammlung empfohlen, ihn zu genehmigen. Die Gesellschafterversammlung hat den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 am 01. Dezember 2011 genehmigt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2011 bzw. bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Ertragslage

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Beteiligungen Dritter an den Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2011 wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 128 erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt T€ -4.481 (Vj. T€ -4.521)

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass sich die Erlöse aus Beteiligungen Dritter und der Vermietung der Marketing Lounge in den nächsten Jahren steigern. Angestrebt wird, dass die Gesellschaft langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten und Erlöse wird decken können.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt im Geschäftsjahr 2011 T€ 1.295. Das Anlagevermögen beträgt T€ 121. Es ergibt sich eine Sachanlagenintensität von 8,5% (Vj. 5,9%). Das Umlaufvermögen und der Rechnungsabgrenzungsposten beträgt insgesamt T€ 1.173 (Vj. T€ 1.888). Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 76,1%. (Vj. 81,7%). Wesentliche Rückstellungen sind für Urlaubsansprüche in Höhe von T€ 30 gebildet worden.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt positiv zu bewerten. Anzumerken ist, dass die Gesellschaft künftig - nach derzeitiger Planung - nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken kann. Zwar gibt es um Ansiedlungen konkurrierende Standorte, am Standort FrankfurtRheinMain gibt es hingegen keine konkurrierenden Unternehmen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von wichtiger Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben, haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 nicht ergeben.

Der Landkreis Limburg-Weilburg ist zum 31. Dezember 2011 aus der Gesellschaft ausgetreten. Die Anteile (1%) wurden am 12. März 2012 auf die Gesellschaft übertragen.

Die Gesellschafter Stadt Wiesbaden (4%) und der Landkreis Wetterau (3,5%) haben zum 31. Dezember 2011 mit Wirkung 31. Dezember 2012 fristgerecht ihren Austritt aus der Gesellschaft erklärt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Risikobericht

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen. Es drohen auch keine Rechtsstreite, die eine Gefährdung des Fortbestehens der Gesellschaft nach sich ziehen. Die Finanzierung der Gesellschaft durch alle 22 verbleibenden Gesellschafter ist bis Ende 2012 durch die Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag gesichert. Der Wirtschaftsplan wird durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat genehmigt.

Risikomanagementziele und -methoden

Der Gesellschafterversammlung, deren Aufgaben, Pflichten und Befugnisse im Gesellschaftsvertrag geregelt sind, ist innerhalb der Gesellschaft jederzeit der finanzielle Überblick gewährleistet. So wird den Aufsichtsratsmitgliedern quartalsweise ein Update über den Plan/Ist-Vergleich kommuniziert. Eventuelle Abweichungen werden den Gesellschaftern frühzeitig kommuniziert, so dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen zum 31. Dezember 2011 die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten. Hierbei ist die Gesellschaft im Wesentlichen den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Ausfallrisiken/Preisänderungsrisiken
- Die Werthaltigkeit der Forderungen (vor allem gegen die Gesellschafter) ist grundsätzlich gegeben. Preisänderungsrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.
- Liquiditätsrisiken und Zahlungsstromrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.

Prognosebericht

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Auch für 2012 und 2013 wird ein negatives Geschäftsergebnis erwartet, welches jedoch in der Kosten- und Erlösstruktur der Firma begründet ist.

Der Gesellschaft steht im Jahr 2012 ein Budget von T€ 3.860 zur Verfügung. Der Wirtschaftsplan wurde von den Mitgliedern des Aufsichtsrates bereits im Geschäftsjahr 2011 genehmigt.

Für die Jahre 2012 und 2013 wird erwartet, dass die Zahlungsfähigkeit jederzeit gesichert ist. Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelstand auch noch vorhanden und nicht verplant.

Die Chancen für die Entwicklung von Leads bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain d.h. „das Produkt“ der Gesellschaft ist sehr vielseitig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit sind durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Die erfolgten Austritte sind aus heutiger Sicht Sonderfälle. Aufgrund der Öffnung des Gesellschafterkreises für kreisabhängige Kommunen geht die Gesellschaft davon aus, dass es in den kommenden Jahren gelingen wird, neue Gesellschafter zu gewinnen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz

Aktiva	2011	2010	Veränderung	2009
	in €	in €	in €	in €
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.431	2.780	-1.349	1.744
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.431	2.780	-1.349	1.744
- Bauten auf fremden Grundstücken	1	1	0	8.901
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.733	115.937	-8.204	117.409
Sachanlagen	107.734	115.938	-8.204	126.310
- Anteile an verbundenen Unternehmen	11.766	11.766	0	11.766
Finanzanlagen	11.766	11.766	0	11.766
Anlagevermögen	120.931	130.484	-9.553	139.820
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	47.282	11.729	35.553	24.529
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0	169
- Sonstige Vermögensgegenstände	112.615	90.936	21.679	530.246
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	159.897	102.665	57.232	554.945
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	965.560	1.759.298	-793.739	2.429.548
Flüssige Mittel	965.560	1.759.298	-793.739	2.429.548
Umlaufvermögen	1.125.457	1.861.963	-736.506	2.984.493
Rechnungsabgrenzungsposten	48.242	26.170	22.072	48.306
	1.294.630	2.018.617	-723.987	3.172.619

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz (Fortsetzung)

Passiva	2011	2010	Veränderung	2009
	in €	in €	in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	250.000	250.000	0	250.000
- Nennbetrag eigener Anteile	-8.750	0	-8.750	0
- ausgegebenes Kapital	241.250	250.000	-8.750	250.000
- Kapitalrücklagen	25.037.682	21.215.000	3.822.682	17.325.000
- Verlustvortrag	-19.815.154	-15.293.172	-4.521.983	-11.347.283
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-4.478.700	-4.521.983	43.283	-3.945.889
Eigenkapital	985.078	1.649.846	-664.767	2.281.828
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	0	0	360.702
- Sonstige Rückstellungen	107.145	46.510	60.635	100.429
Rückstellungen	107.145	46.510	60.635	461.131
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.936	242.489	-95.553	231.905
- Sonstige Verbindlichkeiten	55.471	79.772	-24.301	197.754
Verbindlichkeiten	202.407	322.261	-119.854	429.659
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.294.630	2.018.617	-723.987	3.172.619

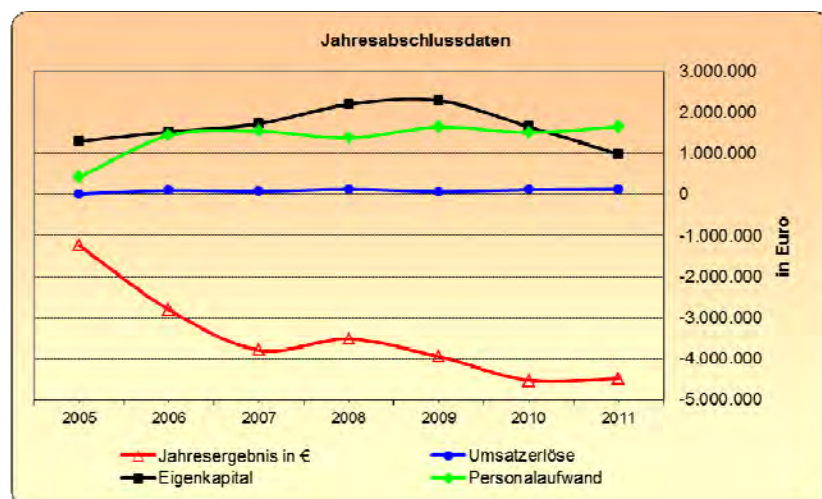
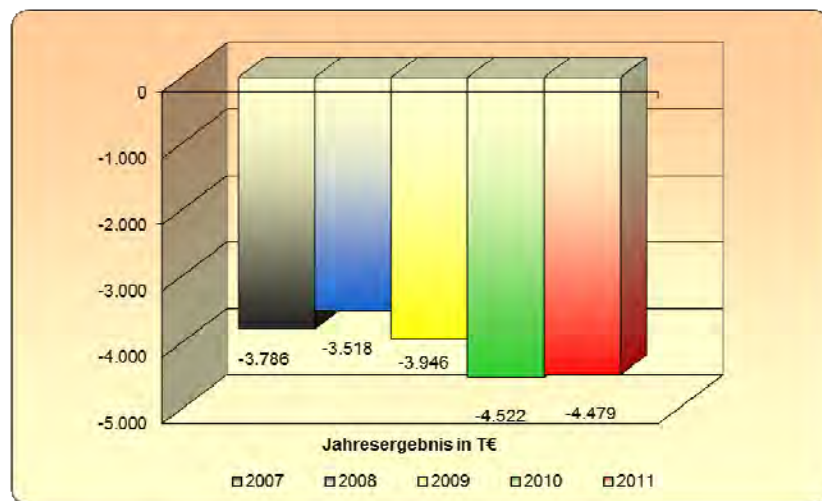
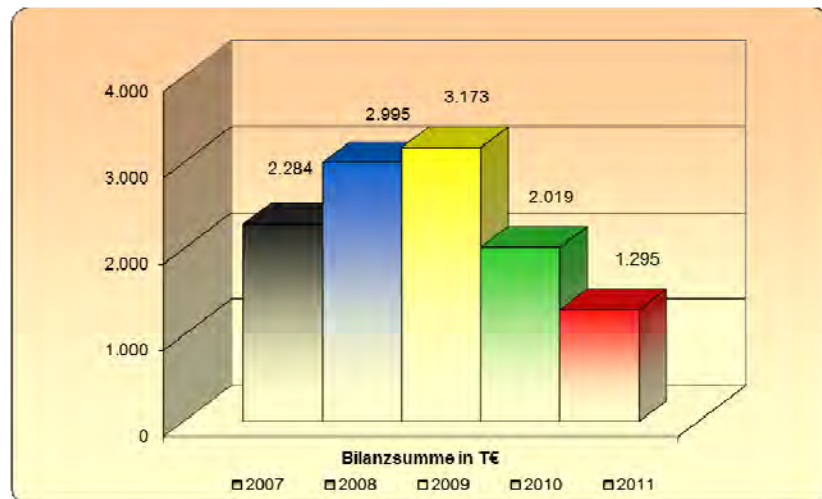
Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse Erlöse Projekte und Aktivitäten	128.480	114.434	71.278
Sonstige betriebliche Erträge	85.369	81.990	321.542
	213.849	196.424	392.820
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.249.636	2.503.349	2.047.975
a) Löhne und Gehälter	1.232.045	1.137.135	1.126.902
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	421.846	370.615	516.038
	1.653.891	1.507.750	1.642.940
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23.833	28.123	26.768
Sonstige betriebliche Aufwendungen	775.709	682.097	629.881
	799.542	710.220	656.649
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.502	3.519	9.535
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	12	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.480.718	-4.521.389	-3.945.210
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.476	0	0
sonstige Steuern	457	594	679
Steuern	-2.019	594	679
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-4.478.700	-4.521.983	-3.945.889

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



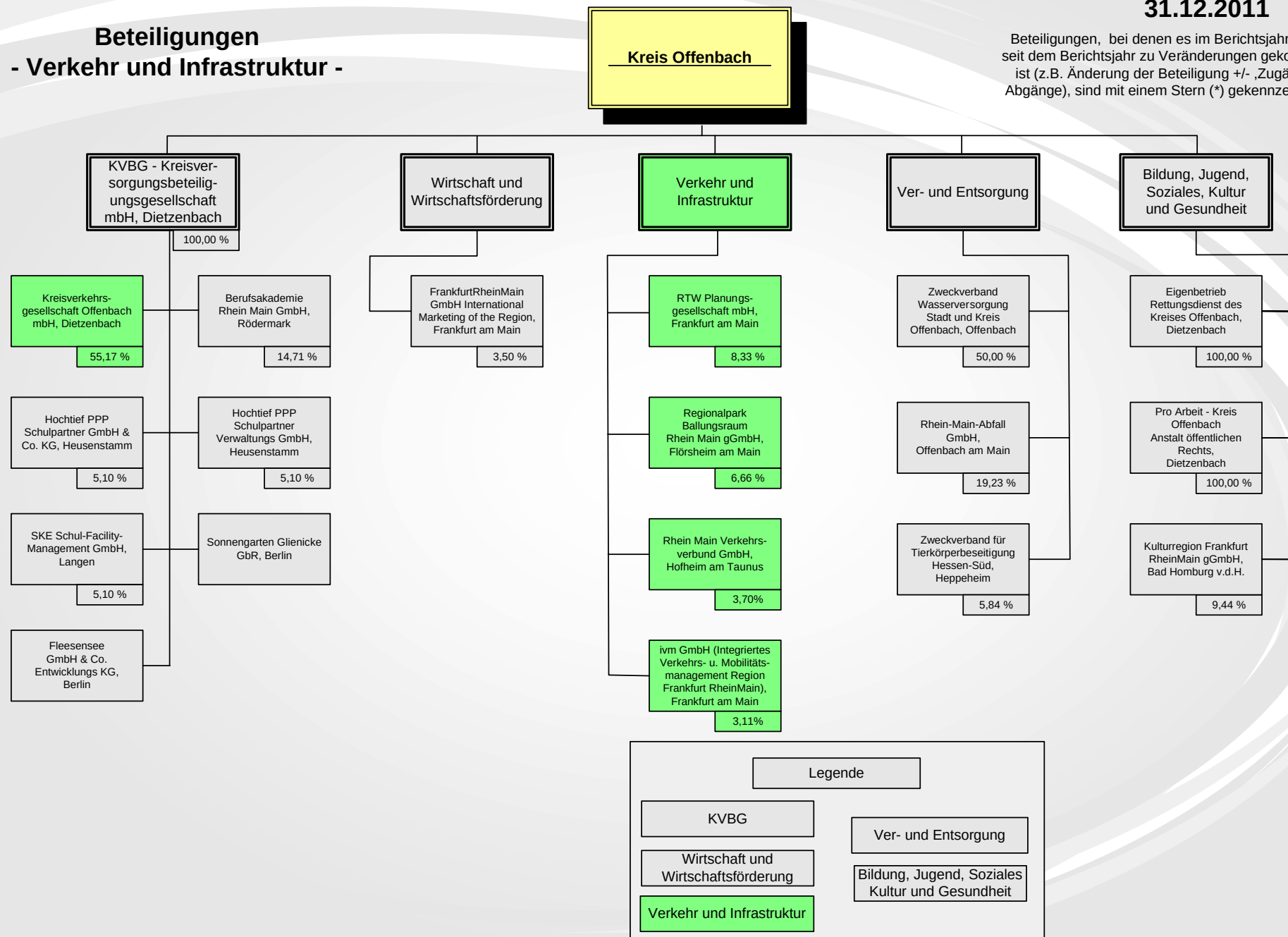
Verkehr und Infrastruktur

Redaktionsschluss:

31.12.2011

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Verkehr und Infrastruktur -



**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

Anschrift	Stiftstraße 9 -17, 60313 Frankfurt am Main
Telefon	069/212-27250
Telefax	069/212-27252
E-Mail	kontakt@RTW-Planung.info
Internet	www.RTW-Planung.info

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27.11.2008
Stammkapital	30.000,00 €
Gesellschaftervertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 25. Oktober 2011
Handelsregistereintrag	HRB 84848 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen,
- Steuerung der Planungsleistungen,
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger,

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zu Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand : 31.12.2011)	
Vorsitzender	Herr Stefan Majer
Stellv. Vorsitzender	Herr Dipl.-Ing. Volker Sparmann
Mitglied	Herr Michael Cyriax
-----„-----	Frau Claudia Jäger
-----„-----	Herr Michael Korwisi
-----„-----	Herr Ulrich Krebs
-----„-----	Herr Prof. Knut Ringat
-----„-----	Herr Edwin Schwarz

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst
-----,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB zu Recht unterlassen.

Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	33,33 %	10.000,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	33,33 %	10.000,00 €
Hochtaunuskreis	8,33 %	2.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d. Höhe	8,33 %	2.500,00 €

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	388.314	1.257.145	654.881

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	1.257.145
Zunahmen	0
Abnahmen	868.831
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	388.314

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft mbH sind die Stadt Frankfurt, der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Offenbach und die Stadt Bad Homburg vor der Höhe.

Geschäftsführer der RTW GmbH sind Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi und Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde am 27.11.2008 Herr Stadtrat Lutz Sikorski gewählt. Nach seinem Ableben am 05.01.2011 entsandte die Stadt Frankfurt am 23.08.2011 Herrn Stadtrat Stefan Majer in den Aufsichtsrat der RTW, der das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden übernahm.

Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Gesellschaftsvertrag der RTW enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei das Land Hessen einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligt sich mit 3 Millionen € an der Finanzierung der RTW. Das Gesamtbudget der RTW für die Zeit bis zum 31.12.2012 (Lebensdauer des Unternehmens) beträgt 5,78 Mio. €.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die RTW hat sieben Personalstellen, von denen am 31.12.2011 zwei Stellen durch Personen mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis besetzt waren, eine Stelle in Teilzeit und eine Stelle durch den Geschäftsführer.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RTW Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011

Im Jahr 2011 wurden folgende Projekte aufgelegt.

P 9-09 Grundlagenermittlung und Vorplanung RTW

P10-11 Gutachten/Beratung zur Entwicklung des weiteren Planungsablaufs

Projekte 2012 (Vorschau)

P 11-12 Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung (Teil DB-anlagen) durch die DB AG

Die Vorplanung wurde in regelmäßigen Gesprächen mit Vertretern der Infrastrukturunternehmen der DB AG vorgestellt und diskutiert. Für die Prüfung der Vorplanung, die seitens der DB AG als Leistung für Dritte behandelt wird, sind Mittel bereitzustellen.

P 12-12 Alternativplanung Umfahrung Niederursel

Die „Alternativplanung Umfahrung Niederursel“ ist im Sommer 2011 von der Geschäftsführung zurückgestellt worden, da noch nicht endgültig über die Verlängerung der Gesellschaft entschieden worden war (das schriftliche Beschlussverfahren ist mittlerweile erfolgreich abgeschlossen; die notarielle Beurkundung ist abgeschlossen; die und die Gesellschaft wurde bis zum 31.12.2012 verlängert.) Die Untersuchungen gliedern sich in zwei Abschnitte:

- a) Planerische Aufarbeitung und vertiefende umweltfachliche Prüfung der Umfahrung Niederursel
- b) Betriebssimulation –Einbindung der TRW in die Stadtbahnstrecke der VGF (nur wenn a) erfolgreich abgeschlossen.

Gem. Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung am 15.11.2011 wurden der Auftrag zu a) bereits im Dezember 2011 vergeben.

P 13-12 Alternativplanung Umfahrung Leunaknoten

In Gesprächen mit den Fachbehörden der Stadt Frankfurt am Main wurde die Geschäftsführung informiert, dass ggf. die Fußgängerbrücke über dem Leunaknoten rückgebaut wird. Der Tunnel und der Trog in der Leunastraße können entfallen. Vor dem Hintergrund erheblicher Einsparungen in Höhe von ca. 6,0 Mio. € wurde empfohlen, dass die RTW GmbH sich an den Planungen der Stadt Frankfurt am Main beteiligt und die

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

P 13-12 Alternativplanung Umfahrung Leunaknoten (Fortsetzung)

Trasse der RTW über den Leunaknoten sicherstellt. Im Dezember 2011 wurde bereits ein Auftaktgespräch geführt, der Auftrag im Januar 2012 vergeben.

P 14-12 RTW in Ausbaustufen – Anfertigung einer abschnittsbestimmten NKU

Es könnte angezeigt sein, vor dem Hintergrund der Finanzsituation der öffentlichen Hand, die RTW in Ausbaustufen zu realisieren. Von der Geschäftsführung wurde empfohlen, die Ausbaustufe I, Frankfurt-Höchst – Flughafen zu untersuchen. Die Gesellschafterversammlung am 15.11.2011 hat beschlossen, den Auftrag wie folgt zu modifizieren:

Erstellung von Nutzen-Kosten-Untersuchungen einschließlich einer Folgekostenrechnung und Erlösabschätzung für folgende Relationen:

- a) Ausbaustufe I: F-Höchst <> Flughafen
- b) Ausbaustufe III: F-Höchst <> Neu-Isenburg/Dreieich
- c) Ausbaustufe V: Bad Homburg <> Flughafen

P 15-12 Ermittlung der Lebenszykluskosten für die Unterhaltung der Fahrzeuge und der ortsfesten Infrastruktur

Die bisherige Kostenkalkulation der RTW hat für die Unterhaltskosten der Fahrzeuge und der ortsfesten Infrastruktur Durchschnittswerte auf Kostenbasis des Jahres 2009 zu Grunde gelegt. Die Betrachtung der Lebenszykluskosten („Life-Cycle-Cost“) für die Infrastruktur und die Fahrzeuge im Eigentum der RTW GmbH ist Voraussetzung für eine genauere Kalkulation des jährlichen Mittelbedarfes. Entsprechend der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung am 15.11.2011 wurde der Auftrag bereits im Dezember 2011 erteilt: Auftragnehmer ist die Firma Interfleet in Wiesbaden.

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Die Lebensdauer der Gesellschaft wurde gem. Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung (Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren am 05.10.2011 und notarieller Beurkundung am 25.10.2011) bis zum 31.12.2012 verlängert.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Ausblick auf die künftige Entwicklung (Fortsetzung)

Aufgrund sparsamer Haushaltsführung und der Entscheidung des Landes Hessen, nicht verbrauchte Mittel aus 2011 in das Jahr 2012 zu übertragen, entstehen den Gesellschaftern durch die Verlängerung der Gesellschaft keine zusätzlichen Kosten.

Das Jahr 2012 soll dazu genutzt werden, die Entscheidung zu treffen, ob die Gesellschaft die Leistungsphasen 3 und 4 der HOAI durchführen und damit die Planfeststellung mit der Erarbeitung eines Bau- und Finanzierungsvertrages gem. Gesellschaftszweck abschließen kann.

Die RTW GmbH trägt kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit des Landes Hessen und einzelner Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die künftige Entwicklung gesehen.

Es gibt keine Vorgänge besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2011	2010	Veränderung in €	2009
Aktiva				
Forderungen gegen Gesellschafter	0	40.196	-40.196	0
Sonstige Vermögensgegenstände	27.557	24.600	2.957	141.828
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.557	64.795	-37.238	141.828
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	398.456	1.228.114	-829.658	544.244
Umlaufvermögen	426.013	1.292.909	-866.896	686.072
Rechnungsabgrenzungsposten	2.500	0	2.500	0
	428.513	1.292.909	-864.396	686.072
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	0	30.000
Verlustvortrag	-7.556	-7.556	0	-7.556
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0	0
Eigenkapital	22.444	22.444	0	22.444
Sonstige Rückstellungen	17.755	13.320	4.435	8.747
Rückstellungen	17.755	13.320	4.435	8.747
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.721	940.938	-912.217	67.044
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	356.188	305.876	50.311	587.437
Sonstige Verbindlichkeiten	3.406	10.331	-6.925	400
Verbindlichkeiten	388.314	1.257.145	-868.831	654.881
	428.513	1.292.909	-864.396	686.072

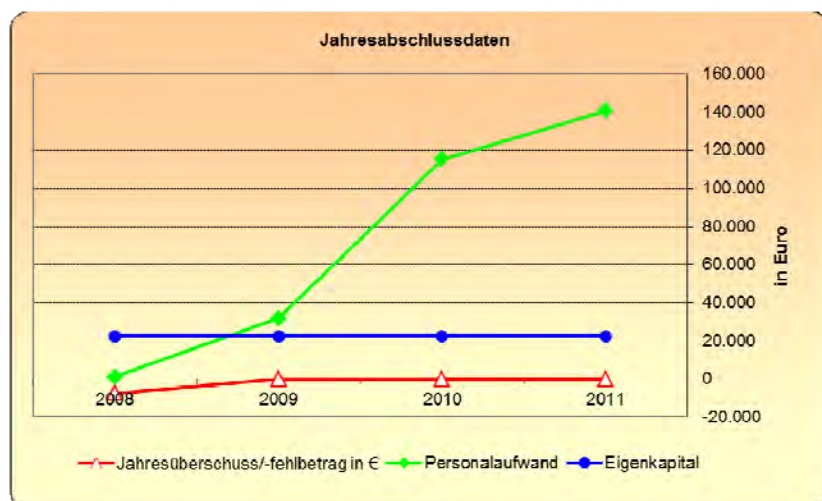
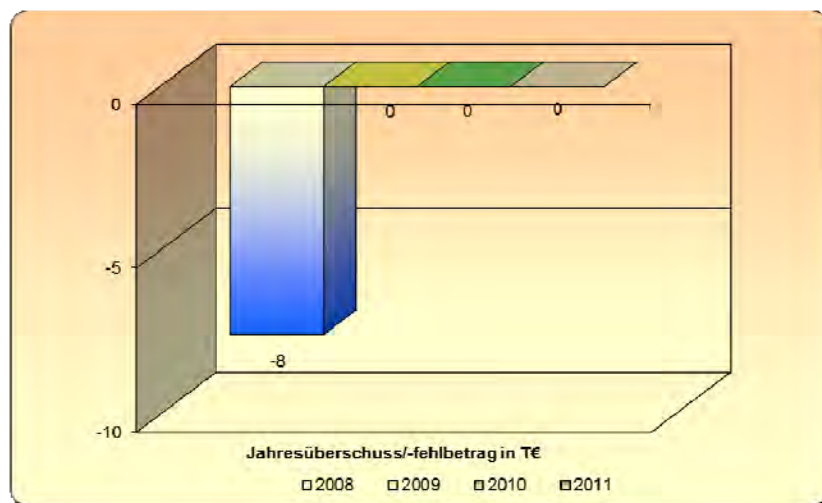
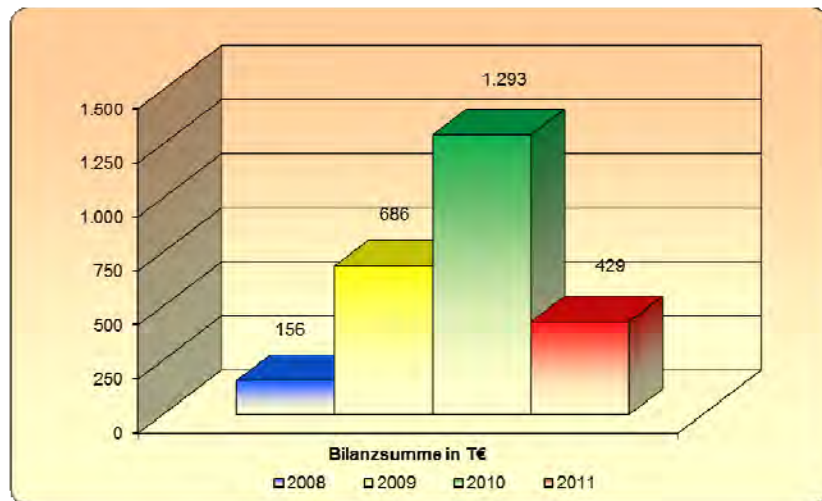
**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter	698.384	1.622.399	130.349
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	753.652	1.750.790	140.664
Sonstige betriebliche Erträge	11.685	7.371	0
Materialaufwand, Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.191.986	3.155.424	149.214
Löhne und Gehälter	125.654	101.933	24.455
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.837	13.254	7.199
Personalaufwand	140.491	115.187	31.654
Sonstige betriebliche Aufwendungen	133.024	113.293	94.558
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.780	3.343	4.413
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
Jahresfehlbetrag-/überschuss	0	0	0

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Die Gesellschaft mit Sitz in Flörsheim am Main wurde am 15. Juli 2003 mit einem Stammkapital in Höhe von 37.500,-- € gegründet. Gesellschafter waren bei Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung neben dem Kreis Offenbach der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis. Die Gesellschafter waren mit je einem Drittel (= 12.500,-- €) an der Gesellschaft beteiligt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) hatte der Hessische Landtag regionale Aufgaben neu strukturiert. Im Zuge der Neustrukturierung wurden früher vom Umlandverband Frankfurt wahrgenommene regionale Aufgaben, unter anderem die Planung, Errichtung und Erhaltung des Regionalparks Rhein-Main, übergangsweise (bis 31.12.2002) auf den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main) und den Rat der Region übertragen, bis diese von Städten, Gemeinden und Landkreisen in frei gewählter Organisationsform übernommen werden.

Innerhalb dieses neu abgesteckten rechtlichen Rahmens haben die Landkreise/die Städte zur Sicherung und Fortführung des Regionalpark-Gedankens und bereits begonnener Regionalpark-Projekte eine gemeinsame gemeinnützige Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet. Grundgedanke der Gesellschaft war zum Zeitpunkt der Gründung, weitere geeignete Körperschaften mit gleichen Rechten und Pflichten aufzunehmen, damit die Trägerschaft für den Regionalpark Rhein-Main auf eine breite Basis gestellt wird.

Am 29. November 2006 beschloss die Gesellschafterversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages und Erweiterung der bestehenden Dachgesellschaft. Wesentliche Änderungen der Neufassung des Gesellschaftsvertrages waren

- die Erhöhung des Stammkapitales der Gesellschaft von € 162.500,-- um € 12.500,-- auf € 175.000,--.
- die Aufnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschaftern mit einer Teilstammeinlage von je € 12.500,--.

Nach der Erweiterung der Gesellschaft im Jahre 2006 durch den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden trat zuletzt am 21.05.2008 der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Anschrift	Besucherzentrum Frankfurter Straße 76, 65439 Flörsheim-Weilbach
Telefon	06145/93636-20
Telefax	06145/93636-44
E-Mail	information@regionalpark-rheinmain.de
Internet	www.regionalpark-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	15. Juli 2003
Stammkapital	187.500,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2003, geändert am 20. Juli 2005, am 29. November 2006 sowie am 21. Mai 2008
Handelsregistereintrag	HRB 20927 beim Amtsgericht Wiesbaden

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Zweck der Gesellschaft ist die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein/Main) sowie dem Land Hessen, die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

- a) Die Gesellschaft fördert das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalprojekten und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken. Die Förderung des Regionalparks umfasst darüber hinaus
 - die Entwicklung eines Corporate Design,
 - die Erarbeitung, laufende Kontrolle und Fortschreibung und Pflegestandards,
 - die Gewährleistung einer einheitlichen Beschilderung,
 - die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen regionalparkbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
 - die Vorbereitung und Betreuung regionalparkbezogener Veranstaltungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern von Regionalparkprojekten.
- b) Die Gesellschaft koordiniert und steuert die Projekte zum Ausbau des Regionalparks Rhein-Main im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und definiert die Standards für die Gestaltung des Regionalparks. Die Koordination und Steuerung erfolgt durch die Beschaffung von Finanzmitteln und deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken, um so die in Absatz 2 genannten gemeinnützigen Ziele zu erreichen. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit der Landschaftsplanung bzw. der Flächennutzungsplanung / Regionalen Flächennutzungsplanung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) bzw. den Kommunen. Insbesondere ist die Planung des Regionalparks mit der Ausgleichsflächenkonzeption dieser Pläne abzustimmen.
- c) Die Gesellschaft kann sich, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen, an gemeinnützigen Regionalparkgesellschaften beteiligen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf niemand durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	
Stellv. Vorsitzender	Herr Thomas Will	
Mitglied	Herr Joachim Arnold	
-----,,-----	Herr Günter Frenz	
-----,,-----	Herr Hans-Jürgen Hielscher	
-----,,-----	Herr Heiko Kasseckert	bis 16.12.2011
-----,,-----	Frau Silke Klinger	bis 23.06.2011
-----,,-----	Herr Michael Korwisi	
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs	
-----,,-----	Herr Werner Müller	
-----,,-----	Frau Sigrid Möricke	ab 08.11.2011
-----,,-----	Herr Karl Ottes	
-----,,-----	Herr Prof. Dr. Joachim Pös	bis 11.08.2011
-----,,-----	Frau Dr. Manuela Rottmann	
-----,,-----	Herr Horst Schneider	
-----,,-----	Herr Folkmar Schirmer	ab 08.11.2011
-----,,-----	Herr Ludger Stüve	ab 01.03.2012
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel	

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Lorenz Rautenstrauch
	Herr Leo Fercher

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt T€ 56. Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	6,66 %	12.500,00 €
Hochtaunuskreis	6,66 %	12.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Kreis Groß-Gerau	6,66 %	12.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Wetteraukreis	6,66 %	12.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Hanau	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	6,66 %	12.500,00 €
Landeshauptstadt Wiesbaden	6,66 %	12.500,00 €
Regionalverband FrankfurtRheinMain	6,66 %	12.500,00 €
Land Hessen	6,66 %	12.500,00 €

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main, § 1 Abs. 1 Nr. 7 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung

Buchungsstelle 10.50.02.71260010

	2012	2011	2010
Förderung von Regionalprojekten	75.000	75.000	75.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	113.083	252.954	120.530

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	252.954
Zunahmen	0
Abnahmen	139.871
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	113.083

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2011

A. Wirtschaftsbericht

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2010

Gesellschaftsvertraglich festgelegter Zweck unserer Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, den Landkreisen, dem Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main sowie dem Land Hessen die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind gemeinnützig, eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Umsätze werden gewöhnlich nicht erzielt. Die Einnahmen erfolgen überwiegend aus Zuschüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und zu einem Teil aus Spenden privater Unternehmen.

Auf Grund dieser Tatsache beeinflussen welt- und binnenwirtschaftliche Vorgaben unsere Unternehmenstätigkeit und damit unseren Unternehmenserfolg nur in eingeschränktem Umfange.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 918,6% von T€ 145 auf jetzt ./ T€ 1.187 gefallen.

Das ist zum einen auf geringere Zuschüsse (./T€ 215) zurückzuführen. So ging der Zuschuss der Fraport AG, Frankfurt, um T€ 200 von T€ 800 auf T€ 600 zurück.

Vor allem ist der Rückgang des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aber mit der gestiegenen Förderung von Projekten zu begründen. So wurden im Berichtsjahr über 25 Einzelprojekte im Wert von insgesamt € 1,7 Mio. gefördert (Vorjahr € 1,1 Mio.). Besonders zu nennen sind folgende im Geschäftsjahr geförderten Einzelprojekte: „Mainbalkone Fechenheim“ i. H. v. T€ 220, „Agrar-Kulturachse“ i. H. v. T€ 198, „Taunusgraben“ i. H. v. T€ 153, Aussichtsturm am Mainhafen“ i. H. v. T€ 143, Unterführung in Erbach i. H. v. T€ 105 und für die „Hamsterburg“ i. H. v. T€ 100. Darüber hinaus wurden projektübergreifende Förderungen von T€ 700 (Vorjahr T€ 374) getätigt.

Außerdem haben wir Investitionen in Höhe von T€ 524 vorgenommen. Hierunter fallen vor allem: T€ 203 für weitere Sitzkieselgruppen, T€ 154 für die Ausstattung des Infozentrums, T€ 113 für die weitere Beschilderung der Regionalparkrouten und T€ 36 für unsere Büroeinrichtung im Regionalparkhaus.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft stellt sich weiterhin sehr positiv dar. Zwar sind unsere liquiden Mittel wegen der leicht rückläufigen Einnahmen und der hohen Ausgaben für die Projektförderung um T€ 1.124 auf jetzt T€ 1.819 gesunken. Doch beeinträchtigt das unsere weitere Geschäftstätigkeit nicht. So konnte unser lang- und mittelfristig angelegtes Vermögen (Anlagevermögen) um T€ 451 und damit um mehr als 106 % erhöht werden.

Die vorhandenen finanziellen Cashmittel decken die bereits zugesagten Fördermittel für Projekte in 2012 in Höhe von rd. € 1,1 Mio. Außerdem können weitere Projekte gefördert werden, weshalb die liquiden Mittel ausreichen, um unseren Gesellschaftszweck nachhaltig verwirklichen zu können.

Das Eigenkapital und damit auch das langfristige Kapital beträgt T€ 1.952 und macht 72,0% des Gesamtkapitals unserer Gesellschaft aus (Vorjahr: T€ 3.139 bzw. 92,1%). Das kurzfristige Fremdkapital liegt bei T€ 759 (28,0% des Gesamtkapitals).

2. Finanzlage

Die Finanzlage unseres Unternehmens hat sich wegen des Rückgangs des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr um € 1,1 Mio. deutlich reduziert. Sie ist aber mit liquiden Mittel von über € 1,8 Mio. dennoch als gut zu bezeichnen.

Der „Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit“ ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.290 rückläufig gewesen und beträgt jetzt ./ T€ 600. Das hängt vor allem mit dem gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.332 zurückgegangenen negativen Jahresergebnisses zusammen. Gleichzeitig wurden unsere Verbindlichkeiten gemindert, was zu einer cashmäßigen Verschlechterung von T€ 140 führte. Dem stehen Cash-Zuflüsse aus der Bildung von Rückstellungen vor allem für laufende Projekte von insgesamt T€ 629 gegenüber.

Der „Cashflow aus Investitionstätigkeit“ ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um T€ 381 zurückgegangen und liegt jetzt bei ./ T€ 524. Es gingen Cashmittel von T€ 524 für Investitionen ab (Vorjahr T€ 143).

So beträgt der Finanzmittelbestand (= liquide Mittel) zum Geschäftsjahresende T€ 1.819. Er ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.124 zurückgegangen.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

2. Finanzlage (Fortsetzung)

Die immer noch hohen liquiden Mittel werden angesammelt, um die verschiedenen Regionalparkprojekte zu fördern. Unser Ziel ist und bleibt es, auch in Zukunft keine Fremdmittel zu Projektförderungen in Anspruch nehmen zu müssen.

3. Ertragslage

Durch die Zuschüsse unserer Gesellschafter und von dritter privater Seite konnten wir betriebliche Erträge in Höhe von T€ 1.859 (Betriebsleistung) erwirtschaften. Von diesen Mitteln und aus unseren vorhandenen liquiden Mitteln haben wir einen Betrag von T€ 2.440 bzw. 131,3% der Betriebsleistung im Geschäftsjahr 2011 für die Projektförderung verwendet.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 640 (34,4% der Betriebsleistung), wovon T€ 390 auf Personalkosten und T€ 177 auf sonstige betriebliche Aufwendungen entfallen. Damit erzielten wir ein Betriebsergebnis von T€ ./. 1.221, welches um T€ ./. 1.338 unter dem des Vorjahres liegt.

Die Verzinsung unserer flüssigen Mittel erbrachte ein Finanzergebnis von T€ 34 und liegt damit leicht über dem Vorjahresergebnis von T€ 28. Der überschlägige mittlere Zinssatz für unsere liquiden Mittel liegt damit bei 1,4% (Vorjahr 1,1%), was dem allgemeinen Zinsniveau in 2011 entspricht.

Wegen des schlechteren Betriebsergebnisses, das durch das nur geringfügig verbesserte Finanzergebnis nicht aufgefangen werden konnte, verminderte sich der Jahresüberschuss deutlich um T€ 1.332 und liegt bei T€ 1.187 bzw. ./. 63,9% der Betriebsleistung (Vorjahr T€ 145 bzw. 7,0% der Betriebsleistung).

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vor.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Es sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik zu erwarten.

Durch den Umzug im März 2011 in das Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben haben sich unsere organisatorischen und technischen Arbeitsmöglichkeiten wesentlich verbessert.

Das Besucherzentrum und die Ausstellung „Landschaft auf den zweiten Blick“ finden reges Interesse der Besucher. Seit Eröffnung am 01. Juni 2011 bis Ende April 2012 haben rund 18.000 Interessierte die Ausstellung besucht. Das Besucherinteresse ist unverändert groß.

Durch die Eröffnung der Regionalpark Rundroute im September 2011 hat der Regionalpark in der Bevölkerung ein sehr großes Interesse gefunden. Der Regionalpark ist bei den Bewohnern der Region „angekommen“.

Dies wird unter anderem auch dadurch dokumentiert, dass die HR4 Radtour vom 02. bis 05. August 2012 auf der Regionalpark Rundroute stattfindet.

II. Risikobericht

1. Allgemeiner Risikobericht

Da wir nicht am Markt tätig werden, sind wir keinen Konjunktur- oder Währungsrisiken ausgesetzt.

Unsere Gesellschafter sind durch die Satzung verpflichtet, uns jährlich gesellschaftsrechtliche Zuschüsse von rd. T€ 1.125 zu gewähren, so dass unsere Liquiditätslage auch weiterhin abgesichert ist.

2. Spezieller Risikobericht

Wie unter A. II. 2. zur Finanzlage unserer Gesellschaft ausgeführt, ist unsere Liquiditätslage nach wie vor als gut zu bezeichnen. Finanzielle Engpässe sind durch die Zuschussverpflichtung der Gesellschafter ausgeschlossen. Zu unseren Finanzinstrumenten zählen in erster Linie unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

II. Risikobericht (Fortsetzung)

2. Spezieller Risikobericht (Fortsetzung)

Ein Liquiditätsrisiko wird dadurch minimiert, dass wir Fördermittel bzw. Projektzuschüsse nur dann zusagen, wenn diese von uns auch gezahlt werden können. Förderzusagen, die unseren finanziellen Rahmen übersteigen, werden nicht gegeben. Zur Sicherstellung dieser Geschäftsprämisse dienen der Wirtschaftsplan und die laufende Liquiditätsüberwachung durch unsere Geschäftsführung.

III. Prognosebericht

Auf Grund der im Risikobericht dargelegten Finanzsituation erwarten wir auch für 2012 und 2013 eine positive Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen und entsprechend unserem Satzungsprojekt das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ zu fördern.

Die Geschäftsführung dankt den Gesellschaftern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

L. Bilanz

	2011	2010	Verände- rung	2009
Aktiva	In €	in €	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.848	3.845	-997	2.731
- Außenanlagen	541.588	330.456	211.132	0
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	217.430	18.869	198.561	23.364
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	113.407	70.693	42.714	295.718
Sachanlagevermögen	872.425	420.018	452.407	319.082
Anlagevermögen	875.273	423.863	451.410	321.813
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.196	668	2.528	0
Sonstige Vermögensgegenstände	10.176	34.935	-24.759	404.844
Guthaben bei Kreditinstituten	1.819.229	2.943.423	-1.124.194	2.396.299
Umlaufvermögen	1.832.600	2.979.026	-1.146.425	2.801.143
Rechnungsabgrenzungsposten	3.309	6.125	-2.815	2.970
	2.711.183	3.409.014	-697.831	3.125.926
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	187.500	187.500	0	187.500
- Gewinnvortrag	2.951.802	2.806.763	145.039	2.636.900
- Jahresüberschuss	-1.187.172	145.039	-1.332.211	169.863
Eigenkapital	1.952.130	3.139.302	-1.187.172	2.994.263
- Sonstige Rückstellungen	645.970	16.758	629.212	11.133
Rückstellungen	645.970	16.758	629.212	11.133
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	73.733	64.137	9.597	85.330
- Sonstige Verbindlichkeiten	39.349	188.817	-149.468	35.200
Verbindlichkeiten	113.083	252.954	-139.871	120.530
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.711.183	3.409.014	-697.831	3.125.926

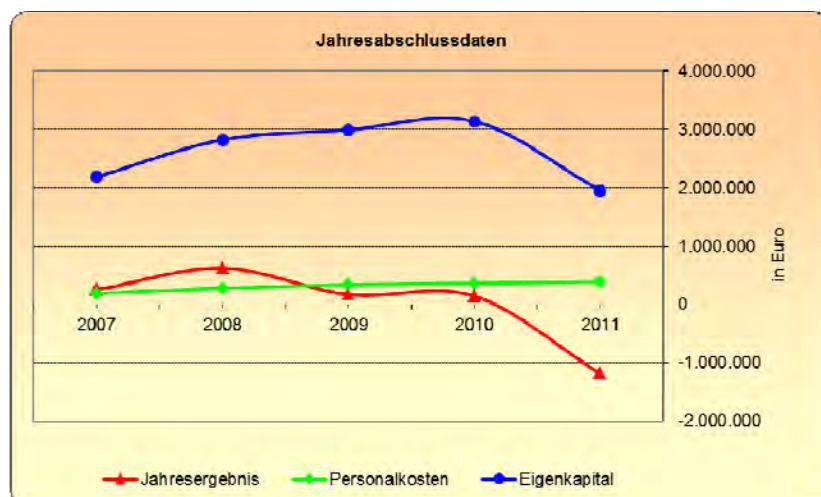
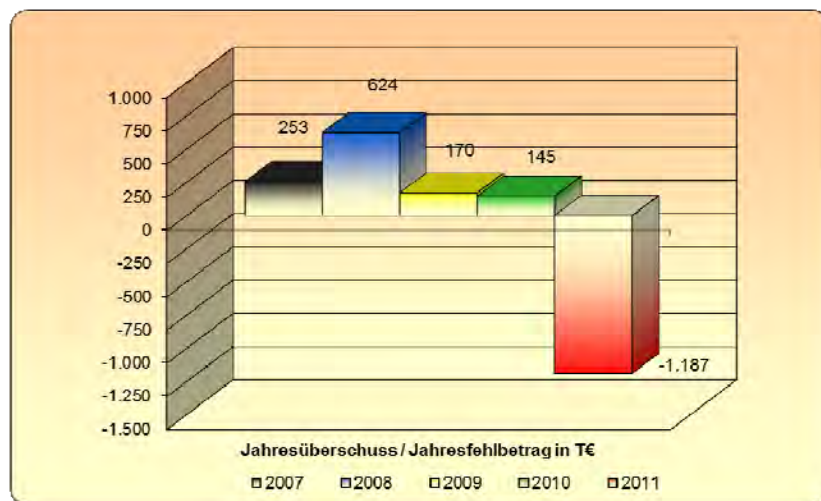
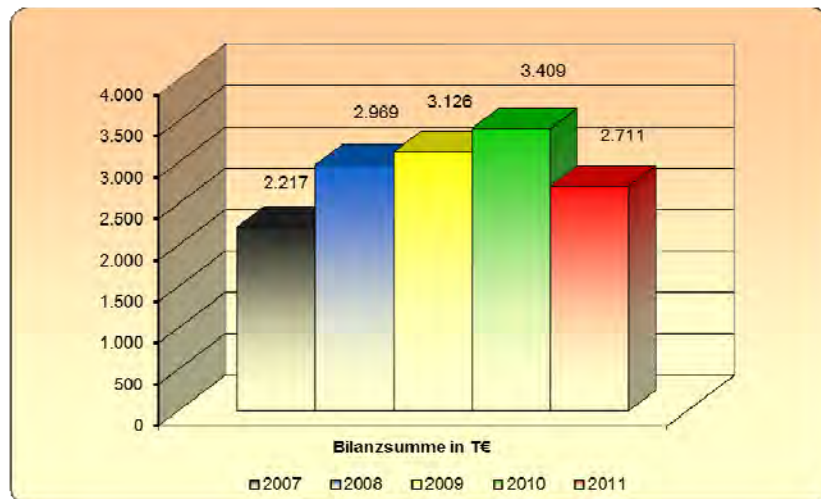
**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	1.859.256	2.073.480	2.105.271
Betriebliche Erträge insgesamt	1.859.256	2.073.480	2.105.271
Projektförderung	2.439.944	1.446.323	1.562.825
Personalaufwand			
- Gehälter	316.227	293.570	278.070
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	74.331	68.761	61.394
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	72.762	41.171	8.072
Sonstige betriebliche Aufwendungen	176.946	106.817	85.152
Betriebsergebnis	-1.220.954	116.838	109.758
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34.057	28.466	60.106
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13	3	0
Finanzergebnis	34.044	28.463	60.106
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.186.910	145.301	169.863
Sonstige Steuern	262	262	0
Jahresüberschuss	-1.187.172	145.039	169.863

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Die RMV GmbH wurde im Juni 1994 nach erfolgreicher zweijähriger Arbeit der Gesellschaft zur Vorbereitung und Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes mbH gegründet.

Das Verbundgebiet erstreckt sich flächenmäßig über etwa 14.000 km² mit rund 4,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in elf Mitgliedsstädten und 15 Landkreisen, es wird im Norden vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, im Süden vom Odenwaldkreis, im Westen vom Rheingau-Taunus Kreis und im Osten vom Landkreis Fulda begrenzt.

Die Organisationsstruktur des RMV wurde so gewählt, dass einerseits ein Interessenausgleich aller beteiligten Partner ermöglicht wird und zum anderen die zur Verbundgründung beschlossenen fünf Grundsätze berücksichtigt und umgesetzt werden.

- **Kommunalverbund**

Der RMV konstituierte sich als Kommunalverbund auf freiwilliger Basis. Die Verbundpartner üben über die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat als Gesellschafter die gesellschaftsrechtliche Kontrolle über den RMV aus.

- **Dezentrales Prinzip – dezentrale Organisation**

Der lokale Verkehr wird auf lokaler Ebene durch die lokalen Nahverkehrsgesellschaften bzw. die Verbundverkehrsunternehmen, der regionale Verkehr auf der Ebene des RMV durch die RMV GmbH organisiert. Die Verantwortung für den Lokalverkehr verbleibt somit bei den lokalen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträgern.

- **Trennungsrechnung**

Grundsatz der Trennungsrechnung ist die Transparenz der Kosten mit einer Trennung in Betriebs- und Infrastrukturkosten und einer gleichzeitigen Festschreibung der Verantwortung für die Kostenbestandteile.

- **Leistungsprinzip**

Die Einführung des Leistungsprinzips bedeutete die Abkehr vom in der Vergangenheit praktizierten Aufwandsprinzip.

- **Bestellerprinzip**

Der RMV führt im Auftrag seiner Gesellschafter auf der Regie-Ebene die Bestellerfunktion für den Regionalverkehr aus. Während früher die Vergabe von Leistungen frei verhandelt wurde, werden diese künftig nach erfolgter Ausschreibung vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Anschrift	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon	06192/294-0
Telefax	06192/294-900
E-Mail	info@rmv.de
Internet	www.rmv.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	30. Juni 1994
Stammkapital	690.244,04 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 04. Juli 1991. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 30. Juni 1994 grundlegend geändert.
Handelsregistereintrag	HRB 34128 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Regionaler Schienenpersonen- und Buspersonennahverkehr (SPNV u. BPNV)
- Verkehrsplanung
- Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrgastinformation, Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- integriertes Plandatensystem

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010 (Stand: 31.12.2010)	
Vorsitzende	Frau Petra Roth
Stellvertretender Vorsitzender	Herr André Kawai
Mitglieder	
für das Land Hessen	Herr Steffen Säbisch
-----„-----	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher ab 08.10.2010
-----„-----	Herr Thomas Schäfer bis 08.10.2010
für die Kreisfreien Städte	Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
-----„-----	Frau Birgit Simon
-----„-----	Herr Dieter Wenzel
für Städte mit Sonderstatus	Herr Wolfram Dette
-----„-----	Frau Silke Klinger
-----„-----	Herr Michael Korwisi
-----„-----	Herr Gerhard Möller
-----„-----	Herr Thomas Rausch

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010 (Stand: 31.12.2010)	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Egon Vaupel
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel
für die Landkreise	Herr Burkhard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Siegfried Fricke
-----,,-----	Herr Berthold R. Gall
-----,,-----	Frau Claudia Jäger ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Dietrich Kübler
-----,,-----	Herr Rudolf Marx
-----,,-----	Herr Dr. Karsten McGovern
-----,,-----	Herr Manfred Michel
-----,,-----	Herr Klaus Peter Schellhaas
-----,,-----	Herr Wolfgang Schuster
-----,,-----	Herr Enno Siehr bis 06.02.2010
-----,,-----	Herr Thomas Will ab 07.02.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter bis 28.02.2010
-----,,-----	Herr Bernd Woide

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Prof. Knut Ringat (Sprecher der GF)
-----„-----	Herr Klaus-Peter Güttler

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf T€ 469. Die Bezüge ehemaliger Geschäftsführer betrugen im Jahr 2010 T€ 86.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2010 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 2,5 an.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Land Hessen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Darmstadt-Dieburg	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Gießen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Groß-Gerau	3,704 %	25.564,59 €
Hochtaunuskreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Limburg-Weilburg	3,704 %	25.564,59 €
Lahn-Dill-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Kinzig-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Marburg-Biedenkopf	3,704 %	25.564,59 €
Odenwaldkreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Offenbach	3,704 %	25.564,59 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Vogelsbergkreis	3,704 %	25.564,59 €
Wetteraukreis	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Darmstadt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Frankfurt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Gießen	3,704 %	25.564,59 €

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Fortsetzung)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hanau	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Marburg	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Offenbach am Main	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Rüsselsheim	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wetzlar	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wiesbaden	3,704 %	25.564,59 €
	100,00 %	690.244,04 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen	Anteil in %	Anteil in € gerundet
Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, Hofheim am Taunus (RMS)	100,00	125.000
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma)	100,00	100.000
ZIV – Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH, Darmstadt (ZIV)	65,04	66.600
Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (RTW GmbH)	33,33	10.000
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln (VDV)	11,56	100.000
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln	0,65	2.500

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	9.919.104	7.452.938	7.357.888

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	7.452.938
Zunahmen	2.466.166
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	9.919.104

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

1. Geschäftstätigkeit

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund dient der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs seiner Gesellschafter.

Eine starke Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen soll den öffentlichen Auftrag der Daseinsversorgung gewährleisten.

Ziel ist es, die öffentlichen Verkehrsangebote nachhaltig und umweltfreundlich zu verbessern. Als Mobilitätsdienstleister der Region steht primär der Kunde mit seinen Mobilitätsbedürfnissen im Fokus. Diesem müssen adäquate Angebote und Anreize zur Benutzung des ÖPNV geboten werden.

Die Mobilität steht in stetiger Anpassung mit den Anforderungen des Kunden. Zur Akquise und der Bindung von Kunden werden Schwerpunkte in Analysen, Entwicklungen und deren Umsetzung gelegt. So tragen neue Medien und Technologien zu einer permanenten Entwicklung des Verkehrsverbundes als Mobilitätsdienstleister bei.

Ausgewiesene mittel- sowie langfristige Ziele sind die Qualitätsverbesserung und Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten im ÖPNV. Kurzfristiges Ziel muss die Verbesserung der Pünktlichkeit durch Abbau von diversen Schwachstellen sein. Ebenso müssen passende Anschlussmöglichkeiten sowie eine attraktive Anbindung an den Individualverkehr innerhalb des filigranen und dennoch belastbaren Gefüges des ÖPNV angeboten werden.

Um dieses Ziel zu erreichen und die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern, hat sich der RMV unter anderem besonderen Aufgabenstellungen verschrieben.

- Der RMV beteiligt sich u.a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsoffensive für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ trägt langfristig zur mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen. Im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung stehen weitere alternative Mobilitätsdienste im Fokus.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

1. Geschäftstätigkeit (Fortsetzung)

- Ein deutschlandweites eTicket zum bargeldlosen Zahlungsverkehr wird mit anderen Verbünden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden. Dies steht im Kontext zur RBL-Entwicklung (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) mit dem Fokus auf Kundeninformation und Steuerung der Verkehre.
- Der RMV ist bestrebt, ein kundengerechtes Vertriebssystem aufzubauen. Ein Baustein schafft hier die Realisierung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements. Im Geschäftsjahr konnte der RMV hierzu weitere Schritte verfolgen. Eine neue Automatengeneration konnte eingeführt und Mitte des Jahres in Betrieb genommen werden.
- Im Geschäftsjahr erfolgten im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes weitere Ausschreibungen von Teilnetzen im Schienen- sowie im Buspersonennahverkehr.

Zur Finanzierung der geplanten Vorhaben hat der RMV mit seinen Gesellschaftern eine weitere Finanzierungsvereinbarung getroffen, die mit Beginn des Geschäftsjahres in Kraft tritt. Sie basiert auf dem Referenzjahr 2009 und die Finanzierung wurde auf Grund des Mittelbedarfs fortgeschrieben.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Das wirtschaftliche Umfeld der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH) ist geprägt durch sich verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Personennahverkehr. Diese Rahmenbedingungen für Länder, Kreise und Kommunen sowie Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen des ÖPNV spiegeln sich vor allem in der geringeren Generierung der Aufträge von Leistungen für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.252 auf TEUR 4.955 gesunken. Im Gegensatz dazu konnte der Umsatz mit Dritten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) (Fortsetzung)

Die Betriebsleistung hat sich insgesamt durch die Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen von TEUR 1.407 auf TEUR 5.770 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 3.454 (59 %) auf TEUR 9.318 verbessert.

Die Umsatzerlöse konnten vor allem aus dem Bereich Kundenbindung und den Themenfeldern Datenmanagement und Informations- und Vertriebssysteme generiert werden. Im innovativen Vertrieb konnten Marktanteile gewonnen werden, ebenso in der konzeptionellen Marktforschung.

Notwendige inhaltliche, strukturelle und auch organisatorische Maßnahmen, um die rms GmbH an die Marktveränderungen, insbesondere im ÖPNV anzupassen, wurden erfolgreich umgesetzt.

Es bestehen auch große Chancen für die Weiterentwicklung der rms GmbH in der gezielten Ergänzung der klassischen fachlich gut ausgerichteten Dienstleistungsthemen um konzeptionelle und beratende Leistungen. So hat sich die rms GmbH in der Projektarbeit für den RMV zur Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) zu einem der drei leistungsstärksten Beratungsunternehmen in diesem Gebiet entwickelt.

Unter Beachtung der finanziellen Rahmenbedingungen beim Hauptauftraggeber RMV muss der für das Jahr 2011 mit dem RMV geplante Umsatz, bei steigendem Umsatz mit Dritten, auch weiterhin gesichert werden, um die Stabilität der rms GmbH zu gewährleisten.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 170 (i. Vj. TEUR 159) aus.

Die Zahlungsfähigkeit der rms GmbH war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Den Schwerpunkt der Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 bildete bezüglich der Bestandsfahrzeuge der Odenwald- und der Taunusbahn wiederum das Vertrags- und Qualitätsmanagement, die Instandhaltungsoptimierung und die Begleitung und Kontrolle der Abarbeitung aufgetretener Fahrzeugmängel.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma) (Fortsetzung)

Grundlage sind weiterhin die Werklieferungsverträge mit der Bombardier Transportation GmbH (BT) vom 16. Dezember 2003 (Odenwaldbahn) bzw. mit der Alstom LHB GmbH (ALHB) vom 15. August 2005 (Taunusbahn) sowie die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Zudem erfolgte im März 2010 nach Verzögerungen die Inbetriebnahme der vier weiteren Fahrzeuge ITINO RMV2 auf der Basis des Werklieferungsvertrages vom 17. September 2007 mit BT, so dass auch entsprechende Erlöse aus der Bereitstellung der vier weiteren Fahrzeuge ITINO RMV2 anteilig ab Inbetriebnahme realisiert werden konnten.

Die Umsatzerlöse entsprechen im Wesentlichen den Fahrzeugbereitstellungsentgelten für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn (4.262.280,00 €) und der Taunusbahn (1.695.000,00 €) für das Geschäftsjahr 2010. Hierzu treten ab Inbetriebnahme im März 2010 die Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die vier weiteren Fahrzeuge für die Odenwaldbahn und die Anbindung Pfungstadt (748.345,00 €).

Unter Berücksichtigung insbesondere auch der Zinserträge sowie Gegenrechnung der Aufwandspositionen ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 592.136,12 €, der gemäß des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abzuführen ist.

Für das Geschäftsjahr 2011 wird derzeit ebenfalls mit einem positiven Ergebnis in Höhe des Wirtschaftsplanansatzes gerechnet.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die ZIV bietet in den Bereichen Straßen-, Flughafen- und Bahnverkehr sowie im ÖPNV Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Einige der größeren Aufträge waren die Projekte: Freizeitverkehr der Zukunft, Verkehrsuntersuchung Eschborn, RMV Handy-Ticketing, Stadt Frankfurt SIM-TD, RMV Vertrieb SPNV IV sowie RMV Vitrinen.

Im Geschäftsjahr wurden die Akquisitionen weiter fortgeführt, es konnte jedoch bis zur Jahresmitte kein ausreichendes Auftragsvolumen sichergestellt werden.

Die Umsatzerlöse waren im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem negativen Ergebnis in Höhe von TEUR – 26 (i. Vj. In Höhe von TEUR 5) ab.

Es wird angestrebt, die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 zu verkaufen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund ist als Kommanditist mit einem Anteil von 11,56 % an der VDV KG beteiligt, was einen Kapitalanteil von TEUR 100 ausmacht. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Der Umsatz für 2010 beträgt TEUR 843 und ist somit deutlich geringer als zum Vorjahr. Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Sie hat sich von TEUR 2.550 auf TEUR 2.289 vermindert.

Mit der Wiesbadener Erklärung, die im September 2010 auf der Innotrans an Verkehrsminister Ramsauer übergeben wurde, verpflichten sich folgende Unterzeichnende die Umsetzung des eTicket Deutschland zu beschleunigen und zu verstärken. Zu benennen sind HVV, RMV, VBB, VVO, VRR, VVS, DB gemeinsam mit der VDV KG.

Neue Umsetzungsprojekte waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 2.500 € Gesellschafter. Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbänden in der beka.

Die beka versteht sich als Dienstleister im Rahmen des Ein- und Verkaufs zum Bau, der Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlicher Wirtschaftsgüter.

Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hautumsatzleistung im Handel zu finden ist.

Der Gesamtumsatzerlös betrug im Geschäftsjahr TEUR 9.137 (i. Vj. 11.830). Das entspricht einem rückläufigen Gesamtumsatz um 23 %.

Die beka schließt im Geschäftsjahr 2010 mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 33) ab. Dies entspricht einem Rückgang zum Vorjahr von 85 %.

Es wird angestrebt, die Gesellschaft im Jahr 2011 zu verkaufen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Die Gesellschaft zur Planung der Regionaltangente West (TRW) wurde zum 27. November 2008 gegründet. Die RMV GmbH hat einen Anteil in Höhe von € 10.000 (33,33 %) erworben.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Die weiteren Aufgaben bestehen in der Erarbeitung von Grundlagen zur Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.

Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Auf der Aktivseite stieg das Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 684 auf TEUR 1.228.

Dies spiegelt sich auf der Passivseite in einem Anstieg der Verbindlichkeiten um TEUR 603 auf TEUR 1.257 wieder. Die Erhöhung der Bilanzsumme ist stichtagbedingt.

3. Geschäftsentwicklung 2010

Mit dem Land Hessen konnte in Anlehnung an die Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossen werden.

Schwerpunkte sind die Umsetzung von:

1. Marketingmaßnahmen bzw. –instrumentarien,
2. die Erarbeitung des Regionalen Nahverkehrsplanes sowie
3. die weitere Einführung des Elektronischen Fahrgeldmanagements.

Ziel hierbei ist mit den sechs größten deutschen Verkehrsverbünden, der DB AG und dem Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ein deutschlandweit interoperables EFM zu entwickeln und einzuführen, Zugangsbarrieren für die Kunden effektiv abzubauen. Gleichzeitig wird der Fokus auf die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Kundenbindung gelegt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

3. Geschäftsentwicklung 2010 (Fortsetzung)

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2010 lagen zum einen in den originären Aufgaben des RMV, wie z. B.

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2010/2011
- Fahrkarten- und Vertriebsinfrastrukturstandards
- Einsatz und Betrieb neuer Technologien zum Nutzen des Kunden
- Qualitätserfassung u. –bewertung im SPNV + BPNV
- RMV-Hotline
- Kundenkommunikation
- Mobilitätsgarantie

Sowie zum anderen im strategischen Bereich

- Mobilitäts- u. verkehrsplanerische Untersuchungen
- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes
- Investitionsmaßnahmen
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Regionale Infrastruktur
- EFM

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2010

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zu 2009 auf TEUR 46.002 gestiegen (i. Vj. TEUR 39.618). Zum Vorjahr lag der Anstieg bei TEUR 5.672. Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 10.094 auf TEUR 40.289 (i. Vj. TEUR 30.195). Die Betriebserträge sind um TEUR 3.710 auf TEUR 5.713 (i. Vj. TEUR 9.423) gesunken. Der Rückgang des Betriebsertrages ist primär auf den Einmaleffekt der zusätzlichen Landesmittel zum EFM-Projekt in 2009 zurückzuführen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen haben sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich gesteigert. Das Ergebnis der fahma TEUR 592 (i. Vj. TEUR 63 Verlust) verbesserte sich deutlich um 655 TEUR. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH an diese ausgeschüttet.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2010 (Fortsetzung)

4.1 Ertragslage (Fortsetzung)

Das Zinsergebnis 2010 wird durch die Änderungen des Ausweises (BilMoG) der Zuführung zu den Altersrückstellungen für das Personal mit TEUR 432 belastet. Ebenfalls durch das BilMoG bedingt, ergibt sich für 2010 (und bis 2014) ein jährlicher außerordentlicher Aufwand in Höhe von 377 TEUR. Dieser Aufwand resultiert aus dem Bewertungsunterschied der Pensionsrückstellungen HGB a.F./n.F.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarungen mit TEUR 37.000 (i. VI. TEUR 27.013) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 3.067 (i. Vj. TEUR 2.535) ausgeglichen.

4.2 Vermögensanlage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 4.603 auf TEUR 30.664. Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagevermögen sowie der korrespondierende Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um 1.174 TEUR gestiegen.

Der größte Anstieg um TEUR 957 gegenüber dem Vorjahr ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindliche Software primär für die Projekte eTicketing und Relaunch der Website www.rmv.de zu verzeichnen.

Aufgrund der Gewinnrückführung der rms sind die Anteile an verbundenen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr weiter um 79 TEUR auf 899 TEUR gestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.059 erhöht, da überschüssige Liquidität aus dem Regiebereich an den TH-Bereich transferiert wurde.

Das Anlagevermögen beträgt 24,6% (i. Vj. 24,4%) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 75,4% (i. Vj. 75,6%) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2010 (Fortsetzung)

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7 auf TEUR 339 geringfügig erhöht. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren zehn Zugänge und acht Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zum Teil für die Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern. Weiterhin wurden drei Auszubildende nach Abschluss ihrer Ausbildung für ein Jahr eingestellt. Im Geschäftsjahr sollten wieder zwei weitere Auszubildende eingestellt werden. Dies konnte jedoch nicht umgesetzt werden, da von beiden kurzfristig eine Absage erfolgte. Für das kommende Geschäftsjahr sind bereits wieder zwei Auszubildende eingestellt.

5. Ausblick

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft.

Am 03.12.2009 trat die neue Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 in Kraft, die die bis dahin gültige Verordnung (EWG) 1191/69 ablöste. Auch wenn die Anpassung des nationalen Rechtsrahmens (Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes und anderer Gesetze) noch aussteht, gilt sie unmittelbar und wird seit dem angewendet.

Vor diesem Hintergrund wurde das hessische ÖPNVG mit einer kleinen Novelle bis zum 31. Dezember 2011 verlängert. Mit Blick auf die EU-Verordnung wurden außerdem zwei wichtige Punkte geregelt. Zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind die Aufgabenträgerorganisationen. Damit wird sichergestellt, dass Verbünde und LNO weiterhin als Besteller zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen befugt sind.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.1 ÖPNV-Gesetz (Fortsetzung)

Von der 2006 zugunsten landesgesetzlicher Regelungen eingeführten Öffnungsklausel im PBefG/AEG bzgl. der Gewährung von Ausgleichsleistungen für die Beförderungen von Auszubildenden wurde in der Weise Gebrauch gemacht, dass die Finanzmittel über die Verbünde den Aufgabenträgerorganisationen zugewiesen werden und Verkehrsunternehmen keinen eigenen gesetzlichen Anspruch mehr haben.

Nachdem Ende 2010 eine Bundesnovelle noch nicht absehbar war, hat das Ministerium entschieden, Anfang 2011 eine weitere Verlängerung des ÖPNVG um ein Jahr in das Gesetzgebungsverfahren zu bringen. Gleichzeitig soll eine rechtssichere Grundlage zum Erlass Allgemeiner Vorschriften im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 geschaffen werden.

Die anstehenden Gesetzesänderungen diskutiert die RMV-Geschäftsleitung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen kontinuierlich im Arbeitskreis „Recht“. Dort sind in 2010 auch Forderungen für eine grundlegende Novelle des ÖPNVG entwickelt worden. Dazu wurden alle Abschnitte des bestehenden Gesetzes durchgearbeitet. Dieser Prozess wird 2011 fortgesetzt.

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014

Die verkehrliche Entwicklung des RMV ist seit Verbundstart positiv. Maßgeblich für diese positive Entwicklung – bedingt durch die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes insbesondere in den ländlichen Regionen sowie die Neustrukturierung des SPNV – ist das finanzielle Engagement des Landes Hessen. Allerdings müssen zukünftig auch Wege gefunden werden, um diesen positiven Trend hemmenden Entwicklungen entgegenzuwirken – insbesondere der sich ständig verschlechternden Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie der Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung vollständig außerhalb der Einflussmöglichkeiten des RMV liegen, wie Energiepreise oder die Infrastrukturkosten im SPNV. Die in der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 – 2014 vereinbarte vollständige Durchleitung der Regionalisierungsmittel an die Hessischen Verbünde stellt in diesem Kontext ein wesentliches Element dar, die Finanzierbarkeit des ÖPNV in Hessen zu erhalten. Dies gilt gleichermaßen für die Finanzierbarkeit des regionalen wie auch des lokalen Verkehrs.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

Bereits ab dem Jahr 2000 wurden die Finanzierungsinstrumente im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes an die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH neu strukturiert. Zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz wurde die Förderung der ÖPNV-Maßnahmen gemäß § 11 ÖPNV-Gesetz auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt. Grundlage bleiben die bewährten Finanzierungsinstrumente des Verbundes. Die pauschale Mittelzuweisung mündete für die Jahre 2000 bis einschließlich 2009 in den Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH mit einer Laufzeit von jeweils fünf Jahren.

Die Basis der derzeit gültigen pauschalierten Zuweisung der Landesmittel bilden u.a. folgende Grundsätze:

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH wurde, aufbauend auf der vereinbarten Finanzierungssystematik, ab dem Jahr 2000 jährlich eine einheitliche pauschale Mittelzuweisung zur Verbundförderung durch das Land zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung erfolgt jeweils zum fünfzehnten eines Monats in zwölf gleichen Raten.

Die Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH erhält den Betrag zu einer flexibilisierten Anwendung im Rahmen der Förderinstrumentarien mit einer zielorientierten Verwendung entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel erfolgt über ein Testat des jeweiligen Wirtschaftsprüfers der RMV GmbH.

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der bestehenden Qualität und Quantität aus der Vergangenheit haben die Vertragspartner die Finanzierungsvereinbarung vom 20.12.2004 modifiziert und diese in einer neuen Vereinbarung am 14.12.2009 paraphiert. Grundlegende Eckpunkte dieser Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 – 2014 sind:

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

1. Finanzierungsbedarf

Ausgehend vom Referenzjahr 2009 erfolgte eine Abschätzung des Finanzmittelbedarfes zur Förderung des vertraglich vereinbarten Bestandes. Hierbei wurden für die wesentlich extern bestimmten Kostenfaktoren (Energiekosten, Infrastrukturkosten) auf der Grundlage der Vergangenheit durchschnittlich erwartete Entwicklungen unterstellt. Hierbei wurde berücksichtigt, dass im Jahr 2006 der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBeglG 2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt hat. Die Kürzungen betrugen für das Jahr 2007 7,7 % und ab dem Jahr 2008 9,5 %. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5 % dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, betrug die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. Euro bundesweit. Für den RMV bedeutete dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. Euro jährlich. Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung abgemildert. Der RMV hatte bereits im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 mit dem Land Verhandlungen über eine Übergangshilfe geführt. Bereits für die Jahre 2008 und 2009 hatte das Land eine Übergangshilfe in Höhe von insgesamt 20 Mio. € zur Verfügung gestellt. Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für die regionalen Umlagen. Aus diesem Grund wurde die sogenannte Übergangshilfe und der aus der o.a. Problematik beschriebene Mittelmehrbedarf in der Finanzierungsvereinbarung 2010 – 2014 berücksichtigt.

Die vorhandenen Einnahmen wurden dabei auf der Grundlage der im Mittel als durchsetzbar unterstellten Entwicklungen in die Zukunft extrapoliert

Weiter liegen für wichtige investive Vorhaben und Leistungserweiterungen Gremienbeschlüsse und/oder Verträge vor. Bereits getätigte Investitionen in Streckenertüchtigungen und Fahrzeuge in der Vergangenheit bzw. geplante, zwingend erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen erzwingen die Bestellung zusätzlicher betrieblicher Leistungen einschließlich der damit verbundenen Steigerung des betrieblichen Aufwandes und der Infrastrukturkosten in Gegenwart und Zukunft, um „Investitionsruinen“ zu vermeiden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

1. Finanzierungsbedarf (Fortsetzung)

Über den Bestand und die als zwingend notwendig erachteten Vorhaben hinaus ergeben sich aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 – 2014 heraus weitere Maßnahmen, die mit zusätzlichem Mittelbedarf für den dann aufzunehmenden Betrieb verbunden sind.

Daraus resultierend ergab sich aus den Verhandlungen mit dem Land ein Ergebnis von ca. 2,5 Mrd. € über die Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung. Dies bedeutet eine Mehrung von ungefähr 10% mit folgenden Rahmenbedingungen:

- Umsetzung aller wesentlichen Vorhaben im RMV wird möglich
- Sicherung der Umlagenstabilität im RBNV und SPNV gemäß AR-Beschluss
- Volle Durchreichung der Regionalisierungsmittel wird bis 2012 erreicht
- Umsetzung der Übergangshilfe mit 20 Mio. € bis 2011 enthalten
- Einbeziehung weiterer 15 Mio. € (hälftig RMV und NVV) erreicht
- 45a-Pauschale dauerhaft gesichert
- Querdeckungsfähigkeit/Übertragbarkeit weiterhin möglich
- Optionale Erweiterung um fünf Jahre nach Revision Regionalisierungsgesetz

2. Laufzeit

Im Hinblick auf eine Vielzahl von wichtigen, strategischen Weichenstellungen mit erheblichen Folgewirkungen ist eine längerfristige Planungssicherheit für die Gesamtheit der Aufgabenträger zwingend erforderlich. Als Konsequenz daraus erfolgte eine Vereinbarung über eine Laufzeit von fünf Jahren (2010 – 2014).

3. Zielwerte

Das Anreizsystem zur Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 mit den vereinbarten Zielwerten und Kriterien

- Marktreichweite
- Leistungen für den Kunden
- Effizienz
- Wettbewerb

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

3. Zielwerte (Fortsetzung)

wurde insgesamt als erfolgreich bewertet, so dass methodisch nur geringe Anpassungen und Modifikationen notwendig waren. Die Feststellung der einzelnen konkreten Zielwerte für die Jahre bedarf einer genaueren Untersuchung und erfolgt nach Einigung über die Zielstruktur. Wie in der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 wurde neben dem Fixum jährlich ein definierter Betrag der Landesförderung dem Zielsystem als flexibler Betrag zugeordnet. Der RMV erhält die Verfügung über den Anteil des definierten Betrages, der dem gewichteten Zielerreichungsgrad entspricht. Dieser jährlich fixierte flexible Betrag wurde von bisher 8,1 Mio. Euro auf 10,0 Mio. Euro jährlich erhöht – das entspricht etwa 3 % des vorgeschlagenen Gesamtbudgets.

Intention des Landes ist es weiterhin, eine zielorientierte Förderung beizubehalten. Durch die Vereinbarung der Ziel(wert)vorgaben soll die Landesförderung für eine an den Mobilitätsbedürfnissen des Kunden ausgerichteten Verkehrsbedienungs im ÖPNV mit entsprechendem Service sorgen. Die Umsetzung der mit dem Land vereinbarten Ziele liegt weitestgehend bei den Verbünden.

4. Schwerpunktprojekte

In Abstimmung mit der Geschäftsführung des RMV wurden inhaltliche Schwerpunkte zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Gesamtsystems auf folgenden Zukunftsprojekten mit dem Land definiert:

- Investitionen in die Infrastruktur und Fahrzeuge
- Eine intelligente Infrastruktur- und Fahrzeugfinanzierung soll wesentliche Schritte vorankommen und das Verfahren für Kleininvestitionen vereinfachen
- Leistungsangebot und Integration
- Durch Maßnahmen zur Steigerung der Pünktlichkeit und den intensivierten Einsatz rechnergestützter Betriebsleitsysteme (RBL) zur Anschlusssicherung soll das Angebot in Ballungsraum und Region gestärkt werden.
- Tarifgestaltung und Vertrieb
- Ziel ist die weitere Entwicklung der Nutzerfinanzierung. Der bestehende Tarif kann durch eine Tarifstrukturereform in Richtung auf ein Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM) ausgebaut werden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

4. Schwerpunktprojekte (Fortsetzung)

- Kundenservice und Information
- Der Kunde soll durch Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit, von Sauberkeit und Kundeninformation noch stärker im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Das Marketing in den Segmenten Gelegenheitsverkehr und Tourismus soll ausgebaut werden
- Dynamisches Intermodales Verkehrsinformationssystem (DIVIS)
- Durch die Verwendung der aus dem RBL gewonnenen Ist- und Echtzeitdaten sollen die Dispositions- und Kommunikationsmöglichkeiten erweitert werden, um die Qualität der Verkehrsdienstleistungen weiter zu steigern.
- House of Logistics and Mobility (HOLM)
- Die gemeinsame Initiative aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Hessen zur Aus- und Weiterbildung in den Sektoren Logistik und Mobilität soll Innovationsimpulse in die Rhein Main-Region und darüber hinaus geben.
- Zur Attraktivität des ÖPNV-Gesamtsystems ist es notwendig, die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Rahmenbedingungen für die Gesamtheit aller Aufgabenträger zu schaffen.

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr in einer fortgeschrittenen, wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31. Dezember 2010 konnten nunmehr insgesamt 16 Teilnetze (TN) mit ca. 18,118 Millionen Zugkilometer (Zkm) im SPNV nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht – ohne Beachtung der S-Bahn Rhein-Main – einem Anteil von ca. 75% der gesamten Regional-express-, Stadtexpress- und Regionalbahnleistungen, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Alt-Betreibern.

Ausschreibungsgewinner SPNV

Die DB Regio Hessen GmbH, eine hundertprozentige Tochter der DB Regio AG, konnte die im Berichtszeitraum abgeschlossenen Vergabeverfahren „Main-Weser“, „Kinzigtal“ und „Niddertal“ im Schienenpersonenverkehr für sich entscheiden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich im Berichtsjahr erstmals in der reinen Wettbewerbsphase. Zum Fahrplanwechsel 2010 waren sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben worden. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 12 regionale, lokale bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel überwiegend in den Landkreisen Limburg-Weilburg, Fulda und Lahn-Dill in drei Vergabeverfahren mit jeweils vier Losen und insgesamt ca. 7,2 Mio. Nwkm vergeben.

Ausschreibungsgewinner BPNV

Die Vergabeverfahren im Buspersonennahverkehr im Berichtszeitraum konnten die VLD Verkehrsbetrieb Lahn-Dill GmbH (Transdev SZ GmbH und Co. KG) durch ein Gesamtangebot über alle Lose im Lahn-Dill-Kreis, die ÜWAG Bus GmbH (Überlandwerk Fulda AG) durch ein Gesamtangebot über alle Lose im Landkreis Fulda sowie die Georg Schulmeyer GmbH (Regionalverkehr Kurhessen GmbH) durch ein Gesamtangebot über alle Lose im Landkreis Limburg-Weilburg jeweils für sich entscheiden.

Umsetzung kommerzieller Genehmigungsverfahren

Nach den Bestimmungen des „Leitfaden für die Erteilung von Liniengenehmigungen in Hessen nach dem 3. Dezember 2009“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 29. Dezember 2009 besteht nach Ziffer 2 des Leitfadens ein Vorrang kommerzieller Verkehre. Die Rechtsprechung zum gestuften Vorrang kommerzieller Verkehre lässt sich dem Grunde nach auf die Frage des Vorrangs kommerzieller Verkehre zu Verkehren auf Basis öffentlicher Dienstleistungsaufträge übertragen (BVerwG vom 19.10.2006 – 3 C 33.05; Hess. VGH vom 18.11.2009 – „2UE 2748/07“).

Der RMV hat im Berichtszeitraum erstmals mit den betroffenen Genehmigungsbehörden die Einleitung kommerzieller Genehmigungsverfahren im Landkreis Fulda wie auch im Landkreis Gießen abgestimmt. Mit Ausnahme eines durch die ÜWAG Bus GmbH beantragten und genehmigten eigenwirtschaftlichen Antrages für das Linienbündel „LFD-West“ wurden keine weiteren kommerziellen Genehmigungsanträge gestellt bzw. genehmigt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 – 2019

Mit Beschluss vom 07. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat des RMV die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 – 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wird der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereichs Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) erarbeitet.

Zu Beginn des Jahres 2010 wurde den LNO's in der ersten Sitzung des begleitenden Lenkungskreises die Projektstruktur vorgestellt. Weiterhin wurde die Einrichtung der drei Arbeitskreise „Teilraum Region“, „Teilraum Ballungsraum“ und „Verzahnung/Integration“ mit verschiedenen Themenschwerpunkten vereinbart. In diesen Arbeitskreisen wurden im Verlauf des Jahres 2010 bei insgesamt acht Sitzungen erste Themen behandelt.

Gemeinsam mit Mitgliedern des Fahrgastbeirates und des Arbeitskreises Barrierefreiheit wurde im November 2010 der erste von insgesamt drei vorgesehenen Workshops zum RNVP durchgeführt. Hierbei stand das Themen-Cluster Fahrzeuge (Schiene und Bus) im Mittelpunkt.

Das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung des RNVP wurde in 2010 mit den Vertretern der Regierungspräsidien Kassel, Gießen und Darmstadt abgestimmt.

Bestandteil der RNVP-Erarbeitung waren in 2010 folgende Themen:

- bundesweite Entwicklungstrends und Vergleich von Schwerpunkten bei Nahverkehrsplänen
- Zieldefinition
- Integration von Zukunftstrends
- demografischer Wandel
- Analyse der Mobilität in Deutschland (MiD)
- Analyse lokaler Nahverkehrspläne
- Bestandsaufnahme/Fahrplananalyse SPNV
- Bedienungsstandards SPNV
- Maßnahmenvorschläge der LNO/ Kommunen
- Entwicklung regionaler Achsen
- Bedarfsverkehr
- Anschlusssicherung
- Fahrgastinformation

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 – 2019 (Fortsetzung)

Zur Unterstützung bei der fachlichen Erarbeitung des RNVP wurden je nach Aufgabenstellung verschiedene qualifizierte Gutachter hinzugezogen. Bereits in einem frühen Bearbeitungsstadium ist eine Abstimmung mit verschiedenen Partnern bzw. Institutionen vorgesehen. Die Durchführung bzw. Begleitung dieses umfangreichen Abstimmungsprozesses erfolgte in 2010 ebenfalls mit Unterstützung externer Dienstleister. Zur transparenten Zusammenführung der Beiträge aus den einzelnen Geschäftsbereichen wurde ein Tool auf den Weg gebracht, das einen Zugriff und Anpassung der Dokumente ermöglicht.

Nach Vorliegen der Daten aus der Erhebung 2010 werden im Jahr 2011 Nachfrageuntersuchungen durchgeführt.

6. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH – Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung – tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz

	2010	2009	Verän-	2008
Aktiva	in €	in €	derung in €	in €
Anlagevermögen				
- EDV-Software	1.509.427	1.348.961	160.466	1.760.320
- Geleistete Anzahlungen	4.254.363	3.457.625	796.738	355.650
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.763.790	4.806.586	957.204	2.115.970
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	723.017	610.843	112.174	496.333
- Geleistete Anzahlungen + Anlagen im Bau	25.620	0	25.620	0
Sachanlagen	748.637	610.843	137.794	496.333
- Anteile an verbundenen Unternehmen	899.313	820.014	79.300	725.568
- Beteiligungen	115.000	115.000	0	37.500
Finanzanlagen	1.014.313	935.014	79.300	763.068
	7.526.739	6.352.443	1.174.297	3.375.371
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	896.322	179.117	717.204	14.992
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.114	103.299	-43.185	0
- Sonstige Vermögensgegenstände	20.886.192	17.827.315	3.058.877	17.308.343
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.842.628	18.109.732	3.732.896	17.323.334
Wertpapiere	709.480	708.644	837	704.056
Guthaben bei Kreditinstituten	339.922	332.367	7.555	758.767
Umlaufvermögen	22.892.030	19.150.742	3.741.287	18.786.157
Rechnungsabgrenzungsposten	245.684	558.129	-312.445	492.829
	30.664.453	26.061.314	4.603.139	22.654.357
Treuhandforderungen	38.527.243	35.416.736	3.110.506	43.814.934

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2010	2009	Verän-	2008
Passiva	in €	in €	derung in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	690.244	690.244	0	690.244
- Gewinnrücklagen	1.481.386	1.481.386	0	1.481.386
- Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.171.630	2.171.630	0	2.171.630
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	7.526.739	6.352.443	1.174.297	3.375.371
- Rückstellungen für Pensionen	5.923.698	4.672.677	1.251.021	4.445.021
- Sonstige Rückstellungen	5.098.066	5.343.618	-245.552	5.262.450
Rückstellungen	11.021.764	10.016.295	1.005.469	9.707.471
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.257.306	2.897.104	2.360.202	2.805.760
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	2.536.958	3.399.554	-862.596	3.848.876
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.727.086	598.898	1.128.187	326.120
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	54.988	10.710	44.278	49.147
- Sonstige Verbindlichkeiten	342.766	546.673	-203.907	327.984
Verbindlichkeiten	9.919.104	7.452.938	2.466.165	7.357.888
Rechnungsabgrenzungsposten	25.216	68.008	-42.792	41.997
	30.664.453	26.061.314	4.603.139	22.654.357
Treuhandverbindlichkeiten	38.527.243	35.416.736	3.110.506	43.814.934

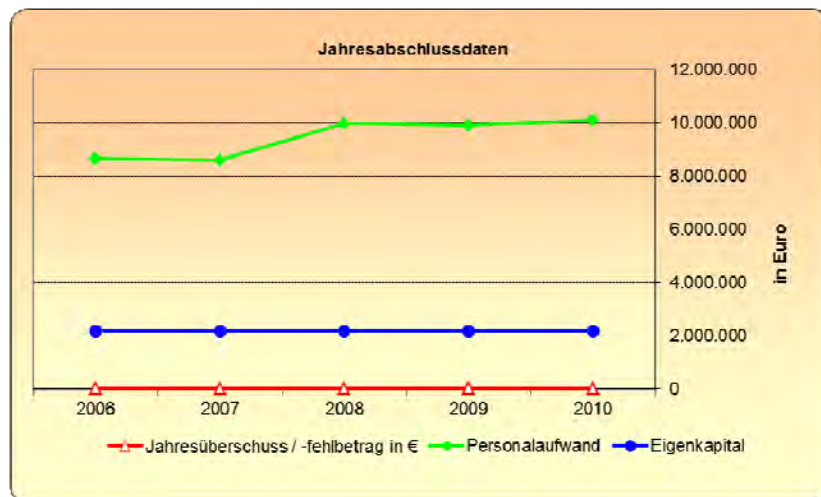
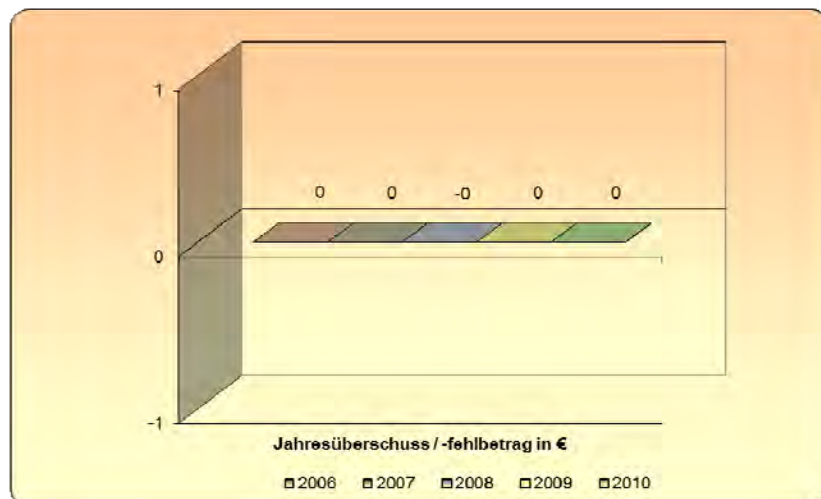
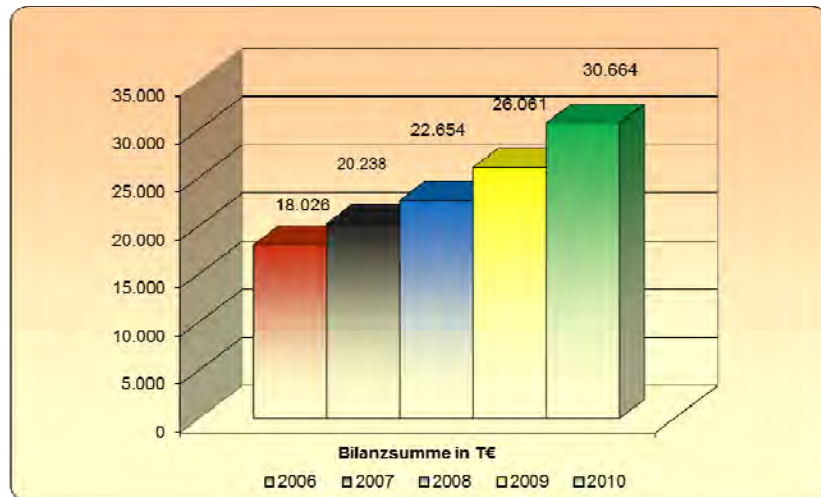
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 in €	2009 in €	2008 in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	3.066.876	2.535.076	2.404.116
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	36.999.703	27.013.284	25.062.899
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	40.066.579	29.548.360	27.467.015
Erträge aus Projektzuwendungen	5.122.295	8.931.453	4.255.523
Sonstige betriebliche Erträge	1.106.895	1.134.817	1.488.211
	46.295.769	39.614.630	33.210.750
Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	2.352.415	4.222.795	1.451.209
Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.665.550	19.858.983	18.024.264
a) Löhne und Gehälter	7.738.182	7.881.284	7.407.488
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.351.179	2.021.036	2.563.106
Personalaufwand	10.089.361	9.902.320	9.970.593
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	1.178.118	1.245.722	1.194.394
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.178.119	1.245.723	1.194.394
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.982.545	5.694.021	4.496.515
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	761.977	158.599	141.668
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.283	426.305	752.869
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1	846	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	63.336	160.140
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	672.236	454.905	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	378.920	2.331	2.566
Außerordentliche Aufwendungen	376.727	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	2.193	2.331	2.566
	378.920	2.331	2.566
Jahresüberschuss	0	0	0

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

Anschrift	Lyoner Straße 22, 60528 Frankfurt am Main
Telefon	069/660759-0
Telefax	069/660759-90
E-Mail	info@ivm-rheinmain.de
Internet	www.ivm-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	13. Mai 2002
Stammkapital	241.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. November 2008
Handelsregistereintrag	HRB 75042 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des Integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen. Hierzu zählen:

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Die Erarbeitung notwendiger Grundlagen zur Umsetzung eines Verkehrsmanagements in der Region.
- Die Erarbeitung von regionalen Verkehrsmanagement- und Verkehrsinfrastrukturausbauplänen für die Region.
- Die Koordinierung des Verkehrsablaufs bei ausgewählten regionalen Ereignissen.
- Dienstleistungen als Bürgerservice.
- Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)

Vorsitzender	Herr Ulrich Krebs
Stellv. Vorsitzender	Herr Horst Schneider
Mitglied	Herr Burkhard Albers
-----„-----	Herr Joachim Arnold
-----„-----	Herr Michael Cyriax
-----„-----	Frau Katrin Eder ab Juni 2011
-----„-----	Herr Christel Fleischmann ab Sept. 2011

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Fortsetzung) (Stand: 31.12.2011)		
Mitglied	Herr Stefan Gieltowski	ab Nov. 2011
-----,,-----	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher	
-----,,-----	Frau Claudia Jäger	
-----,,-----	Herr Dr. Lothar Kaufmann	
-----,,-----	Herr Dr. André Kawai	
-----,,-----	Frau Silke Klinger	bis Nov. 2011
-----,,-----	Herr Michael Korwisi	
-----,,-----	Frau Brigitte Lindscheid	ab Aug. 2011
-----,,-----	Herr Stefan Majer	ab Juli 2011
-----,,-----	Frau Sigrid Möricke	ab Sept. 2011
-----,,-----	Herr Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	bis Sept. 2011
-----,,-----	Herr Wolfgang Reichel	bis Juni 2011
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch	
-----,,-----	Herr Klaus-Peter Schellhaas	bis Sept. 2011
-----,,-----	Herr Lutz Sikorski, verstorben am 05.01.2011	
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel	
-----,,-----	Herr Dieter Wenzel	bis Aug. 2011
-----,,-----	Herr Thomas Will	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans	ab 01.09.2011
Geschäftsführer	Herr Dr.-Ing. Jürg Sparmann	bis 31.12.2011

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 25. Juni 2002 eine Aufwandsentschädigung von € 50,00 pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2011 belief sich auf € 2.450,--

Auf die Angaben der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	3,112 %	7.500,00 €
Land Hessen	25,104 %	60.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25,104 %	60.500,00 €
Hochtaunuskreis	3,112 %	7.500,00 €
Land Rheinland-Pfalz	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Groß-Gerau	3,112 %	7.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Wetteraukreis	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Darmstadt	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Hanau	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Mainz	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Wiesbaden	3,112 %	7.500,00 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes)

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Die Gründung der Gesellschaft basiert auf dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) vom 19.12.2000. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 8 BallrG ist es Aufgabe der Gesellschaft, regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement zu übernehmen.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71250080

	2012	2011	2010
Umlage an die IVM	43.643	43.643	43.643

Die Umlage wird Einwohner bezogen erhoben und beträgt je EW 0,13 €

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	683.011	485.927	521.411

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	485.927
Zunahmen	197.084
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	683.011

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2011 bis zum 31.08.2011 mit Herrn Dr.-Ing. Jürg Sparmann durch einen Geschäftsführer vertreten. Seit dem 01.09.2011 ist Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans als zweite Geschäftsführerin der ivm GmbH bestellt. Mit Ausscheiden von Herrn Dr. Sparmann zum 31.12.2011 ist Frau Heike Mühlhans alleinige Geschäftsführerin.

Aufsichtsratsvorsitzender ist seit 10. Juni 2010 Herr Landrat Ulrich Krebs.

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt a. M. einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligte sich 2011 mit 440.000 € pro Jahr an der Finanzierung der ivm GmbH. Zum 19.01.2012 wurde der im Jahr 2011 gefasste Beschluss zum Beitritt der RMV GmbH als neuer Gesellschafter der ivm GmbH rechtskräftig. Die RMV GmbH beteiligte sich bereits im Jahr 2011 mit einer Finanzierung in Höhe von 450.000 €. Das Land Rheinland-Pfalz ist in Form einer Projektfinanzierung eingebunden.

Die ivm GmbH hat elf Personalstellen, von denen am 31.12.2011 10,5 Stellen besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ivm GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen bearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Projekte 2011 (auszugsweise)

Stiftungsprofessur

Die Region Frankfurt RheinMain hat in weiten Teilen bereits einen Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft vollzogen. Die Wissenschaft hat diesen Wandel bisher nur sehr unzureichend vollzogen. Im Verkehrsbereich muss zukünftig wieder der Mensch stärker im Fokus der Betrachtungen liegen, denn nur wenn in angemessener Form das Entscheidungsverhalten der Verkehrsteilnehmer in die Angebotsgestaltung der Verkehrssysteme einbezogen wird, werden sich die Wirkungen einstellen, die mit der Angebotsplanung erwartet werden. Hierfür müssen die Entscheidungsparameter bekannt sein und die Entscheidungsprozesse müssen möglichst realitätsnah abgebildet werden können.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Stiftungsprofessur (Fortsetzung)

Die Wissenslücken, die derzeit noch bestehen, müssen daher geschlossen werden. Das setzt entsprechende Forschungen voraus und neben den technischen und logistischen Lösungsansätzen müssen die Kenntnisse im Bereich des Verkehrsverhaltens vertiefend erforscht und so für die praktische Planungsarbeit nutzbar gemacht werden.

Über den Stiftungslehrstuhl wurden seit Bestehen vor allem Untersuchungen und Arbeiten in den Bereichen Erreichbarkeit, Siedlungsentwicklung und Verkehr, Mobilitätsmanagement und zum Mobilitätsverhalten durchgeführt. Die Region Frankfurt RheinMain und ihre häufig einmaligen Rahmenbedingungen standen dabei vielfach im Vordergrund.

Konkret unterstützte der Stiftungslehrstuhl in der Frage der Qualitätsbewertung von Mobilität, der Auswertung und Anwendung der erhobenen Mobilitätsdaten in der Region, in Fragen der Nutzerbedürfnissen in Bezug auf Mobilitätsinformationsdienstleistungen sowie der Begleitforschung zu regionalen Fahrradverleih- und Elektromobilitätsangeboten. Darüber hinaus werden gemeinsame Bachelor- und Studienarbeiten u.a. zum Dachmarketing für eine nachhaltige Mobilität betreut, deren Ergebnisse unmittelbaren Eingang in die praktische Arbeit der ivm und ihrer Gesellschafter finden.

Schüler-Radroutennetz RheinMain

Um für das Fahrrad als Verkehrsmittel zur Schule zu werben, bietet der Radroutenplaner Hessen für Schüler in der Region Frankfurt RheinMain seit September 2011 die Möglichkeit der Berechnung von Schulradrouten. Die ersten Schulradrouten im Radroutenplaner Hessen gibt es für die Stadt Frankfurt am Main. Diese Routen entstammen dem Projekt „Bike im Trend“ (durchgeführt vom Stadtschulamt Frankfurt in Zusammenarbeit mit Umweltlernen in Frankfurt e.V.).

In diesem Projekt wurden Schulradwegepläne erstellt und mit Behörden und der Polizei abgestimmt. Schülerinnen und Schüler wurden ebenso mit einbezogen. Sie erstellten in Projektwochen unter fachlicher Anleitung den ersten Entwurf des Schulradwegeplans. Denn sie sind die Spezialisten für ihren Schulweg. Sie können aus ihrem alltäglichen Erfahrungsbereich heraus kompetent Problemstellen aufdecken.

Die Schulweganalyse von Schülern und für Schüler bildet deshalb die Grundlage für die Erstellung eines Schulwegplanes für Radfahrer.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Schüler-Radroutennetz RheinMain (Fortsetzung)

Das 1999 begonnene Projekt „Bike im Trend“ ist ein beispielhaftes Projekt, das Schülerinnen und Schüler Gestaltungskompetenz für eine zukunftsfähige Entwicklung vermittelt. Anknüpfend an Erfahrungen aus der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler werden in Kooperation mit der Kommune konkrete Handlungsfelder erarbeitet und Verbesserungen realisiert.

Die erstellten Schulradwegepläne werden im Schüler-Radroutenplaner, der über die Internetseite des Radroutenplaners Hessen erreicht werden kann, abgebildet und bilden somit die Grundlage für die Routenplanung von Zuhause bis zur Schule. Neben den Schulradrouten wird das im Radroutenplaner vorhandene Radroutennetz und das allgemeine Straßen- und Wegenetz für die Routenplanung genutzt. Dabei erhält die Nutzung der Strecken des Schulradroutennetzes die oberste Priorität, gefolgt vom Radroutennetz und dem allgemeinen Straßen- und Wegenetz. Somit wird eine Routenberechnung von der Haustür bis zur Schule möglich.

Auf Initiative der ivm GmbH wird das Schüler-Radroutennetz RheinMain in den kommenden Jahren nach dem Beispiel des Projekts „Bike im Trend“ sukzessive auf die gesamte Region Frankfurt RheinMain ausgedehnt.

Als erstes zusätzliches Gebiet neben der Stadt Frankfurt am Main wurde im August 2011 in Abstimmung mit dem Kreis Groß-Gerau mit der Erstellung eines Entwurfs für ein Schul-Radroutennetz im Kreis Groß-Gerau begonnen. Der Entwurf soll im Jahr 2012 mit Vertretern von Schulen, Polizei, Straßenverkehrsbehörden und Radverkehrsbeauftragten der Kommunen diskutiert und verabschiedet werden, so dass die Informationen dann im Schüler-Radroutenplaner angezeigt werden können. Über das Internet am heimischen PC und über eine im Jahr 2011 entwickelte App für Smartphones wird dann ein Schul-Radrouting ermöglicht werden, mit dem Ziel den modal Split-Anteil des Verkehrsmittels Fahrrad für den Schulweg zu erhöhen.

Im Oktober 2011 wurde ein Antrag beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eingereicht, um mit Mitteln aus dem Nationalen Radverkehrsplan eine Ausdehnung des Schüler-Radroutennetzes RheinMain durchführen zu können.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Freizeitverkehr der Zukunft

Das Projekt rückt den Freizeitverkehr stärker in den Fokus. Wie alle anderen Verkehrszwecke dient der Freizeitverkehr nicht als Selbstzweck. Angesichts der Bedeutung der Bereiche Freizeit und Erholung für Bevölkerung und Gesellschaft gilt es vielmehr, ein Freizeitverhalten zu ermöglichen bzw. zu unterstützen, das mit den Zielen der Nachhaltigkeit in Einklang steht.

Mit dem Projekt soll der erkennbare Handlungsbedarf aufgegriffen werden. Das Projekt ist modular aufgebaut. Die einzelnen Projektbausteine sollen so definiert werden, dass die zu entwickelnden Konzepte als Pilotprojekte räumlich verortet, zugleich aber auf andere Gebiete übertragbar sind. Ziel ist es, nach Möglichkeit an erfolgsversprechenden bzw. richtungsweisenden Ansätzen anzuknüpfen und die hier noch nicht ausreichend gelösten Fragen aufzugreifen.

Felder mit Handlungsbedarf sind:

- Verbesserung der Erreichbarkeit von Zielen oder Umsteigepunkten im Freizeitverkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Entwicklung von Parkraumkonzepten für Besucher von Freizeit- und Erholungseinrichtungen
- Verbessertes Informationsangebot und Informationsvermittlung zu Freizeiteinrichtungen und deren Erreichbarkeit
- Fahrradverleihkonzepte
- Besondere Angebote zur Förderung nachhaltiger Mobilität
- Einrichtung sicherer Querungsmöglichkeiten

Das Projekt ist Teil der Nachhaltigkeitsinitiative des Landes Hessen. Die Finanzierung des Projektes erfolgt über die Nachhaltigkeitsinitiative und die ivm. Das Projekt wurde Ende 2011 mit der Bereitstellung des Schlussberichts und Dokumentation der umgesetzten Maßnahmen abgeschlossen.

Intermodale Erreichbarkeitsstrukturen

Die Erreichbarkeit von Standorten stellt sowohl für private Haushalte wie auch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen einen wesentlichen Standortfaktor dar. Die Kenntnis über die heutigen und zukünftigen Erreichbarkeitsstrukturen und -qualitäten stellt

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Intermodale Erreichbarkeitsstrukturen (Fortsetzung)

neben der Kenntnis über die nachfrageseitige Entwicklung eine wesentliche Grundlage für strategische, planerische und investive Maßnahmen dar.

Darüber hinaus gewinnt im interkommunalen und interregionalen Vergleich zunehmend auch die Qualität von Erreichbarkeitsstrukturen für größere Raumeinheiten (Gemeinde, Landkreis, Region) an Bedeutung. Seit 2009 steht den Gesellschaftern der ivm GmbH ein Instrumentarium zur Verfügung, um die Erreichbarkeit einzelner Standorte „messen“, darstellen und bewerten zu können. Aufbauend auf dieser Analyse wird es möglich, konkrete Verbesserungen bei den Angeboten im Individualverkehr (IV) oder öffentlichen Verkehr (ÖV) zu erreichen.

Die Machbarkeitsstudie hat gezeigt, dass insbesondere für kleinräumigere Analysen und Bewertungen im ÖV detaillierte Datengrundlagen in ein Erreichbarkeitswerkzeug eingepflegt werden müssen. Die Datenaufbereitung war daher neben der inhaltlichen Darstellung und Projektbegleitung ein wesentlicher Bestandteil der Arbeiten in 2011.

In 2011 hat die ivm GmbH aktiv und projektbezogen Erreichbarkeitsanalysen für die Region Frankfurt RheinMain durchgeführt. Aktuelle Anknüpfungspunkte ergaben sich bei der Aufstellung der kommunalen Nahverkehrspläne und des regionalen Nahverkehrsplans. Gemeinsam mit der RTW-Planungsgesellschaft wurden die durch die Regionaltangente West erzielbaren Erreichbarkeitsverbesserungen untersucht. Darüber hinaus wurde das Erreichbarkeitstool weiter ausgebaut, um die Wohnstandortanalysen im Rahmen des Programms zum betrieblichen Mobilitätsmanagement in Südhessen durchzuführen.

Ein weiterer Anwendungsfall war die Fortführung der Standortanalysen für ein regionales Car-Sharing-Konzept. Zudem wurde die Eignung des Erreichbarkeitstools für die Analyse von Verkehrsfolgen von Siedlungsentwicklungen bewertet.

Die ivm GmbH hat zudem Praxisworkshops zum Thema Erreichbarkeitsuntersuchung und Bewertung durchgeführt und zusammen mit Gesellschaftern weitere Anwendungsfelder analysiert, welche 2012 in konkreten Projekten umgesetzt werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2008

Das Projekt verfolgt den Aufbau eines Mobilitätsverhaltenspanels und ergänzt das 2010 abgeschlossene Projekt P 060-06. Bei der Panelerhebung wird eine definierte Menge von Haushalten (Kohorte) einmal im Jahr über drei Jahre hinweg befragt. Da einzelne Haushalte im Laufe der drei Jahre nicht mehr zur Verfügung stehen, schrumpft die Anzahl der Haushalte innerhalb einer Kohorte im Laufe der drei Jahre.

Um diesen Verlust auszugleichen, wurde im Jahr 2008 eine zweite Kohorte mit erneut 500 Haushalten angeworben und befragt.

Die Vergabe der Leistungen erfolgte im August 2008. Die Befragung der angeworbenen Haushalte erfolgte im Herbst 2008, Herbst 2009 und Herbst 2010. Das Projekt wurde mit der Bereitstellung der Befragungsdaten in 2011 abgeschlossen.

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2009

Auch mit diesem Projekt wird die Erhebung von Daten zum Mobilitätsverhalten verfolgt. Die Erhebung wird nach denselben Verfahren durchgeführt wie die bereits laufenden Panelerhebungen. Damit ist die Kompatibilität der erhobenen Daten untereinander gewährleistet.

Auch in der Kohorte 2009 wurden erneut 500 Haushalte angeworben, die zuerst im Jahr 2009 und anschließend in den Jahren 2010 und 2011 befragt wurden.

Die Vergabe der Leistungen erfolgte im Herbst 2009. Das Projekt wird mit der Bereitstellung der Befragungsdaten im Frühjahr 2012 abgeschlossen.

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt

Das Projekt steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Aktivitäten in der Region Frankfurt-RheinMain, die darauf abzielen, den Ansatz des (betrieblichen und standortbezogenen) Mobilitätsmanagements im Rahmen einer strategischen Weiterentwicklung systematisch und flächenhaft umzusetzen. Gemeinsam mit dem RheinMain-Verkehrsverbund, den Städten und Landkreisen in der Region Frankfurt Rhein-Main sowie den Lokalen Nahverkehrsorganisationen werden dabei über verschiedene Aktivitäten und Programme Unternehmen und öffentliche Einrichtungen gezielt angesprochen und bei der Erarbeitung von nachhaltigen Mobilitätsmanagementkonzepten unterstützt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt (Fortsetzung)

Um die Ansprache und Umsetzung zielgerichtet vornehmen zu können und um bereits vor Beginn zu einer Abschätzung der potenziellen Effekte der Mobilitätsmanagementmaßnahmen zu kommen, wurde im Jahr 2011 im Rahmen dieses Projektes, das aus dem Programm Staufreies Hessen 2015 vom Land Hessen gefördert wird, die zuvor entwickelte und hinsichtlich ihrer Machbarkeit geprüfte Methodik angewandt. Gegenstand der Arbeiten war die Bewertung von Standorten (unternehmensübergreifend) hinsichtlich ihrer Voraussetzungen und Eignung für die Einführung und Umsetzung von Maßnahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements und, auf dieser aufbauend, eine erste Abschätzung der Wirkungen auf Verkehr und Umwelt. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der Untersuchung der Voraussetzungen für eine gezielte Förderung der ÖPNV-Nutzung (auch über die Einführung von Jobtickets).

Das Untersuchungsgebiet der Pilotanwendung umfasste die Städte Frankfurt a. M., Offenbach a. M., Darmstadt, Bad Homburg v. d. H., den Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie den Kreis Offenbach. Die Durchführung erfolgte in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Jobticket und Mobilitätsmanagement des Rhein-Main-Verkehrsverbundes.

Die Ergebnisse ermöglichen die räumliche Priorisierung bei der Planung von Maßnahmen des Mobilitätsmanagements sowie eine erste Einschätzung der Wirkpotenziale. Auch die Analyse von Defiziten ist möglich. Neben ihrer Bedeutung für die strategische Weiterentwicklung und Umsetzung von Mobilitätsmanagement stellen die bereits erzielten Ergebnisse für die ÖPNV-Aufgabenträger und den Rhein-Main-Verkehrsverbund eine wertvolle Grundlage für die zukünftige Angebotsgestaltung im Öffentlichen Verkehr dar.

Schulisches Mobilitätsmanagement – Begleitung

Auch im dritten Jahr seiner Umsetzung ist eine stetig steigende Nachfrage zum schulischen Mobilitätsmanagement bei den Gesellschaftern zu beobachten. Es entwickelt sich damit zu einem dauerhaften Aspekt der Arbeit der ivm GmbH. Schwerpunkte lagen im Jahr 2011 einerseits in der weiteren Unterstützung von Gesellschaftern bei konkreten Pilotprojekten vor Ort sowie andererseits in der Aufbereitung der bisherigen Erkenntnisse, um Akteure vor allem in Politik und Verwaltung bei der Einführung und Umsetzung von Schulischem Mobilitätsmanagement (SMM) zu unterstützen. Die Vernetzung auf regionaler und Landesebene gestaltet sich weiterhin schwierig. Bemerkenswert ist die zunehmende, positive Wahrnehmung der Projekte zum schulischen Mobilitätsmanagement der ivm auch außerhalb der Region.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Schulisches Mobilitätsmanagement – Begleitung (Fortsetzung)

Bislang stand bzw. steht die ivm mit folgenden Gesellschaftern zu diesem Thema in Kontakt: Stadt Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg, Rheingau-Taunus-Kreis, Kreis Groß-Gerau, Stadt und Kreis Offenbach, Stadt Hanau, Stadt Wiesbaden und Wetteraukreis. Dabei konnten jeweils nur eine begrenzte Anzahl an Gesellschaftern im gleichen Zeitraum intensiver betreut werden.

So wurde die Stadt Offenbach finanziell und personell beim Aufbau eines Netzwerkes unterstützt. Dies mündete in die nun erfolgreiche eigenständige Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, auch weiterhin unter Begleitung der ivm. Das Projekt zur zukunftsfähigen Schülerbeförderung im Kreis Offenbach wurde im Rahmen dieses Projektes in der Endphase ebenfalls weiterhin betreut. Wie geplant konnte 2012 Schulisches Mobilitätsmanagement auch im Kreis Groß-Gerau starten. Aufgrund von Synergieeffekten aus der aktuellen Erarbeitung eines kreisweiten Radverkehrskonzeptes liegt der Fokus zunächst auf dem Aspekt Schülerradverkehr. Dazu werden unter Federführung der ivm sowie des Kreises für alle weiterführenden Schulen des Kreises Schülerradroutenpläne erarbeitet und über den Radroutenplaner Hessen zugänglich gemacht.

Parallel dazu führt die Lokale Nahverkehrsgesellschaft Groß-Gerau ein Projekt zur Optimierung der Schülerbeförderung, abgeleitet aus dem gemeinsamen Projekt der ivm und der KVG Offenbach, durch. In der Folge sind eine Zusammenführung der Ergebnisse und eine intensivere Zusammenarbeit mit ausgewählten Schulen geplant.

Im Wetteraukreis (Pilotgebiet Glauburg/Ortenberg/Ranstadt) konnten das Netzwerk erfolgreich etabliert und Zuständigkeiten sowie Arbeitsschwerpunkte (Schulstandort Konradsdorf) bestimmt werden. Der öffentlichkeitswirksame Start von Umsetzungsprojekten findet im Rahmen einer Veranstaltung im Frühjahr 2012 statt. Die Arbeiten rund um das Schulzentrum Hanau-Nordwest wurden ebenfalls intensiv weitergeführt.

Mit dem Ziel der dauerhaften Verankerung von Schulischen Mobilitätsmanagement im alltäglichen Handeln vor allem in den Verwaltungen wurde begonnen, die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse in einem Handbuch zusammenzufassen, welches praxisnahe und problemorientierte Anleitungen bereithalten soll. Das Handbuch dient zukünftig als zentrales Instrument zur Ansprache von Gesellschaftern und des Aufbaus lokaler Netzwerke.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Schulisches Mobilitätsmanagement – Begleitung (Fortsetzung)

Die Erkenntnisse schließen einfache Methoden zur Datenerhebung, der Netzwerkbildung sowie auch die Resultate der gemeinsam mit der Unfallkasse Hessen (UKH) durchgeführten Studie zum Mobilitätsverhalten und Unfallgeschehen von Schülern in Hessen mit ein. Hieraus lässt sich u. a. eine besondere Notwendigkeit in der sichereren Gestaltung des Schülerradverkehrs ableiten. Dies wiederum korrespondiert mit den Interessen der Akteure vor Ort. Erstes Ziel ist dabei die Schaffung eines flächendeckenden Schülerradroutennetzes in der Region Frankfurt RheinMain für weiterführende Schulen.

Die Intensivierung der Kontakte in der Region und im Land Hessen, die in den vergangenen Jahren vor allem durch die Jahrestagung des Hessischen Verkehrssicherheitsforums der UKH ermöglicht wurden, konnten durch dessen Absage aufgrund immer knapper werdender Ressourcen bei den Beteiligten nicht in dem Maße fortgeführt werden. Aufmerksamkeit über die Grenzen der Region hinaus wurde u. a. über die Vorstellung der ivm-Aktivitäten im Rahmen einer Veröffentlichung sowie die Moderation eines Workshops bei der Jahrestagung des Netzwerkes verkehrssichere Städte des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg erreicht. Seit 2011 existiert der Verein „Junge Menschen und Mobilität“ als bundesweite Plattform von Akteuren im schulischen Mobilitätsmanagement. Die ivm ist hier von Anfang an vertreten und profitiert vom praktischen Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Regionales Car-Sharing-Konzept (Konzeptstudie)

Im Rahmen der Konzeptstudie wurden im Herbst 2011 ausgewählte, konkrete und praxisbezogene Fragestellungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Car-Sharing in den Kommunen des ivm-Gebietes geklärt. Diese bezogen sich zum einen auf die Frage der Stellplatzausweisung, insbesondere im öffentlichen Straßenraum, zum anderen auf Förderung von Angeboten in Klein- und Mittelstädten. Konkrete Anknüpfungspunkte gibt es dazu u. a. in den Bemühungen der Stadt Mainz, der Nachfrage nach Car-Sharing besser gerecht zu werden, sowie zahlreichen Anfragen kleinerer Kommunen aus der Region Frankfurt RheinMain bei Workshops zum Klimaschutz („100 klimaaktive Kommunen“), Mobilitätsmanagement u. ä.

Bisherige bundesweite Erfahrungen und Best-Practise-Beispiele wurden aufgezeigt und auf die Rahmenbedingungen in den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen angepasst.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Regionale Leihfahrradkonzepte

Die ivm hat sich zum Ziel gesetzt, die Vorbereitung eines flächendeckenden und weitestgehend einheitlichen regionalen Systems für Fahrradverleih in der Region Frankfurt RheinMain voranzutreiben. Einen ersten Ansatzpunkt bietet dabei der Pedelecverleih. Bei der Einführung neuer Angebote soll darauf geachtet werden, dass diese mit den bestehenden kompatibel sind, um später in ein regionales Netz eingebunden werden zu können. So soll darauf aufbauend später ein Konzept für ein regionales Leihfahrradsystem auch mit herkömmlichen Fahrrädern erstellt werden.

Im Hochtaunuskreis wurde der Aufbau einer Verleihstation für Elektrofahrräder (Pedelects) als erster Baustein eines regionalen Konzepts konzipiert und die Umsetzung begleitet. Der Pedelecverleih wurde im Rahmen des Hessentags in Oberursel beworben. Da das Thema Leihfahrräder, insbesondere mit elektrischer Unterstützung eine große Rolle spielt, fand eine Veranstaltung zum „Regionalen Austausch Pedelecverleih“ das erste Mal in der Region statt. Es hat sich gezeigt, dass ein großes Interesse der Gesellschafter und Akteure an diesem Thema vorhanden ist, insbesondere, wenn es um die Themen vertragliche Rahmenbedingungen, Finanzierung und Kommunikation der Angebote geht.

Um den Mangel in der Wegebeschilderung für Radfahrer am Feldberg zu beheben, wurden Fahrradrouten am Feldberg in eigenem Layout (kompatibel zu vorhandenen mit dem Naturpark Hochtaunus und dem Hochtaunuskreis) abgestimmt. Die Wegweiser wurden im Dezember 2011 angebracht.

Radroutenplaner Hessen

Der Radroutenplaner Hessen erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Bis Ende des Jahres 2011 wurden 235 Mio. Seitenaufrufe verzeichnet.

Dieser Erfolg ist darauf zurückzuführen, dass der Internetplaner auch auf vielfachen Wunsch der Nutzer kontinuierlich verbessert wird und mit technisch hochstehenden Funktionalitäten aufwarten kann.

Um den Bekanntheitsgrad weiter zu steigern, wurde der Radroutenplaner Hessen im Jahr 2011 auf wichtigen Veranstaltungen vorgestellt:

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Radroutenplaner Hessen (Fortsetzung)

- Hessentag Oberursel
- Oberursel fährt ab
- Fahrrad-Informations-Tag Kreis Offenbach, Rödermark
- Radreisemarkt Frankfurt
- Umweltinformationstag Darmstadt
- ADFC-Radler-Fest, Frankfurt
- Gesund altern – mit dem Fahrrad in Bewegung bleiben, Hofheim am Taunus
- Europäische Woche der Mobilität in Frankfurt
- 8. Hessischer Mobilitätskongress, Messe Frankfurt
- Bundesweite Fahrrad-Kommunalkonferenz, Kassel

Die Schwerpunkte der Weiterentwicklung lagen im Jahr 2011 auf folgenden Themen:

- Freischaltung der neuen Bedieneroberfläche (Pressekonferenz mit Herrn Minister Posch, Landespressekonferenz)
- Veröffentlichung der App-Versionen des Radroutenplaners Hessen für Smartphones (Betriebssysteme iOS und Android)
- Freischaltung des Schüler-Radroutenplaners mit speziellen „Fahrradrouten zur Schule“
- Verknüpfung mit dem Radroutenplaner Thüringen
- Ergänzung der Radroutenplaner-Apps um die Möglichkeit, Meldungen für die Meldeplattform Radverkehr unterwegs abzusetzen
- Ergänzung der Radroutenplaner-Apps zur Anzeige von Bett + Biks-Informationen unterwegs
- Entwicklung einer Schüler-Radroutenplaner-App
- Entwicklung einer Funktion Rundroutenplaner
- Darstellung von Höhenprofilen auf den Übersichtsseiten der Themenrouten
- Entwicklung eines Imagefilms zur Bewerbung des Radroutenplaners
- Erstellung eines neuen Werbeflyers

Meldeplattform Radverkehr

Die im Radroutenplaner Hessen integrierte Meldeplattform Radverkehr ermöglicht es, bauliche und die Verkehrssicherheit beeinflussende Mängel für den Radverkehr auf einer digitalen Karte zu verorten und die Meldung mittels eines Mängelkatalogs, ggf. mit digitalen Fotos ergänzt, zu beschreiben.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Meldeplattform Radverkehr (Fortsetzung)

Der zuständige Sachbearbeiter der betroffenen Kommune wird mittels E-Mail über den Meldungseingang informiert. Die eingehenden Meldungen werden über die Plattform verwaltet und auf einer Übersichtskarte dargestellt. Die meldende Person wird über den Eingang der Meldung und ggf. auch über den Bearbeitungsstand informiert.

Die seit April 2010 für die Öffentlichkeit erreichbare Internetseite wurde im Jahr 2011 auf Anregung der Sachbearbeiter in den Kommunen technisch optimiert, so dass insbesondere auf der Sachbearbeiterseite Funktionen vereinfacht und verbessert wurden.

Im Frühjahr 2011 wurden sämtliche hessischen Landkreise und kreisfreien Städte über die Möglichkeit einer kostenlosen Teilnahme der Kommunen an der Meldeplattform Radverkehr informiert. Bei Interesse der Landkreise wurden die Kommunen über die Meldeplattform Radverkehr informiert.

Die Anzahl der teilnehmenden Kommunen erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres 2011 von 84 Anfang Januar 2011 auf 171 (davon 98 aus dem ivm-Gebiet) am Ende des Jahres 2011.

Die eingehenden Meldungen werden einer statistischen Auswertung unterzogen, um die Akzeptanz des Systems zu prüfen und um Hinweise auf strukturelle Defizite im Bereich der Radwege und des Radroutennetzes zu erhalten.

Per 31.12.2011 waren 2.880 Meldungen in der Datenbank eingegangen (etwa 50 % davon für das Gebiet der Stadt Frankfurt am Main). Auf zahlreichen Homepages der teilnehmenden Stadt- und Gemeindeverwaltungen wird auf die Meldeplattform Radverkehr hingewiesen. Daneben wurde in der Lokalpresse und auf www.hr-online.de über das Projekt berichtet.

Pendlerportal Weiterentwicklung

Im Berufsverkehr sind die Fahrzeuge im statistischen Mittel derzeit mit nur etwas mehr als einer Person besetzt. Die anderen 3 – 4 Mitfahrerplätze bleiben meist ungenutzt. Die Bildung von organisierten Fahrgemeinschaften ist ein Baustein, um den Besetzungsgrad der Fahrzeuge zu erhöhen und somit die Verkehrsbelastung zu verringern und den Schadstoffausstoß zu reduzieren. Darüber hinaus trägt die Förderung von Fahrgemeinschaften zur Mobilitätssicherung im ländlichen Raum bei.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Pendlerportal Weiterentwicklung (Fortsetzung)

Die ivm GmbH stellt daher seit 2004 (zunächst mit dem Pendlernetz RheinMain) ein Angebot zur internetgestützten Fahrgemeinschaftsvermittlung für Berufspendler in der Region Frankfurt RheinMain bereit.

Von den Nutzerzahlen liegt das im Oktober 2010 eingeführte Pendlerportal Hessen bei ca. 1.000 Suchanfragen pro Monat. Es wurden seit der Einführung knapp 200 Fahrten vermittelt, was alleine eingesparten Energiekosten von über einer halben Mio. € entspricht.

Auch grenzüberschreitendes Pendeln nach Rheinland-Pfalz ist mit dem Pendlerportal durch die Systemgleichheit abgedeckt und sämtliche Mitfahrerparkplätze in Hessen sind im Pendlerportal integriert. Darüber hinaus ist eine Verknüpfung mit dem ÖPNV vorhanden. Für die Region Frankfurt RheinMain wurden ergänzend zur hessenweiten Suche auf Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte lokale Suchportale eingerichtet. Zudem wurde 2011 die Zusammenarbeit mit Unternehmen im Bereich des betrieblichen Mobilitätsmanagements und damit auch der Fahrgemeinschaftsvermittlung intensiviert.

Im Marketingbereich wurde weiterhin auf den regionalen und kommunalen Portalen geworben. Es wird deutlich, dass v.a. die größeren Kommunen wie Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und Mainz die höchste Anzahl an Gesuchen und Angeboten aufweisen. 2011 wurde das Pendlerportal auf etlichen Messen und Veranstaltungen vorgestellt. Das Pendlerportal wurde als Pilotanwendung am Hessentag als „Eventtool“ eingesetzt.

Im Sommer 2011 wurde die Fahrplanauskunft des RMV im System verbessert, eine Integration ÖPNV ist in Planung.

Verkehrsmanagement bei Großveranstaltungen

Die ivm GmbH stand 2011 der Stadt Oberursel für die verkehrlichen Vorbereitungen zum Hessentag 2011 zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt die ivm GmbH in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und der Staatskanzlei die Stadt Wetzlar (Hessentag 2012) aktiv in Fragen der Projektorganisation und des Verkehrsmanagements. In beiden Städten gibt es eine Arbeitsgruppe „Verkehr“, in der die ivm GmbH jeweils die Koordinierung, Moderation und das Berichtswesen der Arbeitsgruppensitzungen übernommen hat.

Grundlage für diese Unterstützungstätigkeit ist in allen Fällen der „Leitfaden zum Veranstaltungsverkehr, den die ivm GmbH für ihre Gesellschafter im Jahr 2007 im Nachgang zur FIFA Fußballweltmeisterschaft erarbeitet hat.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Dynamische Erfassung und Darbietung der Belegung von Park + Ride-Plätzen

Park + Ride wird zunehmend als Option in die Mobilitätsauskünfte für die Region Frankfurt RheinMain integriert. Um verlässliche Informationen an den Verkehrsteilnehmer weitergeben zu können, ist es erforderlich, Informationen über die aktuelle Belegung und Auslastung der Park + Ride-Anlagen in der Region zur Verfügung zu stellen. Mit punktuell erhobenen, statischen Belegungskennwerten kann jedoch der hieraus abzuleitende Anspruch nicht erfüllt werden. Erforderlich wäre demnach die automatisierte Detektion der Belegung.

Die ivm hat Ende 2010 ein Konzept fertig gestellt, welches sich mit dem Fragenkomplex befasste, welche Technologien für die Detektion der Parkplatzbelegung geeignet sind, in welcher Konfiguration diese an welchen Anlagen zu installieren sind, welche Kosten für Installation und Betrieb entstehen, welche Informationen Nutzern vermittelt werden sollten, aus welchen Gründen und in welchem Maße Fehldetektionen auftreten und wie diese vermindert bzw. ausgeglichen werden können.

Während bei der Konzeptentwicklung zunächst die Detektion in Zu- und Ausfahrten als die günstige Variante erschien, blieben für diese im Rahmen einer 2011 auf Basis des Konzeptes durchgeführten Ausschreibung einer Pilotanwendung 2011 wesentliche Fragen des Fehlermanagements offen. Zudem zeigte sich, dass die Bedingungen für eine sehr kostengünstige Installation von Detektoren in Zu- und Ausfahrten nur an wenigen Anlagen in der Region gegeben sind.

Mobilitätsmasterplan Region Frankfurt RheinMain (MoMa-Plan)

Anlass für den MoMa-Plan war die Erkenntnis, dass es zukünftig schon allein aus finanziellen Gründen nicht möglich sein wird, alle geplanten Infrastrukturmaßnahmen in der Region zeitnah zu realisieren. Daher müssen aus der Vielfalt aller in der Region vorgesehenen Projekte diejenigen ermittelt werden, die für die ganze Region den höchsten Nutzen haben. Um ein solches Projektbündel herauszuarbeiten, wurden im Jahr 2008 ein Bewertungsmaßstab und ein Bewertungsverfahren entwickelt. Die Bewertungsergebnisse wurden im Fachbeirat, in dem Vertreter der Fachebene Verkehr aller Gesellschafter der ivm vertreten waren, diskutiert und abgestimmt.

Nach der Vorlage und Diskussion des Schlussberichts Ende des Jahres 2010 in den Gremien der ivm wurde eine veröffentlichungsfähige Version des Berichts erarbeitet. Diese liegt seit Mai 2011 vor und steht auch im Internet zum Download zur Verfügung.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Mobilitätsmasterplan Region Frankfurt RheinMain (MoMa-Plan) (Fortsetzung)

Im Rahmen einer Fachveranstaltung zur „Zukunft der Mobilität in Frankfurt Rhein-Main“ in Kooperation mit der IHK Frankfurt am Main wurde der MoMa-Plan der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden in Expertenworkshops Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze für die Region Frankfurt Rhein-Main im Hinblick auf die Entwicklung und Finanzierung von Mobilität, aber auch die Anforderungen an die Logistik diskutiert. Die Workshop-Ergebnisse wurden mit Unterstützung durch die ivm aufbereitet und von der IHK Frankfurt in einem Dokumentationsband veröffentlicht.

Wirtschaftsverkehr RheinMain 2030 – Streckenbelastungsanalyse für Straße und Schiene

Im ivm-Projekt P 60-001-07 „Wirtschaftsverkehr Region Frankfurt RheinMain 2030“ wurde das Güterverkehrsaufkommen für das Jahr 2006 analysiert und aufbauend darauf für die Jahre 2020 und 2030 prognostiziert. Diese Daten liegen der ivm vor gegliedert nach:

- 27 Landkreisen und kreisfreien Städten (Hessen + Stadt Mainz)
- 10 NSTR-Güterabteilungen
- 7 Verkehrsrelationen (Binnenverkehr, Quell- und Zielverkehr aus dem/in den Untersuchungsraum (Hessen + Mainz), Quell- und Zielverkehr aus/nach Deutschland, Quell- und Zielverkehr aus/nach Europa).

Darüber hinaus liegen Daten für den Transitverkehr durch Hessen und Mainz vor.

Auf Basis dieser Daten wird im Rahmen des Projekts untersucht, auf welchen Strecken des Verkehrsnetzes (Straße und Schiene) die Güter transportiert werden und welche Engpässe auftreten können. Dazu werden die Daten aus der Untersuchung „Wirtschaftsverkehr Region Frankfurt RheinMain 2030“ auf das bestehende Straßen- und Schienennetz in Hessen (+ Stadt Mainz) umgelegt. Hierfür wird das Verkehrsmodell der Region Frankfurt Rhein Main (VDRM) genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe, das auf Kreisebene prognostizierte Güteraufkommen auf Verkehrszellen herunter zu brechen und anschließend auf das Verkehrsnetz umzulegen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde die Phase 1 (Darstellung des methodischen Ansatzes) des Projektes begonnen und abgeschlossen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Wirtschaftsverkehr RheinMain 2030 – Streckenbelastungsanalyse für Straße und Schiene (Fortsetzung)

Daneben konnte mit der zweiten Phase begonnen werden, in der mit Hilfe der Basisdaten und des Verkehrsmodells das Güteraufkommen entsprechend dem vorgesehenen methodischen Ansatz auf das bestehende Verkehrsnetz umgelegt werden soll. Im Ergebnis werden Aussagen erwartet, ob und ggf. wo Engpässe im Verkehrsnetz zu erwarten sind.

Als Ergebnis wird eine Bewertung erwartet, die Aufschlüsse über die Dringlichkeit von Ausbaumaßnahmen aufgrund einer Engpassanalyse zulassen.

Das Projekt wird im Geschäftsjahr 2012 fortgeführt.

Entwicklung von Strategien zur Luftreinhaltung am Beispiel der Stadt Offenbach

Durch die Einführung von Umweltzonen versuchen die Städte ihrer Verpflichtung zum Handeln nachzukommen, wenn die Grenzwerte der Umweltbelastung überschritten werden. Während bisher die Feinstaubbelastung im Vordergrund der Maßnahmen stand, richtet sich jetzt die Aufmerksamkeit überwiegend auf die NOx-Belastungen.

Im März 2011 wurde eine von der ivm GmbH und der Stadt Offenbach in Auftrag gegebene Studie abgeschlossen und öffentlich vorgestellt. An zwei verkehrsnahen Standorten wurde nachgewiesen, wie sich Wetterlage und örtliche Verkehrslage auf Schadstoffbelastungen auswirken. Ziel eines Folgeprojektes war es, aufbauend auf den Ergebnissen der Strategien zur Luftreinhaltung für die Stadt Offenbach am Main erweiterte Strategien zur Reduzierung der Umweltwirkungen des Verkehrs zu entwickeln und vor allem die Übertragbarkeit auf andere Gesellschafterkommunen zu überprüfen.

Zur Erfassung der Anforderungen an eine Gesamtstrategie wurden zunächst die kritischen Stellen im Offenbacher Straßennetz ermittelt und gelistet. Dazu wurde die Vorgehensweise zur Identifizierung von Umwelthotspots erläutert. Das methodische Vorgehen im Rahmen dieses Projektes orientierte sich an der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Strategieentwicklung von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV 2003). Damit wurde auf eine allgemeingültige Richtlinie zurückgegriffen, welche eine Übertragbarkeit der Methodik und der Ergebnisse gewährleistet.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2011 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Entwicklung von Strategien zur Luftreinhaltung am Beispiel der Stadt Offenbach (Fortsetzung)

Die Strategien sind auf das gesamte strategische Straßennetz der Stadt Offenbach bezogen. Bei der Bildung der Strategien wurde Luftschadstoffe (Feinstaub, NOx), klimawirksame Stoffe (CO₂) sowie verkehrsbedingter Lärm berücksichtigt.

Mit dem Abschluss der Untersuchung ist im April 2012 zu rechnen.

Projekte 2012 (Vorschau -auszugsweise)

DIVIS – Personalisierter Mobilitätslotse (Weiterentwicklung)

Das Projekt DIVIS ist Teil der Nachhaltigkeitsinitiative des Landes Hessen und erstreckt sich über den Zeitraum 2010 bis 2012. Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines verkehrsmittelübergreifenden Informationsdienstes, mit dem jeder Nutzer seine individuelle Mobilität planen und optimieren kann. Der geplante Mobilitätslotse soll die Nutzer dabei sowohl vor als auch während der Fahrt informieren und beraten.

Die Finanzierung des Projektes erfolgt über das Land Hessen (Nachhaltigkeitsinitiative), den RMV und die ivm. Mit dem Projekt wurde Ende 2011 eine erste Version des personalisierten Mobilitätslotsen bereitgestellt. Das Projekt wird bis Mitte 2012 abgeschlossen. Anschließend muss mit dem RMV und den Gesellschaftern der ivm die weitere Nutzung und Entwicklung abgestimmt werden. Geplant ist die Realisierung weiterer Funktionalitäten und die Nutzung zusätzlicher lokaler und regionaler Daten.

Regionales Park + Ride/Bike + Ride – Konzept

In 2012 sollen die erarbeiteten Planungsmethoden zu P + R und B + R auf weitere Korridore bzw. Teilregionen im RMV-Gebiet (z.B. Hanau-Fulda und Bad Vilbel-Marburg) übertragen werden. Ziel ist die Erstellung eines gesamtregionalen Konzeptes inkl. Analyse/Erhebung (soweit notwendig) und die Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes sowie die Weiterentwicklung der Planungsgrundlagen und Methoden.

Dynamische Erfassung und Darbietung der Belegung von Park + Ride – Plätzen

Im Rahmen einer 2011 vorgenommenen Ausschreibung eines Pilotprojektes zur Detektion der Belegung an P + R – Plätzen in Zu- und Ausfahrten wurde seitens einiger der beteiligten Unternehmen auf in der Entwicklung bzw. Erprobung befindliche neue Technologien („Mini-Schleife“) hingewiesen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2012 (Vorschau - auszugsweise) (Fortsetzung)

Dynamische Erfassung und Darbietung der Belegung von Park + Ride – Plätzen (Fortsetzung)

Es wird angenommen, dass unter deren Verwendung die Realisierung einer Einzelplatzdetektion auf Anlagen kleiner bis mittlerer Größe zu ähnlichen Kosten zu realisieren wäre, wie die Detektion in Zu- und Ausfahrten. Da mittelgroße P + R – Plätze mit bis zu 100 Stellplätzen die am häufigsten in der Region anzutreffende Anlagengröße repräsentieren, die Umsetzbarkeit weitgehend unabhängig von der Anordnung der Stellplätze und der Zufahrten ist und insbesondere die Anfälligkeit für Fehldetektionen begrenzt ist, ist nun für 2012 geplant, die Eignung dieser Technologie anhand eines Pilotprojektes zu demonstrieren. Die Technologie soll an ein- bis zwei Standorten praktisch erprobt und bei Erfolg weiter betrieben werden. Eine Abstimmung der Planung und Realisierung mit dem HLSV ist vorgesehen.

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt

Nach der 2011 erfolgten Standortbewertung und einer ersten Potenzial- und Wirkungsabschätzung sollen in einem weiteren Schritt 2012 Abschätzungen der Wirkungspotenziale von Mobilitätsmanagement an den gut bewerteten Standorten erfolgen (Standortbezogen und im Netzzusammenhang), ggf. unter Annahme unterschiedlicher Umsetzungsintensitäten. Für die aufgrund einer schlechten ÖPNV-Erreichbarkeit als mittel bis schlecht eingestuften Standorte sollen beispielhaft Aussagen dahingehend getroffen werden, ob und in welchem Maße mit einer verbesserten Anbindung des ÖPNV weitere Potenziale erschlossen werden können.

Die Anwendung der Wirkungs- und Potenzialabschätzung soll in weiteren Teilen der Region erfolgen, perspektivisch sollen gesamtregionale Betrachtungen ermöglicht werden.

Schulisches Mobilitätsmanagement

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Jahr 2012 liegt auf der Begleitung und Fortführung begonnener Projekte (insbesondere Stadt Offenbach, Wetteraukreis, Stadt Hanau und Kreis Groß-Gerau) sowie auf einer mittelfristigen Verstetigung und Verankerung von Aufgaben des Schulischen Mobilitätsmanagements. Verbunden mit der Vermittlung des Handbuches und dem Aufbau einer Informationsplattform kann so das Thema auf eine breitere Grundlage gestellt und die Gesellschafter in ihrer selbständigen Arbeit unterstützt werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2012 (Vorschau - auszugsweise) (Fortsetzung)

Schulisches Mobilitätsmanagement (Fortsetzung)

Vor dem Hintergrund des Umbruchs in der Schullandschaft und den notwendigen Ressourcen für einen dauerhaften „Betrieb“ auf Verwaltungsseite wird gemeinsam mit den Gesellschaftern und Akteuren die Diskussion über eine sinnvolle und zielfördernde Aufgabenverteilung angeregt.

In Hanau werden aufbauend auf den Erkenntnissen aus der Auswertung der Schülerdaten und der Befragung der Berufsschüler für das kommende Jahr weitere konkrete Maßnahmen umgesetzt und geplant. Dabei steht die berufsschülergerechte Förderung von ÖPNV, Radfahren und Fahrgemeinschaften in Zusammenarbeit aller beteiligten Partner als Ziel. Mobilitätsinformationen sollen verbessert und verstetigt werden. Die Stadt Hanau wird dabei auch in 2012 bei der Entschärfung der verkehrlichen Problemlage im Gebiet Hanau Nordwest von der ivm in einer koordinierenden Rolle unterstützt.

Radroutenplaner Hessen (Weiterentwicklung)

Folgende Weiterentwicklungen im Radroutenplaner Hessen sind für 2012 geplant:

- Erweiterung des Schüler-Radroutenplaners um die neu erarbeiteten Schüler-Radroutennetze aus dem Projekt P 12-006-09
- Fertigstellung und Veröffentlichung des Imagefilms „Radroutenplaner Hessen“
- Systematische Auswertung des Nutzerverhaltens des Radroutenplaners Hessen (Zugriffsstatistik)
- Einarbeitung zusätzlicher Informationen, wie Leihstationen für Fahrräder und E-Bikes
- Auswahl einer Route nach der Oberflächenbeschaffenheit (z.B. Route möglichst auf Asphalt)

Der „Radroutenplaner Hessen“ soll auch im Geschäftsjahr 2012 wieder bei Veranstaltungen mit Radfahrpublikum präsentiert werden.

Meldeplattform Radverkehr (Weiterentwicklung)

Bis zum 31.12.2011 haben sich 171 Kommunen aus Hessen für eine Teilnahme an dem System angemeldet, davon 98 aus dem ivm-Gebiet. Die ivm GmbH wird als Moderator des Systems den Kommunen für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Auf der Grundlage dieser Anregung wird das System bei Bedarf ggf. weiter optimiert.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2012 (Vorschau - auszugsweise) (Fortsetzung)

Meldeplattform Radverkehr (Weiterentwicklung) (Fortsetzung)

Für das Jahr 2012 ist die Freischaltung einer Zusatzfunktion in der Radroutenplaner-Hessen-App geplant, in der Meldungen von unterwegs mit dem Smartphone abgesetzt werden können. Daneben soll die Meldeplattform Radverkehr ein eigenes Erscheinungsbild erhalten. Kommunen wird ein Meldeplattform Radverkehr-Logo zur Verfügung gestellt, das sie auf ihrer Homepage veröffentlichen und damit auf die Meldeplattform Radverkehr verlinken können.

Die eingehenden Meldungen werden einer statistischen Auswertung unterzogen, um die Akzeptanz des Systems zu prüfen und um Hinweise auf strukturelle Defizite im Bereich der Radwege und des Radroutennetzes zu erhalten.

Regionales Car-Sharing-Konzept

Im Rahmen dieses Arbeitsfeldes sollen 2012 wesentliche, bislang noch unzureichend betrachtete Aspekte für eine sinnvolle Einbindung von Car-Sharing in das kommunale sowie regionale Verkehrsangebot beleuchtet werden. Ziel ist die Bereitstellung der 2011 erarbeiteten Bausteine eines integrierten Car-Sharing-Konzeptes, welche neben den Kernstädten vor allem auch die spezifischen Anforderungen für die Gestaltung von Angeboten in kleineren und mittleren Städten bzw. Zentren sowie deren Zusammenspiel in der Region berücksichtigen. Es wird ein Leitfaden für die Gesellschafter zur Auswahl und Planung von geeigneten Car-Sharing-Standorten in bebauten und zu entwickelnden Gebieten mit den Schwerpunkten Potentiale und Zielgruppen, Berücksichtigung zu klärender rechtlicher Aspekte, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten in kleinen und mittleren Städten, und für den ländlichen Raum fördernde und hemmende Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Car-Sharing erstellt werden.

Weiterhin ist eine Veranstaltung „Kommunales Car-Sharing“ in Planung. Mit dem Erreichbarkeitstool der ivm ist es möglich, Abdeckungslücken beim Car-Sharing in der Region aufzuzeigen und gezielt Standortvorschläge zu erarbeiten.

Elektromobilität

Die Region Frankfurt RheinMain ist Modellregion Elektromobilität im Rahmen des Bundesprogramms zur Förderung der Elektromobilität. Darüber hinaus werden ab dem Jahr 2012 mehrere „Schaufenster Elektromobilität“ seitens des Bundes gefördert, mit der zum einen Mobilitätsangebote aus dem Bereich der Elektromobilität für eine breite Nutzergruppe sichtbar und vor allem nutzbar gemacht werden sollen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2012 (Vorschau - auszugsweise) (Fortsetzung)

Elektromobilität (Fortsetzung)

Für die Region und die Gesellschafter der ivm gibt es in diesem Zusammenhang zahlreiche Anknüpfungspunkte, wie die Elektromobilität in bestehende Mobilitätsangebote integriert werden kann und wie durch die Elektromobilität neue Angebote zur Verbesserung des Mobilitätsangebotes vor allem im Rahmen intermodaler Wegeketten geschaffen werden können.

Für die Region sollen hierüber mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für eine Vorbereitung der Elektromobilitätsangebote geschaffen und eine Integration dieser als Baustein in das regionale Mobilitätsangebot sichergestellt werden.

In einem ersten Schritt ist geplant, sich gemeinsam mit den Gesellschaftern und den Partnern in der Region mit Pilotprojekten am „Schaufenster Elektromobilität“ zu beteiligen. Schwerpunktmäßig wird hier derzeit eine Vielzahl von Projektideen verfolgt, die gemeinsam mit den Partnern und Gesellschaftern in der Region umgesetzt werden sollen. Hierzu gehören u. a.

- eRouting – Navigation für Elektrofahrzeuge
- Informieren, buchen und bezahlen – Informationsplattform Elektromobilität in der Region Frankfurt RheinMain
- Regionales Pedelecverleihangebot als Baustein intermodaler Wegeketten
- Elektrofahrzeugpool für Unternehmensfuhrparke
- Masterplan Elektromobilität Region Frankfurt RheinMain

Alle Projektvorschläge setzen dabei auf konkreten Projekten und Aktivitäten der ivm auf und werden eng mit diesen verzahnt, so dass dem Leitgedanken der Integration der Mobilitätsangebote in regionale Mobilitätsangebote und Dienstleistungen Rechnung getragen wird. Hierzu gehören vor allem der Intermodale Mobilitätslotse DIVIS, der um eine E-Routing-Komponente erweitert wird, das betriebliche Mobilitätsmanagement, in dem Elektrofahrzeugpools für Unternehmen nutzbar gemacht werden, die regionalen Pedelecverleih-Angebote als Baustein eines regionalen Fahrradverleihangebotes sowie eine zentrale Informationsplattform Elektromobilität.

Neben der inhaltlich technischen Konzeption übernimmt die ivm eine koordinierende und moderierende Funktion zur Einbindung der erforderlichen Akteure.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2012 (Vorschau - auszugsweise) (Fortsetzung)

Verkehrsmanagement bei Großveranstaltungen

Die ivm GmbH wird bei den Vorbereitungen zu den Hessentagen in Wetzlar und ggf. Kassel und Bensheim (2012, 2013, 2014) weiterhin koordinierende Funktionen wahrnehmen und die Städte aktiv unterstützen. Die ivm GmbH kann in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus vergangenen Hessentagen weitergeben, die in den Planungen berücksichtigt werden können.

Intermodaler Verkehrsknoten Flughafen Frankfurt Main

Das Projekt wurde im Jahr 2008 beauftragt und soll 2012 nach Abstimmung mit dem RMV und Hessen mobil fortgeführt werden.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem RMV und Hessen mobil realisiert.

Klimaschutz und Luftreinhalteplanung

Die ivm begleitet ihre Gesellschafter 2012 bei der konzeptionellen Umsetzung der aus 2010 und 2011 erarbeiteten Strategien und aus der Region in den Luftreinhalteplänen verankerten Maßnahmen aus dem Bereich des Mobilitäts- und Verkehrsmanagement, die dazu geeignet sind, einen Beitrag zu den Klimaschutzzielen und im Rahmen der Luftreinhalteplanung zu erzielen. Grundlage für eine zielgerichtete und wirkungsvolle Umsetzung eines Maßnahmen-Mixes ist die Kenntnis über das Maßnahmenspektrum und der Wirkungspotenziale. Daher sollen die bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen 2012 in einem Handbuch als Arbeitshilfe zusammengestellt werden, die es den Gebietskörperschaften und Aufgabenträgern erleichtert, die möglichen Maßnahmen für den jeweiligen räumlichen Zuschnitt zu identifizieren und den Aufwand für eine Umsetzung abzuschätzen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine auf die einzelne Gebietskörperschaft bzw. als singular angelegte Maßnahme begrenzte Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der starken räumlich funktionalen, aber auch synergetischen Verpflichtungen nur bedingt Wirkung zeigt. Die ivm wird 2012 gemeinsam mit den Gesellschaftern gebiets- und themenübergreifende Lösungen erarbeiten.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Projekte 2012 (Vorschau - auszugsweise) (Fortsetzung)

Stiftungsprofessur

Die gemeinsame Arbeit mit dem Stiftungslehrstuhl wird auch im Jahr 2012 fortgesetzt werden. Schwerpunkte bilden hier weiterhin Begleituntersuchungen zum Mobilitätsverhalten in der Region sowie dem Mobilitätsmanagement.

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Die Projektarbeit wird auch in 2012 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement aufbauen. Die Ausrichtung der Aktivitäten ist dabei vor allem durch aktuelle Entwicklungen geprägt, die das Thema der Intermodalität, Vernetzung der Mobilitätsangebote im Sinne intermodaler Wegeketten sowie der Potenziale der Elektromobilität für die Region in den Fokus rücken.

Alle Aktivitäten sind dabei weiterhin durch eine intensive Einbindung und Zusammenarbeit mit den kommunalen Gesellschaftern der ivm GmbH geprägt. Mit dem im Jahr 2011 beschlossenen Beitritt der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) als Gesellschafterin der ivm GmbH wird die bisher als Kooperation bestehende Zusammenarbeit mit dem RMV weiter vertieft.

Darüber hinaus ist eine Intensivierung der Beantragung von Fördermitteln auch aus Bundesprogrammen geplant. Es hat sich gezeigt, dass diese eine zügige und effiziente Umsetzung des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements durch die ivm und ihre Gesellschafter ermöglicht.

Die ivm GmbH trägt kein finanzielles Risiko, da sie keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Auf Grundlage ihrer Aufgabenvereinbarung hat die ivm den Aufbau und die Umsetzung eines Integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, sowie die Förderung der Zusammenarbeit der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf diesem Gebiet zum Ziel.

Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Der Abschluss von Verträgen erfolgt im jeweils bestehenden Budgetrahmen des jeweils gültigen Wirtschaftsplans. Daher ist auch hieraus kein Risiko für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ersichtlich.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Ausblick auf die künftige Entwicklung (Fortsetzung)

Mit Ende des Jahres 2012 wird es dahingehend eine Veränderung in der Gesellschaft geben, dass der Wetteraukreis als kommunaler Gesellschafter der ivm GmbH fristgerecht seine Mitgliedschaft bei der ivm zum 31.12.2012 gekündigt hat. Im Jahr 2012 wird im Rahmen der Gesellschafterversammlung geklärt ob und ggf. in welchem Umfang eine Übernahme der Gesellschaftsanteile und der Umlage in Höhe von rund 39.000 Euro durch die verbleibenden Gesellschafter erfolgen wird.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-	2009
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- EDV-Software	204.771	206.108	-1.337	63.766
- Geleistete Anzahlungen	32.986	0	32.986	61.360
Immaterielle Vermögensgegenstände	237.757	206.108	31.649	125.126
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.444	59.202	-2.758	54.029
Sachanlagen	56.444	59.202	-2.758	54.029
	294.201	265.310	28.891	179.155
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	229.053	30.266	198.787	126.697
- Sonstige Vermögensgegenstände	2.575	5.084	-2.509	10.144
Anlagevermögen	231.627	35.350	196.277	136.842
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	697.043	690.831	6.212	635.010
Umlaufvermögen	928.670	726.181	202.489	771.852
Rechnungsabgrenzungsposten	24.652	38.593	-13.941	24.007
	1.247.523	1.030.084	217.439	975.014
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	241.000	241.000	0	241.000
Eigenkapital	241.000	241.000	0	241.000
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	294.201	265.310	28.891	179.155
- Sonstige Rückstellungen	29.311	37.847	-8.536	33.448
Rückstellungen	29.311	37.847	-8.536	33.448
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	650.182	453.019	197.163	489.413
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	0	19	-19	20
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen	38	0	38	20
- Sonstige Verbindlichkeiten	32.791	32.889	-98	31.958
Verbindlichkeiten	683.011	485.927	197.084	521.411
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.247.523	1.030.084	217.439	975.014

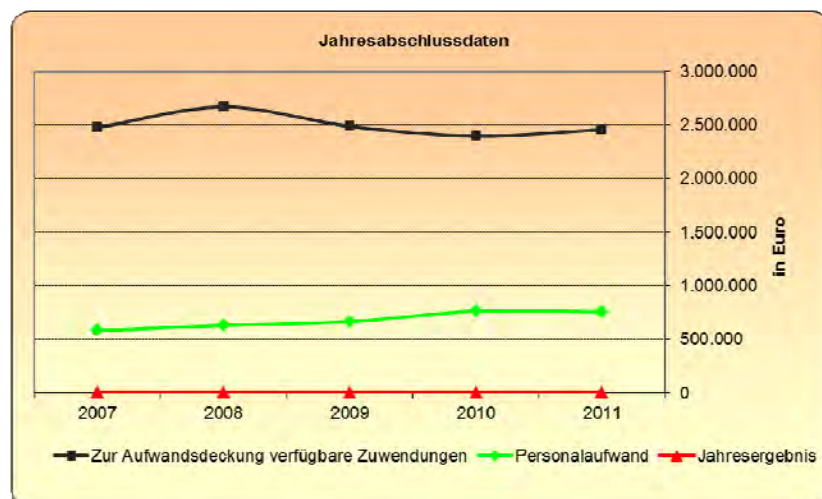
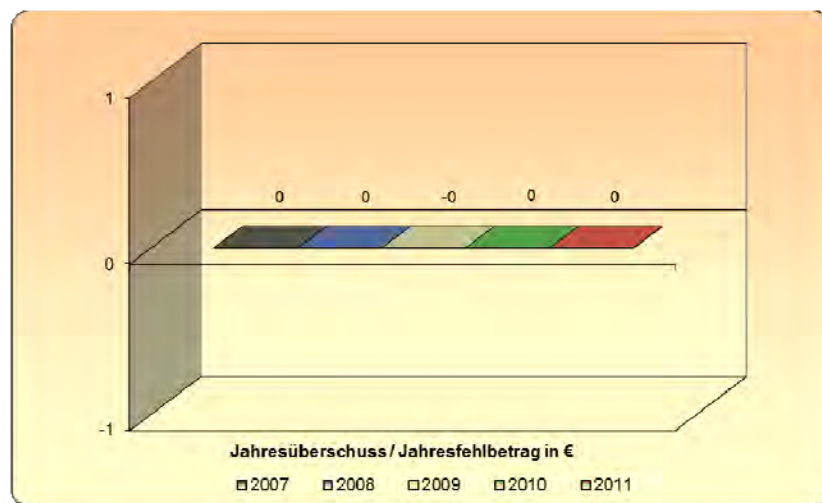
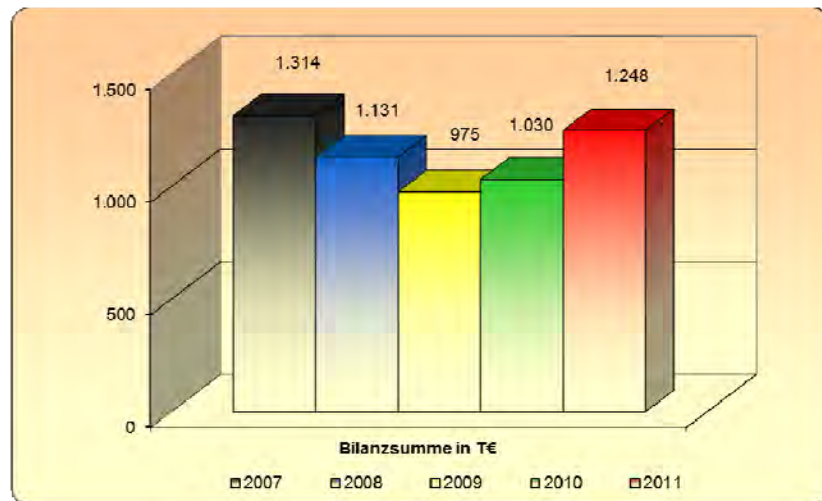
**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	1.000.000	1.000.001	999.980
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	439.981	940.000	999.980
Erträge aus Projektförderung	568.015	457.554	488.343
Erträge aus Kooperationsvereinbarungen	450.000	0	0
Zuwendungen	2.457.996	2.397.555	2.488.303
Sonstige betriebliche Erträge	11.952	20.476	21.968
Gesamtleistung	2.469.948	2.418.031	2.510.271
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.243.807	1.136.973	1.548.856
Rohergebnis	1.226.141	1.281.058	961.415
Personalaufwand			
- Gehälter	618.392	633.821	560.121
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	136.969	130.052	105.465
	755.361	763.873	665.586
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	172.233	152.362	311.396
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	172.233	152.362	311.396
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	201.124	238.517	45.378
Sonstige betriebliche Aufwendungen	274.587	282.506	258.796
Betriebsergebnis	-4.931	-3.839	-8.346
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.931	4.107	8.366
Finanzergebnis	4.931	4.107	8.366
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	268	20
Sonstige Steuern	0	268	20
Summe Steuern	0	268	20
Jahresüberschuss	0	0	0

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



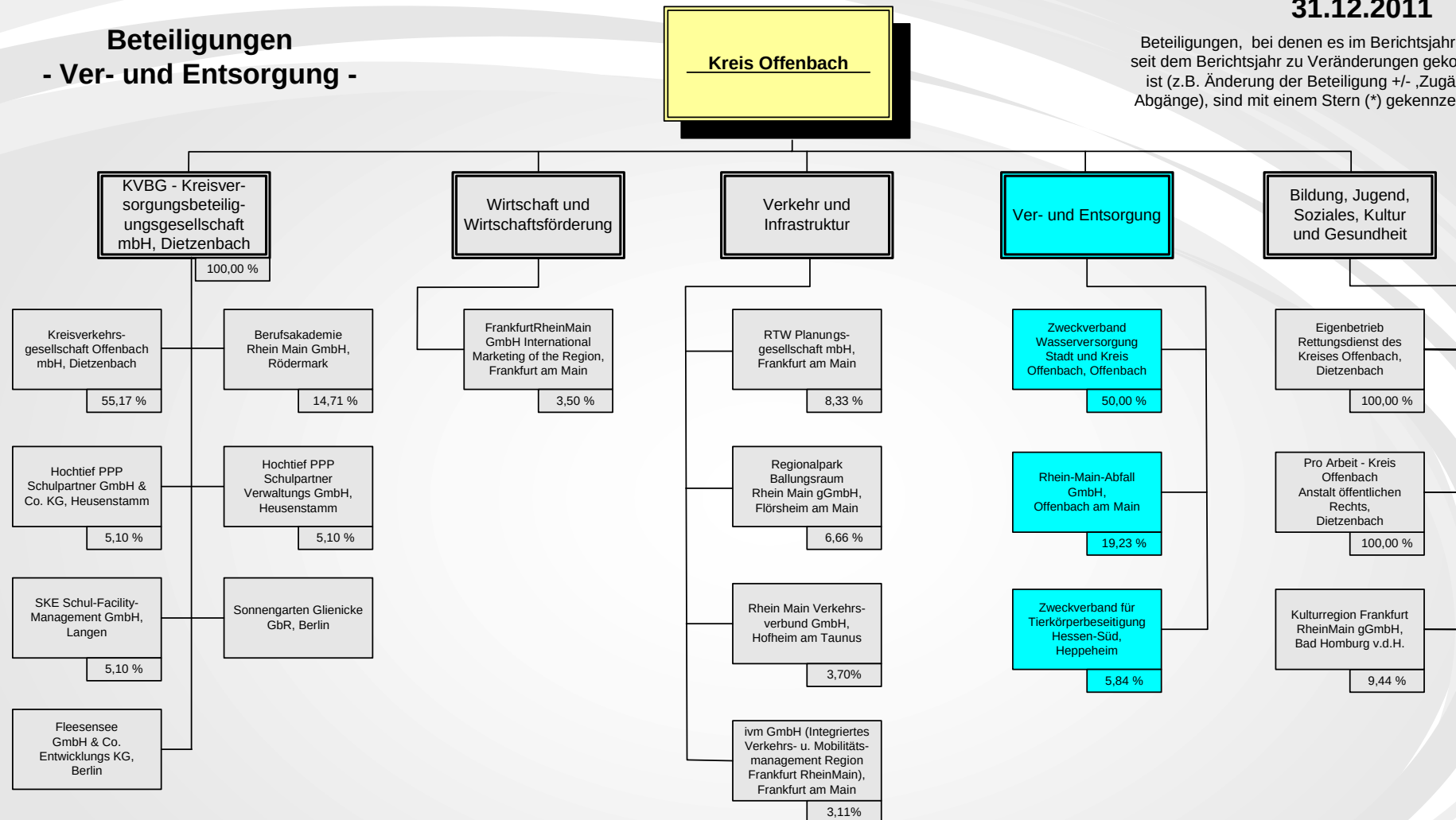
Ver – und Entsorgung

Redaktionsschluss:

31.12.2011

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Ver- und Entsorgung -



Legende

KVBG

Wirtschaft und
Wirtschaftsförderung

Verkehr und Infrastruktur

Ver- und Entsorgung

Bildung, Jugend, Soziales
Kultur und Gesundheit

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Der gemeinsam von der Stadt und dem Kreis Offenbach im Jahr 1965 gegründete Zweckverband Wasserversorgung (ZWO) nahm am 01.01.1970 seine Tätigkeit auf und besteht somit seit mehr als 40 Jahren.

Die Bedeutung des Zweckverbandes für eine sichere und reibungslose Versorgung von mehr als 300.000 Einwohnern im Versorgungsgebiet mit Wasser war in der Vergangenheit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern im Verborgenen geblieben. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat sich die wichtige und komplexe Versorgungsaufgabe des Zweckverbandes in der Bevölkerung „herumgesprochen“, dies nicht zuletzt aufgrund einer starken Ausweitung der Präsenz in der Öffentlichkeit.

Zum Versorgungsgebiet des ZWO gehören die Stadt Offenbach sowie die meisten Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach (bzw. die zuständigen Stadtwerke). Ferner werden die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau und die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg mit Wasser beliefert. Aufgrund eigener Versorgungsanlagen der Städte Dreieich, Langen, Mühlheim und Neu-Isenburg werden diese bzw. deren Stadtwerke seitens des ZWO mit vertraglich vereinbarten Wasserliefermengen teilversorgt.

Die Verteilung des Wassers an Haushalte und Gewerbe in den Kommunen gehört hingegen nicht zu den Aufgaben des ZWO; dies obliegt den jeweiligen Städten und Gemeinden bzw. deren Versorgungsunternehmen.

Der weitaus größte Teil des geförderten und abgegebenen Wassers stammt aus eigenen Brunnen der insgesamt sechs Wasserwerke des ZWO in Seligenstadt, Rodgau und Heusenstamm.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Anschrift	Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau
Telefon	06106/6995-0
Telefax	06106/6995-60
E-Mail	info@zwo-wasser.de
Internet	www.zwo-wasser.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gem. § 9 KGG
Gründungsdatum	1965
Stammkapital	2.500.000,00 €
Verbandssatzung	Im Berichtsjahr galt die gemäß § 9 KGG erlassene Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach vom 9. März 1977 in der Fassung der letzten Änderung vom 9. Dezember 2008.
Handelsregistereintrag	HRA 9671 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Erich Strüb	
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Paul Scherer	bis 07.07.2011
-----,,-----	Herr Michael Rickert	ab 07.07.2011
Mitglied	Herr Udo Alt	bis 07.07.2011
-----,,-----	Herr Michael Bald	bis 07.07.2011
-----,,-----	Herr Frank Berg	ab 07.07.2011
-----,,-----	Herr Hans-Peter Bicherl	
-----,,-----	Herr Edmund Flößer	
-----,,-----	Herr Peter Freier	bis 07.07.2011
-----,,-----	Herr Christoph Hampe	ab 07.07.2011
-----,,-----	Herr Tobias Männche	ab 07.07.2011
-----,,-----	Herr Michael Rickert	bis 07.07.2011
-----,,-----	Herr Horst Schmittel	ab 07.07.2011
-----,,-----	Herr Horst Schultheiß	ab 07.07.2011
-----,,-----	Herr Norbert Schultheis	bis 07.07.2011
-----,,-----	Herr Rolf Wenzel	

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz der Verbandsversammlung wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für die Verbandsversammlung betrug insgesamt € 9.757,60

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes (Fortsetzung)

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Gerd Hibbeler	ab 10.08.2011
-----„-----	Herr Clemens Jäger	bis 07.07.2011
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Wilfried Jungbluth	ab 10.08.2011
-----„-----	Herr Albert von Rockenthien	bis 07.07.2011
Mitglied	Frau Claudia Bicherl	
----„----	Herr Peter Freier	ab 07.07.2011
----„----	Herr Stephan Färber	ab 07.07.2011
----„----	Herr Gerd Hibbeler	bis 07.07.2011
----„----	Herr Wilfried Jungbluth	bis 07.07.2011
----„----	Herr Thorwald Ritter	ab 07.07.2011
----„----	Herr Hermann Schoppe	bis 07.07.2011

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz des Verbandsvorstandes wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für den Vorstand betrug insgesamt € 10.055,70

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Petermann
------------------------	----------------------

Bei der Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers wird von der Möglichkeit der Nichtangabe nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

D. Mitglieder

Mitglieder	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	50,00	1.250.000,00
Stadt Offenbach	50,00	1.250.000,00
	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 39 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) haben die Gemeinden in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Die Gemeinden können die Verpflichtung zur Wasserversorgung nach § 39 Abs. 1 HWG auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf private Dritte übertragen oder sich dieser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedienen; sie können dabei auch Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

Ein Zweckverband gemäß den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist keine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	11.421.042	11.423.867	12.707.478

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	11.423.867
Zunahmen	0
Abnahmen	2.825
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	11.421.042

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Das vom Zweckverband geförderte oder bezogene Wasser wird an Verbandsmitglieder oder andere Träger der öffentlichen Wasserversorgung zu einem Preis abgegeben, in dem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitales) angesetzt werden kann. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann Wasser auch an Dritte zu gesondert festgelegten Bedingungen abgegeben werden. Zurzeit werden neben der Stadt Offenbach die meisten Städte und Gemeinden des Kreises (bzw. die zuständigen Stadtwerke) sowie die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau beliefert. Von den Gemeinden des Kreises Offenbach werden nicht vom Verband versorgt die Stadt Rödermark und nur teilweise die Städte Rodgau, Mühlheim, Dreieich, Langen und Neu-Isenburg.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

2011 betrug der Wasserverkauf 18,232 Mio. m³. Er lag damit geringfügig über dem Verbrauch des Vorjahres (18,127 Mio. m³). Für 2012 wird ein Wasserverkauf von 18,0 Mio. m³ prognostiziert. Der Wasserverkaufspreis für 2011 beträgt endgültig 46,00 Cent/m³, im Vorjahr waren es 45,00 Cent/m³ zuzüglich Mwst. Der vorläufige Wasserpreis für das Jahr 2012 ist auf 48,0 Cent/m³ zuzüglich Mwst. festgesetzt worden.

Das 2011 abgegebene Wasser stammt mit 17,231 Mio. m³ (94,5 %) aus eigenen Brunnen im Verbandsgebiet. Darüber hinaus wurden vom Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg 1,001 Mio. m³ (5,5 %) bezogen. In den Jahren 2012-2014 wird bei normalen Witterungsbedingungen mit einem jährlichen Wasserverkauf von ca. 18,0 Mio. m³ gerechnet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

Wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres

Das ehemalige Verwaltungsgebäude des ZWO in Seligenstadt wurde zum Preis von € 500.000 an eine Seligenstädter Baugesellschaft verkauft. Da der Restbuchwert zum Zeitpunkt des Verkaufes bei € 553.745,00 lag, hat sich durch den Verkauf ein entsprechender Buchverlust ergeben.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Risikofrüherkennung

Zur Früherkennung von Risiken wurde ein Risikohandbuch erarbeitet, das allen aktiv am Risikomanagement beteiligten Mitarbeitern den Prozess des implementierten Risikomanagements verdeutlicht. Ferner soll es den Mitarbeitern helfen, die mit der Prozesseinbindung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen erfolgreich zu bewältigen. Das Risikohandbuch stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und dient im Einzelnen zur:

- Beschreibung der Bedeutung der frühzeitigen Erkennung von Risiken für das Unternehmen
- Definition von Risikofeldern
- Darstellung der Methodik für die Risikoidentifizierung und –bewertung
- Festlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb des Risikomanagements
- Regelung der Risikoverfolgung und Risikoberichterstattung
- Darstellung der wesentlichen Kontrollmechanismen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Der ZWO bleibt in seiner Verbandsstruktur bestehen und hat zum 01.01.2008 zur Modernisierung die Verbandssatzung geändert. Der ZWO hat die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden intensiviert und kooperiert verstärkt mit dem ZVG Dieburg. Mit dem Abwasserverband Schleifbach wurde eine Einkaufskooperation zur Beschaffung von Strom gebildet. Des Weiteren wurde vom Abwasserverband die Personalverwaltung inklusive Entgeltabrechnung übernommen.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung (Fortsetzung)

Die Energieversorgung Offenbach AG (EVO) hat zum 01.01.2010 die Pflege und Wartung des Fuhrparks des ZWO übernommen. Im Rahmen einer Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hat der ZWO der Stadt Seligenstadt Grünpflegemaßnahmen im Wasserwerk Lange Schneise, der Stripanlagen und diverser Brunnenanlagen sowie die Durchführung von handwerklichen Dienstleistungsaufgaben übertragen. Des Weiteren wurde eine Einkaufskooperation zur Beschaffung von Strom gebildet, die Stromlieferungen ab 2013 umfasst.

Mit dem Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, wurde ein Vertrag über die Aufgabenübertragung der integrierten gewässerschutzorientierten Beratung zur Minimierung diffuser Einträge gemäß der Zielsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Maßnahmenraum Untermainebene abgeschlossen. Der Vertrag läuft über zwei Jahre bis zum 31.12.2012. Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist beabsichtigt, den Vertrag fortzuführen.

Die Versorgung mit Trinkwasser durch den ZWO wurde durch die Erteilung neuer Wasserrechte mit entsprechend langen Laufzeiten für die Zukunft abgesichert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als Aufgabe der Daseinsvorsorge kann damit auch künftig durch den ZWO zuverlässig durchgeführt werden.

Die Ergebnisse der Jahre 2012 – 2013 werden sich voraussichtlich auf dem Niveau des Berichtsjahres bewegen.

Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge

Mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg besteht seit dem 01.01.2010 ein Vertrag über die jährliche Liefermenge von 1.000.000 m³ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014.

Die Liefermenge 2011 betrug:

Gruppenwasserwerk Dieburg	1.000.750	m ³
---------------------------	-----------	----------------

Die Kosten für den Wasserbezug beliefen sich auf	460.345	€.
--	---------	----

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-	2009
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	325.922	257.142	68.780	224.753
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	4.005.529	4.723.846	-718.317	4.710.581
Grundstücke mit Wohnbauten	32.047	32.730	-683	33.418
Grundstücke ohne Bauten	287.892	287.892	0	287.892
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	151.981	154.012	-2.031	157.157
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.545.015	3.468.463	76.552	3.019.203
Verteilungsanlagen	4.123.906	4.232.760	-108.854	4.252.281
Betriebs- und Geschäftsausstattung	694.889	757.389	-62.500	743.741
Anlagen im Bau	535.838	777.906	-242.068	1.151.323
Sachanlagen	13.377.097	14.434.997	-1.057.901	14.355.596
Sonstige Ausleihungen	0	0	0	1.221
Finanzanlagen	0	0	0	1.221
Anlagevermögen	13.703.019	14.692.139	-989.120	14.581.570
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	398.917	377.621	21.296	391.618
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	430.807	206.947	223.860	752.180
Sonstige Vermögensgegenstände	285.305	155.043	130.262	285.106
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	716.111	361.990	354.122	1.037.286
Guthaben bei Kreditinstituten	1.702.631	842.089	860.542	1.236.297
Umlaufvermögen	2.817.659	1.581.700	1.235.959	2.665.201
Rechnungsabgrenzungsposten	2.177	4.005	-1.828	3.658
	16.522.855	16.277.844	245.011	17.250.429

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verände-	2009
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Stammkapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
Rücklagen	98.347	98.347	0	98.347
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	704.098	411.407	292.691	144.916
Jahresgewinn/-verlust	329.764	292.691	37.073	266.491
Eigenkapital	3.632.209	3.302.445	329.764	3.009.754
Sonderposten für Investitionszuschüsse zu den Sachanlagen	510.527	513.239	-2.712	563.441
Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	490.820	502.088	-11.268	495.294
Steuerrückstellungen	34.670	66.727	-32.057	34.811
Sonstige Rückstellungen	433.587	469.478	-35.891	439.651
Rückstellungen	959.077	1.038.293	-79.216	969.756
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.794.832	10.938.036	-143.204	12.153.721
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	592.568	430.365	162.204	482.429
Sonstige Verbindlichkeiten	33.641	55.465	-21.824	71.329
Verbindlichkeiten	11.421.042	11.423.867	-2.825	12.707.478
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	16.522.855	16.277.844	245.011	17.250.429

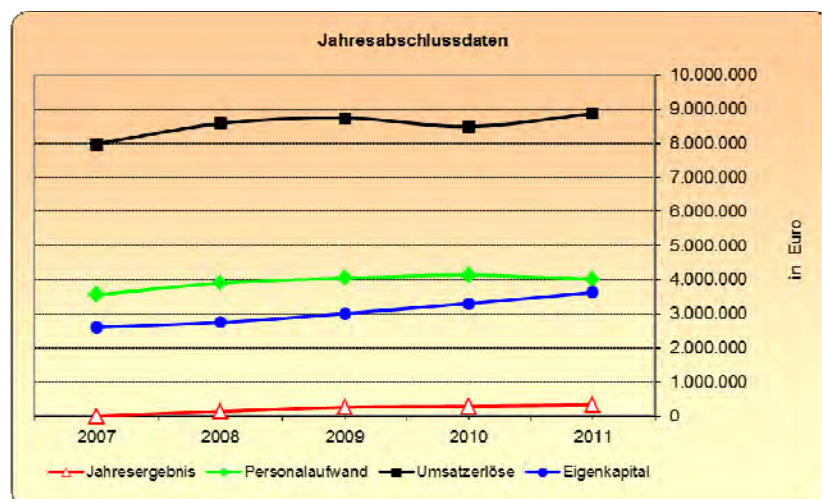
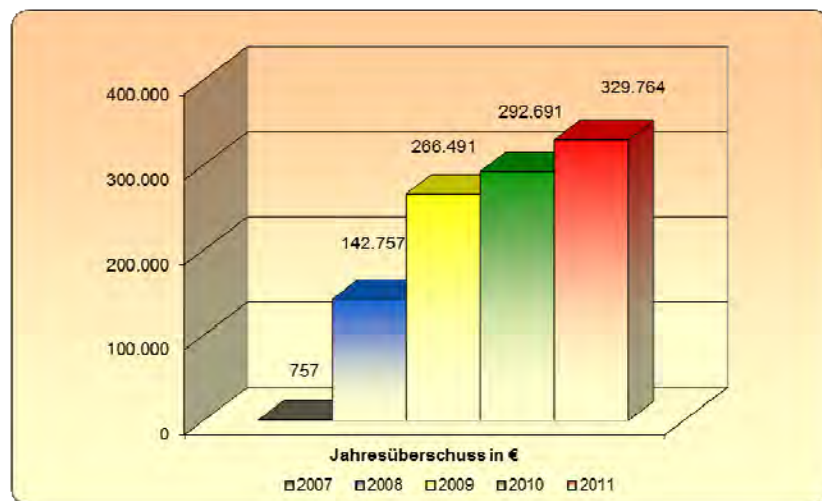
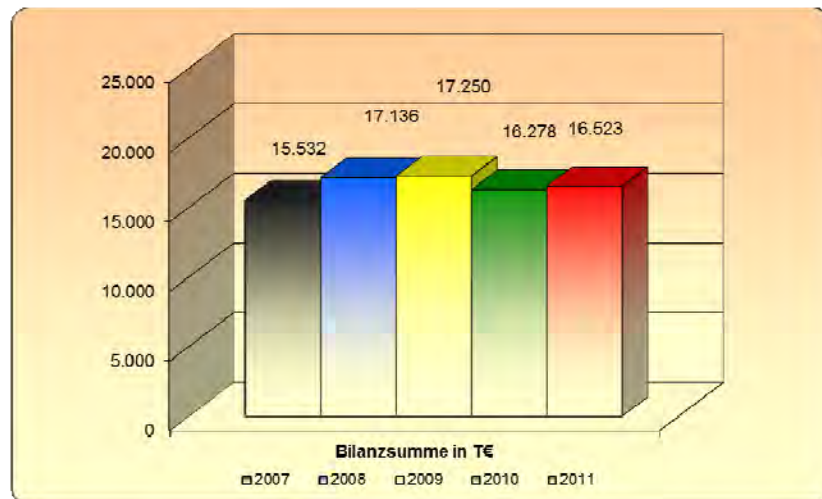
Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	8.866.249	8.489.329	8.738.848
Andere aktivierte Eigenleistungen	138.482	171.669	183.105
Sonstige betriebliche Erträge	378.714	272.817	254.740
	9.383.445	8.933.815	9.176.694
Materialaufwand			
- für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	875.145	879.288	1.145.331
- für bezogene Leistungen	1.716.502	1.339.720	1.373.605
	2.591.647	2.219.008	2.518.935
Personalaufwand			
für Löhne und Gehälter	3.071.641	3.181.198	3.123.465
für Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	943.423	953.720	924.849
	4.015.064	4.134.918	4.048.313
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.142.281	1.126.458	1.325.686
Sonstige betriebliche Aufwendungen	672.625	540.850	534.970
	8.421.617	8.021.234	8.427.905
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und aus sonstigen Finanzanlagen	0	30	96
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.275	24.231	19.483
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	457.207	493.166	534.721
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	515.895	443.677	233.647
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	171.916	138.385	-46.949
Sonstige Steuern	14.216	12.601	14.105
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	329.764	292.691	266.491

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Die RMA GmbH ist ein regionales Unternehmen der Abfallwirtschaft mit Sitz in Offenbach und wurde im Zuge der Neuordnung der Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet am 21.12.1998 gegründet. Der Kreis Offenbach ist einer der Gründungsgesellschafter.

Die bis zum 31.12.1998 beim Umlandverband Frankfurt liegende öffentlich-rechtliche Entsorgungspflicht nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) wurde mit Wirkung vom 1.1.1999 allen Gesellschaftern der RMA rück übertragen. Die RMA ist die Dachorganisation, die als geeigneter Dritter im Sinne von § 16 des KrW-/AbfG für die Gesellschafter tätig wird und so die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen steuert. Zur Abfallbeseitigung besitzt die RMA einen Generalentsorgungsauftrag. Die RMA betreibt selbst keine eigenen Entsorgungsanlagen; zur Entsorgung stehen ihr jedoch die Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt (Frankfurt), das Müllheizkraftwerk Offenbach, die Deponie Flörsheim Wicker und die Abfallumladeanlage im Frankfurter Osthafen zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsgebiet der RMA fallen pro Jahr (2011) – mit dem Aufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden - etwa 470.000 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle an.

Zu den Hauptaufgaben der RMA gehören

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Nutzung vorhandener regionaler Abfallentsorgungseinrichtungen
- Abfallmengen- und Abfallwirtschaftsplanung
- Festlegung von Entsorgungsstandards und der Berechnung der Entgelte sowie der wesentlichen Inhalte der Abfallsatzungen

Die Gesellschafter der RMA haben sich verpflichtet

- alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auf regionaler Ebene zu nutzen
- bei der Abfallverwertung neue umweltschonende und wirtschaftliche Weg zu entwickeln und durchzusetzen
- die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Verbundgebiet auszulasten und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit sicherzustellen
- weitere Gebietskörperschaften als Kooperationspartner einzubeziehen, wenn und soweit dies für das Erreichen der Ziele förderlich erscheint

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Anschrift	Ludwigstraße 44, 63067 Offenbach
Telefon	069/80052-0
Telefax	069/80052-299
E-Mail	info@rmaof.de
Internet	www.rmaof.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 1998
Stammkapital	275.900,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 29. März 2007
Handelsregistereintrag	HRB 11794 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern, insbesondere

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallwirtschaftsplanung
- die Abstimmung von sanierungsfondrelevanter Investitionen in die Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallmengenplanung
- die Festlegung der Entsorgungsstandards einschließlich der Berechnung der Entgelte und des wesentlichen Inhalts der Abfallsatzungen, soweit dieser die Entsorgungspflicht im engeren Sinne (nicht die Einsammlung und Transport) betrifft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Hans-Jürgen Hielscher	
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Robert Müller	
-----„-----	Herr Werner Müller	
-----„-----	Herr Oliver Quilling	
-----„-----	Herr Rolf Wenzel	
für den Hochtaunuskreis	Herr Uwe Kraft	
-----„-----	Herr Hermann Maier	
-----„-----	Herr Dr. Wolfgang Müsse	
-----„-----	Herr Aribert Oehm	
-----„-----	Herr Gregor Sommer	
für den Main-Taunus-Kreis	Herr Michael Cyriax	ab Oktober 2011
-----„-----	Herr Berthold R. Gall	bis Oktober 2011
-----„-----	Herr Albrecht Kündiger	
-----„-----	Herr Karl Thumser	
-----„-----	Herr Dieter Wolf	
für die Stadt Frankfurt	Herr Uwe Becker	
-----„-----	Frau Angela Hanisch	
-----„-----	Herr Jan Klingelhöfer	bis Oktober 2011
-----„-----	Herr Robert Lange	
-----„-----	Herr Roger Podstatny	ab Oktober 2011
-----„-----	Frau Dr. Manuela Rottmann	

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand 31.12.2011) (Fortsetzung)		
für die Stadt Offenbach	Herr Michael Beseler	
-----,-----	Herr Edmund Flößer	bis Oktober 2011
-----,-----	Herr Simon Grüttner	ab Oktober 2011
-----,-----	Frau Brigitte Koenen	ab Oktober 2011
-----,-----	Herr Peter Walther	
-----,-----	Herr Paul Gerhard Weiß	
-----,-----	Herr Klaus-Josef Werné	bis Oktober 2011
für die Stadt Maintal	Herr Rolf Sachtleber	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Constanze Celten
--------------------------	-----------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführerin werden gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen im Jahre 2011 T€ 3.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtaunuskreis	19,23	53.050,00
Kreis Offenbach	19,23	53.050,00
Main-Taunus-Kreis	19,23	53.050,00
Stadt Frankfurt	19,23	53.050,00
Stadt Maintal	3,85	10.650,00
Stadt Offenbach am Main	19,23	53.050,00
	100,00	275.900,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01

	2012	2011	2010
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000150	50	0	0
Ordnungswidrigkeitsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51500040	50	0	50
Abfallgebühren RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.53020030	17.505.750	17.560.171	17.649.167
Entsorgungsleistungen RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.61710020	17.368.750	17.421.488	17.474.953
Sachaufwand Abfallbeseitigung Buchungsstelle 67.02.01.61790040	4.500	394	1.072
Arbeitnehmervergütungen Buchungsstelle 67.02.01.62000010	17.030	11.137	138.084
Beamtenbezüge Buchungsstelle 67.02.01.63000010	27.070	22.451	71.118

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01 (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. Buchungsstelle 67.02.01.64000010	3.400	2.184	26.288
Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungskasse Buchungsstelle 67.02.01.64200010	60	408	343
Beamtenversorgung Buchungsstelle 67.02.01.64500010	5.200	5.970	5.970
Zuführung z. Pensionsrückst. Beamte Buchungsstelle 67.02.01.64600010	6.580	-1.226	-1.158
Zuführung zu Beihilferückstellungen Buchungsstelle 67.02.01.64610000	1.020	1.044	-421
Arbeitnehmerversorgung ZVK Buchungsstelle 67.02.01.64700010	1.360	980	11.822
Reisekosten EDV+fachb. Fortbildung Buchungsstelle 67.02.01.68500010	20	0	0
Fort- und Weiterbildung Buchungsstelle 67.02.01.68800010	160	160	25
Altlastenfinanzierungsumlage Buchungsstelle 67.02.01.73549010	58.000	55.721	55.620

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	21.162.338	28.442.974	26.755.440

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	28.442.974
Zunahmen	0
Abnahmen	7.280.636
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	21.162.338

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

A. Rahmenbedingungen

Die RMA Rhein-Main Abfall GmbH wurde in 1998 als Nachfolgerin des Umlandverbandes Frankfurt gegründet. Durch das Gesetz zur Aufgabenänderung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) vom 17.12.1998 wurde die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des UVF wieder auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften hielten auch nach dieser Rückübertragung eine regionale Kooperation für notwendig. Durch das Vertragswerk vom 21. Dezember 1998 schlossen die Gebietskörperschaften Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach am Main und Stadt Maintal eine Grundlagenvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und gründeten die Rhein-Main-Abfall GmbH (RMA). Die Stadt Bad Vilbel wurde im Juli 2000 als weiterer Gesellschafter aufgenommen. Im Jahr 2005 machte die Stadt Bad Vilbel von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch. Die Gesellschafter erteilten der RMA einen Generalentsorgungsauftrag, wonach diese als „beauftragter Dritter“ im Sinne des § 16 Abs. 1 KrW-/AbfG handelt. Die RMA GmbH wird auch im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens den künftigen Anforderungen an die erforderliche Zuverlässigkeit als Drittbeauftragter genügen. Das am 24. Februar 2012 verkündete und ab 01.06.2012 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) regelt zukünftig die gesetzlichen Grundlagen für die RMA GmbH an anderer Stelle, aber nicht grundlegend verändert. Sitz der Gesellschaft ist Offenbach am Main.

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern sowie die Finanzierung der Deponienachsorge, die Beschaffung und Sicherung der Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen, die Abfallwirtschaftsplanung, die Abfallmengenplanung sowie die Festlegung der Entsorgungsstandards. Die Gesellschaft nimmt hierbei Steuerungs- und Kontrollfunktionen wahr. Sie ist dazu ermächtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere ihr ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Übertragung weiterer abfallwirtschaftlicher Aufgaben an die RMA GmbH ist möglich. So ist für die Organisation der Schadstoffsammlung im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Offenbach, in der Stadt Offenbach und Stadt Maintal die RMA zuständig. Die RMA ist zudem durch den Kreis Offenbach beauftragt, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz umzusetzen.

Das Hauptziel der RMA GmbH ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

A. Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA GmbH. Die von der RMA GmbH berechneten Entsorgungsentgelte werden von den Gebietskörperschaften in der Kalkulation der jeweiligen Abfallgebührensatzungen berücksichtigt.

B. Geschäftsentwicklung

1. Entsorgungssicherheit

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft war in den vergangenen 15 Jahren durch die Zielkonzepte des Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW/AbfG) bestimmt: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Die möglichst schadlose Deponierung war ein Teilaspekt der Beseitigung. In der Umsetzung dieser Leitlinien sind differenzierte stoffliche Verwertungswege in Kombination mit der Verbrennung geschaffen worden. Dies führte zu einer stetigen Abnahme der überlassungspflichtigen Restmüllmengen aus privaten Haushalten. Neben dieser Entwicklung bestimmt die TASI (Technische Anleitung Siedlungsabfall) und die Deponienachsorge die Handlungsfelder der Rhein-Main Abfall GmbH (RMA). In der TASI wurde die Deponierung unbehandelter Abfälle bis längstens 31.05.2005 befristet. Die RMA GmbH hat sich auf die Auswirkungen des Deponieverbotes frühzeitig vorbereitet. Da sich diese Entwicklung bereits seit 1999 abzeichnete, wurde auf den ursprünglich geplanten Ausbau der Deponie Flörsheim-Wicker zur „TASI-Deponie Klasse II“ verzichtet. Dadurch konnten Investitionen im dreistelligen Millionenbereich eingespart werden. Da die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften auch Entsorgungskapazitäten für nicht brennbare Abfälle vorzuhalten haben, wurde ein Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. In diesem Vertrag wird der Tausch freier Verbrennungskapazitäten der RMA gegen ungenutzte Deponiekapazitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden geregelt. Der Vertrag sieht einerseits die Verbrennung von 85.000 Mg Abfall der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Verbrennungskapazitäten der RMA vor. Im Gegenzug können jährlich bis zu 100.000 Mg Abfälle der RMA auf der Deponie der Landeshauptstadt Wiesbaden abgelagert werden. Im Dezember 2011 ist hier eine Anpassung an die zu erwartende Abfallmengenentwicklung beschlossen worden, die sich beginnend im Jahr 2014 auf die Verbrennungs- und Ablagerungskapazitäten auswirken wird. Es ist eine Reduzierung von 20.000 Mg/a vorzuhaltende Verbrennungskapazität bei gleichzeitiger Reduzierung des Deponiekontingentes vorgesehen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

In den vertraglich verbundenen Entsorgungsanlagen MHKW Frankfurt und MHKW Offenbach sind in Einzelentsorgungsverträgen 350.000 Mg/a im Müllheizkraftwerk (MHKW) Frankfurt und 140.000 Mg/a im MHKW Offenbach gesichert. Im Jahr 2014 werden die Verbrennungskapazitäten im MHKW Offenbach um 90.000 Mg/a reduziert. Die verbleibende Gesamtkapazität in den verbundenen Entsorgungsanlagen von dann 400.000 Mg/a kann im Bedarfsfall um 20.000 Mg/a erhöht werden. Im Zuge dieser Ergänzungsvereinbarung ist eine Kapazitätssenkung in den Jahren 2010 bis 2013 festgelegt worden, die die Gebührenstabilität sichert sowie Überkapazitäten abbaut. Die Verlagerung der, kurz bis mittelfristig nicht erforderlichen, Kapazitäten in die Jahre des Bedarfs bei gleichzeitiger absoluter Absenkung sichert langfristig regional notwendige Entsorgungskapazitäten. Die zunehmende Verwertung organischer Anteile im Hausmüll durch die getrennte Bioabfallsammlung, die schrittweise Einführung einer einheitlichen Wertstoffeffassung mit einer angenommen Reduzierung des Hausmülls sowie die Fortführung der Hausmüllsortierung in einzelnen Kommunen reduziert das absolute und angediente Abfallaufkommen zur Beseitigung.

Die Generalsanierungsphase der Frankfurter Müllverbrennungsanlage MHKW Frankfurt begann im Jahr 2004 und konnte im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen werden. Es folgte eine Probetriebsphase, die der Optimierung dient sowie der Ermittlung belastbarer Daten für die Festlegung der Betriebskosten für die Kalkulation der Verbrennungspauschalen. Insgesamt sind in 2011 469.918 Mg/a inklusive der Wiesbadener Abfälle in den Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach beseitigt worden. Die Anlagenverfügbarkeit lag im Geschäftsjahr erfreulicherweise bei 100% und damit gab es keinerlei Fremdentorgungsaufwand (Vorjahr 22.432 Mg).

2. Ausfallverbund

Die Gründungsmitglieder sind die Rhein-Main Abfall GmbH, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), die Müllverwertungsanlage Bonn GmbH, die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sowie die Rhein-Main Deponie GmbH. Der Rhein-Main Ausfallverbund ermöglicht durch einen am 01. April 2008 beginnenden und auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Kooperationsvertrag, die wirtschaftliche und sichere Entsorgung von Abfällen, die aufgrund von Betriebseinschränkungen bis hin zu geplanten, wie auch ungeplanten Stillständen in den Müllverbrennungsanlagen nicht unmittelbar verbrannt werden können. Die derzeit beteiligten Verbundpartner entsorgen insgesamt rund 970.000 Tonnen Abfall für ca. 2,2 Millionen Einwohner.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

2. Ausfallverbund (Fortsetzung)

Die RMA übernimmt für den Ausfallverbund auch die Aufgabe einer gemeinsamen Geschäftsstelle. Über den Ausfallverbund wurden im Geschäftsjahr 2011 keine Mengen ab gesteuert.

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte

Das angediente Hausmüllaufkommen von 354.360Mg/a hat sich im Geschäftsjahr 2011 (Vorjahr 357.962 Mg) um 3.602 Mg vermindert. Ursächlich hierfür sind überwiegend die Einführung weiterer Biotonnen im RMA-Gebiet sowie die Einführung von Identsystemen in den Kommunen und die Hausmüllsortierung der Stadt Offenbach und drei Kommunen des Landkreises Offenbach im dritten und vierten Quartal. Die Sperrmüllmengen verzeichneten im Berichtszeitraum einen Rückgang von 1.461 Mg (Vorjahr 24.922 Mg). Der angediente Gewerbeabfall erreicht seinen Tiefststand mit 789 Mg (Vorjahr 808; Vorvorjahr 2.179). Die Vertragsmengen inklusive der Asbestanlieferungen stiegen im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 8.861 Mg. Die Steigerung erfolgt durch die Anlieferung deponiefähiger Gießereialtsande. Im Berichtsjahr wurden der RMA insgesamt 408.844 (405.010 Mg in 2010) zuzüglich 85.034 Mg aus Wiesbaden angedient.

Die Umsatzerlöse des Berichtsjahres (90,1 Mio. €) liegen 2,14% über dem Vorjahr (88,3 Mio. €). Während die Umsatzerlöse 75,0 Mio. € für Abfallmengen der Gebietskörperschaften des RMA-Gebietes um 1,7% gegenüber dem Vorjahr 76,3 Mio. € zurückgegangen sind, konnte bei den sonstigen Umsatzerlösen eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mio. € erzielt werden. Diese Steigerung begründet sich aus der vertraglich vorgesehenen Anpassung des Verbrennungsentgeltes für die Abfallmengen aus der Landeshauptstadt Wiesbaden analog der Entsorgungspauschalen für das MHKW Frankfurt.

Die RMA hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die Entgelte im ersten Jahr ihres Bestehens gesenkt und erstmalig nach sieben Jahren Stabilität eine Anpassung ihrer Entgelte zum 01.01.2007 vornehmen müssen. Mit Wirkung zum 01.01.2009 musste eine weitere Entgelterhöhung beschlossen werden. Das Entsorgungsentgelt für Hausmüll wurde mit 237,50 € inkl. MwSt./Mg, für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie für Sperrmüll festgesetzt. Die Entgelte für deponiefähige Abfälle wurden auf 35,70 € inkl. MwSt./Mg gesenkt. Die Notwendigkeit der Entgelterhöhung für brennbare Abfälle resultierte im Wesentlichen aus dem Vorhaben „Sanierung des MHKW-Frankfurt“ und der rückläufigen Entwicklung der einnahmerelevanten beseitigungspflichtigen kommunalen Abfälle.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte (Fortsetzung)

Im Geschäftsjahr 2011 ist die vierte Ergänzungsvereinbarung zum Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 zwischen der RMA GmbH und der Energieversorgung Offenbach AG weiter vollzogen worden. Die Kapazität im MHKW Offenbach wurde von 140.000 Mg/a auf 122.000 Mg/a im Geschäftsjahr (Vorjahr 135.000 Mg/a) gesenkt. Die Planung für 2012 und 2013 geht von einer Absenkung auf 105.000 Mg/a aus. Ab 2014 werden die Verbrennungskapazitäten im Müllheizkraftwerk Offenbach auf bis zu 50.000 Mg/a reduziert. Die Verlagerung der in den Jahren 2010 bis 2013 nicht benötigten Kapazitäten in die Jahre des Bedarfs sichert regional notwendige Entsorgungskapazitäten. Die Ergänzungsvereinbarung ist in mehrerer Hinsicht vorteilhaft: a) die RMA wird in den Jahren 2011 bis 2013 von Aufwendungen entlastet, b) die Entsorgungssicherheit für die Jahre 2014 bis 2018 ist ausreichend gewährleistet und c) wird die interkommunale Zusammenarbeit in der Rhein-Main Region auf dem Gebiet der Abfallentsorgung gestärkt.

4. Deponienachsorge

Die RMA hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Die Deponie Brandholz und die Schlackedeponie sind bereits stillgelegt und die Deponie Wicker steht seit dem Inkrafttreten der TASI ab dem 01.06.2005 nicht mehr zur Verfügung und die Phase der Stilllegung und Nachsorge ist eingetreten. Die Leistungsverpflichtung der RMA GmbH besteht in der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen, die durch die Deponiebetreiberin, die RMD, im Fall Wicker, bis 2046 durchzuführen sind. Die Ermittlung der Aufwendungen für die Deponienachsorge war wegen der langen Laufzeit der Nachsorge, den nur sehr allgemeinen rechtlichen Vorgaben und mangelnden technischen Erfahrungswerten außerordentlich schwierig. Die Grundlagen für die Berechnung der Nachsorgerückstellungen wurden bereits vor einigen Jahren in einem umfangreichen Gutachten, das die RMA in Auftrag gegeben hat, ermittelt. Daraufhin wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von RMD und RMA gebildet, die Investitionen und Betriebskosten für die Nachsorge der drei RMD-Deponien berechnet hat. Nach mehrjähriger Arbeit konnten Anfang 2005 die Kosten der Deponienachsorge in Höhe von ca. 178,2 Mio. € festgestellt werden. Aufgrund einer Neuregelung zur steuerlichen Behandlung von Rückstellungen für die Deponiestilllegung und –achsorge sowie der Differenzierung zwischen Deponieinhaberin (RMD) und Zahlungsverpflichteter (RMA) wurde im Geschäftsjahr 2007 ein zweiter Nachtrag zum Entsorgungsvertrag zwischen der RMA und der RMD notwendig.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

Der zweite Nachtrag regelt die Übertragung der bis 2006 gebildeten Rückstellungen auf die RMD als Sachleistungsverpflichtete sowie die unterjährige Zahllast der RMA. Der zweite Nachtrag wurde nach Einholung einer verbindlichen Auskunft bei den zuständigen Finanzämtern nachträglich zum 11.02.2008 unterzeichnet. Die Bildung von Rückstellungen obliegt gemäß der steuerlichen Betrachtungsweise der Deponiebetreiberin RMD GmbH. Die RMA bleibt aber weiterhin verpflichtet, die RMD in der Weise finanziell auszustatten, dass sie jederzeit dazu in der Lage ist die finanziellen Verpflichtungen für die Deponiestilllegung und –achsorge zu erfüllen. Zur Vermeidung bilanzieller Risiken hat die RMA ihre Ansprüche aus der Patronatserklärung der Gebietskörperschaften an die RMD abgetreten.

Die Regelungen des Hessischen Abfallrechts fordern die ausreichende Bildung der Rückstellungen für die Deponienachsorge und deren Einrechnung in die Abfallgebühren bis zum Jahr 2017, unabhängig von dem wesentlich länger andauernden Zeitraum der tatsächlichen Nachsorge. Daraus ergibt sich, dass in diesem Zeitraum für die Nachsorgeaufwendungen, die im Fall der Deponie Wicker bis in das Jahr 2046 reichen, genügend Rückstellungen gebildet sein müssen. Der aufzuwendende Betrag von 178,2 Mio. € ist durch die Zuführungen zum Sanierungsfond und der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung seit 2005 zum 31.12.2006 auf 142,8 Mio. € gesunken. Gemäß den Bestimmungen des HAKA sind die Aufwendungen über die Entsorgungsentgelte oder Zinserträge zu erwirtschaften. Die Zinserträge werden durch die RMD erwirtschaftet und sind entsprechend den Bestimmungen des HAKA berechnet. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht über die gesamte Laufzeit der Patronats- und Verpflichtungserklärung. Aus Sicht der Gebietskörperschaften ist diese Verpflichtung aber analog der Tilgung eines Darlehens um die bereits geleisteten und von der RMA vereinnahmten Beträge zu mindern. Zum 31.12.2011 wird unter Beachtung der geleisteten Zahlungen grundsätzlich der verbleibende Betrag von 69,5 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von den Gebietskörperschaften geschuldet. Dieser Betrag wird durch die Anrechnung der zu erwirtschafteten Zinsen gemindert. Somit besteht zum 31. Dezember 2011 eine kalkulierte Zahlungsverpflichtung der Gebietskörperschaften in Höhe von 37,64 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, die über einheitliche Entsorgungsentgelte der RMA erwirtschaftet werden. Nach den vertraglichen Bestimmungen des zweiten Nachtrages wird die RMA die notwendigen Beträge in jährlichen Teilbeträgen an die RMD zahlen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

5. Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 2010

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA Gebiet, die optimierte Auslastung der Verbrennungsanlagen und Gebührenstabilität sowie die Einhaltung des Wirtschaftsplanes für 2011, sind im Geschäftsjahr erreicht worden.

Mit einem Jahresüberschuss von rd. 56,4 T€ hat sich das Ergebnis um 5,0 T€ gegenüber dem Vorjahr (51,4 T€) verbessert.

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2011

1. Bilanz

Im Geschäftsjahr 2011 wurden die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) angewendet.

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (30,6 Mio. €) um 6,8 Mio. € auf 23,8 Mio. €. Auf der Passivseite reduzieren sich die Verbindlichkeiten um 7,2 Mio. € auf 21,2 Mio. € (Vorjahr 28,4 Mio. €). Ursächlich hier ist eine deutliche Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die sonstigen Rückstellungen haben sich leicht um 0,5 Mio. € auf 1,8 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €) erhöht. Die Änderungen auf der Aktivseite betreffen das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen, den Rechnungsabgrenzungsposten sowie die aktiven latenten Steuern. Die Forderungen gegen Gesellschafter 7,4 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr (7,7 Mio. €) um 0,3 Mio. € ebenfalls gesunken. Der Kassenbestand 5,3 Mio. € (Vorjahr 8,9 Mio. €) hat sich um 3,6 Mio. € reduziert und der Rechnungsabgrenzungsposten 8,5 Mio. (Vorjahr 9,7 Mio. €) ist um 1,2 Mio. € gesunken.

Das Eigenkapital beträgt 695 T€ (Vorjahr 638 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 2,92% (Vorjahr 2,09%). Das Anlagevermögen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Investitionen betrugen 92,4 T€ und sind damit gegenüber dem Vorjahr (84,7 T€) um 7,7 T€ gestiegen.

2. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich verbessert. Das Jahresergebnis ist um 5,0 T€ (9,75%) gestiegen. Der Rohertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 953,7 T€ verbessert. Erstmals seit 2006 konnte ein positives Betriebsergebnis erzielt werden. Die höheren Umsatzerlöse sowie die im Verhältnis geringeren Materialaufwendungen (2010 = 98,3%; 2011 = 97,3%)

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2011 (Fortsetzung)

2. Ertragslage (Fortsetzung)

haben zum verbesserten Betriebsergebnis geführt. Der Rückgang des neutralen Ergebnisses beruht im Wesentlichen auf deutlich geringeren Auflösungsbeträgen von Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr. Die Veränderungen beim Finanzergebnis, bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie den sonstigen Steuern haben sich nur geringfügig ausgewirkt.

3. Finanzlage

Die Liquidität war vor dem Hintergrund der getroffenen vertraglichen Vereinbarungen sowie der Verpflichtungs- und Patronatserklärungen der Gebietskörperschaften immer gesichert.

4. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2011 sind weitere Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Lage führen können.

Die Konkretisierung des Entsorgungsvertrages vom 21.12.1998 mit der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) wird im folgenden Geschäftsjahr 2012 von der Gesellschafterversammlung der RMA noch zu beschließen sein. Die Umsetzung der Konkretisierungsvereinbarung zwischen der FES GmbH und der RMA GmbH erfordert die Fortführung der interkommunalen Kooperation aller sechs Gebietskörperschaften mindestens bis zum Jahr 2023. Fünf entsprechende zustimmende Beschlüsse der Stadtparlamente und Kreistage sind im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 bereits gefasst worden. Damit ist auch der Fortbestand der Gesellschaft RMA bis mindestens 2023 gesichert. Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages ist noch im Geschäftsjahr 2012 vorgesehen. Die, zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch fehlende, Zustimmung eines Gesellschafters wird im dritten Quartal des Folgegeschäftsjahres 2012 erwartet.

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA. Das Abfallwirtschaftskonzept der RMA und die fortlaufend aktualisierten internen Mengenprognosen der RMA erwarten einen Mengenrückgang mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne und einer intensivierten Wertstoffeffassung im Rahmen eines

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

erwarteten Wertstoffgesetzes. Auch die Abschöpfung des biogenen Anteils im Hausmüll durch Sortierung wird zu einer Minderung der zu beseitigenden Siedlungsabfallmengen im Jahr 2012 und fortfolgend weiter führen. Aufgrund von veränderten rechtlichen Anforderungen besteht aber aus Sicht der RMA GmbH eine Hoffnung auf Einstellung der Hausmüllsortierung.

Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind fortlaufend Anpassungen an diese Mengenentwicklungen vorgenommen worden, so dass für die kommenden Jahre nach derzeitiger Beurteilung keine Überkapazitäten in den Verbrennungsanlagen entstehen.

Die Fortführung der interkommunalen Kooperation zwischen den Gesellschaftern der RMA GmbH sichert auch den Generalentsorgungsauftrag für die RMA GmbH bis mindestens 2023. Diese weitreichenden Entscheidungen werden auf der Grundlage erstellter langfristiger Mengenprognosen, Aufwandsentwicklungen und Einnahmeentwicklungen im Rahmen einer zusammenfassenden Finanzvorschau getroffen. Die langfristige Entgelt- und damit Gebührenstabilität ist dabei eine Mindestanforderung.

Die verfügbare Jahreskapazität in 2012 und 2013 von insgesamt 455.000 Mg/a, in den Jahren 2014 bis 2018 von 400.000 Mg/a in den beiden Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach sowie die Beistellung des Ausfallverbundes sichern die Entsorgung im RMA-Gebiet.

Die Aufwendungen für die Deponienachsorge sind durch Patronatserklärungen gesichert. Der Zahlungsplan wird erfüllt.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwandes werden kontinuierlich überwacht. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zu Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden.

Der Wirtschaftsplan für 2012 ist aufgestellt, beschlossen und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Der vorgenommenen Anpassungen werden im Geschäftsjahr 2012 ein ausgeglichenes Jahresergebnis ermöglichen. Für die Jahre 2013 ff. ist eine langfristige Unternehmensplanung im Rahmen einer Finanzvorschau erstellt, die nach derzeitigen Erkenntnissen die Auskömmlichkeit der RMA – Entgelte ausweist. Eine Entgelterhöhung ist nicht notwendig, sofern die Beschlüsse der RMA GmbH in den Gebietskörperschaften umgesetzt werden können und die Abfinanzierung des Frankfurter Müllheizkraftwerkes bis 2023 erfolgen kann.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

L. Bilanz

	2011	2010	Verän-	2009
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- Immaterielle Vermögensgegenstände	22.680	23.996	-1.316	27.356
- Sachanlagen	274.080	249.661	24.419	240.125
Anlagevermögen	296.760	273.657	23.103	267.481
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.137.925	3.686.401	-1.548.476	2.336.089
- Forderungen gegen Gesellschafter	7.385.242	7.715.317	-330.076	7.830.980
- Sonstige Vermögensgegenstände	184.762	284.854	-100.092	377.126
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.707.929	11.686.572	-1.978.644	10.544.195
- Guthaben bei Kreditinstituten	5.254.337	8.867.389	-3.613.052	7.330.460
Umlaufvermögen	14.962.266	20.553.962	-5.591.696	17.874.655
Rechnungsabgrenzungsposten	8.495.762	9.693.898	-1.198.136	10.888.431
Aktive latente Steuern	55.442	62.957	-7.515	101.544
	23.810.230	30.584.473	-6.774.244	29.132.111
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	275.900	275.900	0	275.900
- Kapitalrücklage	172	172	0	172
- Verlust(-)/Gewinnvortrag(+)	362.404	310.971	51.433	267.179
- Jahresverlust(-)/-überschuss(+)	56.446	51.433	5.013	43.791
Eigenkapital	694.921	638.476	56.446	587.043
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	202.155	239.987	-37.832	31.330
- Steuerrückstellungen	0	0	0	97.716
- Sonstige Rückstellungen	1.750.816	1.263.038	487.778	1.660.582
Rückstellungen	1.952.971	1.503.024	449.946	1.789.628
- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	20.670.367	27.738.746	-7.068.379	26.057.241
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	306.691	430.052	-123.361	419.548
- Sonstige Verbindlichkeiten	185.280	274.176	-88.896	278.651
Verbindlichkeiten	21.162.338	28.442.974	-7.280.636	26.755.440
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	23.810.230	30.584.473	-6.774.244	29.132.111

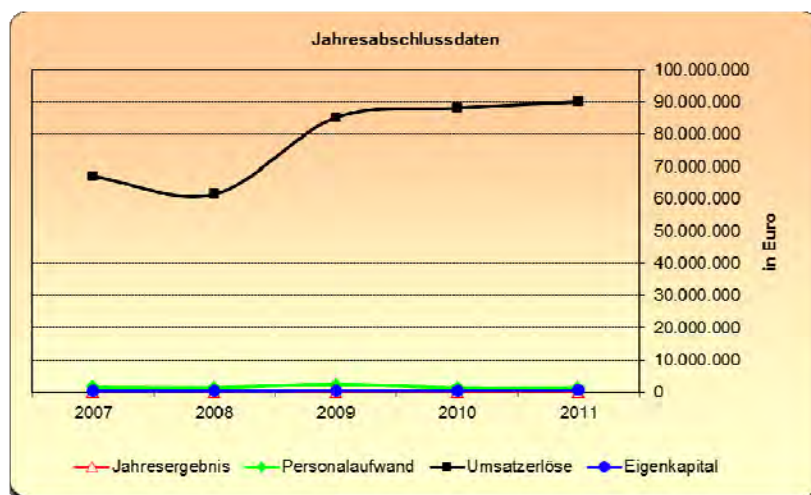
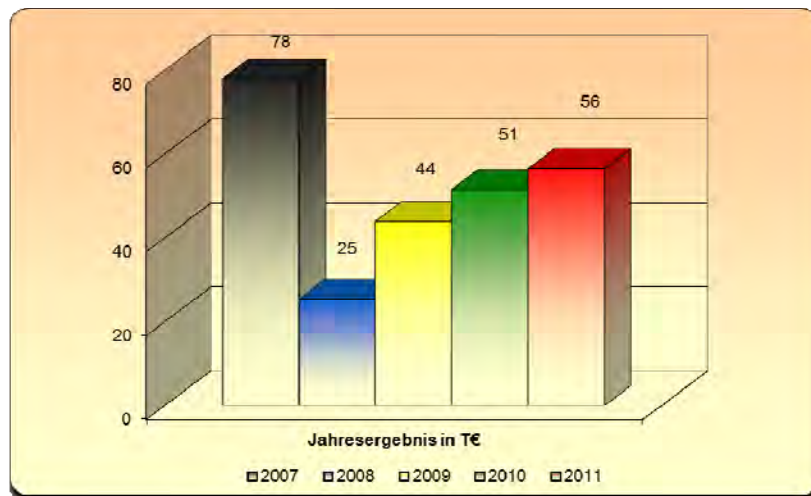
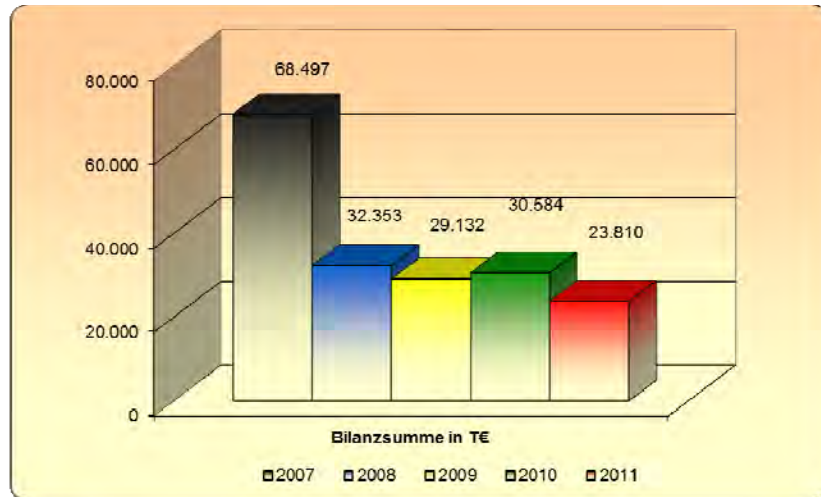
Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	90.132.893	88.247.477	85.237.168
Sonstige betriebliche Erträge	80.276	1.037.896	177.137
	90.213.169	89.285.373	85.414.304
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	87.713.196	86.781.473	82.040.020
	87.713.196	86.781.473	82.040.020
Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	1.251.041	1.192.276	1.407.017
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	347.146	367.765	1.134.775
	1.598.187	1.560.041	2.541.792
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	69.169	77.855	59.277
Sonstige betriebliche Aufwendungen	711.468	767.221	732.745
Betriebsergebnis	121.148	98.783	40.470
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	90.922	57.836	56.426
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	108.702	60.922	88
Finanzergebnis	-17.780	-3.087	56.338
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	103.368	95.697	96.808
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-46.333	-43.697	-52.525
Sonstige Steuern	-590	-567	-492
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	56.446	51.433	43.791

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd gehören neben hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Landkreis Aschaffenburg und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg zwei bayerische kommunale Gebietskörperschaften sowie mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der kreisfreien Stadt Mannheim zwei Kommunalbehörden des Bundeslandes Baden-Württemberg an.

Die bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Bundesland übergreifende Zusammenarbeit kommunaler Behörden im Falle des Zweckverbandes basiert auf entsprechenden Staatsverträgen, die zwischen dem Land Hessen und dem jeweiligen benachbarten Bundesland Baden-Württemberg und Bayern bestehen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Anschrift	Außerhalb 22, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon	06256/851-0
Telefax	06256/851-9731
E-Mail	tva@zakb.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gemäß § 9 KGG
Gründungsdatum	1994
Satzung des Verbandes	Im Berichtsjahr galt die erlassene Satzung des Verbandes in der Fassung vom 25.05./09.06.1994, geändert durch die Satzung in der Fassung vom 09.05.2001, zuletzt geändert durch die Satzung in der Fassung vom 16.03.2011.

B. Verbandszweck

Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Kreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung von Tieren, Tierkörperteilen, Konfiskaten, Schlachtabfällen und Blut sowie sonstigen Erzeugnissen tierischer Herkunft gemäß den Bestimmungen des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften.

Ab dem 01. April 2011 wurde die Beseitigungspflicht auf die Firma A. Fischer und Söhne GmbH & Co. KG (Betriebs- und Besitzgesellschaft der Tierkörperbeseitigungsanstalt, Lampertheim-Hüttenfeld) übertragen.

Die Übertragung ist zunächst auf acht Jahre befristet und für diese Dauer ist der Zweckverband von seinen Verpflichtungen entbunden. Während dieser Zeit wird der Zweckverband als ruhender Verband aufrechterhalten. Hierdurch ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung der Aufgaben auf die beiden genannten Privatfirmen die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurück fallen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

C. Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung (Stand 31.12.2011)	
Vorsitzender	Herr Gerhard Weber
Stellv. Vorsitzender	Herr Rudolf Guthmann
Vertreter des Kreises Offenbach	Herr Michael Rickert

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes (Stand 31.12.2011)	
Vorsitzender	Herr Matthias Wilkes
Stellv. Vorsitzende	Frau Rosemarie Lück
Mitglied	Herr Oliver Grobeis

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Hilbert Bocksnick
-----------------	------------------------

Zur Höhe der Geschäftsführerbezüge werden keine Angaben gemacht.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

D. Mitglieder des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes	Anteil in %
Kreis Offenbach	4,89 %
Kreis Bergstraße	13,48 %
Stadt Mannheim	12,91 %
Main-Kinzig-Kreis	12,28 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	11,20 %
Wetteraukreis	12,10 %
Rhein-Neckar-Kreis	7,07 %
Landkreis Aschaffenburg	5,49 %
Odenwaldkreis	5,03 %
Landkreis Groß-Gerau	3,91 %
Stadt Frankfurt	2,84 %
Stadt Aschaffenburg	2,77 %
Hochtaunuskreis	2,15 %
Stadt Wiesbaden	1,55 %
Main-Taunus-Kreis	1,30 %
Stadt Darmstadt	0,58 %
Stadt Offenbach am Main	0,45 %
	100,00 %

* = Das „Beteiligungsverhältnis“ wird aufgrund statistischer Zahlen zu Einwohnern, Viehbestand sowie der Zahl gewerblicher Schlachtungen ermittelt und gewichtet. Als Berechnungsgrundlage dienen die jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten der statistischen Landesämter Hessens, Bayerns und Baden-Württembergs.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse zu beseitigen (Beseitigungspflichtige). Sie nehmen diese Aufgabe in Selbstverwaltung wahr. Die Beseitigungspflichtigen können Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen selbst errichten, erwerben und betreiben oder durch vertraglich verpflichtete Unternehmer (Dritte) errichten oder betreiben lassen.

Eine Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt, da die Mitgliedschaft in einem Zweckverband keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Bilanz

	2010	2009	Veränderung
	in €	in €	in €
Aktiva			
Anlagevermögen	0	0	0
Flüssige Mittel	36.400	90.736	-54.336
Umlaufvermögen	36.400	90.736	-54.336
	36.400	90.736	-54.336
Passiva			
Nettoposition	191.222	191.222	0
Ergebnisverwendung	-100.486	0	-100.486
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-69.117	-100.486	31.369
ordentlicher Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag(-)	-69.140	-100.486	31.346
außerordentlicher Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag(-)	23	0	23
Eigenkapital	21.619	90.736	-69.117
Rückstellungen	0	0	0
Verbindlichkeiten	14.781	0	14.781
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	36.400	90.736	-54.336

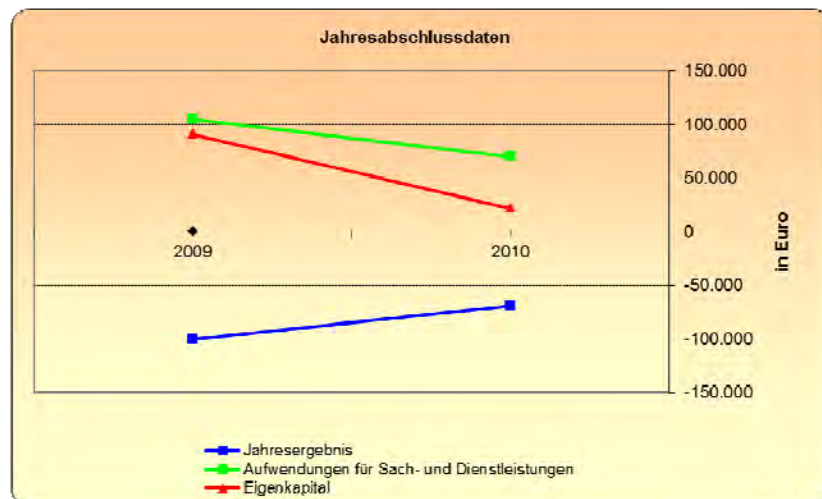
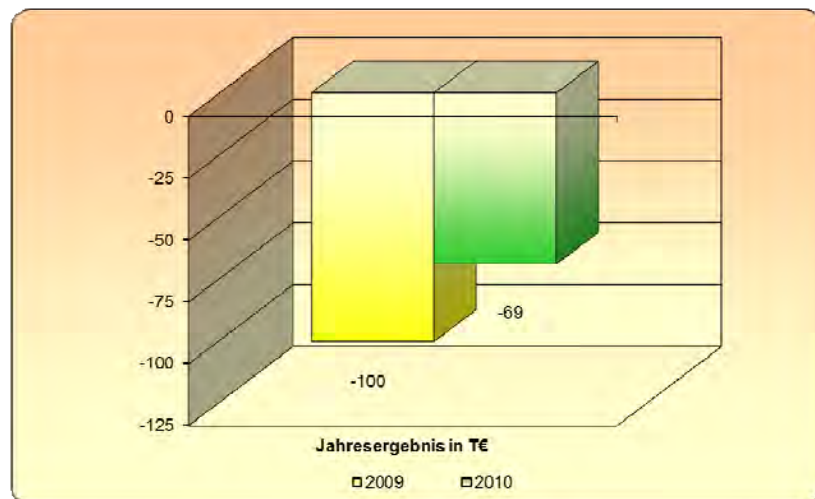
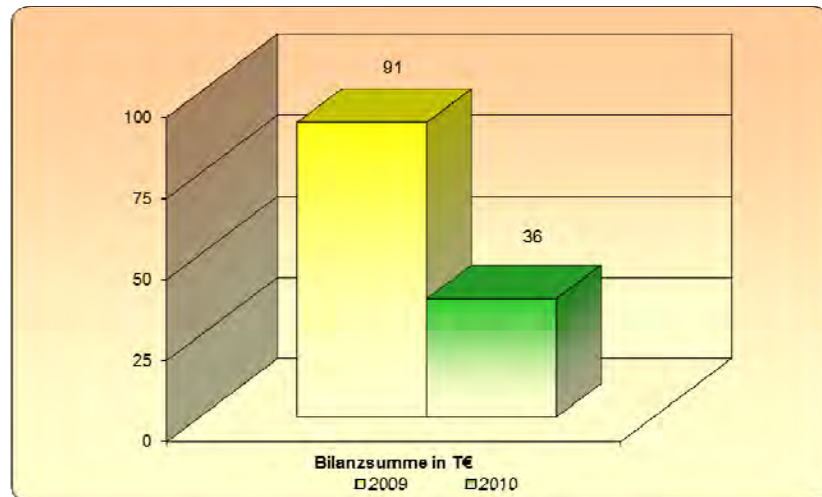
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

L. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009
	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	69.841	104.818
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	701	4.332
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-69.140	-100.486
Außerordentliche Erträge	23	0
Jahresgewinn(+)/Jahresverlust(-)	-69.117	-100.486

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



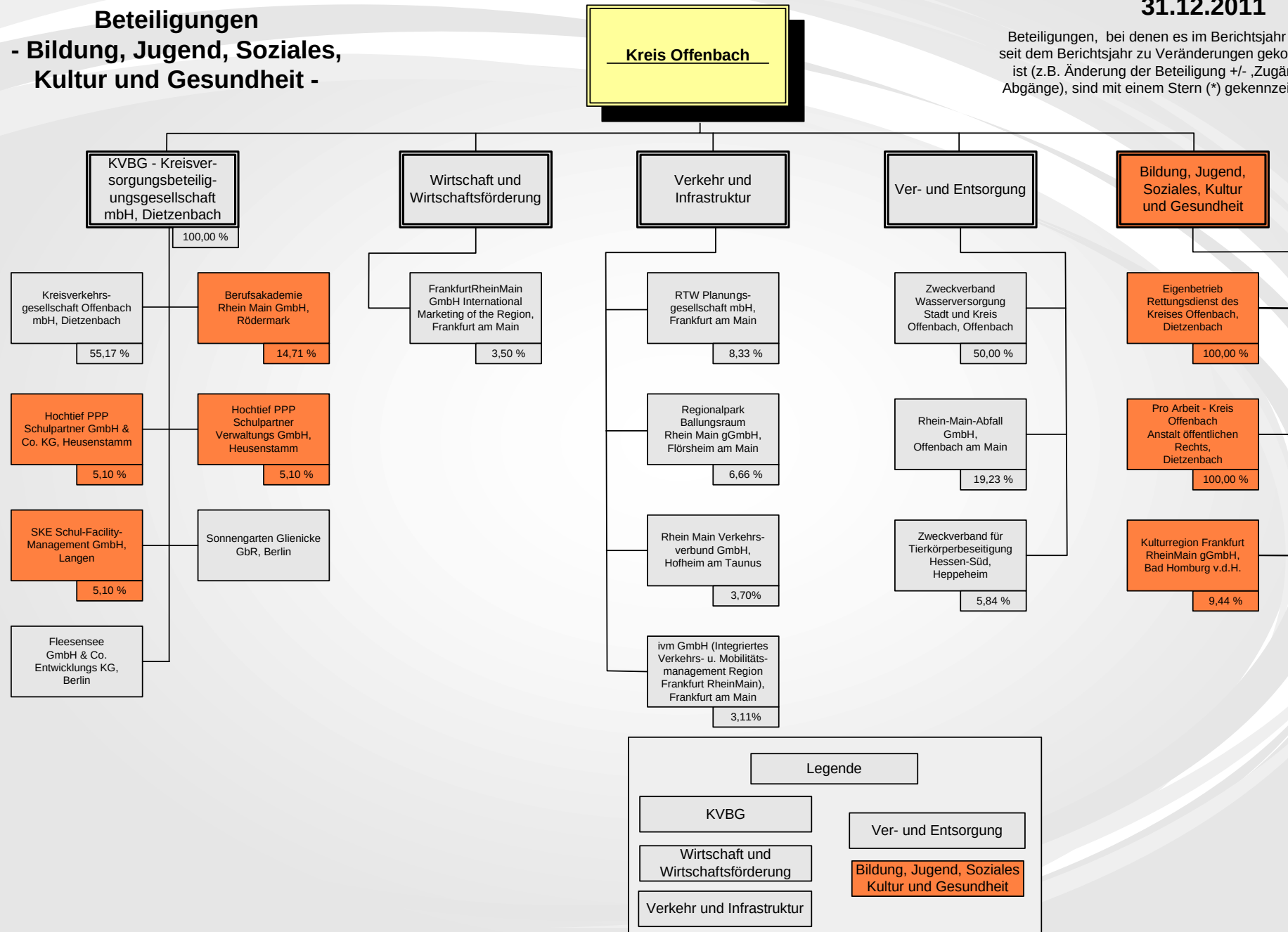
Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit

Redaktionsschluss:

31.12.2011

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit -



Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes von 1998 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg-, Luft- und Wasserrettung. Als Leistungserbringer bedient sich der Kreis Offenbach dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach.

Die Gründung des Eigenbetriebes hat der Kreistag des Kreises Offenbach am 14.12.1999 beschlossen; seine Tätigkeit nahm der Eigenbetrieb am 01. Juli 2000 auf.

Dem Eigenbetrieb obliegt die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Ergänzt wird dieser Sicherstellungsauftrag durch den Betrieb der Zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach. Die Zentrale Leitstelle hat alle Hilfeersuchen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt zum einen durch Personalkostenerstattungen des Landes Hessen und weiterhin über die Erhebung einer sog. Rettungsdienstgebühr. Die von den Leistungserbringern erhobene Rettungsdienstgebühr beträgt seit dem 01. September 2005 € 22,33.

Die interne Kostenstruktur des Eigenbetriebes ist aufgrund der hohen Personalintensität in starkem Maße von Personalkosten geprägt, die feste Kosten sind und somit unabhängig von der Zahl der koordinierten Rettungseinsätze als Aufwendungen des Eigenbetriebes entstehen.

Aufgrund dieser in starkem Maße von Personalaufwendungen geprägten Kostenstruktur besteht ein finanzielles Risiko für den Eigenbetrieb darin, dass - bedingt durch mögliche rückläufige Zahlen der abgewickelten Rettungsdiensteinsätze - Einnahmeausfälle entstehen könnten, die einem positiven bzw. ausgeglichenen Betriebsergebnis entgegenstehen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Anschrift	Gottlieb-Daimler-Straße 10, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/37107-83
Telefax	06074/37107-89
E-Mail	leitstelle@leitstelle-kreis-of.de

Die Angaben zum Eigenbetrieb beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Eigenbetriebes

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsdatum	14.12.1999
Stammkapital	51.129,19 €
Eigenbetriebssatzung	Betriebssatzung vom 14. Dezember 1999, zuletzt geändert am 05. September 2001.

B. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach. Der Betrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Unterstützung bei der Aufgabenbewältigung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach, der die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bürger des Kreises mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes überwacht.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes

Kreistag des Kreises Offenbach

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Betriebskommission

Zusammensetzung der Betriebskommission im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied für den Kreisausschuss	Herr Gerd Hibbeler	
-----„-----	Frau Margot Süß	
Mitglied für den Kreistag	Frau Diana Ackermann	ab 04.05.2011
-----„-----	Frau Maria Becht	
-----„-----	Frau Hildegard Ripper	bis 03.05.2011
-----„-----	Herr Dieter Zimmer	
Mitglied für den Personalrat	Herr Karsten Arendt	
-----„-----	Frau Karin Sackbrook	
Sachkundige Einwohner/innen	Herr Constantin Holzamer	bis 03.05.2011
-----„-----	Herr Hans-Joachim Junker	
-----„-----	Herr Mike Tetzner	ab 04.05.2011

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes (Fortsetzung)

Betriebsleitung

Betriebsleiter	Herr Ralf Ackermann
Stellv. Betriebsleiter	Herr Joachim Kügler

Die Bezüge des Betriebsleiters betrugen im Geschäftsjahr 2011 € 25.560,--. Dieser Betrag wurde vom Eigenbetrieb Rettungsdienst als Personalkostenanteil für Herrn Ralf Ackermann an den Kreis Offenbach gezahlt. Die Bezüge des stellvertretenden Betriebsleiters betrugen € 69.550,01.

Für die Betriebskommission sind für das Wirtschaftsjahr 2011 Sitzungsgelder in Höhe von € 239,60 angefallen.

D. Träger des Eigenbetriebes

Träger	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	51.129,19

E. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck des Eigenbetriebes bzw. dessen Aufgabenstellung.

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (§ 4) sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Für den Kreis Offenbach erbringt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach diese Leistung.

Da es sich bei einem Eigenbetrieb nicht um eine wirtschaftliche Betätigung handelt, ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Genehmigung und Aufsicht

Buchungsstelle 37.03.01.50030010 (anteilig, den Eigenbetrieb Rettungsdienst betreffend)

	2012	2011	2010
Mieten und Pachten	33.766	33.766	25.430

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Genehmigung und Aufsicht

	2012	2011	2010
Kostenersatz des EB Rettungsdienst Buchungsstelle 37.03.01.54850010	34.000	31.560	27.780

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besonderer Finanzaufwendungen

Produkt Gefahrenabwehr

Buchungsstelle 37.02.01.71250010

	2012	2011	2010
Anteil des Trägers EB Rettungsdienst	150.000	122.036	159.342

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

G. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

H. Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	219.354	264.538	306.098

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	264.538
Zunahmen	0
Abnahmen	45.184
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	219.354

I. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2011

Allgemeines

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat am 14.12.1999 beschlossen, den „Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach ab 01. Juli 2000 als ein organisatorisch und wirtschaftlich eigenständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes zu schaffen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach entscheidet nach § 5 der Betriebssatzung über die Grundsätze, nach denen der Betrieb des Eigenbetriebes Rettungsdienst gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Nach § 6 der Betriebssatzung beruft der Kreisausschuss eine Betriebskommission. Sie überwacht nach § 7 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, bereitet die Beschlüsse des Kreistages vor und ist zuständig für die Geschäfte, die über die laufende Betriebsführung hinausgehen.

Als Rettungsdienststräger obliegt dem Kreis Offenbach nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz die Sicherstellung des Rettungsdienstes unter Wahrung der medizinischen Erfordernisse zu sozial tragbaren Benutzungsentgelten. Diese Aufgabe wird vom Eigenbetrieb Rettungsdienst wahrgenommen. Er überwacht die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Der Sicherstellungsauftrag umfasst in erster Linie den bodengebundenen Rettungsdienst, der insbesondere durch die Luftrettung ergänzt wird, den Betrieb der integrierten zentralen Leitstelle für den Kreis Offenbach sowie den Betrieb von Notarzteinsatzfahrzeugen in eigener Regie.

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise)

Die Einsatzsituation und somit auch die Ertragslage im Jahr 2011 (2010 in Klammern) haben sich aufgrund der Einsatzzahlen wie folgt entwickelt:

	2011	2010
Notfalleinsätze (Rettungsdiensteinsätze)	29.483	28.597
Qualifizierte Krankentransporte	3.157	2.884
Notarzteinsätze (alle Systeme)	6.475	6.851
Feuerwehralarmierungen	4.653	4.494

Somit gab es insgesamt 39.115 abrechnungsfähige Einsätze im Jahr 2011. Im Wirtschaftsplan 2011 waren 36.000 Einsätze die Planungsgrundlage.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise)

Zusätzlich waren noch 43.834 Beratungen/Telefonkontakte/Vermittlungen in der Zentralen Leitstelle zu bearbeiten.

Insgesamt konnte im Wirtschaftsjahr 2011 für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss in Höhe von € 6.190,01 erwirtschaftet werden. Die Zielsetzung eines über einen längeren Betrachtungszeitraum ausgeglichenen Ergebnisses bei kostendeckenden Rettungsdienstgebühren kann als erreicht angesehen werden.

Für die NEF-Systeme erfolgte die Deckung des Mehrbedarfs bei den Aufwendungen aus dem Budgetausgleich. Eine Anhebung der Gebühren für die NEF-Systeme ist ab dem 01.01.2012 nach Verhandlungen mit den Kostenträgern und den notwendigen Beschlüssen des Kreistages erfolgt – sie beträgt nun € 293,55 pro Einsatz für das Gesamtsystem (Fahrzeug, Technik, Arzt, NEF-Fahrer).

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Hessische Rettungsdienstgesetz (HDRG) wurde im Dezember vom Hessischen Landtag beschlossen und trat am 01. Januar 2011 in Kraft. Für den wirtschaftlichen Bereich fand die größte Änderung im Bereich der Finanzen statt.

Der § 8 (Kosten) HDRG sagt zum laufenden Betrieb aus, dass die Kosten die Träger des Rettungsdienstes (= Kreis Offenbach) tragen. Allerdings erstattet jetzt das Land jährlich nur noch die Kosten in Höhe von 0,20 € pro Einwohner (Kreis Offenbach neu ab 2011; Zuschuss des Landes Hessen ca. 67.000 €; bisher 108.000 €). Eine Erhöhung der Rettungsdienstgebühr (bisher € 22,33) zur Kostendeckung wird künftig notwendig werden – es ist hier das Jahr 2013 vorgesehen. Mehraufwendungen werden durch den vorhandenen Budgetausgleich abgedeckt.

DAS NEF-System West in Langen ist innerhalb des Krankenhausgeländes in eine neu von der Klinik errichtete Wache umgezogen. Somit hat das Personal ausreichende Räumlichkeiten sowie eine eigene Unterstellmöglichkeit für das NEF.

Die ständige Zunahme der Leitstellendispositionen hat es erforderlich gemacht tagsüber die derzeitige Besetzung der Einsatzsachbearbeiter um eine Stelle im Schichtdienst ab 2012 anzuheben (bisher jeweils zwei Einsatzsachbearbeiter pro Schicht, künftig drei Einsatzsachbearbeiter pro Schicht). Die notwendigen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde liegen dazu vor.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Nach wie vor ist das Thema Ärztlicher Bereitschaftsdienst noch nicht abgeschlossen. Zur Optimierung der Versorgung der Bevölkerung finden derzeit auf Landesebene intensive Gespräche wegen Kooperationen statt – das Ergebnis ist abzuwarten.

Nach Beschlüssen der Betriebskommission und des Kreisausschusses verankert im Wirtschaftsplan wurde beim Regierungspräsidium Darmstadt der Antrag auf Anerkennung einer Rettungsdienstschule gestellt. Diese soll für die Basisausbildung der im Kreis tätigen Rettungsdienstorganisationen und die Katastrophenschutzorganisationen mit deren Unterstützung eingerichtet werden. Eine Kostendeckung ist hier vorgegeben.

Das Antragsverfahren ist noch nicht beschieden. Es wurde nach der Auswertung der Hilfsfristen im Jahr 2010 (Vergleichsring Kennzahlen Hessen) der Wert von 90% nach 10 Minuten als auch der Wert von 95% nach 15 Minuten durchschnittlichem Hilfsfristerreichungsgrad im Kreis Offenbach überschritten – somit werden die Vorgaben des Landes Hessen eingehalten.

Der Digitalfunk wird im Jahr 2012 im Kreis Offenbach eingeführt – hier werden entsprechende Umstellungen der Systeme notwendig werden, die einen erheblichen Aufwand für die Zentrale Leitstelle bedeuten und das bisherige analoge System ablösen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz

	2011	2010	Veränderung	2009
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	20.304	13.006	7.298	18.123
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.304	13.006	7.298	18.123
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	209.987	233.496	-23.509	257.005
Maschinen und maschinelle Ausstattung	112.279	157.828	-45.549	201.288
Betriebs- und Geschäftsausstattung	104.066	149.658	-45.592	197.675
Sachanlagevermögen	426.332	540.982	-114.650	655.968
Anlagevermögen	446.636	553.988	-107.352	674.091
Vorräte	13.228	13.228	0	13.228
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	385.653	395.212	-9.559	403.042
Forderungen gegen den Träger	50.913	14.247	36.665	62.810
Sonstige Vermögensgegenstände	1.740	1.740	0	1.740
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	451.534	424.427	27.106	480.819
Kassenbestand + Guthaben bei Kreditinstituten	273.939	444.709	-170.770	232.319
Umlaufvermögen	725.473	869.137	-143.664	713.138
	1.172.109	1.423.125	-251.016	1.387.229

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Veränderung	2009
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Stammkapital	51.129	51.129	0	51.129
Allgemeine Rücklage	73.000	73.000	0	73.000
Zweckgebundene Rücklage	127.600	127.600	0	82.600
Rücklagen	200.600	200.600	0	155.600
Gewinn-/Verlustvortrag	55.453	88.599	-33.145	45.315
Verwendung für Einstellung in Rücklagen	0	-45.000	45.000	-10.000
	55.453	43.599	11.855	35.315
Jahresgewinn/-fehlbetrag	6.190	11.855	-5.665	53.284
Gewinn	61.643	55.453	6.190	88.599
Eigenkapital	313.373	307.182	6.190	295.328
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	67.649	88.726	-21.077	109.803
Sonstige Rückstellungen	571.734	762.678	-190.944	676.000
Rückstellungen	571.734	762.678	-190.944	676.000
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	133.208	169.375	-36.167	203.908
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	83.283	91.101	-7.819	96.784
Sonstige Verbindlichkeiten	2.863	4.061	-1.198	5.407
Verbindlichkeiten	219.354	264.538	-45.184	306.099
	1.172.109	1.423.125	-251.016	1.387.229

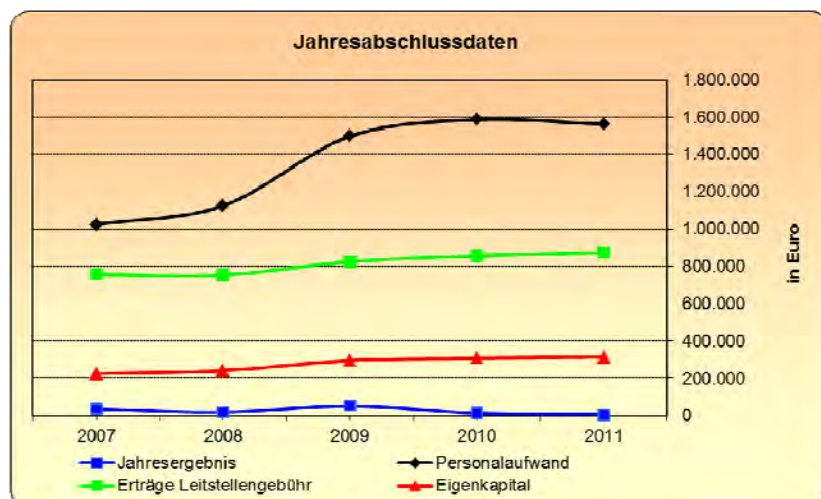
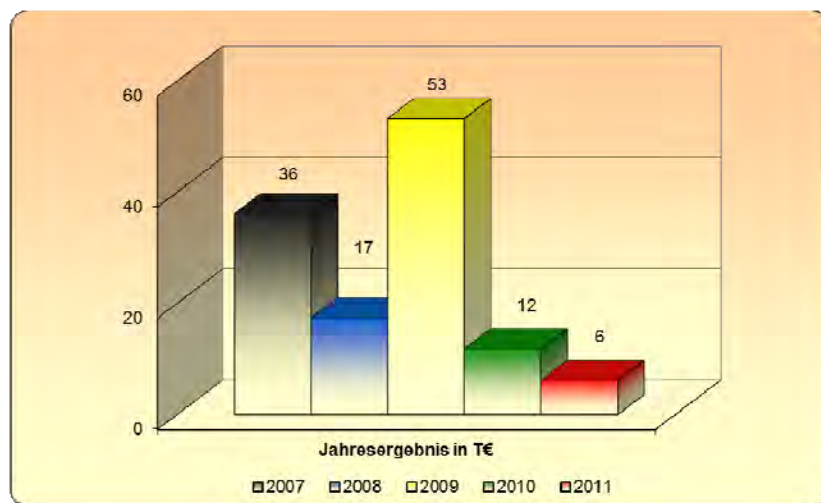
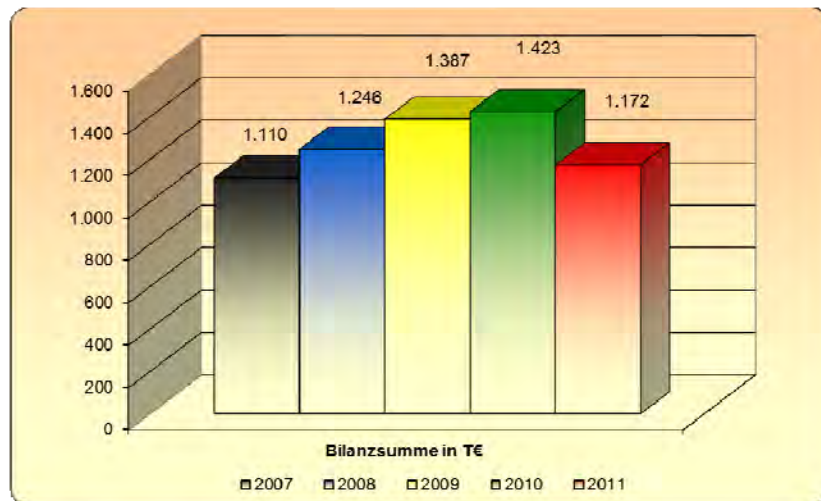
Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

L. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Erträge Leitstellengebühren	873.438	855.954	825.384
Erträge Notarzteinsatzgebühren	1.512.035	1.585.819	1.465.428
Eigenanteil Kreis Offenbach	167.106	204.247	203.275
Zuschüsse Personalkostenanteil Land Hessen	67.427	108.010	108.010
Umsatzerlöse	2.620.006	2.754.030	2.602.098
Sonstige betriebliche Erträge	343.860	81.067	63.417
	2.963.866	2.835.097	2.665.515
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	84.139	60.218	61.540
Aufwendungen für bezogene Leistungen	739.096	602.632	550.299
	823.235	662.850	611.839
Personalaufwand			
Gehälter	1.226.697	1.276.199	1.214.168
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	335.242	309.895	282.542
	1.561.939	1.586.094	1.496.709
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	148.823	154.852	143.630
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.077	21.077	21.077
	127.746	133.775	122.553
Sonstige betriebliche Aufwendungen	441.729	434.806	373.199
Zinsen und ähnliche Erträge	4.444	3.390	2.736
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.892	8.527	10.087
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.770	12.435	53.864
Sonstige Steuern	580	580	580
Jahresgewinn/-fehlbetrag	6.190	11.855	53.284

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

Anschrift	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-1240, -1241
Telefax	06074/8180-8910
E-Mail	servicecenter@proarbeit-kreis-of.de
Internet	www.proarbeit-kreis-of.de

Die Angaben zur Anstalt öffentlichen Rechts beziehen sich auf das Jahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	12. Dezember 2007
Satzung	Die Satzung trat mit Wirkung vom 01. Januar 2008 in Kraft

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts

Mit der Gründung der Anstalt verfolgt der Kreis vorrangig die Ziele:

- auf kommunaler Ebene die Aufgaben als Optionskommune nach dem SGB II effektiv, wirtschaftlich und zügig umzusetzen;
- die im Feld der Beschäftigungsförderung bestehenden Finanzbeziehungen transparent darzustellen und damit den Mitteleinsatz zielgenau zu steuern und zu optimieren;
- die Personalhoheit im Bereich der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II weitgehend in die Anstalt zu verlagern und damit eine effiziente, an den Erfordernissen der Beschäftigungsförderung ausgerichtete Personalpolitik mit der Möglichkeit der schnellen und flexiblen personalwirtschaftlichen Entscheidungsdurchsetzung zu ermöglichen.

Der Kreis überträgt der Anstalt „Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) die ihm im Rahmen des Gesetzes obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten als Optionskommune nach dem SGB II. Dies betrifft auch hoheitliche Aufgaben. Insoweit kann die Anstalt selbständig Verwaltungsakte erlassen. Die Führung der sozialgerichtlichen Verfahren verbleibt beim Kreis.

Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

- Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II;

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

- Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung. Sozialen Betreuung, Aus- und Weiterbildung sowie der Ein- und Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen. Zu den Maßnahmen zählen auch: Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche; Angebote der betriebsübergreifenden Erstausbildung; Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose; unterstützende Angebote für die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit;
- Organisation und Durchführung von europäischen, Bundes- und Landes-Projekten, die dem Zwecke der Anstalt dienen.

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzender	Herr Carsten Müller	
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied	Frau Maria Becht	
-----,,----	Herr Reimund Butz	
-----,,----	Frau Tina Hobusch	
-----,,----	Herr Clemens Jäger	bis 03.05.2011
-----,,----	Herr Stefan Jaud	ab 04.05.2011
-----,,----	Herr Werner Nickel	bis 03.05.2011
-----,,----	Frau Hildegard Ripper	
-----,,----	Herr Michael Schüßler	ab 04.05.2011
-----,,----	Herr Dieter Zimmer	

Im Wirtschaftsjahr 2011 beliefen sich die Verwaltungsratsvergütungen auf € 2.417,50 (2010: € 1.807,30).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Vorstand

Vorstand	Frau Brunhild Constanze Kent	bis 30.06.2011
Stellv. Vorstand	Herr Boris Berner, kommissarische Leitung	ab 01.07.2011

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleibt unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

D. Träger

Träger	Anteil in %
Kreis Offenbach	100,00

E. Beteiligungen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Trägerschaft des Kreises Offenbach an der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts ist das Hessische Offensiv-Gesetz in der Fassung vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666) §§ 2b ff.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Produkt Drittmittel 50.10.01

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2012	2011	2010
Kostenerstattung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.54840040	50.000	55.884	20.021

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Pro Arbeit - für Leistungen als kostenerstattungspflichtiger Träger Frauenhaus - Buchungsstelle 50.10.01.71710010	75.000	136.319	90.506

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Pro Arbeit - für psychosoziale Betreuung Frauenhaus - Buchungsstelle 50.10.01.72710000	257.000	304.122	312.678

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2012	2011	2010
Erstattungen von Pro Arbeit Personal- und Sachkosten SGB II - Buchungsstelle 50.20.01.54890160	127.200	0	0
Erstattungen von Pro Arbeit Eingliederung Buchungsstelle 50.20.01.54890180	100.000	0	0
Erstattungen von Pro Arbeit Projekt Ü 50 Buchungsstelle 50.20.01.54890190	100.000	0	0

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten - Buchungsstelle 50.20.01.71250040	13.365.403	0	0

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Eingliederung - Buchungsstelle 50.20.01.72740010	6.480.661	0	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16a - Buchungsstelle 50.20.01.72740020	1.577.797	0	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Ü 50 - Buchungsstelle 50.20.01.72740030	1.545.000	0	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Impuls 50 plus - Buchungsstelle 50.20.01.72740031	640.000	0	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR – Einstiegs-qualifizierung - Buchungsstelle 50.20.01.72740050	8.592	0	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Arbeitsmarktbudget - Buchungsstelle 50.20.01.72990020	180.000	0	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Ausbildung statt ALG II (AstA) - Buchungsstelle 50.20.01.72990040	15.000	0	0

Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (passive Leistungen) 50.20.02

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR Buchungsstelle 50.20.02.72730010	81.000.000	0	0

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2012	2011	2010
Rückzahlungen BTP AöR SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54880180 - 5488188	450	0	0
Rückzahlungen BTP AöR Kinderzuschlag SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54880190 - 54880198	450	0	0
Rückzahlung BTP AöR WoGG SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54880200 - 54880208	450	0	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03 (Fortsetzung)

Kostenersatzleistungen und –erstattungen (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Rückzahlungen AöR Darlehen SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54890100 – 54890150	799.000	0	0
Erstattung von Pro Arbeit (kommunaler Finanzierungs- anteil) - Buchungsstelle 50.20.03.54890170	22.800	0	0
Erstattung SGB II – Erträge der AöR - Buchungsstelle 50.20.03.54900050	600.000	0	0

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR – Verwaltungskosten - Buchungsstelle 50.20.03.712500040	2.395.685	0	0
Zuschuss AöR gemäß Verwaltungsvereinbarung Buchungsstelle 50.20.03.712500045	87.360	0	0

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Kosten der Unterkunft - laufende Leistungen § 22 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72400010	56.500.000	0	0
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72400020	300.000	0	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Leistungen nach § 22 Abs. 7 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72400030	10.000	0	0
KdU-Zuschuss § 27 Abs. 3 SGB II (inkl. Warmwasser) - Buchungsstelle 50.20.03.72400050	140.000	0	0
Einmalige Leistungen § 24 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72420010	1.300.000	0	0
Auszahlungen an AöR zur Gewährung von Darlehen SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72430100 - 72430150	2.015.000	0	0
BTP Zuweisung AöR SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72450030 - 72450038	2.979.220	0	0
BTP Zuweisung AöR Kinderzuschlag SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72450040 - 72450048	283.000	0	0
BTP Zuweisung AöR WoGG SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72450050 - 72450058	131.800	0	0

Produkt Wirtschaftliche Jugendhilfen nach dem KJHG 51.10.01

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Kosten der Betreuung von Tagespflegekindern § 16a SGB II - Buchungsstelle 51.10.01.72500200	20.000	9.701	6.587

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Berufswegebegleitung 51.40.04

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Ausbildungsbudget des Landes Buchungsstelle 51.40.04.72100100	562.205	0	0

Produkt Arbeitsmarktintegration SGB II (aktive Leistungen) 52.01.01

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2012	2011	2010
Erstattungen von Pro Arbeit Personal- und Sachkosten SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.54890160	0	549.190	0
Erstattungen von Pro Arbeit Eingliederung Buchungsstelle 52.01.01.54890180	0	57.777	0
Erstattungen von Pro Arbeit Projekt Ü 50 Buchungsstelle 52.01.01.54890190	0	93.960	0

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten - Buchungsstelle 52.01.01.71250040	0	12.454.840	13.197.400

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration SGB II (aktive Leistungen) 52.01.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Eingliederung - Buchungsstelle 52.01.01.72740010	0	9.550.000	12.030.750
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16e SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72740020	0	460.000	598.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Ü 50 - Buchungsstelle 52.01.01.72740030	0	2.120.000	1.760.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16f SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72740040	0	0	570.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Arbeitsmarktbudget - Buchungsstelle 52.01.01.72990020	0	175.200	134.108
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Ausbildung statt ALG II (AstA) - Buchungsstelle 52.01.01.72990040	0	52.833	160.400

Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II (passive Leistungen) 52.01.02

Erträge aus Transferleistungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR – ALG II - Buchungsstelle 52.01.02.72730010	0	60.970.000	68.650.000

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2012	2011	2010
Rückzahlungen aus von AöR gewährter Darlehen - Buchungsstellen 52.01.03.54890100 - 54890150	0	719.300	0
Erstattung von Pro Arbeit (kommunaler Finanzierungs- anteil) – Buchungsstelle 52.01.03.54890170	0	79.174	0
Erstattung SGB II Erträge durch AöR - Buchungsstelle 52.01.03.54900050	0	1.216.794	977.723

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2012	2011	2010
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten KFA Kreis - Buchungsstelle 52.01.03.71250040	0	2.130.060	1.949.600

Transferaufwendungen

	2012	2011	2010
Kosten der Unterkunft - laufende Leistungen § 22 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400010	0	54.378.618	52.770.000
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400020	0	151.188	220.000

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Kosten der Unterkunft - Zuschuss nach § 22 Abs. 7 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400050	0	131.188	120.000
Einmalige Leistungen - § 23 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72420010	0	938.315	1.190.000
Auszahlungen an AöR zur Gewährung von Darlehen SGB II - Buchungsstellen 52.01.03.72430100 - 72430150	0	1.360.691	0

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens

	2012	2011	2010
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen - Buchungsstellen 52.01.03/1003.82386910 - 82386980	0	75.299	871.485

Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

	2012	2011	2010
Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten an sonstigen inländischen Bereich - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486810	0	0	870.000
Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486820	0	0	631.572
Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486830	0	0	70.000

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486910	0	0	870.000
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486920	0	0	631.572
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 23 Abs. 4 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486930	0	0	70.000
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486940	0	0	110.000

Alle angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011

1. Einleitung

Bei der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) werden die für die Berichterstattung relevanten Daten kontinuierlich erhoben und ausgewertet. Auf Grundlage dieser Daten werden regelmäßig Reports zum Stand der Umsetzung des SGB II erstellt. Der vorliegende Bericht behandelt den Zeitraum des Jahres 2011. Neben Daten und Informationen zu Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Leistungsbeziehern werden darin die Integrationszahlen dargestellt, die sich auf die Vermittlungen in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt beziehen.

2. Entwicklung der Fallzahlen

Am 31. Dezember 2011 betreute die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) insgesamt 10.356 Bedarfsgemeinschaften (BG). Im Vorjahr waren es 10.570. Ihre Anzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 214 (2%) verringert. Die Anzahl und Zusammensetzung der Personen in den Bedarfsgemeinschaften sind annähernd gleichgeblieben.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Fallzahlen (Fortsetzung)

Rund 47% aller Bedarfsgemeinschaften sind Single-Haushalte. Zugleich leben in ca. 43% aller Bedarfsgemeinschaften Kinder, entweder mit einer Person allein oder zwei Personen gemeinsam, die für ihre Erziehung verantwortlich sind.

Am 31. Dezember 2011 leben insgesamt 15.416 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in den Bedarfsgemeinschaften. Davon sind 3.189 Jugendliche und junge Erwachsene in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre; ihr Anteil beträgt ein Fünftel. 3.557 Personen sind über 50 Jahre alt; das sind ein Fünftel aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Den größten Anteil mit 8.670 Personen (rund 56%) bildet das mittlere Alterssegment von 25 bis 49 Jahre.

Die Bundesagentur für Arbeit weist für den Kreis Offenbach im Rechtskreis des SGB II im Dezember 2011 insgesamt 6.778 Arbeitslose aus. Von diesen sind 440 (7%) jünger als 25 Jahre und 1.599 Personen (24%) 50 Jahre alt und älter.

Am 31.12.2011 waren 6.778 Personen arbeitslos (SGB II) gemeldet. Demnach hat sich die Anzahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr 2010 um 598 Menschen (8%) verringert.

3. Integration in den Arbeitsmarkt

5.546 erwerbsfähige Leistungsberechtigte wurden im Jahr 2011 in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Durchschnittlich waren das 462 Vermittlungen monatlich. Im Vergleich zum Vorjahr (5.125) nahmen die Vermittlungen um 421 Personen (8%) zu. 471 erwerbsfähige Leistungsberechtigte begannen eine Ausbildung. Insgesamt wurden 6.017 Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Von allen Vermittlungen waren 1.405 Personen jünger als 25 Jahre. Davon wurden 405 junge Erwachsene in ein Ausbildungs- und 1.000 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt.

Von allen 5.546 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelten Leistungsberechtigten sind 4.612 Personen älter als 25 Jahre.

Um die Integrationsleistungen der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) mit anderen Trägern sowie untereinander vergleichen zu können, veröffentlicht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) seit Mai 2011 Kennzahlen gemäß § 48a SGB II im Internet. Diese Kennzahlen und ihre Ergänzungsgrößen dienen zur Feststellung des Umsetzungserfolges der Zielsetzungen „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“, „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“ und „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Die Kennzahlen basieren auf Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) und werden dem BMAS monatlich für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Wichtige Funktion zur Beurteilung der Integrationsleistungen hat die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Förderstatistik weist nach, für welche Maßnahmen und in welchem Umfang Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II verwendet wurden. Die zu Grunde liegenden Personen-, Maßnahme- und Förderungsdaten werden innerhalb der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erhoben. Eine Förderung liegt vor, wenn für eine Person bzw. im Rahmen der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung eine Zahlung geleistet wird. In der Förderstatistik gemäß den Vorgaben der BA werden nur Förderfälle bzw. Teilnahmen gezählt, allerdings keine bestimmten Personen. Somit kann eine einzelne Person, die zeitgleich mehrere Förderleistungen erhielt, in der vorliegenden Statistik mehrfach gezählt worden sein.

In den einzelnen Förderarten sind verschiedene arbeitsmarktpolitische Instrumente zusammengefasst. Ab 2011 wurden die fremdfinanzierten Maßnahmen (Bundes- und Landesprogramme, BAMF sowie Europäischer Sozialfonds (ESF)) in die sonstige Förderung inkludiert.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 21.187 Teilnahmen an aktivierenden und qualifizierenden Maßnahmen gefördert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 36.807 Teilnahmen ist damit eine Verringerung von rund 42% eingetreten. Diese Reduzierung ist auf die Kürzung des zur Verfügung stehenden Budgets für Eingliederungsleistungen um 22% zurückzuführen.

Die Förderstatistik zeigt, dass 60% aller Maßnahmen darauf zielten, die Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Je rund 10% wurden für die Teilnahme an Beschäftigung begleitende bzw. schaffende Förderungen gezahlt. Rund 6% bezogen sich auf Förderung der Berufsausbildung. Die Förderstatistik offenbart unterschiedliche Lösungsansätze: so haben z. B. mit Eingliederungszuschüssen geförderte Arbeitnehmer, d. h. als Beschäftigung begleitende Maßnahme, einen ersten Erfolg zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erreicht.

Für die unter 25-Jährigen wurden 5.469 Teilnahmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert. Im Vergleich zum Jahr 2010 mit 6.462 reduzierte sich die Anzahl der geförderten Teilnahmen um rund 15%. 2.349 Förderungen (ca. 43%) hatten das Ziel, die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Altersgruppe entsprechend wurde rund ein Fünftel zur Förderung von Berufsausbildungen verwendet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Während rund 11% sonstigen weiteren Leistungen hinzuzurechnen sind, wurden mit rund 20% Beschäftigung begleitende bzw. schaffende Maßnahmen finanziert.

594 vertraglich vereinbarte Praktika als Vermittlungen in den zweiten Arbeitsmarkt wurden im Laufe des Jahres 2011 erfasst. Im monatlichen Durchschnitt waren dies rund 50 erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS

Die Abteilung ist für das Jobcoaching der Zielgruppen U25 und 25PLUS zuständig. Dabei handelt es sich zum einen um die unter 25-Jährigen (U25). Für sie sind zwei Sachgebietsleitungen und 25 Mitarbeiter in zwei Sachgebieten tätig. Drei Sachgebiete sind für die über 25-Jährigen (25PLUS) zuständig. Sie umfassen drei Sachgebietsleitungen und 50 Mitarbeiter inklusive zwei Beschäftigten für die Existenzgründungsberatung. Diese ist sowohl für die Betreuung von potenziellen Gründern als auch Selbstständigen verantwortlich tätig.

In allen Sachgebieten sind verschiedene Mitarbeiter als Multiplikatoren für berufsfachliche Themengebiete und interne Verfahren benannt. Dazu gehören u. a. die Bereiche Sozial- und Pflegeberufe, Sicherheit, Metallbe- und -verarbeitung, Zeitarbeit, interkulturelle Kommunikation, Schuldnerberatung sowie Übergangsmanagement. Die Multiplikatoren können allen Mitarbeitern Unterstützung in regelmäßigen Abständen und bei konkreten Fragestellungen anbieten.

Für die Zielgruppe der unter 25-Jährigen lag der Schwerpunkt im Übergang in Ausbildung und Arbeit. Im Rahmen der „Nachvermittlungsoffensive 2011“ wurden unversorgte Abgangsschüler im SGB II Bezug zur Gruppenveranstaltung eingeladen, um den Übergang in Beschäftigung oder Alternativen zu planen. Zielgruppe waren vorrangig Schulabgänger, um sie an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranzuführen, in eine versicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln oder durch eine Beschäftigungsmaßnahme zu stabilisieren. 26 junge Erwachsene nahmen daran teil, um eine eigene Perspektive zu entwickeln. Die Vermittlungsquote betrug 47%, ohne die vorzeitigen Abbrüche zu berücksichtigen.

Im Jahr 2011 wurden im Jobcoaching fünf Kompetenzteams mit je einer Sachgebietsleitung und Mitarbeitern gebildet. Dazu gehören die Teams zu den Themen „Migranten“, „Frauen, Alleinerziehende, Kinderbetreuung“, „Schwerbehinderte“, „Geringfügig Beschäftigte“ sowie „Langzeitleistungsbezieher“.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Bei Trägern und Arbeitgebern gab es diverse Informationsveranstaltungen für die Jobcoaches, um mehr erwerbsfähige Leistungsberechtigte in die Maßnahmen einzusteuern. Parallel wurden ausgewählte Träger in das Jobcoaching zum direkten Austausch eingeladen.

3.2 Arbeitgeberservice

Seit zwei Jahren ist der Arbeitgeberservice (AGS) mit der Ausbildungs- bzw. 400 Euro-Job-Vermittlung in der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) betraut. Im Jahr 2011 hat der AGS insgesamt 988 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt: 936 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 52 Personen in Ausbildung. Im Vergleich zum Vorjahr erzielte der AGS 3% mehr Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Rund 4.000 Unternehmen wurden 2011 vom AGS kontaktiert und beraten. 456 Unternehmen wurden neu erfasst und 218 persönlich besucht. So hat der AGS insgesamt 2.130 sozialversicherungspflichtige Arbeits- und 268 Ausbildungsangebote akquiriert. Mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wurden 44% der akquirierten Arbeits- und 19% der Ausbildungsplätze besetzt.

Zum fünften Mal fand im Jahr 2011 wieder die Jobmesse Zeitarbeit statt, die das Jobcoaching und der AGS zusammen veranstalteten. In Kooperation mit 16 Personalleasingfirmen konnten insgesamt 325 erwerbsfähige Leistungsberechtigte vermittelt werden.

Ganzjährig hat der AGS die Personalauswahlverfahren für verschiedene Unternehmen organisiert. Hervorzuheben sind die Branchen Lager und Logistik sowie Soziales, Pflege und Gesundheit. In Kooperation mit dem Jobcoaching organisierte der AGS zum Ende des Jahres eine Sozial-, Pflege- und Gesundheitsmesse. Rund 200 erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhielten dort die Chance, sich direkt über Stellenangebote der Branche zu informieren bzw. zu bewerben.

Die Beschäftigten des AGS waren aktiv an Arbeitsgruppen zur Weiterentwicklung der Schnittstellen und Prozesse in der Pro Arbeit beteiligt. Die Verfahren zur Zusteuerung der Bewerber wurden u. a. neu organisiert, so dass die neuen Verfahren „bewerberorientierte Vermittlung“ und „stellenorientierte Vermittlung“ seit Oktober 2011 vom AGS umgesetzt werden können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS

Die Abteilung 50PLUS setzte im Rahmen des zielgruppenspezifischen Fallmanagements zwei Sonderprojekte aus dem Bundesprogramm Perspektive 50plus um. Dabei handelte es sich um das Projekt Impuls 50PLUS nach dem Finanzierungsmodell C und ein Vermittlungsprojekt für über 50-Jährige nach dem Finanzierungsmodell B des Bundesprogramms.

Nach sechs Jahren Projektarbeit der Perspektive 50plus hat sich deutlich gezeigt, dass sich die Zielgruppe der über 50-Jährigen in den letzten beiden Jahren stark verändert hat. Rund 60% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigen gesundheitliche Einschränkungen, die den Integrationsprozess erschweren und sogar z. T. verhindern.

Deshalb wurde im Jahr 2011 ein Gesamtkonzept für den Umgang mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entwickelt, die gesundheitliche Einschränkungen haben. Ziel war es nicht, diese Einschränkungen festzustellen, sondern der Frage nachzugehen, was die jeweilige Person trotz ihrer gesundheitlichen Einschränkungen leisten kann.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollte der Bekanntheitsgrad der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) bei den regionalen Arbeitgebern erhöht und für die Vorzüge älterer Arbeitnehmer geworben werden. Diese Ziele sollten u. a. mit einer Anzeigenserie in der Offenbacher Wirtschaft, die von der Industrie- und Handelskammer Offenbach herausgegeben wird, und Mailingaktionen, mit der Arbeitgeber angeschrieben wurden, erreicht werden. Durch den Arbeitgeberservice (AGS) wurde eine telefonische Nachfassaktion durchgeführt, um Erkenntnisse für die weitere Integrationsarbeit der über 50-Jährigen gewinnen zu können.

Von über 600 Betrieben, die angeschrieben worden sind, meldeten 179 Firmen konkreten Personalbedarf an. Insgesamt 90 erwerbsfähige Leistungsberechtigte konnten den Anforderungsprofilen entsprechend vermittelt werden. 30 Personen gehörten zur Zielgruppe 50PLUS, 60 weitere Stellen wurden mit Personen aus den Zielgruppen U25 und 25PLUS besetzt.

Die auf die Zielgruppe 50PLUS bezogene Arbeit und die Ausrichtung der Maßnahmen an ihren Bedürfnissen zeigen, dass auch nach sechs Jahren mit einer sich wesentlich veränderten Zielgruppe die Zielsetzungen erreicht, sogar übererfüllt wurden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS (Fortsetzung)

Nach erfolgreicher Vermittlung findet eine Nachbetreuung statt, um die Integration nachhaltig zu sichern. Dafür ist entweder der bisherige Jobcoach, Beschäftigte des AGS oder des Trägers bei Vermittlungsmaßnahmen zuständig. Das Nachbetreuungsangebot ist freiwillig und findet nur mit Zustimmung des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten statt.

4. Förderprogramm

Das Förderprogramm bei der Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR) hat das Ziel, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum Förderprogramm gehören alle Maßnahmen im Rahmen von Einzel- und Gruppenleistungen. Die Einzelleistungen werden in der Regel über Bildungsgutscheine gewährt, diese werden durch die Abteilungen Jobcoaching U25 und 25PLUS sowie 50PLUS direkt umgesetzt. Neben den Einzelmaßnahmen für individuelle Qualifizierungen sind auch Existenzgründungsseminare möglich.

Das Förderprogramm basiert auf den gesetzlichen Grundlagen des SGB II und SGB III, den Bedarfen der Kunden, vorhandenen Eingliederungsmitteln und Anforderungen des Arbeitsmarktes.

4.1 Rechts- und Vergabestelle

Die Rechts- und Vergabestelle hat im Jahr 2011 mehr als 40 Vergabeverfahren bearbeitet. In 30 Fällen fand eine öffentliche Ausschreibung statt. Die Vergabeverfahren wurden von der Rechts- und Vergabestelle begleitet – diese Begleitung beinhaltete u. a. die Zusammenstellung, rechtliche Prüfung, Veröffentlichung und Bekanntmachung der Vergabeunterlagen sowie die Dokumentation der Verfahren und Ausarbeitung der entsprechenden Vergabevermerke. Im Anschluss an die Zuschlagserteilung war die Rechts- und Vergabestelle ferner in die weiteren internen Prozesse eingebunden, um die Maßnahme auch statistisch zutreffend abzubilden und an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln (§ 51b SGB II).

Die Rechts- und Vergabestelle hat in Zusammenarbeit mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitungen die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bei der Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sowie bei der Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit geprüft.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.1 Rechts- und Vergabestelle (Fortsetzung)

Soweit Sachverhalte mit übergreifender Bedeutung festgestellt wurden, erfolgte die Entwicklung und Ausarbeitung entsprechender Verträge, Handlungsanweisungen, Formulare und Muster. Neben der Beantwortung telefonischer und schriftlicher Kurzanfragen hat die Rechts- und Vergabestelle verschiedene Schulungen der Beschäftigten der Pro Arbeit zu aktiven und passiven Leistungen durchgeführt und im Jahr 2011 zudem insgesamt 39 Einzelbescheide über Eingliederungsleistungen erstellt.

Die Rechts- und Vergabestelle hat ferner ein Compliance-Handbuch der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) zusammengestellt. Darin sind die für das Verwaltungshandeln wichtigsten Bestimmungen erfasst. Das Handbuch enthält daher einen Verhaltenskodex, Regelungen und Hinweise zum Arbeitsumfeld der Beschäftigten.

Die Rechts- und Vergabestelle hat an der Unterarbeitsgruppe „Aus- und Fortbildung“ der hessischen Kommunalen Jobcenter teilgenommen. Neben der Umsetzung der Inhalte des Zertifikatslehrgangs „SGB II“ hat diese Unterarbeitsgruppe unter Leitung des Hessischen Landkreistages den dualen bzw. berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang „Soziale Sicherung, Inklusion, Verwaltung“ (BASS) der Hochschule Fulda inhaltlich begleitet. Ein entsprechender Beitrag der Rechts- und Vergabestelle zur rechtlichen Umsetzung des Studienganges wurde erstellt und in den gemeinsamen Praxis-Leitfaden für die hessischen Kommunalen Jobcenter aufgenommen.

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente

Die Abteilung „Arbeitsmarktpolitische Instrumente“ (API) umfasst zwei Bereiche. Zu den Eingliederungsleistungen (EGL) gehören das Maßnahmenmanagement, d. h. Planung und Einkauf, sowie das Maßnahmencontrolling einschließlich der entsprechenden Finanzabwicklung. Der Arbeitgeberservice (AGS) ist für die Stellenakquise und Personalvermittlung zuständig.

Nach Einführung der neuen Fallsteuerung fa:z modell im Herbst 2010 bestand eine der vordringlichsten Aufgaben des Bereiches EGL in der Entwicklung und Beschaffung „passgenauer“ Hilfeprodukte. Das fa:z modell sieht vor, dass im Rahmen der Potenzialanalyse zwischen Jobcoach und erwerbsfähigem Leistungsberechtigten ein Förderziel festgelegt und der zunächst zu stärke Ressourcenbereich vereinbart wird. Für jeden, der acht Ressourcenbereiche, die im fa:z modell definiert waren, sollten „passgenaue“ Fördermaßnahmen bereitgestellt werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Die Entwicklung und Beschaffung von Maßnahmen zur Stärkung der Ressourcenbereiche „Bewerbungs- und Stellensuchverhalten“ sowie „Qualifikation“ gestalteten sich im Gegensatz zu den so genannten „weichen“ Ressourcenbereichen „Sozialverhalten“, „Arbeitsverhalten“ und „Motivation“ deutlich einfacher. Trotz klarer Definitionen der „weichen“ Ressourcenbereiche stellte sich schnell heraus, dass dies in der operativen Umsetzung mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Daher wurde bereits ab Mitte des Jahres 2011 unter Beteiligung des Bereichs EGL mit der Weiterentwicklung des fa:z modells begonnen. Dabei wurden so genannte „Parallelstrategien“ in das Fallsteuerungskonzept integriert, so dass in bestimmten Bereichen die einzelnen Fördermaßnahmen mehr als einem Förderziel zugeordnet werden können.

Um ein quantitativ ausreichendes Angebot an passgenauen Fördermaßnahmen zur Verfügung stellen zu können, bedurfte es der Analyse des Fallbestands im Hinblick auf die Verteilung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Förderzielen und ggf. Ressourcenbereichen. Eine zeitnahe Durchführung der Potenzialanalyse war jedoch aufgrund der hohen Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht möglich. Dies hatte zur Folge, dass die Umstellung bereits beschaffter Maßnahmen auf die fa:z-modell Systematik nicht zum Beginn des Jahres 2011 durchgeführt werden konnte. Erst im Laufe des Jahres wurde dies schrittweise möglich und wird sich auch im Jahr 2012 als Entwicklungsaufgabe fortsetzen. Im Bereich EGL wurden insgesamt 31 Ausschreibungen zur Beschaffung von Arbeitsmarktdienstleistungen umgesetzt.

Aus dem fa:z modell leiteten sich auch neue Anforderungen hinsichtlich der Evaluation von Maßnahmen ab. Dazu wurde im Herbst 2011 im Bereich EGL eine Arbeitsgruppe „Evaluation von Maßnahmen“ eingerichtet, die ihre Arbeit zukünftig fortsetzen wird. Aufgrund der Komplexität der Thematik ist nicht mit einfachen und schnellen Antworten zu rechnen.

Die mit Einführung des fa:z modells verbundene, umfassende Reorganisation betraf die gesamte Aufbau- und Ablauforganisation. Auch im Bereich EGL wurden die bisherigen Prozesse und Abläufe im Rahmen einer Geschäftsprozessoptimierung beleuchtet und an die neuen Anforderungen angepasst.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Ab August 2011 wurde die Erarbeitung des Arbeitsmarktprogramms für das Jahr 2012 wieder als Bottom-up- bzw. Top-down-Prozess gestaltet. Im Bottom-up-Prozess wurden hierbei die quantitativen Merkmale wie bspw. die Anzahl der Teilnehmerplätze und qualitativen Eigenschaften wie bspw. der Inhalt oder das Konzept der zielgruppenspezifischen Bedarfe unter Beteiligung der Jobcoaches erarbeitet. Im Top-down-Prozess findet die arbeitsmarktstrategische Ausrichtung statt und in deren Folge die entsprechende Mittelverteilung nach Zielgruppen, Projekten, freien Förderungen (§ 16f SGB II) und öffentlich geförderten Beschäftigungen (§ 16e SGB II). Dieser Planungsprozess wird regelhaft im November eines Jahres abgeschlossen. Die erarbeiteten Eckwerte werden regelmäßig überprüft und angepasst.

Ferner wurde im Laufe des Jahres deutlich, dass neben einer Soll-Ist-Analyse der abteilungsbezogenen Finanzbudgets auch eine fortlaufende Plan-Ist-Analyse notwendig ist, um auf unterjährige Bedarfsveränderungen zeitnah reagieren zu können.

Als weitere, bedeutsame Aufgabenstellung konnten die im Jahr 2011 erstmals zur Verfügung gestellten Landesbudgets, dazu gehören das Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudget, in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis Offenbach erfolgreich umgesetzt werden.

Besonders hervorzuheben ist, dass die zielführende und adressatenorientierte Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Offenbach und der Pro Arbeit im Bereich der unter 25-Jährigen nicht nur handlungsorientiert verbessert werden konnte, sondern mit der Formulierung und Ratifizierung von verbindlichen „Leitlinien“ aller relevanten Akteure des Übergangssystems Schule/Beruf, ist auch auf der strategischen Ebene ein bedeutender Entwicklungsschritt gelungen.

Die Zusammenarbeit und Austausch mit den hessischen Optionskommunen und Kommunalen Jobcentern wurde über folgende Themen fortgesetzt: Kennzahlen, Statistik, Mittelverwendung, Verfahren zur Evaluation und Management von Maßnahmen, Bildungs- und Teilhabepaket, Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudgets, Zielvereinbarungen sowie Instrumentenreform 2012.

In Bezug auf die fachbezogene Schulung und Fortbildung der Beschäftigten im Bereich EGL lagen die Schwerpunkte auf den Themen „Vergaberecht und Wettbewerbsrecht“ sowie „Änderungen im SGB II und SGB III“.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

In den vertraglich vereinbarten Qualifizierungsmaßnahmen betrug die Anzahl der tatsächlich besetzten Teilnehmerplätze 2.995 in Gruppenmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte ab 25 Jahren sowie 1.159 in besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 81 Gruppenmaßnahmen durchgeführt. Für diese Qualifizierungsmaßnahmen wurde ein Finanzvolumen von rund 6.362.525 Euro (Vorjahr 9.092.883 Euro) aufgewendet. Die Anzahl der tatsächlich besetzten Teilnehmerplätze belief sich auf insgesamt 4.154 (Vorjahr 5.658).

5. Grundsicherung

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist in die drei Regionen West, Mitte und Ost gegliedert. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden von ihren zuständigen Ansprechpartnern kompetent betreut. Im Vordergrund stehen die Sicherung des Lebensunterhaltes und Unterstützung bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit.

5.1 Servicecenter

Mit 4.509 Neuanträgen war die Anzahl nahezu gleich hoch wie im Vorjahr (2010: 4.662 Neuanträge). Im Jahr 2010 wurde das Servicecenter der Abteilung Grundsicherung zugeordnet, um die Beratung der Bürger und Antragsbearbeitung zu verbessern. Zugleich wurden Beschäftigte mit juristischer Ausbildung eingestellt, um durch eine stärkere Beratung in leistungsrechtlichen Fragen die Beschäftigten in der Grundsicherung deutlich zu entlasten.

Durch Veränderungen in der Beratung sollten Kundenströme effektiv gesteuert werden. Die bisherige Beratung am Servicetresen wurde durch eine so genannte Kurzberatung in den Büros der Beschäftigten ersetzt, wodurch auch der Datenschutz verbessert wurde. Zudem ist eine Aufrufanlage mit fortlaufender Nummerierung installiert worden.

5.2 Regionen West, Mitte und Ost

4.190 Erstanträge auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II wurden zur weiteren Bearbeitung in die Regionen der Grundsicherung eingereicht.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.2 Regionen West, Mitte und Ost (Fortsetzung)

Besonderes Augenmerk hatte die Umsetzung der umfangreichen Gesetzesänderungen zum April 2011. Neben lediglich redaktionellen Anpassungen erfuhr das SGB II in einigen Bereichen erhebliche Neuerungen, bspw. hinsichtlich der Aufrechnungsmöglichkeiten bei Rückforderungen, der Darlehensrückzahlung, der Rückwirkung der Antragstellung auf den Monatsanfang etc.

Die größte Herausforderung bestand in der Ein- und Durchführung des Bildungs- und Teilhabepakets (BTP) nicht nur für die SGB II-Leistungsberechtigten, sondern auch für die Wohngeld- und Kinderzuschlagberechtigten. Sowohl die Kunden als auch die betroffenen Schulen, Vereine etc. wurden durch zahlreiche Informationsschreiben und mehrsprachige Broschüren aufgeklärt. Parallel fanden für die Städte und Gemeinden Informationsveranstaltungen statt. Die zu treffenden Vereinbarungen mit den Anbietern des Mittagessens gestalteten sich - nicht zuletzt aufgrund der insgesamt 13 Gemeinden und der Vielzahl der Schulen des Kreises Offenbach - als besonders arbeitsintensiv. Letztendlich wurden für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösungen gefunden, so dass die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes als Erfolg verzeichnet werden kann.

Im Ergebnis wurden insgesamt 2.296 Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II bewilligt, die jeweils unterschiedliche Leistungsarten berücksichtigten.

Seit Anfang 2011 wurden auch die Beschäftigten der Grundsicherung am Kundentelefon der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) tätig, um sowohl die Kundenzufriedenheit dergestalt zu erhöhen, dass bereits dort allgemeine Anfragen beantwortet und Beratungen durchgeführt werden und nicht auf einen Rückruf des zuständigen Mitarbeiters verwiesen wird. Für die Beschäftigten konnte hierdurch auch eine Entlastung bezüglich der telefonischen Anfragen erzielt werden.

Fortgeführt wurde auch die monatliche Veranstaltung „Rechtskreiswechsel“ in Kooperation mit den Arbeitsagenturen Frankfurt am Main, Rodgau und Seligenstadt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.3 Grundsatzangelegenheiten

Zum 1. Januar 2011 bzw. 1. April 2011 trat die bisher umfangreichste Gesetzesnovelle in der jungen Historie des SGB II in Kraft. Wesentliche Inhalte wie z.B. die Neubemessung der Regelbedarfe, Vorschriften zur Einkommensberücksichtigung oder neu gefassten Erstattungs- und Darlehensregelungen wurden teils erheblich modifiziert und modernisiert. Unter höchsten medialem und öffentlichem Interesse wurden erstmals Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) für Jugendliche im Gesetz implementiert. Zur Umsetzung des BTP mussten weitreichende, detaillierte Vereinbarungen und Kooperationen mit Schulen, Vereinen etc. im Kreisgebiet geschlossen werden. Aufgrund des verzögerten Gesetzgebungsverfahrens war der verfügbare Zeitrahmen extrem klein. Zeitgleich mussten die Software zur Umsetzung des SGB II und die internen Richtlinien umfänglich angepasst werden. Alle Beschäftigten wurden intensiv über die neuen Verfahren wie z. B. zur Abwicklung der Mittagsverpflegung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes geschult. Die Kurzfristigkeit war eine große Herausforderung, die dank des hohen Einsatzes der Leitungskräfte, welche die Richtlinien zur Anwendung entwickelt sowie interne Schulungen durchgeführt haben, sowie der Beschäftigten bestmöglich gemeistert wurde.

Von insgesamt 1.281 eingegangenen Widersprüchen wurden 1.175 in der Grundsicherung bearbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr (1.082) hat sich die Anzahl leicht erhöht, wobei die Widersprüche unterschiedlich begründet sind. Bei den beschiedenen Fällen ist die Abhilfequote (32%) konstant geblieben, die Teilabhilfe- und Zurückweisungsquote ist mit 57% leicht zurückgegangen. Die Anzahl der zurückgenommenen Widersprüche ist auf 10% gestiegen.

In Bezug auf die Kosten der Unterkunft (KDU) geht die Anzahl der Widerspruchsverfahren weiterhin zurück. Dieser Rückgang ist auf die Einführung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels und die „Gerichtsfestigkeit“ der Angemessenheitswerte zurückzuführen.

Auch die Bearbeitungszeit der Widerspruchsverfahren konnte durch eine weitere Stellenbesetzung gegen Ende 2010 verkürzt werden, so dass sowohl die internen Zielsetzungen als auch Anforderungen an die bundesweiten statistischen Vorgaben erfüllt werden konnten. Zusätzliche Aufgaben wie die Überarbeitung der hausinternen Richtlinien und Bescheidvorlagen anlässlich der umfangreichen Gesetzesänderungen wurden ebenfalls erledigt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.3 Grundsatzangelegenheiten (Fortsetzung)

Ferner konnte durch die Einführung neuer Programmtools zum 1. Juni 2011 mit der bundesweiten Datenübermittlung nach § 51b SGB II für den Bereich „Widerspruch und Klagen“ begonnen werden. Optimierungsvorschläge aus den praktischen Erfahrungen der Anwendung hervorgingen, sind an den Softwareentwickler zur Umsetzung rückgekoppelt worden.

Im Bereich „Unterhalt und Drittanprüche“ wurden auch im Jahr 2011 die kraft Gesetzes übergegangenen Ansprüche der Leistungsempfänger gegen Dritte bearbeitet, die nicht Sozialleistungsträger sind. Die Hauptaufgabe besteht darin, die außergerichtlich und gerichtlich übergegangenen Fälle zu bearbeiten. Im Jahr 2011 verteilten sich die neu gemeldeten Fälle ebenso wie der Bestand an noch aktiven Fällen aus dem Vorjahr auf verschiedene Gebiete.

Gemeinsam mit den Beschäftigten der Unterhaltsvorschusskasse und Beistandschaft des Kreises Offenbach wurde ein ganztägiger Workshop unter Hinzunahme eines externen Dozenten durchgeführt. Dieser Workshop wurde als großer Gewinn wahrgenommen.

Vom Sozialversicherungsteam wurde die Datenqualität im Bereich der Grundsicherung stetig verbessert und ihre Konsolidierung vorangetrieben. Des Weiteren schulte das Sozialversicherungsteam in regelmäßigen Abständen die neu eingestellten Mitarbeiter der Grundsicherung im Bereich der Sozialversicherung bei SGB II-Bezug.

5.4 Frauenhaus

Für Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, bietet der Verein „Frauen helfen Frauen“ Kreis Offenbach e.V. als einziger Träger im Kreis Schutz und Beratung an. Zum Angebot gehören ein Frauenhaus sowie eine Frauenberatungsstelle.

Im Jahr 2011 nahmen 55 Frauen teilweise mit ihren Kindern das Angebot des Frauenhauses in Anspruch. Die Summe aller Belegtage betrug 5.401, wobei sich die durchschnittliche Verweildauer pro Frau auf rund 51 Tage belief. Zwölf Frauen hielten sich länger als drei Monate im Frauenhaus auf.

Alle Frauen mit ihren Kindern, die im Frauenhaus untergebracht waren, erhielten Leistungen nach dem SGB II. Die Tagessätze betrugen rund 75,-- Euro pro Person, unabhängig davon, ob es sich um eine erwachsene Frau oder ein Kind handelt. Die Gesamtsumme aller Ausgaben für das Jahr 2011 betrug 403.562,72 Euro.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.5 Beschwerdemanagement

Das Beschwerdemanagement hat im Jahr 496 Beschwerden bearbeitet. Die Mitarbeiterinnen der Beschwerdestelle haben sich als dauerhafte Ansprechpartnerinnen für die Anliegen und Beschwerden der Kunden verstanden und für eine angemessene Bearbeitung Sorge getragen.

Im Bereich der Grundsicherung wurden 425 Beschwerden bearbeitet. Das Beschwerdemanagement wurde häufig tätig, um eine sachgerechte und zeitnahe Leistungsgewährung zu initiieren. Im Bereich Jobcoaching (Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) wurden 71 Beschwerden bearbeitet. Hier wurde das Beschwerdemanagement zumeist tätig, um die Beschäftigten bei der Ausübung des Ermessens bei der Gewährung von Eingliederungsleistungen und Anwendung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu „sensibilisieren“ sowie abschließend die individuelle Ermessensentscheidung des Jobcoachings gegenüber dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verständlich zu vermitteln.

5.6 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II

Wesentliche Aufgaben des Ermittlungsdienstes mit derzeit zwei Mitarbeitern bestehen darin, Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch zu erkennen, den Bedarf bei beantragter Wohnungserstaussstattung festzustellen sowie Ordnungswidrigkeiten im Sinne der Bußgeldvorschriften nach § 63 SGB II zu verfolgen und zu ahnden. Das gesamte Bußgeldverfahren - von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens über die Aufklärung des Sachverhaltes bis zum Erlass einer Verwarnungs- oder Bußgeldentscheidung - obliegt dem Ermittlungsdienst.

Beim Ermittlungsdienst gingen insgesamt 941 Fälle als „Neueingänge“ ein (2010: 910 Fälle), davon 446 gemeldete Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch sowie 495 Anträge auf Bedarfsüberprüfung der Wohnungserstaussstattung. Das waren durchschnittlich 3,7 Neueingänge täglich.

162 Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch wurden abgeschlossen. Der Verdacht auf Leistungsmissbrauch hat sich in insgesamt 69 Fällen bestätigt. In diesen Fällen wurden Leistungen in Höhe von 123.472,49 Euro zu Unrecht bezogen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.6 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II (Fortsetzung)

Insgesamt wurden 474 Fälle von beantragter Wohnungserstausstattung überprüft und abgeschlossen. Die Überprüfungen in 226 Fällen erzielten eine Ersparnis in Höhe von 89.992,-- Euro.

81 Anzeigen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten wurden erfasst und 34 Ordnungswidrigkeitsverfahren bearbeitet. Daraus resultierten 25 Bußgeldbescheide, vier Verwarnungen mit Verwarnungsgeld sowie fünf Einstellungen. Letztlich wurden Bußgelder und Verwarnungen in einer Gesamthöhe von 7.739,02 Euro ausgesprochen. Zehn Strafanzeigen wegen des Verdachts auf Sozialleistungsbetrug wurden erstellt und an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Das Projekt „Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen“ bietet den Beschäftigten der Pro Arbeit seit 2007 die Möglichkeit, einmal jährlich den Ermittlungsdienst bei Bedarfsüberprüfungen ganztags zu begleiten. Zum einen wird der Ermittlungsdienst personell entlastet. Zum anderen bietet der Arbeitsplatzwechsel auch einen Blick über den Abteilungsrand hinaus und fördert die Kooperation an innerorganisationalen Schnittstellen. Die Beschäftigten erhalten Einblick in die Lebenssituation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Aufgrund des positiven Feedbacks wird die Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen auch zukünftig fortgesetzt.

6. Bereich Personal

Mit der Reorganisation und dem Methodenwechsel in der Arbeit mit den Kunden (kurz fa:z modell genannt) im Jahr 2010 ging in der Abteilung Jobcoaching ein enormer Schulungsaufwand einher, der bis weit in das Jahr 2011 andauerte. Das Erlernen der neuen Arbeitsmethode und der Umgang mit der Potenzialanalyse gestalteten sich vielschichtig, daher wurde das in der Planung angedachte Einführungsjahr auch benötigt. Den Schulungsmaßnahmen schloss sich zum Jahresende eine Geschäftsprozessoptimierung (GPO) im Jobcoaching an. Aufgabe der GPO war es, die Schnittstellen neu zu definieren und Abläufe besser zu strukturieren. Unterstützt wurde die GPO durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Beschäftigten in Zusammenarbeit mit einer Beratungsfirma. Der Abschluss der GPO wird im ersten Quartal des Jahres 2012 erwartet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Die Personalleitung begann Ende November 2010 mit der Vorbereitung zur Ausbildereignungsprüfung. Nach 18 Schulungstagen legte sie am 7. Juni 2011 die Prüfung vor dem Prüfungsausschuss des Hessischen Verwaltungsschulverbandes in Frankfurt mit einem sehr guten Ergebnis ab. Die Ausbildereignung der Personalleitung berechtigt die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) zur Ausbildung im Ausbildungsberuf der „Verwaltungsfachangestellten“.

Am 1. August 2011 nahm die erste Auszubildende für den Beruf der Verwaltungsfachangestellten ihre Ausbildung auf. Diese ist auf drei Jahre angelegt und wird schwerpunktmäßig in der Grundsicherung stattfinden. Mit selbst ausgebildetem Personal soll zukünftig der Fluktuation in der Grundsicherung entgegen gesteuert werden. Weiteres Ziel ist es, im Jahr 2012 bei der Pro Arbeit neben der Ausbildung von Verwaltungsfachangestellten, in Kooperation mit der Berufsakademie Rhein-Main in Rödermark, für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber auch einen dualen Studiengang mit dem Abschluss „Bachelor of Business Administration“ anzubieten. Das Auswahlverfahren für den Studiengang wird im Frühjahr 2012 stattfinden.

Mit dem Personalrat wurde eine Dienstvereinbarung zur Zahlung der tarifvertraglich vorgegebenen Leistungskomponente geschlossen. Im zweiten Halbjahr wurde in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Personalrates sowie je einer Sachgebietsleitung der Grundsicherung und des Jobcoachings zusammen mit der Personalleitung, eine Dienstvereinbarung zur Regelung der Gleitenden Arbeitszeit verhandelt. Der Abschluss der Dienstvereinbarung wird im ersten Quartal 2012 erfolgen. Gleichzeitig wurden Schichtarbeitszeiten für die Beschäftigten des Servicecenters mit dem Ziel erörtert, den Kundenservice zu optimieren.

In allen Organisationseinheiten wurden erstmals Mitarbeiter-Jahresgespräche geführt. Der aus den Gesprächen zwischen den Führungskräften und deren nachgeordneten Beschäftigten resultierende Schulungsbedarf wurde in die Fortbildungsplanung für 2012 aufgenommen. Zur Evaluation der Mitarbeiter-Jahresgespräche wird in einer Arbeitsgruppe ein Online-Fragebogen entwickelt, um dieses Personalentwicklungsinstrument bewerten und evtl. verbessern zu können. Die Arbeitsgruppe nahm im Dezember 2011 ihre Arbeit auf.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Das Personal aus den Projekten Start.Zeit und M-AUT war zurückzuführen, da auf Weisung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) das Projekt Start.Zeit, das aus Mitteln der Eingliederungsleistungen finanziert wurde, zum Jahresende 2011 aus Gründen der rechtlichen Kollision der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV) beendet werden musste. Da das Projekt M-AUT nicht die geforderten Kennzahlen und Integrationserfolge erbrachte, wurde auch dieses gleichzeitig beendet. Aufgabe des Bereiches Personal war es, die in beiden Projekten beschäftigten Jobcoaches wieder in die Abteilungen Jobcoaching und 50PLUS zu integrieren.

Über das Personalmanagementsystem DATEV wurden im Jahr 2011 weitere Kennzahlen im Personalcontrolling ermittelt. Ab Jahresbeginn werden die Abteilungsleitungen quartalsweise über die Fehlzeitenquote bezüglich der Arbeitsunfähigkeit ihrer Beschäftigten informiert.

Von der Personalabteilung wurden ca. 50 Einzel- sowie rund 26 Gruppenschulungen eingekauft, organisiert und abgerechnet. Die Beschäftigten erhielten im Berichtsjahr insgesamt 2.513 Schulungstage, das sind durchschnittlich rund acht Schulungstage pro Beschäftigtem.

Anknüpfend an das Vorjahr, in dessen Fokus die Einführung des fa:z modells stand, wurde die Weiterentwicklung des besagten Konzeptes mit Hilfe geeigneter Gruppenqualifizierungen primär für die Abteilung Jobcoaching und 50PLUS unterstützt. Die Schulungsreihe war modular aufgebaut und wurde zur Förderung der Teamfindung in den jeweiligen Sachgebieten durchgeführt.

Im Rahmen des Projektes 50PLUS wurde in Kooperation mit einer Fachärztin ein Konzept zur Verbesserung der Eingliederung von Kunden mit gesundheitlichen Einschränkungen entwickelt. Neben den Beschäftigten der Abteilung 50PLUS wurden auch die des Jobcoachings geschult.

Ca. ein Drittel der Beschäftigten wurde hinsichtlich der Einführung von MS Office 2010 bzgl. der einhergehenden Neuerungen zur bisher verwendeten Vorgängerversion geschult.

Im Rahmen der Dienstvereinbarung zu Mitarbeiterjahresgesprächen wurde eine Schiedsstelle begründet. Im Konfliktfall zwischen Führungskraft und Beschäftigtem kann diese vermitteln. Von jedem Schiedsstellenmitglied ist ein hohes Maß an Neutralität und Menschlichkeit, Kommunikationsgeschick bzw. Konfliktmanagement gefordert. Das nötige Rüstzeug erhielten sie durch eine Fortbildung. Eine Aufbau- bzw. Vertiefungsschulung wird für das Folgejahr angesetzt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Aufgrund der Reorganisation im Vorjahr übernahmen einige Beschäftigte der Abteilungen Jobcoaching und 50PLUS eine neue Position als Führungskraft. Die speziellen Anforderungen an die Beschäftigten in Führungspositionen, wie z.B. Führungs- und Kommunikationskompetenz wurde den Betreffenden in einer modularen Fortbildungsqualifizierung vermittelt.

7. Bereich Finanzen

Die Finanzbuchhaltung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) hat allgemein die Aufgabe, das gesamte Geschäftsgeschehen im Zusammenhang mit Leistungen nach dem SGB II zahlenmäßig zu erfassen, zu überwachen und auszuwerten. Im Jahr 2011 nahmen durchschnittlich 7,59 beschäftigte Mitarbeiter rund 180 verschiedenartige Aufgabenthemen wahr.

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurde der erste Nachtragswirtschaftsplan 2011 sowie der Wirtschaftsplan 2012 erstellt und vom Verwaltungsrat beschlossen.

Am 31. Dezember 2011 bestanden im Bereich der Debitorenbuchhaltung (Forderungsmanagement) 10.686 Kundenkonten (Vorjahr: 10.800).

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zentrale Aufgabe der Pro Arbeit – Kreis Offenbach - (AöR) ist es, durch Maßnahmen der Aktivierung und Qualifizierung eine möglichst hohe Anzahl von Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt zu erzielen. Im Jahr 2011 wurden 5.546 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 471 in Ausbildung vermittelt. Im Vergleich zum Vorjahr betrug das Plus 421 Integrationen (8%). Weitere 594 Personen begannen ein Praktikum.

Trotz der schwachen konjunkturellen Lage, die zu erwarten ist, gilt es, die Beschäftigungsfähigkeit und Integrationszahlen in den Zielgruppen der unter 25-Jährigen, über 25-Jährigen und über 50-Jährigen weiterhin zu verbessern. Mit zunehmend verhalten ausfallender Arbeitsnachfrage der Unternehmen haben Eingliederungsleistungen, die bedarfsgerecht und passgenau sind, einen besonders hohen Stellenwert. Zum Erreichen dieser Zielvorgaben ist es erforderlich, dass sich die Eingliederungsleistungen stärker auf die arbeitsmarktnahen Kunden konzentrieren.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Für den bedarfsgerechten Umgang mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die gesundheitliche Einschränkungen haben, wurde ein Gesamtkonzept entwickelt. Eine besondere Rolle für die Zielgruppe der über 50-Jährigen hat das Konzept der Beratenden Ärzte. Denn ein wichtiges Ergebnis der mehrjährigen Projektlaufzeit 50PLUS ist: Rund 60% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigen deutliche gesundheitliche Einschränkungen, die den Integrationsprozess erschweren und sogar z. T. verhindern.

Im Kontext der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) sind sowohl organisatorische als auch inhaltliche Konsolidierungsmaßnahmen notwendig. Seit Einführung des fa:z modells im Jahr 2010 befinden sich die Strukturen der Gesamtorganisation, innerorganisatorische Abläufe, prozessbezogene Schnittstellen und Aufgaben im Umbruch. Um der u. a. mit Einführung des neuen Fallsteuerungssystems deutlich gestiegenen Komplexität auch zukünftig gerecht werden zu können, bedarf es der fortwährenden Entwicklung der Arbeitsstrukturen und -abläufe. Im Jobcoaching wird daher bspw. eine Geschäftsprozessoptimierung (GPO) durchgeführt.

Wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Aktivierungs- und Integrationsleistungen im Jobcoaching sind die enge Einbindung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Prozess und ihre engmaschige Terminierung. Innerorganisatorische Verbesserungschancen sollen mit der Fortführung zielgruppenorientierter Kompetenzteams, selbstorganisierter Gruppenveranstaltungen, modularer Qualifizierungsbausteine sowie hierarchie- bzw. bereichsübergreifender Rückkopplungen erreicht werden.

Aufgrund der organisationalen, strukturellen und methodischen Veränderungen erforderte das Datenverarbeitungs-Fachverfahren comp.ASS vielfältige Anpassungen, insbesondere die Realisierung und Optimierung der fachlichen Vorgaben. Das Datenverarbeitungs-Fachverfahren comp.ASS wird weiterhin optimiert, insbesondere da die Potenzialanalyse als standardisiertes Profiling-Instrument weiterentwickelt und implementiert wurde. Das Controlling sowie die Einführung eines Dash-Boards für das Jobcoaching sollen differenzierte Auswertungen zur Strukturierung des Fallbestandes ermöglichen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Seit Einführung des Kennzahlensystems nach § 48a SGB II im Jahr 2011 können die Leistungen aller Grundsicherungsträger des SGB II untereinander verglichen werden. Dadurch erhält die korrekte Erfassung der ergebnisrelevanten Daten und Zahlen einen noch höheren Stellenwert. Denn anhand der Kennziffern, die auf Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit rekurrieren, wird der Umsetzungserfolg der Zielvorgaben bewertet.

Aufgabe der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist es, alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln. Neben den Prinzipien „Fördern und Fordern“ ist die Unterstützung zur Selbsthilfe ein weiteres grundlegendes Instrument, um die Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortlichkeit zu fordern bzw. zu fördern. Durch passgenaue Maßnahmen sollen grundlegende Voraussetzungen für eine selbstständige Lebensführung geschaffen werden, damit die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nachhaltig vor Langzeitarbeitslosigkeit und Leistungsbezug bewahrt werden können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-	2009
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- EDV-Software	23.267	42.732	-19.465	21.733
Immaterielle Vermögensgegenstände	23.267	42.732	-19.465	21.733
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	301.842	183.647	118.195	122.522
Sachanlagen	301.842	183.647	118.195	122.522
Anlagevermögen	325.109	226.379	98.730	144.255
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.856.778	3.909.126	947.651	3.080.290
- Forderungen gegen den Träger Kreis Offenbach	1.439.401	816.777	622.624	653.861
- Sonstige Vermögensgegenstände	288.917	284.962	3.956	47.012
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.585.096	5.010.865	1.574.231	3.781.163
- Guthaben bei Kreditinstituten	611.898	1.563.234	-951.335	1.473.736
Umlaufvermögen	7.196.995	6.574.099	622.896	5.254.899
Rechnungsabgrenzungsposten	32.615	33.385	-770	36.485
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	108.565	108.565	0	0
	7.663.284	6.942.427	720.856	5.435.639
Passiva				
- Verlustvortrag	-108.565	-108.565	0	0
- Jahresüberschuss /-fehlbetrag	0	0	0	0
- Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	108.565	108.565	0	0
Eigenkapital	0	0	0	0
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.680.832	1.882.687	-201.855	1.106.088
- Sonstige Rückstellungen	5.555.755	4.611.244	944.511	3.728.339
Rückstellungen	7.236.587	6.493.931	742.656	4.834.427
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	78.412	69.300	9.111	83.153
- Sonstige Verbindlichkeiten	348.285	379.196	-30.911	518.059
Verbindlichkeiten	426.696	448.496	-21.800	601.213
	7.663.284	6.942.427	720.856	5.435.639

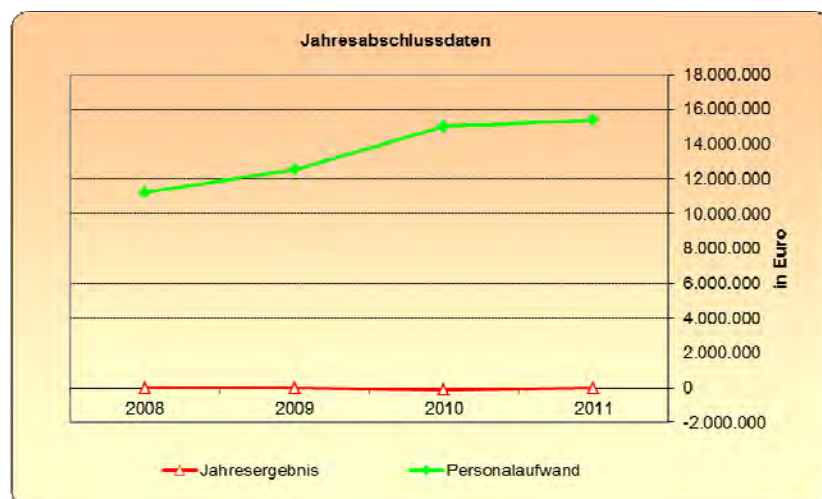
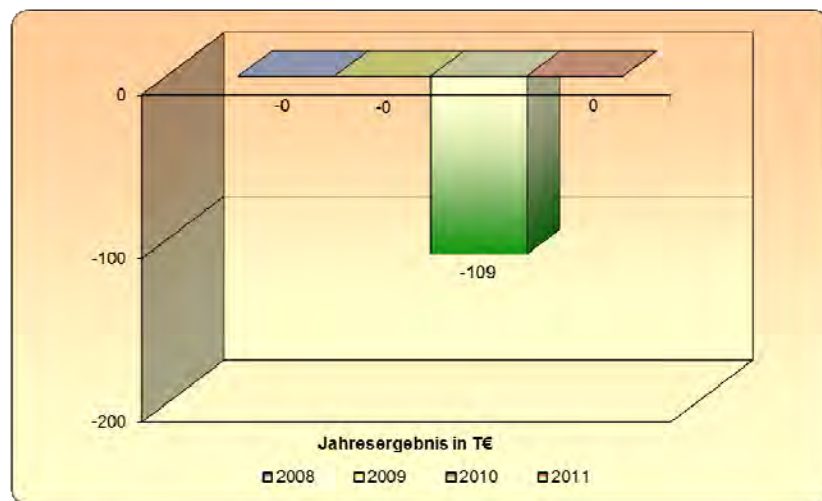
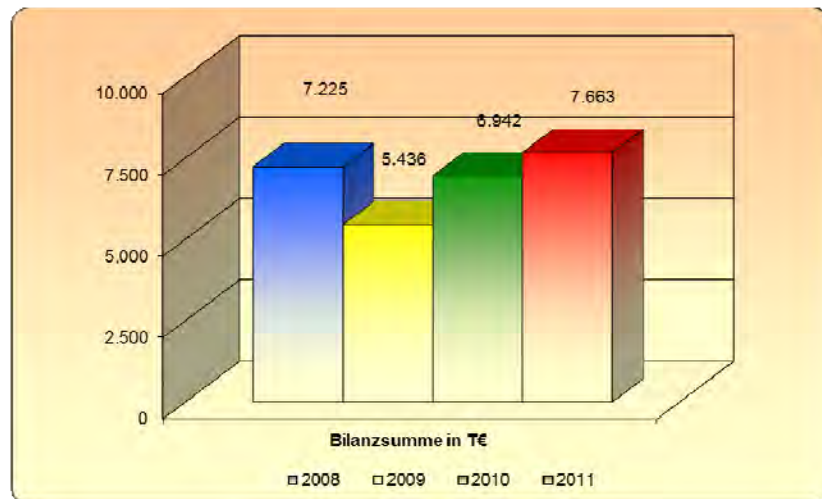
Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Kostenerstattungen für die Aufgabenerfüllung nach SGB II	147.229.737	156.541.071	150.765.795
Sonstige betriebliche Erträge	1.996.129	1.219.858	771.623
Materialaufwand			
a) Aufwendungen für die Gewährung passiver Leistungen nach SGB II	121.142.259	126.242.487	122.892.011
b) Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II	9.196.033	12.556.411	13.211.339
	130.338.292	138.798.898	136.103.350
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	12.027.756	11.504.609	9.646.126
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung: € 1.005.429,33	3.344.083	3.520.474	2.894.726
	15.371.839	15.025.083	12.540.852
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	136.211	192.010	56.219
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.299.001	3.446.583	2.844.779
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.302	158.946	7.781
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	101.485	83.380	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	340	373.921	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	482.112	0
Außerordentliches Ergebnis	0	-482.112	0
Sonstige Steuern	340	374	0
Jahresfehlbetrag	0	-108.565	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

Anschrift	Rathausplatz 1, 61343 Bad Homburg v.d. Höhe Geschäftsstelle: Poststrasse 16, 60329 Frankfurt
Telefon	069/2577-1700
Telefax	069/2577-1750
E-Mail	geschaeftsfuehrung@krfrm.de
Internet	www.krfrm.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	gGmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 2005
Stammkapital	29.650,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2005 in der Fassung vom 19.12.2008.
Handelsregistereintrag	HRB 10260 beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhaft veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnener Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern,
- die Unterstützung regional und überregional bedeutsamer kultureller Projekte gemeinnütziger Träger und Veranstalter, wobei die Grenze hierfür bei maximal 50% der Eigenmittel der Gesellschaft liegt,
- eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen kulturbezogenen Öffentlichkeitsarbeit,
- die überregionale und internationale Präsentation der Kulturregion.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)

Vorsitzender	Herr Prof. Dr. Felix Semmelroth
Zweiter Vorsitzender	Herr Thomas Will
Mitglieder	Herr Bardo Bayer
-----„-----	Herr Michael Cyriax ab 01.10.2011
-----„-----	Herr Jo Dreiseitel
-----„-----	Herr Burkhard Fleckenstein

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011) (Fortsetzung)		
Mitglieder	Frau Beate Fleige	
-----,,-----	Herr Berthold Gall	bis 30.09.2011
-----,,-----	Frau Marianne Grosse	
-----,,-----	Frau Elisabeth Haindl	bis 23.10.2011
-----,,-----	Herr Walter Hoffmann	bis 24.06.2011
-----,,-----	Herr Claus Kaminsky	
-----,,-----	Herr Heiko Kasseckert	bis 15.12.2011
-----,,-----	Herr Michael Keller	
-----,,-----	Frau Antje Köster	
-----,,-----	Herr Joachim Kolbe	
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs	
-----,,-----	Herr Jochen Partsch	ab 25.06.2011
-----,,-----	Herr Erich Pipa	bis 05.12.2011
-----,,-----	Frau Cornelia-Katrin von Plottnitz	ab 24.10.2011
-----,,-----	Herr Oliver Quilling	
-----,,-----	Herr Horst Schneider	
-----,,-----	Frau Susanne Simmler	ab 06.12.2011
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Stöhr	

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Sabine von Bebenburg	ab 27.01.2011
Geschäftsführer	Herr Konrad Dörner	bis 26.01.2011

Für ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin erhielt Frau von Bebenburg im Geschäftsjahr eine Vergütung von € 8.930,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand:31.12.2011)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	9,44 %	2.800,00
Hochtaunuskreis	5,40 %	1.600,00
Landkreis Groß-Gerau	5,73 %	1.700,00
Main-Kinzig-Kreis	9,78 %	2.900,00
Main-Taunus-Kreis	5,73 %	1.700,00
Wetteraukreis	6,41 %	1.900,00
Stadt Alzenau	0,68 %	200,00
Stadt Aschaffenburg	2,02 %	600,00
Stadt Babenhausen	0,51 %	150,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,69 %	500,00
Stadt Bad Nauheim	1,01 %	300,00
Stadt Bad Vilbel	1,01 %	300,00
Stadt Bischofsheim	0,51 %	150,00
Stadt Bingen	0,84 %	250,00
Stadt Darmstadt	4,38 %	1.300,00

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand:31.12.2011)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Dieburg	0,51 %	150,00
Stadt Dreieich	1,35 %	400,00
Stadt Eschborn	0,68 %	200,00
Stadt Frankfurt am Main	20,24 %	6.000,00
Stadt Friedberg (Hessen)	0,84 %	250,00
Stadt Friedrichsdorf Taunus	0,84 %	250,00
Stadt Ginsheim Gustavsburg	0,51 %	150,00
Stadt Hanau	2,70 %	800,00
Stadt Hattersheim	0,68 %	200,00
Stadt Kelsterbach	0,51 %	150,00
Stadt Langen	1,01 %	300,00
Stadt Mainz	5,73 %	1.700,00
Stadt Miltenberg	0,34 %	100,00
Stadt Offenbach am Main	3,71 %	1.100,00
Stadt Rüsselsheim	1,86 %	550,00
Stadt Seligenstadt	0,68 %	200,00
Gemeinde Niederdorfelden	0,34 %	100,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	3,37 %	1.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, § 1 Abs. 1 Nr. 5 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur 10.60.01.69100010

Buchungsstelle 10.60.01.69100010, anteilig bezogen auf die Gesellschaft

	2012	2011	2010
Mitgliedsbeitrag Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	24.100	24.100	24.100

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2010 und 2011 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	16.029	56.123	28.025

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	56.123
Zunahmen	0
Abnahmen	40.094
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	16.029

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2011

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Der Geschäftsverlauf war geprägt durch die Intensivierung und Expansion der Projektarbeit. Dabei gab es eine signifikante Steigerung auf Seiten der beteiligten Veranstalter/Akteure als auch bei der Nachfrage nach den Programmen und Publikationen der KulturRegion. Hierdurch stiegen der Bekanntheitsgrad der KulturRegion mit ihren Orten, aber auch die Kosten für die Gestaltung. Druck und Vertrieb von Publikationen gegenüber dem Vorjahr um ca. T€ 33. Bei der hochwertigen Museumsbroschüre, einem Jahresprogramm mit einer Auflage von Stk. 70.000, die bereits im Sommer vergriffen war, machten 47 Museen mit (Vj. 33), Ende 2011 waren es bereits 59 Häuser, die sich für das 2012 Programm angemeldet hatten.

Zum dritten Mal fand das etablierte internationale Kindertheaterfestival „Starke Stücke“ unter dem Dach der KulturRegion statt, was eine Erweiterung der Spielstätten von 10 auf 18 zur Folge hatte. Auch das Workshop-Programm für Kinder wurde ausgeweitet. Das Jahresprogramm „GartenRheinMain“ erschien wieder in einer Auflage von Stk. 45.000. Jahresthema war 2011 „Pinien, Palmen, Pomeranzen – Fremde Welt in heimischen Gärten“. Die gleichlautende gesponserte Vortragsreihe soll in einem Buch dokumentiert werden. Das Projekt „Wegekultur“ widmete sich der „Via Regia“.

Das umfassende Programm zum Projekt „Burgen, Schlösser und Paläste“ samt Wanderausstellung und zwei Kolloquien stellte 2011 die Durchdringung von weltlicher und geistlicher Macht in den Mittelpunkt: „Orte von Glaube und Herrschaft“. Auch 2011 wurde die Festspielbroschüre wieder von der KulturRegion herausgegeben. Beim Projekt „Geist der Freiheit“ wurden die Weichen für die Büchner-Jubiläumsjahre gestellt, hierzu fanden mit Schülern Workshops statt.

Bei der renommierten „Route der Industriekultur“ liefen die Tage der Industriekultur unter dem Motto „Hier stimmt die Chemie“ mit einem neuen Besucherrekord von 15.000 Teilnehmern. Im Herbst wurde erfolgreich eine Tagung mit der Denkmalakademie durchgeführt. Weiterhin gab es einen gesponserten Fotowettbewerb und eine Fotodokumentation vor dem Abriss des Industrieareals der ehemaligen Degussa-Zentrale in Frankfurt am Main. Sie wurde finanziert vom Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses (Fortsetzung)

Alle Projekte führten mit ihren Partnern wieder öffentlichkeitswirksame und attraktive Veranstaltungen durch. Zu den Veranstaltungsprogrammen „GartenRheinMain“ und „Route der Industriekultur“ produzierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung jeweils Sonderbeilagen.

Im Geschäftsjahr wurden verstärkt Außen- und Repräsentationstermine bei aktuellen und potenziellen Gesellschaftern, z.B. am Bayerischen Unterrhein, sowie bei anderen kulturellen und regionalen Institutionen wahrgenommen.

Die Städte Babenhausen und Kelsterbach traten im Geschäftsjahr der KulturRegion als Gesellschafter bei. Die Stadt Worms als assoziierter Gesellschafter musste aus Gründen der Verschuldung und Haushaltskonsolidierung zum 31. Dezember 2011 die Mitgliedschaft in der KulturRegion kündigen.

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen, Zuschüssen und Spenden blieben mit T€ 498 gegenüber dem Vorjahr mit T€ 496 konstant. Der sonstige betriebliche Ertrag konnte um T€ 15 auf T€ 71 gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dies resultiert insbesondere aus erhöhten Kostenweiterbelastungen sowie einem gewachsenen Anzeigengeschäft. Der Personalaufwand ist um T€ 11 gestiegen, die bezogenen Leistungen sind um T€ 23 gesunken. Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 26 ist mit T€ 15 auf die im Vorjahr ausgewiesenen periodenfremden Aufwendungen zurück zu führen. Insgesamt ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung um T€ 53.

2. Lage des Unternehmens

Die Entwicklung des Unternehmens ist geprägt von der Erfüllung des gemeinnützigen, nicht auf eine Gewinnerzielungsabsicht abstellenden Gesellschaftszwecks, der Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen.

Die Vermögenslage zum Bilanzstichtag war gekennzeichnet durch einen hohen Finanzmittelbestand von T€ 183 im Umlaufvermögen, der sich in einem vergleichbar hohen Eigenkapitalbestand von T€ 172 widerspiegelt.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

2. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

Nach Abtretung eigener Anteile an die Gesellschafter Babenhausen und Kelsterbach entfiel die Saldierung des Stammkapitals mit den eigenen Anteilen.

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Es ergab sich ein negativer Cash Flow in Höhe von T€ 37 bei einem verringerten Finanzmittelbestand von T€ 75. Gelder werden kurzfristig zu bestmöglichen Marktkonditionen bei den örtlichen Sparkassen angelegt.

Die Ertragslage stellte sich negativ dar, da trotz einer Ergebnisverbesserung um T€ 53 gegenüber dem Vorjahr ein Jahresfehlbetrag von T€ 55 ausgewiesen wurde. Dieser resultierte im Wesentlichen aus einem Gewinn des ideellen Bereiches von T€ 390 (Vj. T€ 394), dem ein Verlust in Höhe von T€ 476 (Vj. T€ 523) des Zweckbetriebes gegenüberstand. Ursachen für die deutliche Ergebnisverbesserung um T€ 47 im Bereich Zweckbetrieb waren insbesondere höhere veranstaltungsgebundene Zuschüsse von T€ 20, um T€ 15 gesunkene sonstige betriebliche Aufwendungen sowie um T€ 9 gestiegene Umsatzerlöse.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die bestehenden sechs Projekte und zwei zusätzliche Publikationen dienen unmittelbar dem Gesellschaftszweck. Sie zu konsolidieren kann nur in Kooperation mit finanzkräftigen Partnern wie der gemeinnützigen Kulturfonds FrankfurtRheinMain gGmbH gelingen. Weiterhin werden Kontakte mit anderen regionalen Initiativen (z.B. Regionalpark) im Hinblick auf den Ausbau von Kooperationen und Nutzen von Synergien geknüpft.

Zukünftige Themenfelder liegen insbesondere im Bereich Musik, bildende Kunst oder Architektur bzw. Stadt-/Regionalentwicklung. Konkrete Projektarbeit bietet den Anlass, potenzielle neue Gesellschafter für einen Beitritt in die KulturRegion anzusprechen. Das wichtigste Themenfeld ist die Bestandspflege und der Austausch mit bestehenden Gesellschaftern, um auch in Zukunft breit und bundesländerübergreifend aufgestellt zu sein. Die Konsolidierung der Gesellschaft, Bestandspflege der Mitglieder und die Gewinnung neuer Gesellschafter bleibt eine permanente Herausforderung in Zeiten knapper öffentlicher Mittel.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2011 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Insbesondere die Kooperation mit der gemeinnützigen Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH und das geplante Haus der Region im Regionalverband bieten Perspektiven für eine Sicherung der anerkannten Arbeit der KulturRegion. Hier tun sich Potenziale auf, wenn Kulturfonds und KulturRegion ihre spezifischen Kräfte bündeln.

2. Risikobericht

Trotz der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft in Verbindung mit fehlender Gewinnerzielungsabsicht und vollständiger Abkopplung vom Marktgeschehen bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Mitgliedsbeiträgen der Gesellschafter.

3. Prognosebericht

Bei Erstellung von vorsichtig bemessenen Wirtschaftsplänen und der Einhaltung der projektbezogenen Budgets sollte, unter Einbezug und Kontrolle der jeweiligen Projektverantwortlichen, künftig ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden können. Die Vielzahl der Gesellschafter und die daraus resultierende breite Streuung der Mitgliedsbeträge bieten hierfür, zusammen mit den Zuschüssen des Landes Hessen und des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain sowie den Kooperationsmitteln des Kulturfonds, eine verlässliche Berechnungsgrundlage. Dies ist jedoch nur gewährleistet, wenn die Einnahmensituation bzw. die Gesellschafterbeiträge weitgehend konstant bleiben und nicht durch Austritte reduziert werden.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz

	2011	2010	Verän-	2009
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	1.846	9.264	-7.418	17.384
Sachanlagen				
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.554	21.510	-9.956	22.558
	13.400	30.774	-17.374	39.942
Umlaufvermögen				
Vorräte				
- Fertige Erzeugnisse, Waren	0	4.858	-4.858	14.612
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.459	643	3.817	7.276
- Sonstige Vermögensgegenstände	44	523	-479	8.462
	4.503	6.024	-1.520	30.350
Flüssige Mittel				
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	183.434	258.569	-75.135	308.250
	187.937	264.593	-76.656	338.599
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	201.337	295.367	-94.030	378.541

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verän-	2009
			derung	
Passiva	in €	in €	in €	in €
Eigenkapital				
- Gezeichnetes Kapital	29.650	29.350	300	29.650
- Kapitalrücklagen	154.979	154.979	0	154.979
- Ergebnissrücklagen	41.915	150.038	-108.122	0
- Verlustvortrag	0	0	0	-10.349
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-54.936	-108.122	53.187	160.387
	171.608	226.244	-54.636	334.666
Rückstellungen				
- Sonstige Rückstellungen	13.700	13.000	700	15.850
	13.700	13.000	700	15.850
Verbindlichkeiten				
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.574	49.747	-39.173	26.226
- Sonstige Verbindlichkeiten	5.455	6.376	-921	1.799
	16.029	56.123	-40.094	28.025
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	201.337	295.367	-94.030	378.541

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Ideeller Bereich			
Nicht steuerbare Einnahmen			
- Mitgliedsbeiträge	316.477	314.241	313.657
- Zuschüsse	147.743	169.319	291.927
- Sonstige nicht steuerbare Einnahmen	0	2.900	0
	464.220	486.460	605.583
Nicht anzusetzende Ausgaben			
- Abschreibungen	15.697	16.723	16.791
- Personalkosten	39.291	40.339	2.683
- Übrige Ausgaben	18.806	35.218	41.149
	73.794	92.280	60.623
Gewinn/Verlust Ideeller Bereich	390.426	394.180	544.960
Ertragsteuerneutrale Posten			
Ideeller Bereich (ertragssteuerneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen			
Spenden	2.000	0	2.150
2. Nicht abziehbare Ausgaben			
Gezahlte/hingegebene Spenden	-600	0	-600
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten	1.400	0	1.550
Vermögensverwaltung			
Einnahmen			
Ertragsteuerfreie Einnahmen			
Zins- und Kurserträge	2.024	2.555	2.287
Ausgaben	0	0	0
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	2.024	2.555	2.287

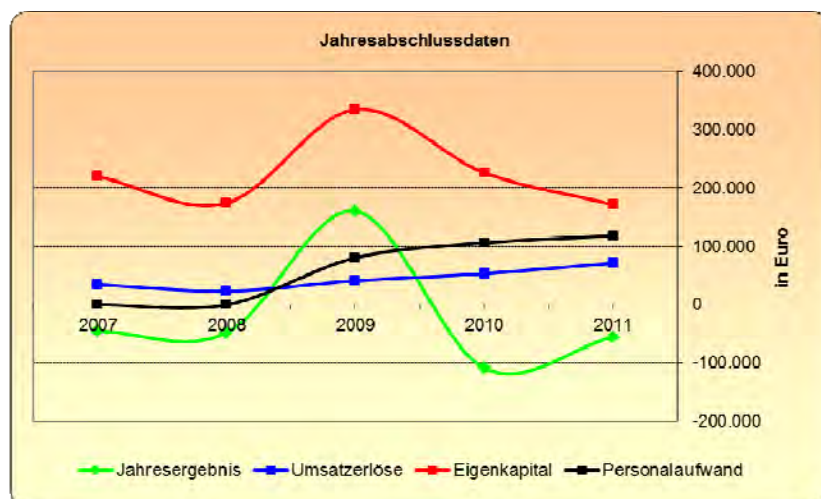
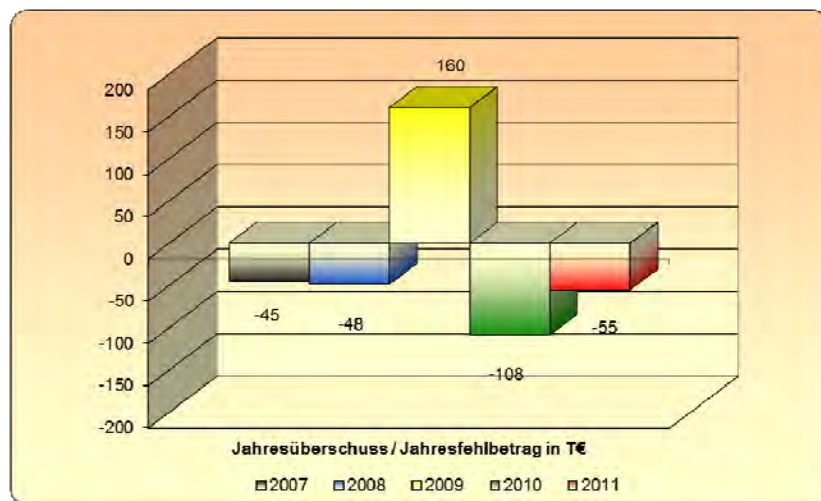
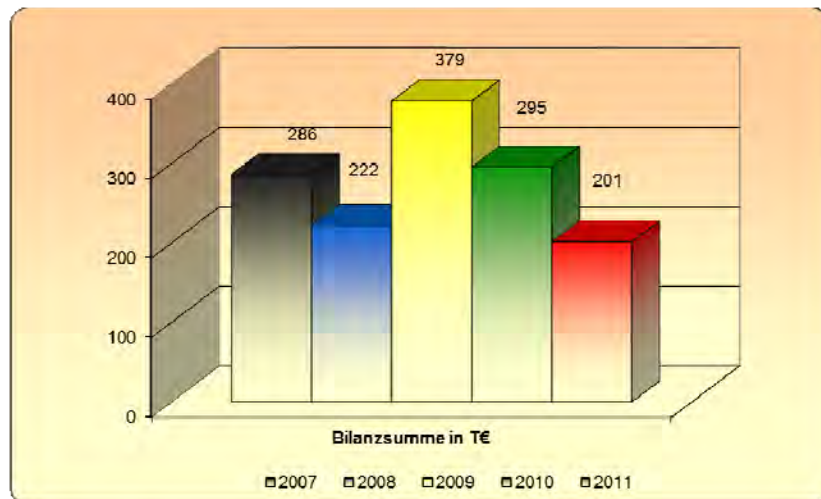
**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

M. Gewinn- und Verlustrechnung (Fortsetzung)

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Sonstiger Zweckbetrieb			
Umsatzerlöse	44.239	35.374	24.535
Bestandsveränderung	-4.858	-9.754	-2.086
Sonstige betriebliche Erträge	31.500	12.000	0
	70.882	37.620	22.449
Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	75.582	88.869	90.544
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	96.457	87.490	66.322
Soziale Abgaben	21.657	18.580	14.100
Abschreibungen	2.667	445	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	350.395	365.123	256.536
	546.759	560.508	427.502
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-475.877	-522.888	-405.053
Gewinn/Verlust Sonstiger Zweckbetrieb	-475.877	-522.888	-405.053
Sonstiger Geschäftsbetrieb			
Umsatzerlöse	27.091	18.029	16.643
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.091	18.029	16.643
Gewinn/Verlust Sonstiger Geschäftsbetrieb	27.091	18.029	16.643
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-54.936	-108.122	160.387

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Mitgliedschaften

Mitgliedschaften 2011

Stand: 31.12.2011

Unfallkasse Hessen
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah)
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
Archäologische Gesellschaft Hessen
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Frankfurt
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg
Deutsches Jugendherbergswerk
Deutsches Volksheimstättenwerk
Europa-Union
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
Förderverein des MRE-Netzwerkes Rhein-Main (Multiresistente Erreger)
Förderverein Fritz-Bauer-Institut
Freundschaftsverein Hessen-Wisconsin
Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
Hess. Verwaltungsschulverband Frankfurt, Frankfurt
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Hessischer Landkreistag
Hessischer Museumsverband (für Dreieich-M. + Landschaftsm. Seligenstadt)
Hessischer Volkshochschulverband
Kinderhilfestiftung e.V., Frankfurt
Kommunale Arbeitsgemeinschaft "Flughafenausbau Frankfurt/Main"
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Fremdenverkehr Stadt und Kreis Offenbach
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST), Köln
Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben
Kultursommer Südhessen e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros
Landesfilmdienst e.V., Frankfurt
Landesverkehrswacht Hessen e.V.
Rat der Gemeinden Europas, Sektion Mühlheim
Tourismus und Congress GmbH, Frankfurt
Verein "PPP in Hessen e.V."
Verein Behindertenhilfe für Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach
Verein FrankfurtRheinMain e.V.
Verein Naturlandstiftung Hessen e.V., Bad Nauheim
Vereinigung der Freunde des Klingspormuseums, Offenbach
West-+ Süddt. Verband für Altertumsforschung Reiss-Engelhorn Museum
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/Rhein-Main e.V.

